

2022

BERICHT ÜBER SOLVABILITÄT UND FINANZLAGE

SFCR zum 31.12.2022

VIRIDIUM GROUP
GMBH & CO. KG

VIRIDIUM
GRUPPE

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis	8
A.1 Geschäftstätigkeit	8
A.2 Versicherungstechnisches Ergebnis	17
A.3 Anlageergebnis	17
A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten	21
A.5 Sonstige Angaben	22
B Governance-System	22
B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System	22
B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit.....	30
B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung	37
B.4 Internes Kontrollsystem.....	59
B.5 Funktion der Internen Revision	63
B.6 Versicherungsmathematische Funktion	65
B.7 Outsourcing	66
B.8 Sonstige Angaben	70
C Risikoprofil	70
C.1 Versicherungstechnisches Risiko.....	73
C.2 Marktrisiko	79
C.3 Kreditrisiko	93
C.4 Liquiditätsrisiko	94
C.5 Operationelles Risiko	97
C.6 Andere wesentliche Risiken	104
C.7 Sonstige Angaben.....	107
D Bewertung für Solvabilitätszwecke	117
D.1 Vermögenswerte.....	117
D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen	129
D.3 Sonstige Verbindlichkeiten.....	139
D.4 Alternative Bewertungsmethoden.....	143
D.5 Sonstige Angaben.....	145
E Kapitalmanagement	146
E.1 Eigenmittel.....	146
E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung	157

E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung.....	160
E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen ...	160
E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung.....	160
E.6 Sonstige Angaben.....	160
Abkürzungsverzeichnis.....	161
Anhang	164

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im vorliegenden Bericht bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form verwendet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter.

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen des vorliegenden Berichtes in Einzelfällen Rundungsdifferenzen in Höhe von \pm einer Einheit (TEUR, % usw.) auftreten.

Zusammenfassung

Soweit in diesem Bericht nicht explizit abweichend formuliert, sind die dargelegten Gruppenberechnungsergebnisse immer unter Berücksichtigung der Volatilitätsanpassung bei der Heidelberger Lebensversicherung (HLE), der Skandia Lebensversicherung (SLE), der Entis Lebensversicherung (ELE) und der Proxalto Lebensversicherung (PLE), aber ohne Berücksichtigung der Übergangsmaßnahme „Versicherungstechnische Rückstellungen“ bei der PLE zu verstehen.

Der Gesamtsolvabilitätsbedarf (GSB) im Rahmen der Säule 2 ORSA-Berechnungen wird aus ökonomischen Gründen immer inklusive der Volatilitätsanpassung bei der PLE, HLE, SLE und ELE und exklusive der Übergangsmaßnahme „Versicherungstechnische Rückstellungen“ bei der PLE betrachtet. Auf Basis der Methode zur Berechnung der VA durch EIOPA haben wir im ORSA 2022 erneut eine unternehmensspezifische Volatilitätsanpassung für die PLE und ELE berechnet. Hierbei wurde der von EIOPA verwendete Rechenweg unverändert übernommen, es wurden lediglich die Portfoliogewichte und Durationen des Bestandes der PLE und ELE anstelle des repräsentativen Portfolios verwendet.

Berichtsinhalte

Der vorliegende narrative Bericht gibt zunächst einen Überblick über die Geschäftstätigkeit der Viridium Gruppe (VG) als Spezialist für die Konsolidierung und die effiziente Verwaltung von Lebensversicherungsportfolien im deutschsprachigen Raum, zu dem die Heidelberger Lebensversicherung, Skandia Lebensversicherung, die Entis Lebensversicherung, die Proxalto Lebensversicherung und die Viridium Rückversicherung AG (VRE) als operative Versicherungsgesellschaften gehören. Anschließend wird das handelsrechtliche Geschäftsergebnis der VG im Berichtszeitraum 01.01.2022 bis 31.12.2022, unterteilt nach versicherungstechnischem Ergebnis, Anlageergebnis und sonstigem Ergebnis, analysiert. Dabei zeigt sich, dass die Profitabilität der VG, wie bereits im Vorjahr, insbesondere auf dem Geschäftsbereich fondsgebundene Versicherung beruht. Daneben werden auch die Geschäftsbereiche Versicherung mit Überschussbeteiligung und Krankenversicherung nach Art der Leben (Berufsunfähigkeitsversicherung) betrieben.

In den darauffolgenden Ausführungen zum Governance-System der VG erläutern wir die Angemessenheit der Geschäftsorganisation im Hinblick auf die Geschäftsstrategie und die Geschäftstätigkeit. Die Besetzung der einzelnen Funktionen im Unternehmen und die übertragenen Zuständigkeiten sind dargestellt. Dabei werden die wichtigsten Aufgaben und Verantwortlichkeiten der obersten Gesellschaftsgremien und der Schlüsselfunktionen beschrieben.

Das Governance-System der VG unterlag im Berichtszeitraum in struktureller Hinsicht keiner wesentlichen Änderung.

Die Aufbau- und Ablauforganisation der VG ist aus Sicht des Vorstandes angemessen im Hinblick auf die Komplexität und Geschäftsgröße der Gesellschaft und steht im Einklang mit der Geschäftsstrategie, die sich auf die effiziente Betreuung und Verwaltung des Bestandes richtet.

Der Bericht enthält Informationen zur Einhaltung der Anforderungen an die fachliche Qualifikation und die persönliche Zuverlässigkeit der für die Schlüsselfunktionen verantwortlichen Personen. Dabei werden kurz die Maßnahmen und Verfahren dargestellt, mit denen wir sicherstellen können, dass

diese Personen über die jeweils erforderlichen fachlichen Qualifikationen und persönliche Zuverlässigkeit verfügen.

Im Rahmen von Kapitel B.3 „Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung“ legen wir die wesentlichen Komponenten des Risikomanagementsystems dar. Ferner enthält der Bericht Angaben zum ORSA-Prozess (Own Risk and Solvency Assessment) 2022 sowie dazu, ob der Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht erfüllt ist und die Eignung von Ratings externer Ratingagenturen geprüft wurde. Gegenüber dem Vorjahr wurden im Kontext des Risikomanagementsystems keine wesentlichen strukturellen Veränderungen vorgenommen. Die VG berechnet die Solvenzkapitalanforderung (Solvency Capital Requirement, SCR) mithilfe der Standardformel. Diese haben wir im Rahmen des ORSA 2022 auf ihre Angemessenheit für das Risikoprofil der VG überprüft. Dabei wurden sechs (Vorjahr: sechs) Subrisikomodule der Standardformel für das Risikoprofil der VG als nicht angemessen identifiziert und im Rahmen der Ermittlung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs (GSB) abweichend quantifiziert: das Zinsänderungs-, das Spread- sowie das Marktkonzentrationsrisiko im Kontext des Marktrisikos sowie das Langlebigkeits- und das Kostenrisiko im Kontext des versicherungstechnischen Risikos Leben und des versicherungstechnischen Risikos Gesundheit nach Art der Leben. Zusätzlich wurde, wie bereits in den Vorjahren das Operationelle Risiko auf Basis der wesentlichen Gruppenrisiken des Risikoinventars im GSB neu berechnet. Insgesamt stellte sich erstmalig im ORSA 2022 die Kapitalanforderung gemäß GSB (Gesamtsolvabilitätsbedarf) als etwas höher heraus als die des SCR gemäß Standardformel, wobei wir diese Abweichung bei der VG als nicht wesentlich eingestuft haben. Die wesentlichen Methoden, Annahmen und Ergebnisse der im Rahmen des ORSA 2022 durchgeführten risikoprofilspezifischen Sensitivitäten und (Mehrjahres-)Szenarien fassen wir in Kapitel C „Risikoprofil“ getrennt nach Risikoart zusammen.

Darüber hinaus beschreiben wir das Interne Kontrollsystems (IKS) und erläutern seine Angemessenheit. Zudem stellen wir die organisatorische Umsetzung der Schlüsselfunktionen Compliance Funktion (CF), Versicherungsmathematische Funktion (VMF), Unabhängige Risikokontrollfunktion (URCF) und Interne Revision (IR) dar.

Ergebnisse der Solvenzanalyse

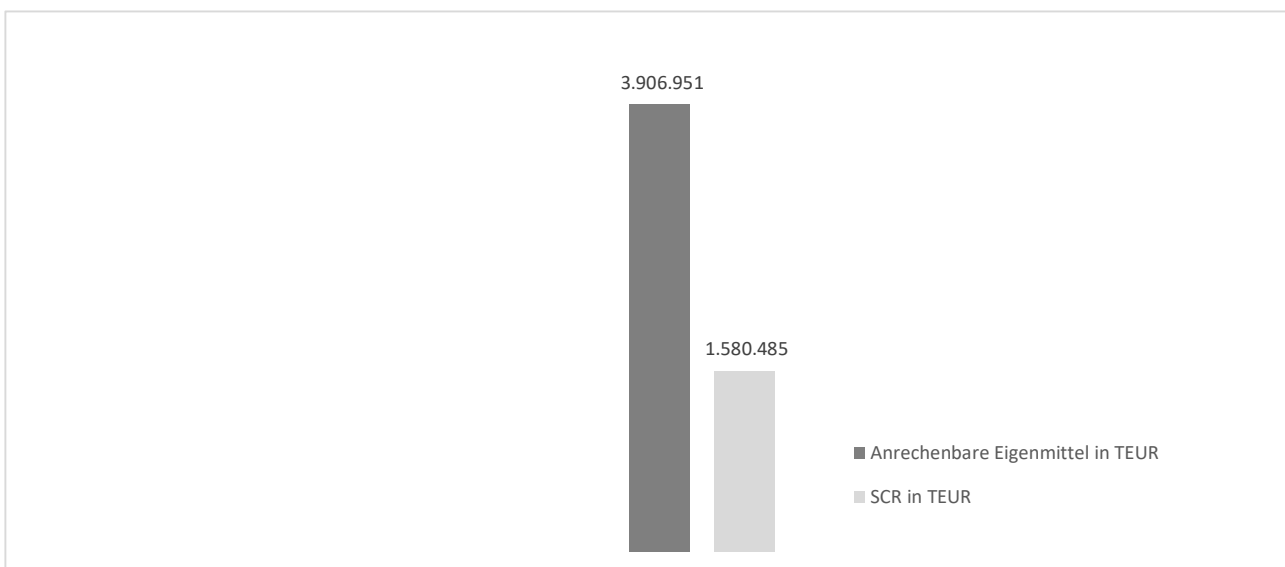
Das Risikoprofil in Verbindung mit der Risikodeckungsmasse der VG zeigt unter Zugrundelegung der als vorsichtig angesehenen SCR-Bedeckungsquote (unter Anwendung der Volatilitätsanpassung bei der PLE, HLE, SLE sowie ELE und ohne Anwendung etwaiger Übergangsmaßnahmen) nach der Standardformel sowohl zum Bewertungsstichtag 31.12.2022 als auch über den Planungshorizont eine komfortable Überdeckung.

Im Zuge der ELE-Integration wurden unterschiedliche Garantien für die ELE auf Gruppenebene gewährt, die in den nachfolgenden quantitativen Angaben berücksichtigt wurden.

Das Verhältnis von Anrechenbaren Eigenmitteln der VG zur Solvenzkapitalanforderung (SCR), die sogenannte SCR-Bedeckungsquote, beträgt zum Bewertungsstichtag mit VA¹ 247 % (Vorjahr: 231 %) (mit Übergangsmaßnahme bei der PLE und mit VA bei der PLE, HLE, SLE sowie

¹ Die Volatilitätsanpassung (VA) ist eine der Long-Term-Guarantee (LTG) Maßnahmen unter Solvency II, die sicherstellt, dass sich erhöhte Volatilität an den Märkten nicht in der Bewertung langfristiger Versicherungsgarantien niederschlägt. Dabei wird die maßgebliche risikofreie Zinsstrukturkurve gemäß § 82 VAG zur Bewertung versicherungstechnischer Rückstellungen anhand des risikobehafteten Anteils des Zins-Spread eines vorgegebenen Referenzportfolios angepasst. Die Verwendung der Volatilitätsanpassung wurde von der PLE, HLE, SLE und ELE beantragt und von der BaFin genehmigt.

ELE: 307 %, Vorjahr 293 %). Zum 31.12.2022 stehen dem SCR von 1.580.485 TEUR (nach Berücksichtigung von Zukünftiger Überschussbeteiligung (ZÜB), Steuern und Diversifikation) (Vorjahr: 1.966.735 TEUR) (mit Übergangsmaßnahme bei der PLE und mit VA bei der PLE, HLE, SLE sowie ELE: 1.580.485 TEUR, Vorjahr: 1.832.935 TEUR) Anrechenbare Eigenmittel in Höhe von 3.906.951 TEUR (Vorjahr: 4.550.625 TEUR) (mit Übergangsmaßnahme bei der PLE und mit VA bei der PLE, HLE, SLE sowie ELE: 4.844.164 TEUR, Vorjahr: 5.361.059 TEUR) gegenüber. Der moderate Anstieg der SCR-Bedeckungsquote gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf das rückläufige SCR infolge positiver Effekte aus dem gestiegenen Zinsniveau zurückzuführen. Bei den Anrechenbaren Eigenmitteln handelt es sich wie im Vorjahr ausschließlich um Basiseigenmittel der hochwertigsten Kategorie, Tier 1. Im SCR und in den Eigenmitteln sind neben der Muttergesellschaft Viridium Group GmbH & Co. KG (VKG), der Viridium Holding AG (VHAG) wie auch den Versicherungsgesellschaften HLE, SLE, ELE, PLE und VRE auch die Versicherungsservicegesellschaften Heidelberger Leben Service Management GmbH (HLSM), Entis Service Management GmbH (ESM), Proxalto Service Management GmbH (PSM) und Viridium Service Management GmbH (VSM) sowie das sonstige Finanzunternehmen Skandia Portfolio Management GmbH (SPM) enthalten. Details zu den Quellen der Basiseigenmittel können den Kapiteln „D Bewertung für Solvabilitätszwecke“ und „E Kapitalmanagement“ entnommen werden.

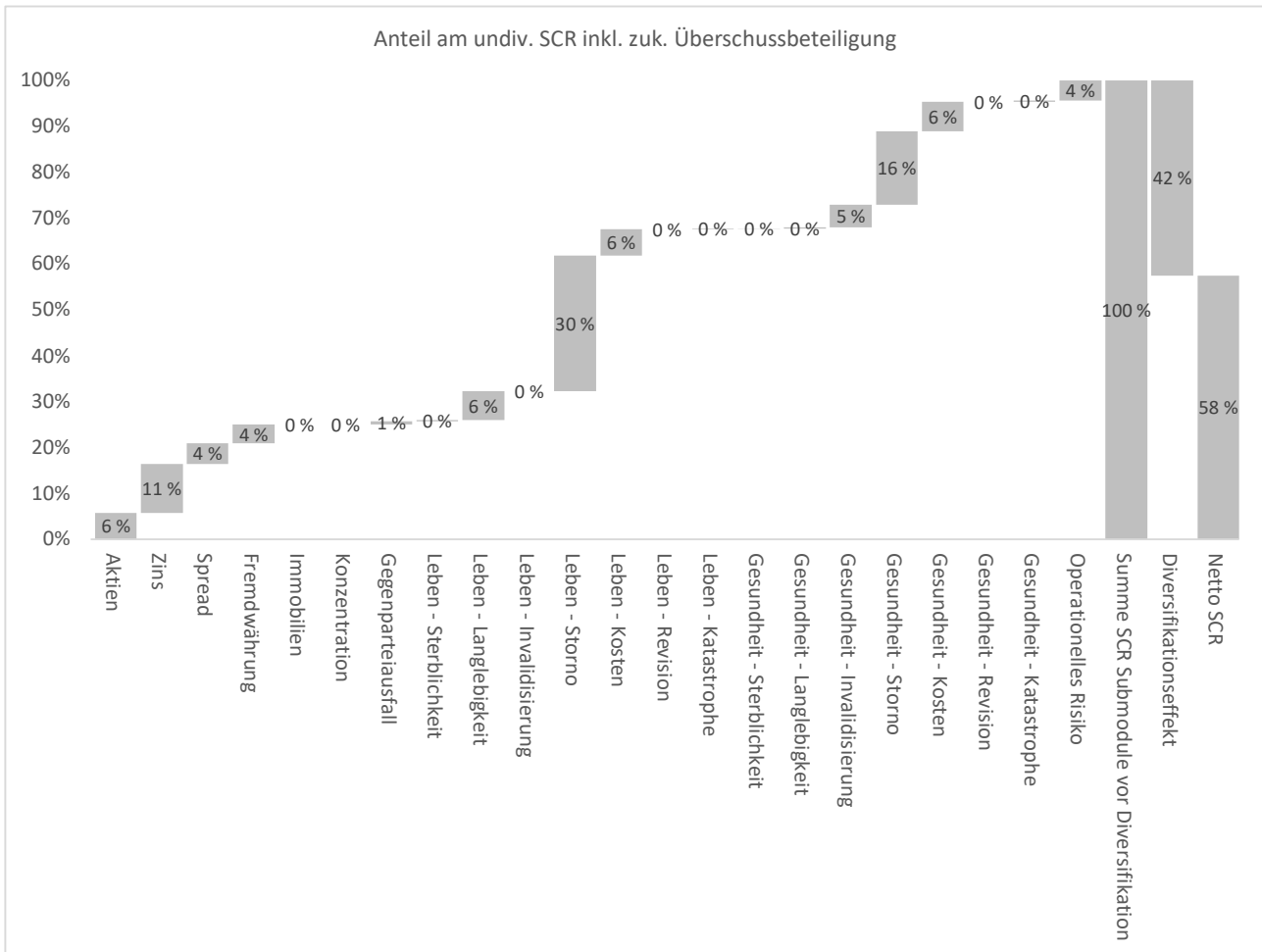


Erläuterungen zum Risikoprofil

Gegenüber dem ORSA 2022 haben sich die wesentlichen Treiber des Risikoprofils der VG etwas verändert. Das Zinsrisiko im Marktrisiko-Modul wurde zum drittbedeutendsten Risiko, während das Langlebkeitsrisiko im Lebensversicherungstechnischen-Risiko-Modul nicht mehr zu den Top-Risiken gehört. Die Berechnungen der Standardformel gemäß Solvency II zum Stichtag 31.12.2022 ergaben das nachstehend dargestellte Risikoprofil. Die maßgeblichsten Risiken der VG sind:

- ▼ das Stornorisiko im Lebensversicherungstechnischen-Risiko-Modul aufgrund der hohen Anzahl an profitablen Versicherungsverträgen im Gesamtbestand,
- ▼ das Stornorisiko im Versicherungstechnischen-Risiko-Modul Gesundheit aufgrund der hohen Anzahl an profitablen Berufsunfähigkeitsversicherungen und
- ▼ das Zinsrisiko im Marktrisiko-Modul aufgrund der rückläufigen Bewertungsreserven infolge des gestiegenen Marktzinsniveaus.

Unter Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung der zukünftigen Überschussbeteiligung (ZÜB) entfallen 57 % (Vorjahr: 52 %) des gesamten undiversifizierten SCR der VG auf diese drei Kategorien.



Auch die Ergebnisse der unternehmenseigenen Sensitivitäten und Szenarien liefern keine Hinweise darauf, dass für die untersuchten Risikoszenarien eine Unterdeckung durch Eigenmittel vorläge. Nichtsdestotrotz zeigen die untersuchten Szenarien die Sensitivität der VG gegenüber etwaigen sehr deutlichen Absenkungen des Zinsniveaus.

Kurzfristig kann insbesondere das Eintreten von Extremereignissen zukünftige Gewinne deutlich verringern. Im Hinblick auf die Höhe der verfügbaren Eigenmittel sind jedoch auf Basis der Ergebnisse des durchgeführten ORSA keine Maßnahmen erforderlich.

Das Risikoprofil der VG verdeutlicht, dass der Kundenzufriedenheit und somit dem Bestandserhalt (Management des Stornorisikos) sowie dem ALM bzw. effizienten Rückversicherungslösungen (Management des Zinsrisikos) sowohl auf Ebene der HLE, der SLE, der ELE, der PLE als auch der VKG höchste Aufmerksamkeit zu widmen sind.

Auswirkungen des Ukraine-Kriegs und der Corona-Pandemie

Die Viridium Gruppe war, wie andere Lebensversicherer, von den Folgen des Einmarschs Russlands in die Ukraine am 24. Februar 2022 sowie den Auswirkungen von Covid19 betroffen. Die Invasion

Russlands führte zu Unsicherheiten an den Kapitalmärkten sowie einem starken Anstieg der Energiepreise. Zusätzlich verschärfte die strikte Null-Covid-Politik in China die Rezessionsorgen und Investoren trennten sich von risikoreichen Anlageklassen wie Aktien. Die hohen Energiepreise fachten die steigenden Inflationsraten weiter an und führten zum Eingreifen der Notenbanken, die die Zinsen massiv angehoben. Als Folge kam es zu einem starken Absinken der Marktwerte festverzinslicher Anleihen. Neben den beschriebenen direkten Auswirkungen gab es auch indirekte Auswirkungen infolge der umfassenden Sanktionen gegen Russland. Einige Kunden sind von der Schließung von Fonds mit Russlandbezug betroffen. Eine darüber hinausgehende Betroffenheit von Kundenbeziehungen besteht nur in sehr geringem Umfang. In der konventionellen Kapitalanlage zweier Tochterunternehmen befinden sich lediglich sehr geringe Volumina an russischen Anleihen. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen liegen keine Anhaltspunkte vor, die die Entwicklung der VKG langfristig negativ beeinflussen oder den Bestand des Unternehmens gefährden könnten.

A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

A.1 Geschäftstätigkeit

Der vorliegende Bericht wird für die Viridium Group GmbH & Co. KG, (im Folgenden „VKG“ oder „Gesellschaft“), als Obergesellschaft der deutschen Viridium Gruppe (im Folgenden auch „Gruppe“) erstattet.

Die am 16.11.2022 beschlossene Verlegung des Sitzes der Gesellschaft von Neu-Isenburg nach Leverkusen, die am selben Tag zur Eintragung ins Handelsregister angemeldet worden war, wurde mit Eintragung im Handelsregister am 15.12.2022 wirksam. Die VKG ist nunmehr im Handelsregister des Amtsgerichts Köln unter HRA 36648 eingetragen.

Die Viridium Gruppe (vormals „Heidelberger Leben Gruppe“) bestand zum Ende des Berichtszeitraums aus den folgenden verbundenen Unternehmen:

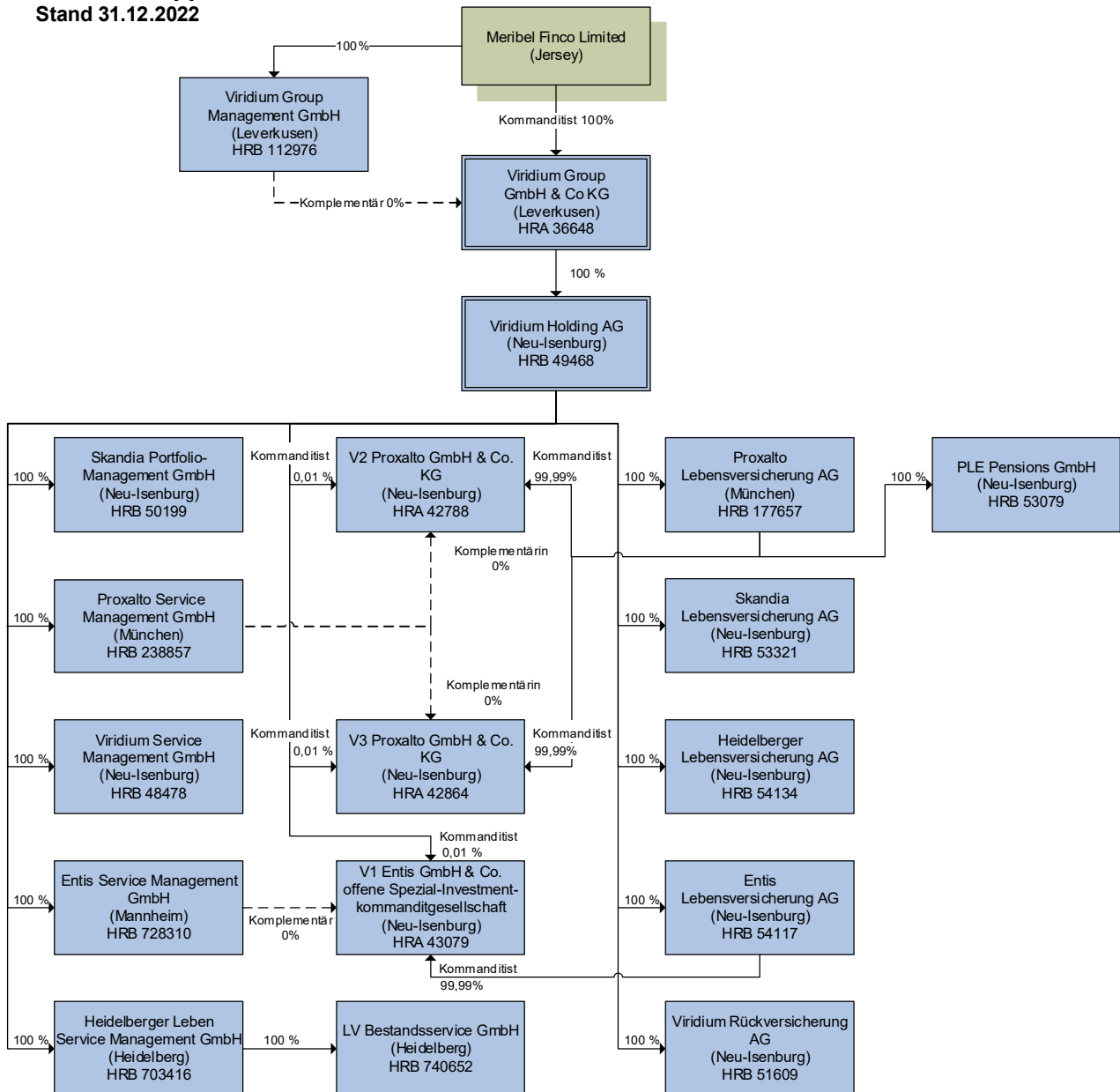
- ▼ Viridium Group GmbH & Co KG (VKG – vormals Heidelberger Leben Group GmbH & Co. KG), Leverkusen;
- ▼ Viridium Group Management GmbH (VGM – vormals Heidelberger Leben Group Management GmbH), Leverkusen;
- ▼ Viridium Holding AG (VHAG – vormals Heidelberger Leben Holding AG), Neu-Isenburg;
- ▼ Heidelberger Lebensversicherung AG (HLE), Neu-Isenburg;
- ▼ Heidelberger Leben Service Management GmbH (HLSM), Heidelberg;
- ▼ LV Bestandsservice GmbH, Heidelberg (LVB);
- ▼ Skandia Lebensversicherung AG (SLE), Neu-Isenburg;
- ▼ Skandia Portfolio Management GmbH (SPM), Neu-Isenburg;
- ▼ Viridium Service Management GmbH (VSM), Neu-Isenburg;
- ▼ Entis Lebensversicherung AG (ELE), Neu-Isenburg;
- ▼ Entis Service Management GmbH (ESM), Mannheim;
- ▼ Proxalto Lebensversicherung AG (PLE), München;
- ▼ PLE Pensions GmbH (PLEP), Neu-Isenburg;
- ▼ Proxalto Service Management GmbH (PSM), München;
- ▼ Viridium Rückversicherung AG (VRE), Neu-Isenburg;
- ▼ V1 Entis GmbH & Co. Offene Spezial-Investmentkommanditgesellschaft (V1), Neu-Isenburg;

- ▼ V2 Proxalto GmbH & Co. KG (V2), Neu-Isenburg;
- ▼ V3 Proxalto GmbH & Co. KG (V2), Neu-Isenburg;
- ▼ MPC Real Value Fund GmbH & Co.KG (MPC), Quickborn.

Der Sitz der Viridium Group Management GmbH wurde mit Wirkung zum 14. Dezember 2022 von Neu-Isenburg nach Leverkusen verlegt; sie ist nunmehr im Handelsregister des Amtsgerichts Köln unter HRB 112976 eingetragen.

Das folgende Organisationsdiagramm stellt eine vereinfachte Struktur der Viridium Gruppe mit den wesentlichen Beteiligungsverhältnissen dar:

Viridium Gruppe
Stand 31.12.2022



Die Anteile an der PLE wurden bis zum 29. April 2022 zu 89,9 % von der Viridium Holding AG (VHAG) (vormals Heidelberger Leben Holding AG), eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Offenbach am Main unter HRB 49468, gehalten; die verbleibenden 10,1 % der Anteile an der

PLE wurden von der vormaligen Alleingeschafterin Generali Deutschland AG, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts München unter HRB 220771, gehalten.

Infolge der Ausübung einer der VHAG am 12. November 2020 eingeräumten Call Option hat die VHAG mit Wirkung zum 29. April 2022 von der Generali Deutschland AG die von dieser gehaltenen 10,1 % der Anteile an der PLE erworben, sodass die Anteile an der PLE seit diesem Zeitpunkt zu 100 % von der VHAG gehalten werden.

Die Anteile der VHAG werden von der VKG gehalten.

Die PLE hält selbst weitere Beteiligungen. So stellt die MPC Real Value Fund GmbH & Co. KG ein verbundenes Unternehmen nach § 271 Abs. 2 HGB dar. Zudem hält die PLE im Rahmen der Kapitalanlagetätigkeit Beteiligungen an Spezialfonds und anderen Anlagewerten.

Alleinige Geschafterin der VKG ist die Meribel Finco Limited mit Sitz auf der Insel Jersey, 11–15 Seaton Place, St. Helier, JE4 0QH, deren Anteile von weiteren Beteiligungsgesellschaften in Jersey gehalten werden. Hauptgeschafter der dortigen Obergesellschaft Meribel Mottaret Limited (11–15 Seaton Place, St. Helier, Jersey, JE4 0QH) sind von der britischen Private-Equity-Gesellschaft Cinven LLP beratene Fonds, das deutsche Rückversicherungsunternehmen Hannover Rück SE und die Ocorian Fund Management S.à r.l. (ehemals Allegro S.à r.l.), ein Unternehmen der Generali Gruppe.

Sowohl die VHAG als auch die VKG sind Versicherungs-Holdinggesellschaften im Sinne von § 7 Nr. 28 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG). Sie unterstehen wie die Lebensversicherungsunternehmen der Gruppe der Aufsicht der

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Graurheindorfer Str. 108
53117 Bonn

Postfach 1253
53002 Bonn
Fon: 0228 / 4108 – 0
Fax: 0228 / 4108 – 1550

E-Mail: poststelle@bafin.de
De-Mail: poststelle@bafin.de-mail.de

Die SPM ist ein von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Bundesbank beaufsichtigtes Wertpapierinstitut.

Die übrigen Gesellschaften der Gruppe sind unbeaufsichtigt und erbringen – mit Ausnahme der LVB – im Wesentlichen Dienste an andere Gesellschaften der Gruppe.

Die aktiven Gesellschaften der Gruppe waren während des Berichtszeitraums mit ihren jeweiligen Muttergesellschaften (mit Ausnahme der Meribel Finco Limited) überwiegend über Unternehmensverträge (Beherrschungs- und/oder Gewinnabführungsverträge) verbunden, auf deren Grundlage

sämtliche Gewinne und Verluste der Tochtergesellschaften letztlich an die VKG abgeführt beziehungsweise von der VKG ausgeglichen werden.

Die externe Prüfung des Jahresabschlusses der VKG und des konsolidierten Konzernabschlusses der VKG für den Berichtszeitraum 2021 erfolgte durch die

PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC),
Friedrich-Ebert-Anlage 35–37,
60327 Frankfurt am Main.

Gegenstand des Unternehmens der VKG ist der Erwerb, das Halten, die Veräußerung und die Verwaltung direkter und indirekter Beteiligungen in Lebensversicherungen und in Lebensversicherungsportfolien, die ihr Geschäft ganz oder zu einem wesentlichen Teil in Deutschland, Österreich und/oder der Schweiz betreiben.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Handlungen berechtigt, die dem Unternehmensgegenstand direkt oder indirekt förderlich sind, insbesondere auch zur Erbringung von zentralen Dienstleistungen gegenüber verbundenen Unternehmen.

Im Rahmen dieser Unternehmenstätigkeit leitet die Gesellschaft die Geschäftstätigkeit der Viridium Gruppe, der führenden Plattform für das effiziente Management von Lebensversicherungsbeständen in Deutschland.

Die Lebensversicherungsunternehmen der Gruppe betreiben im Inland sowie im Wege des grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs in Österreich, Ungarn, Italien, und Tschechien das selbst abgeschlossene Lebensversicherungsgeschäft sowie in geringem Umfang das aktive Rückversicherungsgeschäft.

Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit lag im Berichtszeitraum in der konventionellen und fondsgebundenen Lebens- und Rentenversicherung sowie der betrieblichen Altersversorgung, wobei das klassische Lebensversicherungsgeschäft die Geschäftstätigkeit der VG dominiert.

Kauf Zurich Sander Vermögensverwaltungs AG

Mit Kaufvertrag vom 24. Juni 2022 hat die VG über die VHAG von der Zürich Beteiligungs-Aktiengesellschaft (Deutschland) und der Deutscher Herold Aktiengesellschaft sämtliche Anteile an der Zurich Sander Vermögensverwaltungs AG (Deutschland) (ZSVAG) erworben. Der Vollzug des Kaufs steht unter verschiedenen aufschiebenden Bedingungen, die bis Ende des Berichtszeitraums noch nicht eingetreten waren. Im Berichtszeitraum hat die VG jedoch im Rahmen eines dafür initiierten Integrationsprojekts bereits erhebliche Arbeiten zur Vorbereitung des Vollzugs des Kaufvertrags und der Integration der ZSVAG getroffen. Durch den Erwerb der ZSVAG, die infolge einer noch ausstehenden Abspaltung entsprechender Bestände aus der deutschen Zurich Gruppe im Wesentlichen klassische Lebensversicherungen mit Garantiezins verwaltet, wird künftig das klassische Lebensversicherungsgeschäft der VG weiter ausgebaut.

Vor dem Hintergrund der eindeutigen strategischen Ausrichtung der Viridium Gruppe auf das Bestandsmanagement, haben die Lebensversicherungsunternehmen (Risikoträger) der Gruppe das

Neugeschäft mit Ausnahme von vertraglich zugesicherten Optionen für Bestandskunden wie beispielsweise Erhöhungsoptionen im Rahmen der dynamischen Anpassung oder Wechseloptionen sowie der Verwaltung des Kollektiv-Geschäfts in der betrieblichen Altersvorsorge der PLE eingestellt und konzentrieren sich darauf, die eingegangenen Verpflichtungen nachhaltig und bestmöglich zu erfüllen. Im Sinne von Versicherten und Eigentümern gleichermaßen sollen die Risikoträger mit großer Verlässlichkeit und Stabilität attraktive wirtschaftliche Ergebnisse erzielen. Risiken werden daher weitgehend minimiert. Zugleich wird den einzelnen Unternehmen ausreichend Solvenzkapital zur Verfügung gestellt. Sie erbringen allerdings keine operativen Dienstleistungen, sondern haben diese an gruppeninterne Servicegesellschaften ausgegliedert.

A.1.1 Zusatzinformationen in Bezug auf Geschäftstätigkeit und Ergebnisse der Gruppe

A.1.1.1 Beschreibung der rechtlichen Struktur sowie Governance- und Organisationsstruktur

Zur Beschreibung der rechtlichen Struktur sowie der Governance- und Organisationsstruktur der Gruppe siehe Kapitel A.1 und B.1.

A.1.1.2 Informationen zum Anwendungsbereich der Gruppe

Das für die Gruppenmeldung gemäß Solvency II und für den HGB-Konzernabschluss zuständige Unternehmen (oberste Muttergesellschaft) ist die Viridium Group GmbH & Co. KG, die als Versicherungsholdinggesellschaft fungiert. Weiterhin gehören der Viridium Gruppe eine zusätzliche (zwischenengeschaltete) Versicherungsholding, vier Lebensversicherer, ein Rückversicherer, fünf Versicherungsservicegesellschaften, eine Pensionsgesellschaft, drei Investmentgesellschaften und ein Finanzunternehmen an.

Die zwischenengeschaltete Versicherungsholding VHAG hält unmittelbar alle Anteile an den Lebensversicherungs-, Rückversicherungs-, Betriebs- und Nebendienstleistungsgesellschaften und dem Finanzunternehmen. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick der Unternehmen der Viridium Gruppe und deren Behandlung im Rahmen der Erstellung des HGB-Konzernabschlusses und der Gruppensolvabilitätsübersicht gemäß Solvency II.

Firmenname		Anteil am Kapital	HGB	Solvency II
Viridium Group GmbH & Co. KG	Versicherungsholding		Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
Viridium Holding AG	Versicherungsholding	100,0 %	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
Heidelberger Lebensversicherung AG	Versicherung	100,0 %	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
Skandia Lebensversicherung AG	Versicherung	100,0 %	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
Entis Lebensversicherung AG	Versicherung	100,0 %	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
Proxalto Lebensversicherung AG	Versicherung	100,0 %	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
Viridium Rückversicherung AG	Rückversicherung	100,0 %	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
Viridium Service Management GmbH	Nebendienstleister	100,0 %	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
Proxalto Service Management GmbH	Nebendienstleister	100,0 %	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung

Firmenname		Anteil am Kapital	HGB	Solvency II
Heidelberger Leben Service Management GmbH	Nebendienstleister	100,0 %	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
LV Bestandsservice GmbH	Nebendienstleister	100,0 %	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
Entis Service Management GmbH	Nebendienstleister	100,0 %	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
PLE Pension GmbH	Nebendienstleister	100,0 %	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
V1 Entis GmbH & Co. offene Spezial-Investmentkommanditgesellschaft ²	Nebendienstleister	99,99 %	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
V2 Proxalto GmbH & Co. offene Spezial-Investmentkommanditgesellschaft ³	Nebendienstleister	99,99 %	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
V3 Proxalto GmbH & Co. offene Spezial-Investmentkommanditgesellschaft ³	Nebendienstleister	99,99 %	Vollkonsolidierung	Vollkonsolidierung
Skandia PortfolioManagement GmbH	Finanzinstitut	100,0 %	Vollkonsolidierung	Ansatz als Beteiligung
RREEF European Feeder GmbH & Co Value Added Fund I KG	AIF	24,19 %	Keine Konsolidierung wegen untergeordneter Bedeutung	Ansatz als Beteiligung
GLL GmbH & Co. Messeturm Holding KG i.L.	AIF	31,05 %	Keine Konsolidierung wegen untergeordneter Bedeutung	Ansatz als Beteiligung
MPC Real Value Fund GmbH & Co.KG ⁴	AIF	99,99 %	Keine Konsolidierung wegen untergeordneter Bedeutung	Ansatz als Beteiligung

Mit Ausnahme des Mutterunternehmens handelt es sich bei allen Gesellschaften der Viridium Gruppe um Tochterunternehmen (beherrschender Einfluss gemäß § 290 HGB), für die gemäß § 294 HGB eine Vollkonsolidierung durchzuführen ist. Unter Solvency II werden alle Gesellschaften, bis auf das Mutterunternehmen, ebenfalls als Tochterunternehmen klassifiziert.

Für eine Vollkonsolidierung gemäß Solvency II ist neben dem Einflussgrad (Beherrschung) zusätzlich der Unternehmenstyp entscheidend. Sofern eine Beherrschung bei Gesellschaften vorliegt, bei denen es sich um Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen, Versicherungsholdinggesellschaften, gemischte Finanzholdinggesellschaften oder Nebendienstleistungsunternehmen handelt, sind diese als Bestandteil der Kerngruppe zu klassifizieren und zu konsolidieren.

Da es sich bei der Skandia Portfolio Management GmbH um ein Finanzinstitut handelt, ist diese Gesellschaft nicht Teil der Kerngruppe und wird folglich unter Solvency II nicht vollkonsolidiert. Stattdessen zählt diese Gesellschaft zur Kategorie „Kreditinstitute, Wertpapierfirmen und Finanzinstitute, Verwalter alternativer Investmentfonds, OGAW-Verwaltungsgesellschaften, Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung oder nicht regulierte Unternehmen, die Finanzgeschäfte durchführen“ und wird in den konsolidierten Daten gemäß Solvency II nur als Beteiligung berücksichtigt. Dies gilt auch für die MPC Real Value Fund GmbH & Co.KG, die RREEF European Feeder GmbH & Co Value Added Fund I KG sowie die GLL GmbH & Co. Messeturm Holding KG i.L., die aufgrund von

² Beteiligungsquote der Entis Lebensversicherung AG. Die übrigen 0,02 % werden von der Viridium Holding AG gehalten.

³ Beteiligungsquote der Proxalto Lebensversicherung AG. Die übrigen 0,01 % werden von der Viridium Holding AG gehalten.

⁴ Die Beteiligungsquote beträgt grundsätzlich 99,99%. Dies wurde in den Berichte 2019 und 2020 nur gerundet mit 100% dargestellt.

untergeordneter Bedeutung gemäß § 246 Abs. 2 VAG als Beteiligung ausgewiesen werden. Demzufolge stellt die Behandlung dieser vier Gesellschaften den einzigen Unterschied zwischen dem Konsolidierungskreis nach HGB und Solvency II in Bezug auf den Anwendungsbereich der Gruppe dar.

A.1.1.3 Bedeutende gruppeninterne Transaktionen

Die Unternehmen der Viridium Gruppe stehen untereinander in Geschäftsbeziehungen. Zur effizienten Kapital- und Liquiditätssteuerung sind die Unternehmen der Gruppe mit Ausnahme der Lebensversicherungsunternehmen, der Rückversicherung, der V1 Entis offene Spezial-Investmentkommanditgesellschaft, V2 und V3 Proxalto GmbH & Co. KG, der PLE Pension GmbH, der MPC GmbH & Co. KG, der RREEF European Feeder GmbH & Co Value Added Fund I KG und der GLL GmbH & Co. Messeturm Holding KG i.L. über einen Cash-Pool-Vertrag verbunden. Ferner bestehen gruppeninterne Darlehensbeziehungen. Im Interesse einer optimalen Ressourcennutzung in der Gruppe sind Zentralfunktionen wie Recht, Personal, Risikomanagement und andere gesellschaftsübergreifend organisiert. Der Austausch der Dienste dieser Funktionen innerhalb der Gruppe ist durch gruppeninterne Serviceverträge geregelt. Ein wesentliches Element der Strategie der Gruppe ist ferner die Ausgliederung der auf die Verwaltung des Bestands der Lebensversicherungsunternehmen bezogenen Tätigkeiten unter Übernahme des dafür erforderlichen Personals auf gruppeneigene Servicegesellschaften. Zwischen den Mutter- und Tochtergesellschaften der Gruppe bestehen jeweils Unternehmensverträge (Beherrschungs- und/oder Gewinnabführungsverträge). Schließlich wurden Kapitalmaßnahmen getroffen.

Hierzu im Einzelnen:

Cash Pool

Im Jahr 2015 wurden gruppenweit Vereinbarungen über die Begründung eines Cash Pools getroffen mit dem Ziel, die Zahlungsfähigkeit der teilnehmenden Unternehmen der Viridium Gruppe zu verbessern, jederzeit aufrechtzuerhalten und zu sichern sowie die finanzwirtschaftlichen Risiken und Kosten der Gruppe zu minimieren. Im Laufe des Jahres 2017 wurden die Lebensversicherungen aus dem Cash Pool herausgenommen. Zur banktechnischen Abwicklung wurde ein Rahmenvertrag zwischen der Viridium Holding AG (Cash-Pool-Führer) und der Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main, geschlossen. Daneben besteht ein zweiter Cash Pool zur operativen Absicherung bei der LBBW.

Die VHAG weist als Cash-Pool-Führer folgende wesentliche Salden zum Stichtag auf:

Gesellschaft	Forderung TEUR	Verbindlichkeit TEUR
Viridium Group GmbH & Co. KG	-	22.138
Heidelberger Leben Service Management GmbH	-	1.644
Viridium Service Management GmbH	-	57.433
Entis Service Management GmbH	-	7.603
Skandia Portfolio Management GmbH	-	12.825
LV Bestandsservice GmbH	-	970
Proxalto Service Management GmbH	-	16.906

Darlehensverträge

Zwischen Unternehmen der Gruppe bestehen zum 31.12.2022 die folgenden Darlehensbeziehungen:

Geber	Schuldner	Betrag TEUR
Proxalto Lebensversicherung AG	Viridium Holding AG	125.000
Entis Lebensversicherung AG	Viridium Holding AG	102.715
Viridium Holding AG	Viridium Group GmbH & Co. KG	140.000

Interne Serviceverträge

Zwischen den Unternehmen der Viridium Gruppe bestehen des Weiteren aufgrund der arbeitsteiligen Organisationsstruktur und des Geschäftsmodells der Gruppe wesentliche Leistungsbeziehungen aus internen Serviceverträgen und Ausgliederungsverträgen.

So hatten die Lebensversicherungsgesellschaften der Gruppe HLE, SLE, ELE und PLE, die Portfoliogesellschaft SPM, die Rückversicherungsgesellschaft VRE und die Bestandsgesellschaft LVB im Berichtszeitraum die operativen Tätigkeiten der Bestandsverwaltung auf die zentrale Servicegesellschaft VSM ausgegliedert bzw. teilweise ausgegliedert. Diese hat sich wiederum, sofern sie selbst nicht über die entsprechenden Ressourcen verfügt, der Dienste der VKG und PSM bedient. Die VKG hat ferner allgemeine Managementdienstleistungen und andere Leistungen für die Nicht-Lebensversicherungsgesellschaften der Gruppe der VHAG, HLSM, LVB, VSM, ESM und PSM sowie für die Lebensversicherungsgesellschaften und Rückversicherungsgesellschaft erbracht. Ferner werden Verwaltungsaufwendungen innerhalb der Nicht-Lebensversicherungsgesellschaft PSM an die zentrale Servicegesellschaft VSM gemäß Ausgliederungsvertrag weiterbelastet. Des Weiteren werden Gebühren zwischen den Gesellschaften LVB, SPM, VKG, VHAG, HLSM und ESM gemäß Dienstleistungsverträge von der VSM verrechnet.

In der nachfolgenden Übersicht sind die wesentlichen Leistungsbeziehungen mit dem im abgelaufenen Geschäftsjahr 2022 erzielten Ertrag / verursachten Aufwand dargestellt.

Leistungserbringer	Leistungsempfänger	Betrag TEUR
Viridium Service Management GmbH	Heidelberger Lebensversicherung AG	56.794
Viridium Service Management GmbH	Skandia Lebensversicherung AG	28.844
Viridium Service Management GmbH	Entis Lebensversicherung AG	5.873
Viridium Service Management GmbH	Proxalto Lebensversicherung AG	257.793
Viridium Service Management GmbH	Viridium Rückversicherung AG	338
Viridium Service Management GmbH	Skandia Portfolio Management GmbH	1.055
Viridium Service Management GmbH	LVB Bestandsservice GmbH	1.008
Viridium Service Management GmbH	Heidelberger Leben Service Management GmbH	60
Viridium Service Management GmbH	Entis Service Management GmbH	60
Viridium Service Management GmbH	Viridium Group GmbH & Co. KG	90
Viridium Service Management GmbH	Viridium Holding AG	55
Proxalto Service Management GmbH	Viridium Service Management GmbH	69.081

Leistungserbringer	Leistungsempfänger	Betrag TEUR
Viridium Group GmbH & Co. KG	Heidelberger Lebensversicherung AG	368
Viridium Group GmbH & Co. KG	Skandia Lebensversicherung AG	368
Viridium Group GmbH & Co. KG	Entis Lebensversicherung AG	368
Viridium Group GmbH & Co. KG	Proxalto Lebensversicherung AG	368
Viridium Group GmbH & Co. KG	Viridium Service Management GmbH	7.028
Viridium Group GmbH & Co. KG	Heidelberger Leben Service Management GmbH	41
Viridium Group GmbH & Co. KG	Entis Service Management GmbH	41
Viridium Group GmbH & Co. KG	Proxalto Service Management GmbH	5.328
Viridium Group GmbH & Co. KG	Viridium Rückversicherung AG	106
Viridium Group GmbH & Co. KG	LVB Bestandsservice GmbH	316
Viridium Group GmbH & Co. KG	Viridium Holding AG	129

Unternehmensverträge

Des Weiteren besteht derzeit innerhalb der Viridium Gruppe für alle Gesellschaften mit Ausnahme der drei offenen Spezial-Investmentkommanditgesellschaften, der Viridium Service Management GmbH (Kündigung Gewinnabführungsvertrag zum 31.12.2022), der Proxalto Service Management GmbH, der Heidelberger Leben Service Management GmbH, Entis Service Management GmbH und der PLE Pension GmbH ein Beherrschungs- und/oder Gewinnabführungsvertrag mit dem unmittelbar beteiligten Mutterunternehmen, das heißt, der Gewinn aller Gesellschaften wird unmittelbar und mittelbar bis zur Viridium Group GmbH & Co. KG weitergegeben.

Für 2022 beläuft sich der über alle Gesellschaften abgeführte Gewinn auf 367.775 TEUR.

Kapitalmaßnahmen

Die VHAG erwirbt mit Wirkung zum 29. April 2022 von der Generali Deutschland AG die von dieser gehaltenen 10,1 % der Anteile an der PLE durch Ausübung der eingeräumten Call Option und hält somit 100% der Anteile an der PLE.

Als Kapitalmaßnahme der VHAG hat der Vorstand am 25.04.2023 den Beschluss gefasst, 24.656 TEUR aus den Kapitalrücklagen zu entnehmen und dem Bilanzgewinn zuzuweisen. Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung vor, den Bilanzgewinn von 24.656 TEUR auszuschütten. Weiterhin plant die Kommanditistin, diesen Betrag anschließend vom Festkapitalkonto des Kommanditkapitals zu entnehmen.

Als Kapitalmaßnahme der PLE hat der Vorstand am 21. März 2023 den Beschluss gefasst, 90.000 TEUR aus den anderen Gewinnrücklagen zu entnehmen. Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung vor, den Bilanzgewinn von 90.000 TEUR auszuschütten.

Als Kapitalmaßnahme der HLE hat der Vorstand am 21. März 2023 den Beschluss gefasst, 3.695 TEUR aus den anderen Gewinnrücklagen zu entnehmen. Der Bilanzgewinn enthält außerdem den Gewinnvortrag des Vorjahres von 32.905 TEUR. Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung vor, den Bilanzgewinn von TEUR 36.601 TEUR auszuschütten.

Weitere wesentliche Kapitalmaßnahmen sind im Berichtsjahr nicht erfolgt.

A.2 Versicherungstechnisches Ergebnis

In der folgenden Tabelle ist das versicherungstechnische Ergebnis nach HGB des Berichtsjahres und des Vorjahres getrennt nach Geschäftsbereichen (gemäß Solvency II) sowie gesamthaft dargestellt.

TEUR	Versicherungen mit Überschussbeteiligung		Index- und Fondsgebundene Versicherungen		Gesundheit nach Art der Leben	
	2022	2021	2022	2021	2022	2021
Versicherungstechnische Erträge	2.530.890	5.463.284	707.475	1.830.149	597.225	641.502
Versicherungstechnische Aufwendungen	2.358.689	5.109.369	750.613	1.869.779	200.986	388.277
Versicherungstechnisches Ergebnis	172.201	353.915	-43.138	-39.629	396.239	253.224

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das versicherungstechnische Ergebnis über alle Geschäftsbereiche von 567.509 TEUR auf 525.302 TEUR nur unwesentlich verringert. Bei den versicherungstechnischen Erträgen ist ein signifikanter Rückgang bei den Erträgen sowie den nicht realisierten Gewinnen aus Kapitalanlagen zu verzeichnen, was im Wesentlichen durch die veränderten Bedingungen an den Kapital- und Anleihemärkten begründet ist. Die stark negative Marktentwicklung lässt im Bereich der versicherungstechnischen Aufwendungen u. a. die Aufwendungen für und die nicht realisierten Verluste aus Kapitalanlagen ebenso signifikant steigen. Im Gegenzug sank die Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Nettorückstellung in ähnlicher Größenordnung.

Auf Gruppenebene werden die weiterbelasteten Kosten der Servicegesellschaften an die Lebensversicherungen, welche dort gemäß § 43 RechVersV den Funktionsbereichen zugeschlüsselt werden und somit das versicherungstechnische Ergebnis belasten, mit den Erträgen der Servicegesellschaften verrechnet. Im Ergebnis verbleiben die originären Kosten der Servicegesellschaften in der Nichtversicherungstechnik, wodurch sich das versicherungstechnische Ergebnis auf Gruppenebene erhöht. Dies wird auch im Geschäftsplanungszeitraum berücksichtigt.

Für das Jahr 2022 beträgt der Anteil der Versicherungsgesellschaften am versicherungstechnischen Ergebnis vor der durchgeführten Verrechnung 310.475 TEUR.

Die geographischen Gebiete, in denen die Gruppe ihrer Geschäftstätigkeit nachgeht, entsprechen den geographischen Geschäftsgebieten der einzelnen Lebensversicherungsgesellschaften. Der Anteil der im Ausland abgeschlossenen Verträge ist vernachlässigbar und in den Tabellen enthalten.

Für weitere Details wird auf die Kapitel A.2 der SFCR-Berichte der Solo-Gesellschaften verwiesen.

A.3 Anlageergebnis

Die VKG hat im Berichtsjahr Gesamterträge aus Kapitalanlagen – einschließlich nicht realisierter Gewinne aus Kapitalanlagen aus dem Bereich der fondsgebundenen Lebensversicherungen – in

Höhe von 951.589,2 TEUR (Vorjahr: 4.841.428,6 TEUR) erzielt. Ohne die nicht realisierten Gewinne aus Kapitalanlagen 42.092,4 TEUR (Vorjahr: 3.251.058,7 TEUR) lagen die Erträge aus Kapitalanlagen gemäß HGB bei 909.496,8 TEUR (Vorjahr: 1.590.369,8 TEUR).

In der folgenden Tabelle werden Erträge und Aufwendungen aus Kapitalanlagen sowie das Kapitalanlageergebnis nach Handelsgesetzbuch (HGB) für das Berichtsjahr 2022 aufgeschlüsselt gemäß den Posten der Solvabilitätsübersicht dargestellt.

Nr.	In TEUR	Erträge	Aufwendungen	Ergebnis (HGB)
	Kapitalanlagen	872.631,4	1.503.212,0	-630.580,7
(1)	Immobilien	3.837,9	0,0	3.837,9
(2)	Anteile an verbundenen Unternehmen	738,3	8,3	730,0
(3)	Aktien	25.869,0	23.441,5	2.427,5
(4)	Wertpapiere	375.583,4	162.467,9	213.115,5
(5)	Anteile an Investmentvermögen	384.597,7	1.314.339,3	-929.741,6
(6)	Derivate	82.005,1	2.955,1	79.049,9
(7)	Einlagen bei KI	0,0	0,0	0,0
(8)	Andere Kapitalanlagen	0,0	0,0	0,0
	Kapitalanlagen FLV	57.746,8	3.535.472,2	-3.477.725,4
	Kredite & Hypothekendarlehen + Policendarlehen	21.211,1	1.160,9	20.050,2
(1)	Policendarlehen	1.487,4	253,2	1.234,2
(2)	Andere Kredite & Hypothekendarlehen	19.723,7	907,8	18.815,9
	GESAMT	951.589,2	5.039.845,2	-4.088.255,9

Im Berichtsjahr 2021 sahen die Erträge und Aufwendungen wie folgt aus:

Nr.	In TEUR	Erträge	Aufwendungen	Ergebnis (HGB)
	Kapitalanlagen	1.460.159,5	70.770,8	1.389.388,7
(1)	Immobilien	2.011,9	1.587,1	424,8
(2)	Anteile an verbundenen Unternehmen	8.822,7	363,3	8.459,3
(3)	Aktien	6.187,6	240,4	5.947,1
(4)	Wertpapiere	455.520,1	12.550,2	442.969,9
(5)	Anteile an Investmentvermögen	984.826,4	55.772,3	929.054,1
(6)	Derivate	2.794,2	245,0	2.549,2
(7)	Einlagen bei KI	-3,4	1,0	-4,4
(8)	Andere Kapitalanlagen	0,0	11,5	-11,5
	Kapitalanlagen FLV	3.348.924,0	111.305,7	3.237.618,3
	Kredite & Hypothekendarlehen + Policendarlehen	32.345,1	1.019,6	31.325,5
(1)	Policendarlehen	1.960,7	20,8	1.939,9
(2)	Andere Kredite & Hypothekendarlehen	30.384,5	998,8	29.385,6
	GESAMT	4.841.428,6	183.096,1	4.658.332,5

Die Erträge aus Kapitalanlagen (gemäß Solvabilitätsübersicht nach Solvency II) beliefen sich im Berichtsjahr auf 872.631,4 TEUR (Vorjahr: 1.460.159,5 TEUR). Sie stammten mit 375.583,4 TEUR überwiegend aus Anleihen (Vorjahr: 455.520,1 TEUR), von denen der größte Ertragstreiber die Veräußerungsgewinne mit 268.867,4 TEUR waren, sowie mit 384.597,7 TEUR aus Anteilen an Investmentvermögen (Vorjahr: 984.826,4 TEUR), bei denen der größte Teil die ordentlichen Erträge mit 379.156,0 TEUR ausmachte. Die Erträge der Anteile aus Investmentvermögen sind ganz überwiegend auf die von der Gesellschaft als alleiniger Investor gehaltenen Anteile an Spezialfonds zurückzuführen. Die vereinnahmten ordentlichen Erträge stammen aus Ausschüttungen, die wiederum auf innerhalb der Fonds vereinnahmter ordentlicher und außerordentlicher Erträge beruhen.

Die Erträge aus dem Bereich der fondsgebundenen Lebensversicherung betrugen 57.746,8 TEUR (Vorjahr: 3.348.924,0 TEUR). Der überwiegende Teil davon entfiel mit 42.092,4 TEUR (Vorjahr: 3.251.058,7 TEUR) auf die nicht realisierten Gewinne. Darüber hinaus fielen ordentliche Erträge von 9.807,9 TEUR (Vorjahr: 6.237,4 TEUR) und realisierte Gewinne von 5.846,5 TEUR (Vorjahr: 91.627,8 TEUR) an. Der starke Rückgang der realisierten sowie nicht realisierten Gewinne spiegelt die Marktentwicklung an den Kapitalmärkten im Berichtsjahr wider.

Die Erträge aus den Policendarlehen und Hypothekendarlehen, die gemäß HGB zu den Kapitalanlagen zählen und unter Solvency II in Kredite und Hypothekendarlehen umklassifiziert werden (siehe Kapitel D.1.2.2), betrugen im Berichtsjahr 21.211,1 TEUR (Vorjahr: 32.345,1 TEUR).

Der Gesamtaufwand aus Kapitalanlagen betrug – einschließlich nicht realisierter Verluste aus Kapitalanlagen – 5.039.845,2 TEUR (Vorjahr: 183.096,1 TEUR). Ohne Berücksichtigung der nicht realisierten Verluste aus Kapitalanlagen in Höhe von 3.456.137,7 TEUR (Vorjahr: 107.524,4 TEUR) lag der Aufwand aus Kapitalanlagen gemäß HGB bei 1.583.707,5 TEUR (Vorjahr: 75.571,7 TEUR).

Der Aufwand aus Kapitalanlagen (gemäß Solvabilitätsübersicht nach Solvency II) belief sich im Berichtsjahr auf 1.503.212,0 TEUR (Vorjahr: 70.770,8 TEUR), wobei die größten Aufwandspositionen auf Anteile an Investmentvermögen (1.314.339,3 TEUR, davon 9.035,8 TEUR aus Kostenverteilung, Vorjahr: 55.772,3 TEUR) und Wertpapiere (162.467,9 TEUR, davon 5.436,4 TEUR aus Kostenverteilung), Vorjahr: 12.550,2 TEUR) entfielen.

Auf den Bereich der fondsgebundenen Lebensversicherungen entfiel Aufwand in Höhe von 3.535.472,2 TEUR (Vorjahr: 111.305,7 TEUR). Neben nicht realisierten Verlusten von 3.456.137,7 TEUR (Vorjahr: 107.524,4 TEUR) wurden auch realisierte Verluste von 79.334,5 TEUR (Vorjahr: 3.781,3 TEUR) verzeichnet. Der starke Anstieg der realisierten sowie nicht realisierten Verluste spiegelt die Marktentwicklung an den Kapitalmärkten im Berichtsjahr wider.

Der Aufwand aus Policendarlehen und Hypothekendarlehen betrug im Berichtsjahr 1.160,9 TEUR (Vorjahr: 1.019,6 TEUR).

Das Ergebnis aus Kapitalanlagen, einschließlich nicht realisierter Gewinne aus Kapitalanlagen aus dem Bereich der fondsgebundenen Lebensversicherungen, lag mit -4.088.255,9 TEUR unter dem Vergleichswert des Vorjahres (4.658.332,5 TEUR). Ohne die nicht realisierten Gewinne und Verluste aus fondsgebundenen Kapitalanlagen von -3.414.045,3 TEUR (Vorjahr: 3.143.534,3 TEUR) lagen die Erträge gemäß Handelsgesetzbuch (HGB) bei -674.210,6 TEUR (Vorjahr: 1.514.798,2 TEUR).

In TEUR	2022	2021
Ordentliches Ergebnis	526.925,2	979.237,9
Außerordentliches Ergebnis	-1.201.135,9	535.560,3
davon Zuschreibungen	2.208,6	15.647,4
davon Gewinne aus Abgang	365.454,6	571.284,2
davon Abschreibungen	182.655,4	28.747,0
davon Verluste aus Abgang	1.386.143,7	22.624,3
Saldo nicht realisierte Gewinne und Verluste	-3.414.045,3	3.143.534,3
Gesamt	-4.088.255,9	4.658.332,5

Wesentliche Ergebnistreiber waren neben dem schwächeren ordentlichen Ergebnis von 526.925,2 TEUR (Vorjahr: 979.237,9 TEUR) sowie dem ebenfalls deutlich schwächeren außerordentlichen Ergebnis von -1.201.135,9 TEUR (Vorjahr: 535.560,3 TEUR) insbesondere der niedrigere Saldo aus den nicht realisierten Gewinnen und Verlusten in Höhe von -3.414.045,3 TEUR (Vorjahr: 3.143.534,3 TEUR).

Bezüglich der Informationen zu verbrieften Instrumenten wird auf Abschnitt B.3.8. verwiesen. Einen direkten Ergebniseffekt aus verbrieften Instrumenten gab es nicht.

A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

Die wesentlichen Erträge und Aufwendungen für den Berichtszeitraum und das Vorjahr, die nicht versicherungstechnische oder Anlageerträge und -aufwendungen sind, umfassen die folgenden Bestandteile:

Erträge:	2022 TEUR	2021 TEUR	Veränderung TEUR
Rückvergütungen von Investmentgesellschaften	163.718	168.992	-5.274
Konsortialerträge	21.291	21.193	98
Dienstleistungsverträge mit Dritten	11.624	11.557	66
Aufwendungen:			
Personalaufwand	97.281	105.018	-7.737
Rechts- und Beratungskosten	149.978	191.498	-41.516
Sachkosten IT	25.523	25.853	-330

Bei den Rückvergütungen von Investmentgesellschaften handelt es sich um Bestandsprovisionen für die bei Kapitalanlagegesellschaften verwalteten Kapitalanlagen für die fondsgebundene Lebens- und Rentenversicherung der drei Lebensversicherungsgesellschaften PLE, HLE und SLE auf Basis der Zeitwerte der verwalteten Kapitalanlagen. Die Bestandsprovisionen berechnen sich immer auf Basis der Entwicklung des Fondsvolumens. Diese sind im Wesentlichen stabil gemessen zum Vorjahr.

Der Personalaufwand ist leicht rückgängig, da keine wesentlichen Zu- oder Abgänge im Berichtsjahr zu verzeichnen waren. Niedrigere Kosten resultieren aus Einmaleffekten im Vorjahr.

Die niedrigeren Beratungs- und Sachkosten IT sind im Wesentlichen durch gesunkene Projektkosten entstanden.

Gemäß den zugrunde liegenden Konsortialverträgen erhält die HLE von den jeweiligen Konsorten eine Konsortialgebühr.

Die Erträge aus Dienstleistungsverträgen mit Dritten betreffen den langfristigen Servicevertrag mit Scottish Widows Ltd. Dieser beinhaltet im Wesentlichen Leistungen in den Bereichen Kundenservice, Vertriebsbetreuung, Kommunikation, Finanzen und IT.

Die wesentlichen Aufwendungen stammen aus dem operativen Geschäftsbetrieb der Nicht-Lebensversicherungsgesellschaften.

Weitere wesentliche sonstige Erträge und Aufwendungen wie auch wesentliche Leasingvereinbarungen bestehen für das Berichtsjahr nicht.

A.5 Sonstige Angaben

Die vorstehend in Kapitel A.1 bis A.4 gemachten Ausführungen beinhalten alle wesentlichen Informationen und Ergebnisse der VKG.

B Governance-System

B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System

B.1.1 Struktur der Geschäftsorganisation

Die Viridium Gruppe wird durch die Konzernobergesellschaft VKG geleitet. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat die VKG mit Verwaltungsakt vom 11.06.2014 als eine Versicherungsholding gemäß § 1b VAG a.F. (§ 7 Nr. 28 VAG n.F.) eingeordnet. Durch ihre Geschäftsleitung und den bei ihr gebildeten Beirat mitsamt seinen Komitees legt die VKG die Strategie der Gruppe fest und trifft wesentliche Steuerungsentscheidungen. Sie wurde als für die Festlegung der Governance-Struktur auf Gruppenebene zuständiges Unternehmen im Sinne der EIOPA-Leitlinien zum Governance-System (EIOPA-CP-13/08) bestimmt. Das zuständige Unternehmen beschreibt mit seinen Organisationsgrundsätzen, unternehmensinternen Richtlinien sowie den vier Schlüssel-funktionen den konzernweiten Rahmen für das Governance-System der Gruppe.

Organe der VKG sind die Geschäftsleitung, der Beirat und die Gesellschafterversammlung.

Geschäftsleitung

Die Geschäfte der VKG werden von deren Komplementärin Viridium Group Management GmbH (VGM) geführt, die wiederum durch ihre Geschäftsleitung repräsentiert wird. Die Geschäftsleitung in ihrer Gesamtheit sowie jedes einzelne Mitglied der Geschäftsleitung führen die Geschäfte der Gesellschaft nach Maßgabe der Gesetze, des Gesellschaftsvertrags, der Geschäftsordnung für die Geschäftsleitung, des Geschäftsverteilungsplans und der Dienstverträge.

Die gesamte Geschäftsleitung ist für die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation des Unternehmens verantwortlich. Die Geschäftsleitungsmitglieder werden regelmäßig über die Risiken informiert, denen das Unternehmen ausgesetzt ist, sowie über deren Auswirkungen und Maßnahmen zur Minimierung. Es ist nicht möglich, die Verantwortung zur Handhabung wesentlicher Risiken zu delegieren, jedoch kann die Verantwortung für die Durchführung einzelner Elemente auf ein oder mehrere Mitglieder der Geschäftsleitung übertragen werden, sofern dem nicht andere gesetzliche Regelungen entgegenstehen.

Im Hinblick auf das Risikomanagement ist die Geschäftsleitung insbesondere verantwortlich für:

- ▼ die Festlegung einheitlicher Leitlinien für das Risikomanagement unter Berücksichtigung der internen und externen Anforderungen;
- ▼ die Festlegung der Geschäfts- und Risikostrategie;
- ▼ die Festlegung der Risikotoleranz und die Einhaltung der Risikotragfähigkeit;
- ▼ die Festlegung wesentlicher risikostrategischer Vorgaben;
- ▼ die laufende Überwachung des Risikoprofils und die Einrichtung eines Frühwarnsystems sowie die Behandlung wesentlicher risikorelevanter Ad-hoc-Themen.

Die Geschäftsleitung hatte während des Berichtszeitraums fünf Mitglieder und setzte wie folgt zusammen:

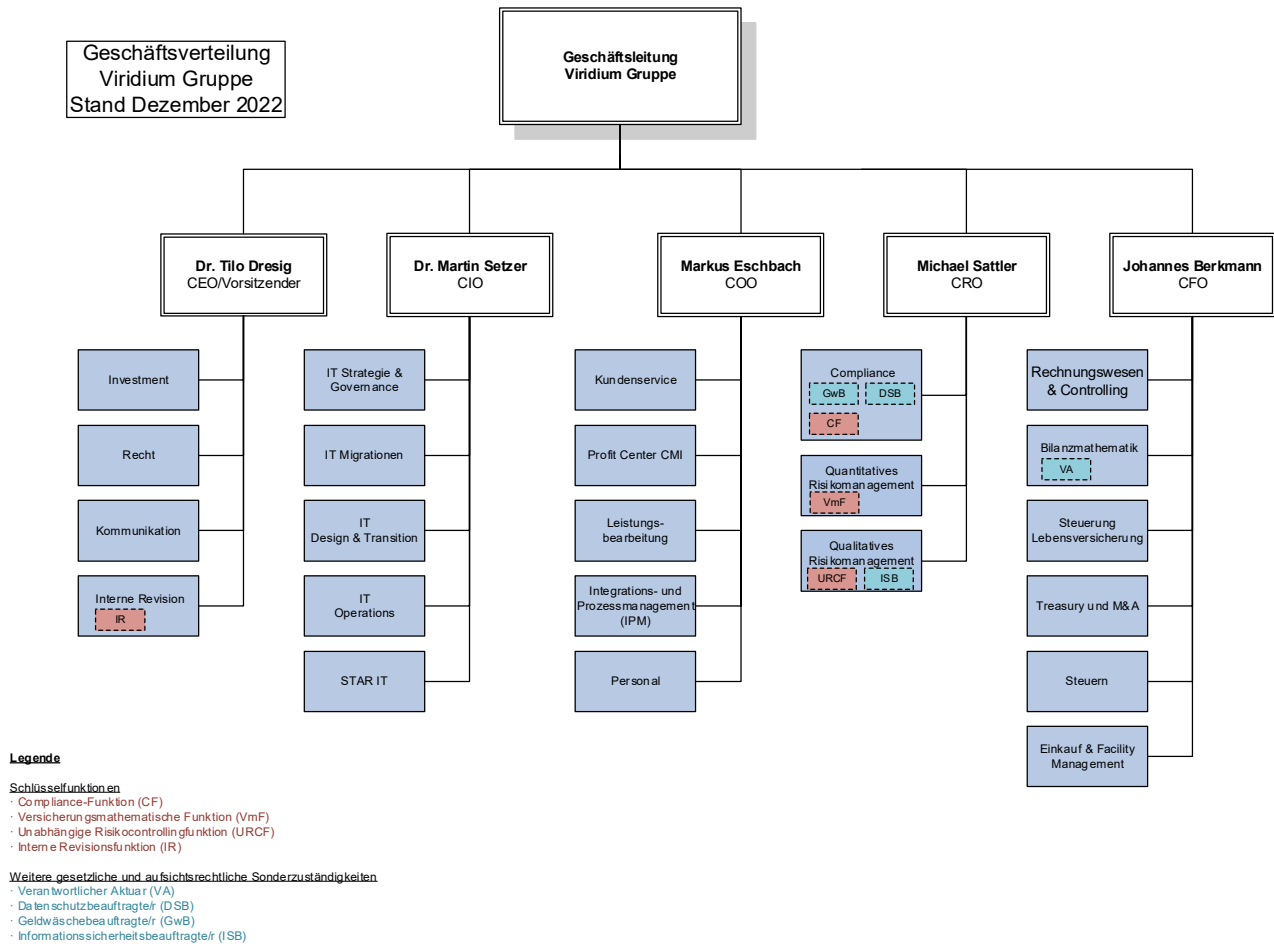
- ▼ Dr. Tilo Dresig, Chief Executive Officer (CEO, Vorsitzender);
- ▼ Johannes Berkmann, Chief Finance Officer (CFO);
- ▼ Markus Eschbach, Chief Operations Officer (COO);
- ▼ Michael Sattler, Chief Risk Officer (CRO);
- ▼ Dr. Martin Setzer, Chief Information Officer (CIO).

Die VGM wird gemäß Satzung unter Beachtung des „Vier-Augen-Prinzips“ durch zwei Mitglieder der Geschäftsleitung oder durch ein Mitglied der Geschäftsleitung in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Spezifische Ausschüsse innerhalb der Geschäftsleitung bestehen nicht.

Eine Geschäftsordnung bestimmt die innere Ordnung der Geschäftsleitung. Der Vorsitzende der Geschäftsleitung leitet die regelmäßigen Geschäftsleitungssitzungen. Die Gesamtgeschäftsleitung entscheidet mit einfacher Mehrheit der an der Beschlussfassung teilnehmenden Mitglieder. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden der Geschäftsleitung den Ausschlag. Der Vorsitzende der Geschäftsleitung kann außerdem Maßnahmen und Beschlüsse durch seinen Widerspruch verhindern. Bestimmte Maßnahmen der Geschäftsleitung, wie etwa der Abschluss von Unternehmensverträgen, bedürfen der Zustimmung des Beirats. Die Ressortverteilung innerhalb der Geschäftsleitung folgt dem Grundsatz der Trennung von risikoaufbauenden und risikokontrollierenden Aufgaben.

Während des Berichtszeitraums war die Ressortverteilung innerhalb der Geschäftsleitung wie folgt:



Die Zusammensetzung der Geschäftsleitung der VKG ist überwiegend identisch mit der Besetzung der Geschäftsleitungen der weiteren Gruppengesellschaften.

Beirat

Die Gesellschafterversammlung der VKG hat auf Grundlage des Gesellschaftsvertrags einen Beirat gebildet. Dieser überwacht nach Maßgabe der Gesetze, des Gesellschaftsvertrags und der Geschäftsordnung für den Beirat die Geschäftsführung und berät sie, unter anderem im Hinblick auf die Risikostrategie und das Risikomanagement. Dem Beirat werden regelmäßig Risikoberichte vorgelegt und erläutert. Zu seinen Aufgaben gehören daneben unter anderem die Prüfung der Jahresabschlüsse, Lageberichte sowie Prüfungsberichte der VKG und der anderen Gruppengesellschaften sowie die Zustimmung zu bestimmten Arten von Geschäften gemäß Geschäftsordnung für die Geschäftsleitung.

Der Beirat hatte bis zum 30.06.2022 neun Mitglieder, von denen fünf Vertreter der Anteilseigner und vier unabhängige Personen waren, und setzte sich wie folgt zusammen:

- ▼ Rolf-Peter Hoenen, Vorsitzender, unabhängiges Mitglied;
- ▼ Caspar Berendsen, stellvertretender Vorsitzender, Cinven Vertreter;
- ▼ David Giroflier, Cinven Vertreter;
- ▼ Stefan Lehmann, Generali Deutschland AG Vertreter;

- ▼ Philipp von Lossau, Cinven Vertreter;
- ▼ Dr. Klaus Miller, Hannover Rück Vertreter;
- ▼ Dr. Heinz-Peter Roß, unabhängiges Mitglied;
- ▼ Erik Stattin, unabhängiges Mitglied;
- ▼ Jonathan Yates, unabhängiges Mitglied.

Zum 30.06.2022 hat Rolf-Peter Hoenen sein Mandat im Beirat niedergelegt. Mit Wirkung zum 01.07.2022 wurde Dr. Heinz-Peter Roß zum Vorsitzenden des Beirats gewählt. Mit Wirkung zum 15.07.2022 hat Stefan Lehmann sein Mandat im Beirat niedergelegt. Dessen Sitz hat mit Wirkung zum 15.07.2022 Ulrich Ostholt übernommen. Mit Wirkung zum 31.10.2022 haben Erik Stattin und Philipp von Lossau ihre Mandate im Beirat ebenfalls niedergelegt. Zum 01.11.2022 hat Samy Jazaerli den Sitz von Philipp von Lossau im Beirat übernommen. Zum Ende des Berichtszeitraum hatte der Beirat folglich sieben Mitglieder und setzte sich wie folgt zusammen:

- ▼ Dr. Heinz-Peter Roß, Vorsitzender, unabhängiges Mitglied;
- ▼ Caspar Berendsen, stellvertretender Vorsitzender, Cinven Vertreter;
- ▼ David Giroflier, Cinven Vertreter;
- ▼ Ulrich Ostholt, Generali Deutschland AG Vertreter;
- ▼ Samy Jazaerli, Cinven Vertreter;
- ▼ Dr. Klaus Miller, Hannover Rück Vertreter;
- ▼ Jonathan Yates, unabhängiges Mitglied.

Der Beirat der VKG hat aus seiner Mitte die folgenden Ausschüsse gebildet:

- ▼ das Audit, Risk & Compliance Committee (ARCC),
- ▼ das Nomination & Remuneration Committee (NRC), und
- ▼ das Investment Committee (IC).

Diese Ausschüsse beraten den Beirat der VKG bei den ihnen gemäß Geschäftsordnung zugewiesenen Aufgaben, um eine einheitliche Willensbildung zu befördern. Das ARCC überwacht insbesondere den Rechnungslegungsprozess, die Abschlussprüfung sowie die Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems (IKS), des internen Revisionssystems, des Risikomanagements und der Compliance. Das NRC berät den Beirat in Fragen der Vergütung der Geschäftsleitung, des Vergütungssystems des Unternehmens sowie hinsichtlich der personellen Besetzung der Geschäftsleitung. Das IC berät den Beirat im Hinblick auf die Anlagepolitik des Unternehmens und überwacht die Entwicklung und Steuerung der Kapitalanlagen. Die Ausschüsse sind als beratende Gremien organisiert; eine abschließende Beschlussfassung über die in den Ausschüssen behandelten Angelegenheiten ist dem Beirat in seiner Gesamtheit vorbehalten.

Die Zusammensetzung des Beirats der VKG ist identisch mit der Besetzung des Aufsichtsrats der VHAG. Im Berichtszeitraum waren jeweils fünf der sieben Mitglieder des Beirats zugleich Aufsichtsräte der Lebensversicherungsgesellschaften der Gruppe. Drei Mitglieder des Beirats sind zugleich Aufsichtsräte der VRE.

Gesellschafterversammlung

Der Gesellschafterversammlung der VKG sind die von der personengesellschaftsrechtlichen Zuständigkeitsverteilung vorgesehenen Aufgaben zugewiesen. Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegen danach unter anderem die Wahl und Abberufung der Mitglieder des Beirats, Änderungen des Gesellschaftsvertrags oder des Gesellschaftskapitals sowie die Verschmelzung oder die Auflösung der Gesellschaft.

Die Gesellschafterversammlung wird anlassbezogen abgehalten und findet mindestens einmal jährlich zur Feststellung des Jahresabschlusses statt.

Schlüsselfunktionen

Die VKG hat als Unternehmen, das für die Festlegung der Governance-Struktur auf Gruppenebene zuständig ist, bei sich die vier Schlüsselfunktionen Unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF), Compliance (CF), Interne Revision (IR) und Versicherungsmathematische Funktion (VMF) eingerichtet. Diese nehmen im Wege der Ausgliederung zugleich die Aufgaben der Schlüsselfunktionen der Lebensversicherungsunternehmen der Gruppe wahr. Die Aufgaben der Schlüsselfunktionen werden in den Abschnitten B.1 bis B.6 erläutert. Neben den vorgenannten Organen und Funktionen bestehen keine weiteren Schlüsselfunktionen.

Weitere wesentliche Ausgliederung

Die Verwaltung der Kapitalanlagen des konventionellen Bestands war während des Berichtszeitraums, wie schon in den Vorjahren, an eine renommierte externe Kapitalanlagegesellschaft ausgliedert.

B.1.2 Wesentliche Änderungen des Governance-Systems im Berichtszeitraum

Im Berichtszeitraum gab es keine wesentlichen Änderungen des Governance-Systems.

B.1.3 Wesentliche Transaktionen im Berichtszeitraum mit Anteilseignern, Personen, die maßgeblichen Einfluss auf das Unternehmen ausüben und Mitgliedern des Verwaltungs-, Management- oder Aufsichtsorgans

Zwischen den Unternehmen der Viridium Gruppe bestehen, wie bereits in den vorhergehenden Kapiteln beschrieben, wesentliche Leistungsbeziehungen unter anderem aus Service- und Dienstleistungsverträgen sowie aus Darlehensverträgen.

Die zum Ende des Jahres 2021 bestehenden Darlehen der VKG an die FinCo über insgesamt EUR 125.000.000,00 wurden im Berichtszeitraum getilgt. Unter dem 19.10.2022 vergab die VKG ein neues Darlehen an die FinCo in Höhe von 125.000 TEUR.

Weitere Transaktionen mit Anteilseignern (natürlichen Personen) und sonstigen Personen, die maßgeblichen Einfluss auf das Unternehmen ausüben, und Mitgliedern des Verwaltungs-, Management- oder Aufsichtsorgans wurden im Berichtszeitraum nicht durchgeführt.

B.1.4 Bewertung der Angemessenheit des Governance-Systems

Die Aufbauorganisation der VKG ist aus Sicht der Geschäftsleitung angemessen im Hinblick auf die Komplexität und Geschäftsgröße der Gesellschaft und steht im Einklang mit der Geschäftsstrategie, die sich auf die effiziente Betreuung und Verwaltung des Bestandes richtet. Wichtige Unternehmensentscheidungen treffen die Vorstandmitglieder immer gemeinsam. Die relevanten Prozesse sind grundsätzlich angemessen dokumentiert und werden fortlaufend durch den Vorstand überprüft. Die Schlüsselfunktionen sind auf Gruppenebene benannt und etabliert, die relevanten Gruppenleitlinien zu den Schlüsselaufgaben sind verabschiedet. Auf Ebene der Lebensversicherungsunternehmen wurde für jede Schlüsselfunktion das ressortzuständige Vorstandsmitglied als Ausgliederungsbeauftragter benannt.

Die Gesellschafts- und Organisationsstruktur der Gruppe sowie die Verteilung des Personals und anderer Ressourcen auf die einzelnen Standorte und Gesellschaften der Gruppe sind darauf ausgerichtet, hohe Synergien und damit eine möglichst kosteneffiziente Verwaltung zu erhalten. Prägend für die Struktur sind die gesellschaftsübergreifende Nutzung zentraler Ressourcen und ein modularer Organisationsaufbau, der eine einfache Anbindung weiterer Lebensversicherungsunternehmen gewährleistet. Damit einhergehend verfügen die Lebensversicherungsunternehmen der Gruppe sowie der Viridium Rückversicherung über kein eigenes Personal. Sie haben vorbehaltlich der nicht delegierbaren Verantwortung des Vorstands sämtliche mit dem Versicherungsbetrieb zusammenhängenden operativen und administrativen Aufgaben ausgegliedert. Die Erbringung vertragsgemäßer Leistungen wird durch eine weitestgehend personenidentische Besetzung der Leitungsorgane, ein regelmäßiges Berichtswesen sowie die Überwachung vereinbarter Leistungs- und Risikoindikatoren sichergestellt.

Die Organisationsstruktur des Unternehmens wird im Zuge der Weiterentwicklung der Viridium Gruppe durch die Geschäftsleitung fortlaufend überprüft. Die letzte explizite Überprüfung zur Governance fand Ende 2020 statt. Eine regelmäßige, nicht anlassbezogene vollständige Überprüfung des Governance Systems in einem Turnus von 3 Jahren wird grundsätzlich für ausreichend und angemessen erachtet. Auf Grund des Closings zum Kauf der Bestände der Generali Lebensversicherung zum 30.04.2019, der Ausgliederung der Bestandsverwaltung für das bAV-Geschäft in Frankfurt auf die Generali Deutschland, der Gründung der VRE sowie der Verschmelzung der SVMS mit der PSM erfolgte eine anlassbezogene Überprüfung. Im Jahr 2020 hat sich durch die Corona Pandemie zusätzlich eine Änderung in den Prozessen ergeben, da überwiegend remote gearbeitet wird.

Die Geschäftsleitung stellt im Zuge dieser Überprüfung fest, dass die wesentlichen Elemente des Governance-Systems

- ▼ Risikomanagementsystem (RMS; mit Betrachtung der Risiken, Chancen, Planung und des BCM incl. der Informationssicherheit),
- ▼ Compliance Management System (CMS; mit Betrachtung der Maßnahmen zum Datenschutz, zur Vermeidung von Korruption, Betrug und Geldwäsche sowie zur Einhaltung von Compliance),
- ▼ Internes Kontrollsystem (IKS; mit Betrachtung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung, Finanzberichterstattung, IT-Systemen, Prozessen) und
- ▼ Internes Revisionsystem (IRS; mit Betrachtung der externen und internen Prüfungen)

grundsätzlich angemessen ausgestaltet sind.

B.1.5 Struktur der Vergütungssysteme

Vergütungspolitik

Der allgemeine Rahmen der Vergütungspolitik und die Grundzüge der Vergütungsstruktur und -regelungen sind in der Vergütungsrichtlinie der VG festgelegt. Der Geltungsbereich der Richtlinie umfasst alle Gesellschaften der Gruppe und bezieht Mitglieder der obligatorischen Aufsichtsräte, der Geschäftsleitung, (andere) Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten, Schlüsselfunktionsinhaber, Risikoträger und sonstige Mitarbeiter der Gruppe ein, nicht jedoch die vom Gesellschafter der VKG benannten Mitglieder des Beirats. Die Mitglieder der Geschäftsleitung und die Mitglieder des Beirats haben im Berichtszeitraum nur von der VKG eine Vergütung bezogen. Soweit sie Tätigkeiten auch für andere Gruppenunternehmen wahrgenommen haben, sind diese mit der von der Obergesellschaft VKG gezahlten Vergütung abgedeckt.

Die Vergütungspolitik orientiert sich am Ziel einer nachhaltigen Wertentwicklung der Gruppe. Die Vergütungsregelungen in der Gruppe sollen marktgerecht und wettbewerbsfähig sein. Die Vergütungsrichtlinie definiert die Anforderungen an Vergütungssysteme und stellt sicher, dass Vergütungszusagen im Einklang mit der Risikostrategie stehen. Sie sieht wirksame Maßnahmen zur Vermeidung von Interessenkonflikten bzw. – wo sich solche nicht vermeiden lassen - zum sachgerechten und bewussten Umgang mit solchen vor. Die Vergütungsrichtlinie ermutigt die jeweils Verantwortlichen nicht zur Übernahme von Risiken, die die Risikotoleranzschwelle der VG bzw. des jeweiligen gruppenzugehörigen Unternehmens überschreiten. Dadurch ist sichergestellt, dass die Fähigkeit der Versicherungs-Holdinggesellschaften und Versicherungsunternehmen der VG, eine adäquate Kapitalausstattung zu gewährleisten, nicht beeinträchtigt wird.

Für die Umsetzung der Vergütungspolitik und die angemessene Ausgestaltung der Vergütungsregelungen sind die personalführenden Gruppengesellschaften verantwortlich, und zwar für die Ausgestaltung der Vergütung für Geschäftsleiter der Beirat und die Gesellschafterversammlung der VKG und für die Ausgestaltung der Vergütung für die übrigen Mitarbeiter die Geschäftsleitung der betreffenden Gesellschaft unter Einbindung der Personalfunktion.

Ausschließlich für die von der Generali Lebensversicherung AG im Rahmen des Betriebsübergangs zum 30.04.2019 übernommenen Mitarbeiter der PSM gelten tarifvertragliche Gehaltsbestandteile.

Vergütungskomponenten

Die Vergütungsstruktur der Gruppe sieht eine Kombination von festen und variablen Bestandteilen vor. Der feste Bestandteil macht einen ausreichend hohen Anteil der Gesamtvergütung aus, so dass die betroffenen Personen nicht zu sehr auf die variablen Vergütungsbestandteile angewiesen sind und dadurch negative Anreize geschaffen werden.

Festvergütung:

Die Festvergütung orientiert sich insbesondere an dem Aufgabenspektrum, der Verantwortungsstufe, der Berufserfahrung und den vergleichbaren Gehältern am Markt.

Variable Vergütung:

Variable Vergütungsbestandteile werden bemessen nach dem Gesamtergebnis der Gruppe (Unternehmensziele) und/oder der Bewertung der Leistung des Einzelnen (individuelle Ziele). Die Gewichtung zwischen beiden Zielkomponenten kann variieren. Bei Geschäftsleitern und Schlüsselfunktionsinhabern werden stets individuelle Ziele berücksichtigt, während bei den übrigen Mitarbeitern die

variable Vergütung auch nur nach Unternehmenszielen bemessen werden kann. Insgesamt sollen die Unternehmensziele mindestens 50% der variablen Vergütung ausmachen. Jährliche qualitative und quantitative Ziele werden am Anfang der Leistungsperiode festgesetzt und kommuniziert.

Die variable Vergütung der Geschäftsleiter und Schlüsselfunktionsinhaber hat eine mehrjährige Bemessungsgrundlage, die Messgrößen müssen zumindest teilweise einen Zeitraum für die Zielerreichung von mindestens drei Jahren berücksichtigen. Ein wesentlicher Teil der variablen Vergütung von Geschäftsleitern, Schlüsselfunktionsinhabern, Risikoträgern sowie Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten, wird mit einem flexibel zu vereinbarenden zeitlichen Aufschub von mindestens drei Jahren ausgezahlt. Die Bemessung der aufgeschobenen Komponente trägt der Art und dem Zeithorizont der Geschäftstätigkeit der VG Rechnung. Bei Veränderungen der Risikoexponierung kann der aufgeschobene Anteil einer Abwärtskorrektur unterliegen. Im Berichtszeitraum wurde als Voraussetzung für eine Abwärtskorrektur das Unterschreiten einer vorgegebenen Solvabilitätsquote der Gruppe vorgesehen.

Die Aufteilung von fester und variabler Vergütung ist individuell unterschiedlich. Sie variiert je nach Umfang der Verantwortung. Für die jeweiligen Hierarchieebenen sind Vergütungsrahmen festgelegt. Bei Geschäftsleitern beträgt die variable Vergütung bei maximaler Zielerreichung zwischen 50 % und 100 % des Festgehalts, bei Mitgliedern der ersten und zweiten Führungsebene in der Regel maximal 30 % bis 50 % des Festgehalts und bei sonstigen Mitarbeitern in der Regel maximal 20 % des Festgehalts. Die konkrete Höhe der vereinbarten variablen Vergütung stellt auf die Funktion der betreffenden Person im Unternehmen und deren Beitrag bei der Umsetzung der Unternehmens- und Risikostrategie ab.

Abweichend hierzu sieht die Vergütungsstruktur der ELE unterschiedliche feste Gehaltsbestandteile vor. Die Festvergütung orientiert sich insbesondere an dem Aufgabenspektrum, der Verantwortungsstufe, der Berufserfahrung und den vergleichbaren Gehältern am Markt.

Altersversorgung:

Teilweise werden für Geschäftsleitungsmitglieder Beiträge zu einer privaten Altersvorsorge in eine Unterstützungskasse gezahlt. Für die von der GEL im Rahmen des Betriebsübergangs zum 30.04.2019 übernommenen Mitarbeiter der PSM gelten Versorgungszusagen im Rahmen der mit dem Übergang beibehaltenen betrieblichen Altersversorgung der Generali. Für die von der Protektor im Rahmen des Betriebsübergangs im August 2017 übernommenen Mitarbeiter der ESM gelten Versorgungszusagen im Rahmen der mit dem Übergang beibehaltenen betrieblichen Altersversorgung der Mannheimer. Im Übrigen gibt es keine Versorgungszusagen.

Sonstige, leistungsunabhängige Nebenleistungen:

Nebenleistungen sind individuell unterschiedlich und hängen von den lokalen Marktgegebenheiten ab.

Vergütung des Vorstands

Die Mitglieder des Vorstands der Gruppenunternehmen werden, soweit sie zugleich Mitglieder der Geschäftsleitung der Obergesellschaft VKG sind, durch die VKG vergütet. Ein fester Prozentsatz der Vergütung der Mitglieder des Vorstands wird, abhängig von der Anzahl und Gewichtung der

Mandate der Mitglieder des Vorstandes innerhalb der Gruppe, von der VKG an die anderen Gruppenunternehmen im Rahmen der Konzernverrechnung aufgrund eines vorgegebenen, durch den Aufsichtsrat genehmigten Schlüssels weiterbelastet.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben im Berichtszeitraum von den Gruppenunternehmen keine Vergütung bezogen. Ihre Tätigkeit für die Gruppenunternehmen ist mit der von der Obergesellschaft VKG gezahlten Vergütung abgedeckt. Die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats wird nicht von der VKG weiterbelastet. Die Hauptversammlungen der jeweiligen Gruppenunternehmen haben von dem ihnen satzungsmäßig zugewiesenen Recht, den Aufsichtsratsmitgliedern eine Entschädigung zu bewilligen, nicht Gebrauch gemacht.

Vergütung des Beirats

Die Tätigkeit der Mitglieder des Beirats der VKG wird durch eine reine Festvergütung abgegolten. Die Höhe der Vergütung spiegelt die Verantwortung und Komplexität der Aufgaben der Beiratsmitglieder wider. Die Tätigkeit in Ausschüssen wird dabei nicht berücksichtigt. Neben der vierteljährlich in bar abzurechnenden Festvergütung wird angemessener Auslagenersatz gewährt.

Wesentliche Änderungen zum Vorjahr

Für die Gesellschaften der Viridium Gruppe ergeben sich keine wesentlichen Änderungen in den Bestandteilen der Vergütung im Vergleich zum Vorjahr.

B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit

Die Unternehmen der Viridium Gruppe haben zur Beurteilung der fachlichen Qualifikation und der persönlichen Zuverlässigkeit der Kandidaten hinreichende Regeln etabliert. Diese Regeln basieren auf nachhaltigen Erfahrungen bei der Einschätzung hinsichtlich der Eignung und der Zuverlässigkeit von Mitarbeitern.

Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten, oder Inhaber anderer Schlüsselfunktionen müssen für ihre jeweiligen Aufgaben entsprechend qualifiziert sein. Für die zu besetzenden Stellen sind Stellenprofile mit einer genauen Beschreibung der geforderten beruflichen Qualifikation und fachlichen Erfahrungen zwingend notwendig. Abhängig von den Stellenanforderungen müssen die Inhaber dieser Funktionen über:

- ▼ eine entsprechende berufliche Qualifikation und praktische Erfahrung für diese Funktion,
- ▼ analytische Fähigkeiten und Problemlösungskompetenz sowie
- ▼ eine hierarchieübergreifende Kommunikationsfähigkeit

verfügen.

Das Ausmaß der Qualifizierung bezieht sich nach dem Grundsatz der Proportionalität auf das vorherrschende Geschäfts-, Wirtschafts- und Marktumfeld; das heißt, die Wesensart, der Umfang und

die Komplexität der Risiken des Unternehmens sind angemessen berücksichtigt. Einschlägige Erfahrungen in Bezug auf anwendbare fachliche und sonstige Standards müssen stets dargelegt werden können.

Für die vier zwingend einzurichtenden Schlüsselfunktionen beziehungsweise die Inhaber der Schlüsselfunktionen sind, um die damit im Zusammenhang stehenden Aufgaben wahrnehmen zu können, besondere entsprechende berufliche Qualifikationen und praktische Erfahrung zugrunde gelegt, die sich wie folgt darstellen:

Verantwortlicher Inhaber Unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF)

- ▼ Abgeschlossene universitäre oder Hochschulausbildung mit ausgeprägtem mathematischem Anteil (Wirtschafts-, Ingenieur- oder Naturwissenschaften wie Mathematik, Physik, Maschinenbau, Betriebswirtschaft) oder kaufmännische oder vergleichbare Ausbildung und mindestens fünf Jahre adäquate einschlägige Berufserfahrung;
- ▼ idealerweise Zusatzqualifikation als Aktuar oder Zusatzqualifikation zum Risikomanager einer anerkannten Institution;
- ▼ mindestens fünfjährige Erfahrung in der Versicherungsbranche oder Bankbranche mit gutem Verständnis der verschiedenen operativen Prozesse;
- ▼ Kenntnisse der Kapitalmärkte und der Kapitalmarktinstrumente vor allem für den Versicherungsbereich;
- ▼ Kenntnisse im Projektmanagement;
- ▼ Nachweis fortlaufender Weiterbildung beziehungsweise Aktualisierung der Kenntnisse.

Verantwortlicher Inhaber der Compliance-Funktion (CF)

- ▼ Abgeschlossene universitäre oder Hochschulausbildung als Jurist (Zweites Staatsexamen) oder Wirtschaftswissenschaftler oder eine für die Funktion relevante, einschlägige Ausbildung und mindestens fünf Jahre adäquate einschlägige Berufserfahrung;
- ▼ mindestens dreijährige Erfahrung in der Versicherungsbranche oder Bankbranche mit gutem Verständnis der verschiedenen operativen Prozesse und rechtlichen Anforderungen;
- ▼ Kenntnisse der Kapitalmärkte und der Kapitalmarktinstrumente, idealerweise für den Versicherungsbereich;
- ▼ idealerweise Kenntnisse im Bereich Datenschutz und Geldwäschevermeidung;
- ▼ Nachweis fortlaufender Weiterbildung beziehungsweise Aktualisierung der Kenntnisse.

Verantwortlicher Inhaber Versicherungsmathematische Funktion (VMF)

- ▼ Mathematische Ausbildung mit erfolgreichem Abschluss an Universität, Hoch- oder Fachschule (Diplom, Master) mit Zusatzqualifikation in Wahrscheinlichkeitstheorie (Stochastik), mathematischer Statistik, Finanzmathematik oder kaufmännische oder vergleichbare Ausbildung mit mindestens drei Jahren einschlägiger Berufserfahrung;
- ▼ einschlägige mindestens dreijährige Praxis als Versicherungsmathematiker beziehungsweise Aktuar;
- ▼ Ausbildung zum Aktuar (DAV) oder vergleichbare Kenntniserlangung im Rahmen von beruflicher Erfahrung;
- ▼ Nachweis fortlaufender Weiterbildung beziehungsweise Aktualisierung der Kenntnisse.

Verantwortlicher Inhaber der Funktion Interne Revision (IR)

Die Interne Revision muss aufgrund ihrer Aufgabe alle Arbeitsbereiche sowie alle Aufgaben der Schlüsselfunktionen überprüfen können. Daher muss der Inhaber der Funktion interne Revision ein möglichst breites Spektrum an Wissen und Erfahrungen vorweisen können.

- ▼ Abgeschlossenes Hochschul- beziehungsweise Fachhochschulstudium (Diplom, Master) oder kaufmännische oder vergleichbare Ausbildung mit mindestens fünf Jahren einschlägiger Berufserfahrung;
- ▼ Kenntnisse in Informatik, Betriebswirtschaft, Projektmanagement und Prozessen vor allem aus der Versicherungs- und Bankbranche (Generalist);
- ▼ mindestens fünf Jahre Berufserfahrung, idealerweise in der Revision und/oder im Risikomanagement im Banken- oder Versicherungsbereich;
- ▼ idealerweise Ausbildung zum Certified Internal Auditor (CIA) des Institute of Internal Auditors (IIA) oder zum Certified Information Systems Auditor (CISA) beziehungsweise COBIT practitioner (Zertifikate der ISACA, der Information Systems Audit and Control Association als weltweitem Berufsverband von Information Systems (IS) Fachleuten) oder vergleichbare Ausbildung;
- ▼ Nachweis regelmäßiger Weiterbildungen beziehungsweise Aktualisierung der Kenntnisse.

B.2.1 Regeln zur Anwerbung und Auswahl der Mitarbeiter

Die folgende Beschreibung gilt grundsätzlich für alle Stellenbesetzungen in den Gesellschaften der Viridium Gruppe.

Die Besetzung von vakanten Positionen erfordert das Vorliegen einer konkreten schriftlichen Darlegung der auszuführenden Tätigkeiten (Arbeitsplatz- oder Stellenbeschreibung) inklusive der erwarteten persönlichen und fachlichen Voraussetzungen durch den veranlassenden Fachbereich. Diese wird Basis für die notwendige interne und/oder externe Ausschreibung der Position und muss deshalb vor jeder Ausschreibung und Stellenbesetzung im Personalbereich vorliegen.

Die Gesamtverantwortung für den Prozess liegt grundsätzlich bei der Personalabteilung. Das bedeutet, dass die Personalabteilung für die Ausschreibung, die Steuerung des Prozesses, die Vorauswahl von Bewerbern, den Erstkontakt zu den Bewerbern, die Organisation der Bewerbungsgespräche und die Anforderung und Aufbewahrung aller Unterlagen verantwortlich ist.

Alle Auswahlprozesse sind so etabliert, dass sie zuverlässig und objektiv in Bezug auf die erforderlichen Kompetenzen der Rolle ausgestaltet werden und somit optimal vor Befangenheit schützen. Bei der Berücksichtigung der jeweiligen Anforderungen berücksichtigen wir bestmöglich die Chancengleichheit sowie den Wunsch der Gruppe nach Diversität.

Die Auswahl erfolgt durch den Personalbereich und den Fachbereich, wobei die Personalabteilung die Beratungsfunktion und der Fachbereich die Entscheidungsfunktion innehaben. Grundsätzlich wird bei den Bewerbungsgesprächen und bei der finalen Auswahl zusätzlich zu der verantwortlichen Führungskraft und einem Repräsentanten aus dem Personalbereich mindestens noch eine weitere Person aus dem Fachbereich am Prozess beteiligt.

Interne Kandidaten werden bei passenden Fähigkeiten und/oder Begabungen und anforderungsge- rechten Erfahrungen externen Bewerbern vorgezogen – vorausgesetzt, dies lässt sich ohne Beein- trächtigung der korrespondierenden Anforderungen durchführen.

Mit dem Vorstand wird regelmäßig die interne Nachfolgeplanung sowohl für Vorstandspositionen als auch für die Positionen der Leitenden Angestellten durchgesprochen. Für infrage kommende Kan- didaten erörtern wir Maßnahmen zur Weiterentwicklung. Eventuelle Defizite beziehungsweise Ent- wicklungspotenziale werden identifiziert und passende Lösungen für Notfallsituationen definiert.

Bei der Auswahl von Inhabern von Schlüsselaufgaben ist das zuständige Geschäftsleitungsmitglied der Viridium Gruppe in die Entscheidung einzubeziehen, sofern es nicht als direkter Vorgesetzter des Funktionsträgers ohnehin Teil des Verfahrens ist. Darüber hinaus muss bei der Besetzung einer der vier Schlüsselfunktionen die Geschäftsleitung vor Abschluss des Verfahrens durch Beschluss- fassung der ausgewählten Person ausdrücklich ihre Zustimmung erteilen. Die Unterlagen bewahrt der Personalbereich auf.

Die Besetzung der Vorstands- und Geschäftsführungsfunktionen initiieren und steuern die entspre- chenden Kontrollgremien (zum Beispiel der Aufsichtsrat). Die Aufbewahrung der Unterlagen erfolgt bei den beschlussfassenden Gremien (Aufsichtsrat).

Um die fachliche Eignung und persönliche Zuverlässigkeit der Bewerber auf Schlüsselfunktionen beurteilen zu können, müssen diese bei einer Bewerbung auf die definierten Positionen folgende Nachweise erbringen:

- ▼ Aktueller und lückenloser Lebenslauf, der neben den persönlichen Daten die Ausbildung und die beruflichen Stationen darstellt;
- ▼ „Führungszeugnis zur Vorlage bei einer Behörde“ beziehungsweise „Europäisches Füh- rungszeugnis zur Vorlage bei einer Behörde“ gemäß den §§ 30 Abs. 5, 30b Bundeszent- ralregister (BZRG) bei ausländischen Bewerbern innerhalb der EU, nicht älter als drei Mo- nate;
- ▼ Angabe möglicher familiärer Beziehungen zu Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Aufsichtsrates;
- ▼ Angabe von bestehenden Nebentätigkeiten zum Ausschluss von Interessenkonflikten und Sicherstellung der zeitlichen Verfügbarkeit inklusive Existenz anderer Geschäftsleiter-, Aufsichtsrat-, Verwaltungsrat- oder Beiratsmandate bei jeglichen Unternehmen;
- ▼ Einhaltung der Voraussetzungen der Inhalte der Merkblätter der Bundesanstalt für Finanz- dienstleistungsaufsicht (BaFin) zur Geschäftsleitung und Schlüsselfunktionen (soweit ver- öffentlicht).

Für sämtliche Bewerber, die zu Gesprächen im Rahmen des Auswahlprozesses eingeladen werden, gilt, dass folgende Unterlagen vorzulegen sind:

- ▼ Nachweis über Abschlüsse, Berufsausbildung, des Studiums beziehungsweise der Aus- und Weiterbildung;
- ▼ Aktueller Lebenslauf.

Wenn alle oben genannten Anforderungen an die Schlüsselfunktion durch den Bewerber erfüllt sind, kann der verantwortliche Fachbereich die Entscheidung treffen.

Ist der Bewerber grundsätzlich fachlich geeignet beziehungsweise sind die Anforderungen teilweise erfüllt, aber bezüglich einiger Kriterien der beruflichen Qualifikation mit einem Weiterbildungsbedarf verbunden, soll ein konkreter Fort- beziehungsweise Weiterbildungsplan erstellt werden.

Abstriche an der Zuverlässigkeit sind unzulässig. Sofern also der Ruf des Bewerbers als beschädigt anzusehen oder das Führungszeugnis mit Einträgen versehen ist, darf keine Einstellung erfolgen. Ausnahmen dürfen in dem Fall nur auf der Basis einer ausführlichen Begründung und eines einstimmigen Beschlusses des Vorstandes erteilt werden.

Im Fall mangelnder Erfüllung der Anforderungen erfolgt eine Ablehnung.

Nach positiver Entscheidung für einen Bewerber sind im Rahmen des Einstellungsverfahrens folgende Unterlagen bei der Personalabteilung vorzulegen:

- ▼ ein gültiger amtlicher Personalausweis oder Pass;
- ▼ ein polizeiliches Führungszeugnis;
- ▼ bei Schlüsselfunktionsinhabern zusätzlich: eine unterzeichnete Zuverlässigkeitserklärung.

Die Personalabteilung ist für die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit und Vollständigkeit der einzureichenden Unterlagen verantwortlich. Entsprechend dem Prozess der Einstellungsüberprüfung der Personalabteilung wird im Fall der nicht ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Lieferung der Unterlagen über das dort beschriebene Verfahren eskaliert und im Zweifelsfall die umgehende Auflösung des Vertragsverhältnisses eingeleitet.

Für die Viridium Gruppe soll ein einheitlich festgelegtes Karrieremodell etabliert werden. Auf dieser Basis werden für die Zentralfunktionen Funktionsprofile inklusive deren Anforderungen definiert. Für die Organisationen im Kundenservice gibt es darüber hinaus bestehende Eingruppierungsinstrumente. Auf Grundlage beider vorhandenen Instrumente werden Kandidaten daraufhin überprüft, ob sie die Anforderungen erfüllen und für eine Funktion geeignet sind.

Vor der Einstellung werden – funktionsabhängig – bei Bedarf Hintergrundüberprüfungen für die anzustellenden Personen oder zu beauftragenden Dienstleister durchgeführt. Es werden, soweit noch nicht ohnehin vorliegend, ein aktueller Lebenslauf und die relevanten fachlichen Zeugnisse angefordert. Außerdem werden für alle unbefristet und befristet einzustellenden Mitarbeiter polizeiliche Führungszeugnisse angefordert. Dies erfolgt im Rahmen und unter Beachtung der einschlägigen gesetzlichen Regelungen.

Ob zusätzliche Kontrollen durchgeführt werden, ist abhängig von der Höhe der Risikoklassifizierung der Rolle, gesetzlichen und behördlichen Anforderungen sowie lokalen Marktpraktiken. Die praktizierten Kontrollen sollten im Verhältnis zur Rolle und zum Grad der potenziellen Gefahr stehen.

Weitere oder aktualisierte Überprüfungen (ohne Beschäftigungshistorie) sind zulässig, wenn eine Einzelperson befördert wird und/oder in eine Schlüsselposition wechselt. Die Prüfung der Informationen erfolgt unter Berücksichtigung der Rolle.

B.2.2 Regeln betreffend individuelle Verpflichtungen

Die Bewertung, ob eine Person als zuverlässig anzusehen ist, durch das Unternehmen beinhaltet eine Bewertung der Redlichkeit und der finanziellen Solidität der Person, die sich auf relevante Anhaltspunkte hinsichtlich des Charakters, des persönlichen Verhaltens und des Geschäftsgebarens, einschließlich strafrechtlicher, finanzieller und aufsichtsrechtlicher Aspekte, stützt, unabhängig von der Rechtsordnung. Die Frage der Verjährung eines potenziell begangenen Verstoßes wird gleichwohl im Einklang mit nationalem Recht oder nationaler Praxis beurteilt.

Persönliche Zuverlässigkeit und Integrität liegen grundsätzlich dann vor, wenn es keinen Grund gibt, das Gegenteil anzunehmen. Jedoch müssen dazu geeignete Belege und amtliche Dokumente vorgelegt werden. Relevante Straftaten sowie Disziplinar- und Ordnungswidrigkeiten in Bezug auf Unternehmen, Konkurs, Insolvenz oder Verbraucherschutz sind ebenso zu beachten wie die persönliche finanzielle Situation, die bisherige berufliche Karriere oder potenzielle Interessenkonflikte.

Frühere Zuwiderhandlungen bedeuten jedoch nicht automatisch, dass eine Person nicht als persönlich zuverlässig für die von ihr zu erfüllenden Pflichten eingestuft werden kann. Auch wenn strafrechtliche, disziplinarische oder verwaltungsrechtliche Verurteilungen oder ein früheres Fehlverhalten bedeutende Faktoren sind, wird gewürdigt, dass die Beurteilung der persönlichen Zuverlässigkeit auf Einzelfallbasis zu erfolgen hat. Daher ist der Art des Fehlverhaltens oder der Verurteilung, dem Grad der Anfechtbarkeit (rechtskräftige / nicht rechtskräftige Verurteilung), der seit dem Fehlverhalten oder der Verurteilung verstrichenen Zeit und deren Schwere sowie dem anschließenden Verhalten der Person Rechnung zu tragen.

Für Personen mit Leitungsfunktion und Personen mit anderen Schlüsselaufgaben dürfen keine unterschiedlichen Standards bezüglich der persönlichen Zuverlässigkeit gelten, da das Ansehen und die Integrität der Personen stets dasselbe angemessene Niveau haben sollten.

Jeder Inhaber einer Schlüsselfunktion wird auf seine persönliche Verantwortung hingewiesen, unverzüglich alle Informationen zu melden, die Einfluss auf die Eignung und die Zuverlässigkeit haben.

Die Personalabteilung wird benachrichtigt, wenn ein Inhaber einer Schlüsselfunktion nicht länger geeignet ist, die Erfordernisse von Eignung und Zuverlässigkeit zu erfüllen.

Einmal jährlich überprüft der direkte Vorgesetzte die Eignung und die Zuverlässigkeit der Inhaber der Schlüsselfunktionen im Rahmen eines turnusgemäßen Feedback-Gesprächs. Diese Gespräche werden dokumentiert; Nachweise vorgenommener Fortbildungen sowie die Ergebnisse der Gespräche dem Personalbereich übermittelt.

B.2.3 Regeln betreffend Dokumentation und Benachrichtigungen

Innerhalb der Viridium Gruppe werden unter Berücksichtigung des Oberbegriffs „Schlüsselaufgaben“ für alle Gesellschaften folgende Funktionsträger als Schlüsselaufgaben definiert:

- ▼ Personen mit Leitungsfunktion, die befugt sind, für die Viridium Gruppe wesentliche operative Entscheidungen zu treffen. Dies sind somit alle Vorstände und Geschäftsführer der einzelnen Gesellschaften der Viridium Gruppe,
- ▼ Personen, die andere Schlüsselaufgaben verantwortlich innehaben. Hier wird unterteilt in die zwingend einzurichtenden vier Schlüsselfunktionen

- Unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF),
- Compliance Funktion (CF),
- Interne Revision (IR),
- Versicherungsmathematische Funktion (VMF)
- ▼ die sogenannten weiteren Schlüsselaufgaben. Diese Funktionen sind primär in Bereichen angesiedelt, die für den Geschäftsbetrieb der Viridium Gruppe von erheblicher Bedeutung sind. Hierzu zählen innerhalb der Viridium Gruppe Personen,
 - die eine signifikante Rolle direkt oder indirekt im Bereich der Unternehmensführung spielen,
 - die bei wichtigen Entscheidungen im Geschäftsbetrieb essentiell mitwirken,
 - die mit ihren Entscheidungen die finanzielle Lage des Unternehmens oder der Gesellschaften wesentlich beeinflussen können,
 - die Verantwortung in wesentlichen aufsichtsrechtlichen Angelegenheiten tragen,
- ▼ und die Mitglieder des Aufsichtsrats.

Ein Verzeichnis aller Rollen, die als Schlüsselfunktionen gelten, wird auf dem neuesten Stand gehalten. Zeitpunkte und klärende Gründe für Änderungen müssen angemerkt werden. Die Personalabteilung führt dieses Verzeichnis und kann es bedarfsweise zur Verfügung stellen.

Eignungs- und Zuverlässigkeitskriterien und Überprüfungsstufen sowie die Erfüllung durch die jeweiligen Inhaber dieser Funktionen werden für jede Schlüsselfunktion dokumentiert. Alle aufsichtsrechtlichen Anforderungen betreffend Benachrichtigungen sollen rechtzeitig und genau erfüllt werden.

B.2.4 Regeln betreffend ausgegliederte Schlüsselfunktionen

Wird eine Schlüsselfunktion ausgelagert, dann überprüft die betroffene Geschäftseinheit zusammen mit dem Bereich Einkauf, ob alle in Betracht kommenden Personen für die betreffende Schlüsselfunktion geeignet und zuverlässig sind und ob die Dienstleistungsanbieter über ausreichende Prozesse und Verfahren zur laufenden Bewertung verfügen.

B.2.5 Mitglieder des Beirats und der Aufsichtsräte

Die Mitglieder des Beirats und der Aufsichtsräte der Gesellschaften der Gruppe unterliegen den allgemeinen aufsichtsrechtlichen Anforderungen an ihre fachliche Eignung und Zuverlässigkeit. Aufgrund dieser Anforderungen wird bei jeder Bestellung durch die Geschäftsleitung und die Rechtsfunktion der Gruppe anhand der einzuholenden Unterlagen (Lebenslauf, Führungszeugnis etc.) geprüft, ob die betreffenden Personen über entsprechende Voraussetzungen für die zugedachte Aufgabe verfügen. Die Mitglieder des Beirats und der Aufsichtsräte haben gemeinsam über die Qualifikationen, Kenntnisse und Erfahrungen zu verfügen, um ihre Aufgaben und Verantwortlichkeiten angemessen und unabhängig zu erfüllen. Dazu gehört in erster Linie, die Geschäftsleitung angemessen zu überwachen. Dafür müssen die Mitglieder des Beirats und der Aufsichtsräte die vom Unternehmen getätigten Geschäfte verstehen und deren Risiken beurteilen können.

Der Beirat und die Aufsichtsräte haben sich eine Fit & Proper Policy gegeben, die die Anforderungen an die individuelle und kollektive fachliche Eignung sowie die Zuverlässigkeit näher spezifiziert und die Verpflichtung sowie entsprechende Prozesse zur jährlichen Überprüfung der Eignung durch eine Selbsteinschätzung, zur Aufstellung eines jährlichen Entwicklungsplans sowie zur Abgabe einer

jährlichen Erklärung zur Fortdauer der Zuverlässigkeit vorsehen. Bei jeder personellen Änderung des Beirats und der Aufsichtsräte wird die kollektive Eignung erneut festgestellt.

B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

B.3.1 Stetige Weiterentwicklung des Risikomanagements

Die Viridium Gruppe richtet die Anforderungen an das Risikomanagementsystem der Gruppe an der Geschäftsstrategie und der Governance-Struktur der Gruppe aus. Um eine einheitliche Umsetzung des Risikomanagementsystems auf Konzernebene sicherzustellen, verfügt die Viridium Gruppe über eine Unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF), die Methoden und Prozesse für die einzelnen Unternehmen vorgibt, eine Risikodatenbank zur Erfassung von Risiken, Kontrollen und Maßnahmen zur Verfügung stellt sowie konzernweite Projekte zur Weiterentwicklung des Risikomanagements betreibt.

Neben der Weiterentwicklung des ORSA und der internen Risikoberichterstattung hat weiterhin insbesondere die neue Strategische Asset Allokation der PLE und ELE und deren Integration in das Risikomanagementsystem der VG das Geschäftsjahr maßgeblich geprägt.

B.3.2 Geschäfts- und Risikostrategie

Eine Geschäftsstrategie beschreibt die langfristigen obersten Unternehmensziele und die Maßnahmen, mit denen diese erreicht werden sollen. Aus diesen langfristigen Unternehmenszielen und den damit verbundenen Maßnahmen resultieren wiederum Risiken, deren Handhabung in einer Risikostrategie niedergelegt wird.

Aus der Geschäftsstrategie der Viridium Gruppe leitet sich deren Risikostrategie ab. Die Viridium Gruppe sieht das Management von Chancen und Risiken als eine zentrale Kompetenz an. Das heißt: Chancen können nur unter Eingehung bestimmter Risiken genutzt werden, die dezidiert zu steuern sind. Als zu steuerndes Risiko erachtet die VG in diesem Zusammenhang die Möglichkeit einer negativen Abweichung von geplanten Zielen. Das Management von Risiken ist folglich nicht deren Minimierung, sondern die Optimierung des Chance-Risiko-Verhältnisses unter der Maßgabe, jederzeit und dauerhaft allen Verpflichtungen nachkommen zu können, zum Beispiel gegenüber Versicherungsnehmern, Rückversicherern und sonstigen Vertragspartnern sowie mit Blick auf die Compliance-Anforderungen. Daraus ergibt sich insbesondere die Notwendigkeit, einer qualitativ hochwertigen Überwachung unvermeidbarer Risiken.

Dementsprechend ist es Ziel der Viridium Gruppe und ihrer Tochtergesellschaften, Risiken kontrolliert einzugehen und zu handhaben, um auf diese Weise Wert zu generieren oder zu schützen. Vermieden werden sollen Risiken, die keinen Beitrag zur Wertschöpfung oder zu den strategischen Zielen mit sich bringen. Risiken, die unvermeidlich aus der Ausübung unserer Geschäftstätigkeit resultieren, wie beispielsweise Forderungsausfallrisiken, werden überwacht und anhand einer Präferenzermittlung behandelt. Der bewusste Umgang mit Risiken umfasst deren qualitative Erfassung und weitestmögliche Quantifizierung sowie ihre Einstufung nach Wesentlichkeit. Unter Berücksichtigung aller rechtlichen Rahmenbedingungen erstreckt sich dieses Vorgehen von der strategischen Planung bis hin zu den operationellen Tätigkeiten im Unternehmen. Aus den Regelungen auf Gruppenebene leiten sich analog die Risikostrategien der Einzelgesellschaften ab.

B.3.3 Risikotragfähigkeitskonzept

Die Risikotragfähigkeit beschreibt allgemein die Fähigkeit, die aus dem gegebenen Risikoprofil resultierenden Verlustrisiken abzudecken. Auf Basis der Risikotragfähigkeit werden das aktuelle Gesamtrisikoprofil und der dadurch implizierte Kapitalbedarf einerseits und die vorhandenen beziehungsweise generierbaren Eigenmittel andererseits gegenübergestellt.

Der aus dem aktuellen Gesamtrisikoprofil abgeleitete Kapitalbedarf basiert unter Solvency II im Wesentlichen auf zwei Größen:

Zum einen auf der Solvenzkapitalanforderung (SCR), die entweder durch Anwendung der europaweit einheitlich vorgegebenen Standardformel oder ganz oder teilweise durch ein von der zuständigen Aufsichtsbehörde genehmigtes internes Modell ermittelt wird. Die Viridium Gruppe wendet sowohl auf Ebene der einzelnen Versicherungsunternehmen als auch auf Gruppenebene ausschließlich die Standardformel an. Neben dem SCR gibt es auch eine sogenannte Mindestkapitalanforderung (Minimum Capital Requirement, MCR), in der eine weitere regulatorische Kapitalanforderung zum Ausdruck kommt, die unterhalb des SCR liegt.

Zum anderen auf dem Gesamtsolvabilitätsbedarf (GSB), durch den das unternehmensindividuelle Risikoprofil in Form einer internen Risikokapitalbedarfsermittlung zum Ausdruck kommt. Der GSB wird im Rahmen des regelmäßigen oder anlassbezogenen ORSA (Own Risk and Solvency Assessment) ermittelt und den vorhandenen Eigenmitteln gegenübergestellt. Auf Basis der bislang durchgeführten ORSAs für die Versicherungsunternehmen und die Viridium Gruppe ergab sich bislang keine signifikante Abweichung zwischen dem SCR und dem GSB. Die Risikosteuerung basiert daher weiterhin auf den SCR-Anforderungen.

Die anrechenbaren Eigenmittel stellen wiederum die ökonomische Risikodeckungsmasse zur potenziellen Finanzierung des SCR beziehungsweise GSB dar. Die vorhandenen Eigenmittel ergeben sich größtenteils aus der Solvabilitätsübersicht, in der eine Gegenüberstellung der nach ökonomischen Prinzipien bewerteten Vermögenswerte (insbesondere Kapitalanlagen) und der nach ökonomischen Prinzipien bewerteten Verpflichtungen (insbesondere Verpflichtungen aus Versicherungsverträgen) erfolgt.

Die Geschäftsleitung hat, neben der im Vergleich zum GSB grundsätzlich konservativeren und für die interne Steuerung relevanten SCR-Risikomessung, zusätzlich einen weiteren Kapitalpuffer definiert.

Die Geschäftsleitung hat zur Risikoüberwachung (vgl. Kapitel B.3.7.4) ein Limitsystem auf Basis messbarer Risikoindikatoren (Key Risk Indicator – KRI) und von Risikokapitalbudgets beschlossen. Sie wird regelmäßig darüber informiert, inwieweit Limite ausgeschöpft sind. Im Fall der Limitüberschreitung werden Ursachen diskutiert und gegebenenfalls Maßnahmen festgelegt und dokumentiert, die durch die Risikoverantwortlichen umzusetzen sind.

Bei der Überschreitung von Limiten wird bei Bedarf von der URFC eine Analyse der geänderten Risikosituation durch den Risikoverantwortlichen in Auftrag gegeben. Die Analyse wird der Geschäftsleitung im Rahmen der monatlichen Risikoberichterstattung vorgelegt und diskutiert.

Ein Eskalationsprozess ist somit festgelegt.

B.3.4 Risikobegriff und Risikokategorien

Als Risiko ist bei der Viridium Gruppe das mögliche Eintreten eines Ereignisses definiert, das zur negativen Abweichung eines Planwertes aus der Geschäftsstrategie (etwa Kosten oder Geschäftsziele) führt, wobei sich Risiko aus (i) Unsicherheit des Eintritts und (ii) Variabilität der Auswirkung definiert. Positive Abweichungen sind Chancen.

Die Viridium Gruppe versteht gemäß der Risikostrategie unter wesentlichen Risiken solche, die mindestens eine der folgenden Bedingungen erfüllen:

- ▼ Risiken, bei denen der Betrag der Solvenzkapitalanforderung (Solvency Capital Requirement – SCR), der gemäß der Standardformel aus Solvency II berechnet wird, 10 % des gesamten undiversifizierten SCR unter Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung der ZÜB im betreffenden Unternehmen übersteigt;
- ▼ Risiken, die bedeutende negative Auswirkungen auf Vermögenswerte, die finanzielle Situation oder auf die Erträge haben. Unter „bedeutend“ verstehen wir einen Betrag in Höhe von 10 % der geplanten Gewinnausschüttung / Dividende;
- ▼ Risiken, die die Compliance hinsichtlich gesetzlicher und aufsichtsbehördlicher Anforderungen schwer beeinträchtigen können;
- ▼ Risiken, deren Risikobewertung in der Risikobewertungsmatrix den in der Risikomanagementrichtlinie der Gruppe festgelegten Grenzwert für wesentliche Risiken überschreitet (siehe Kapitel B.3.7.2);
- ▼ Reputationsrisiken (aufgrund der Bedeutung für unser Geschäftsmodell);
- ▼ Zinsänderungsrisiken (aufgrund der umfassenden Interaktion mit anderen Risiken und der Bedeutung für unser Geschäftsmodell);

Bei der Viridium Gruppe erfolgt die unternehmensweite konsistente Risikoerfassung mittels vorgegebener Risikokategorien. Die Risikokategorien der Versicherungsgruppe orientieren sich an den Modulen der Standardformel nach Solvency II. Die Viridium Gruppe strebt eine granularere Risikokategorisierung an, die über die Module der Standardformel hinausgeht. Zusätzlich wird das operationelle Risiko noch in Subkategorien unterteilt. Folgende Risikokategorien werden in der Risikomanagement-Richtlinie vom 08.12.2022 vorgegeben:

- ▼ Strategisches Risiko;
- ▼ Marktrisiken: Zinsänderungsrisiko, Aktienkursrisiko, Währungsrisiko, Konzentrationsrisiko, Immobilienrisiko und Spreadrisiko;
- ▼ Versicherungstechnische Risiken: Storno, Langlebigkeit, Sterblichkeit, Invalidität, Kosten und Katastrophenrisiko;
- ▼ Marktrisiken: Zinsänderungsrisiko, Aktienkursrisiko, Währungsrisiko, Konzentrationsrisiko, Immobilienrisiko und Spreadrisiko;
- ▼ Gegenparteiausfallrisiko / Adressenausfallrisiko;
- ▼ Reputationsrisiko;
- ▼ Operationelle Risiken: IT-Systemrisiko, Personalrisiko, Prozessrisiko, M&A-Risiko, Veränderungsrisiko, Ausgliederungsrisiko, Betriebsunterbrechungsrisiko, Rechtsrisiko und Compliance-Risiko, dem wiederum die Subrisiken Geldwäsche / Sanktionen, Betrug (intern / extern), Bestechung / Bestechlichkeit, Untreue, Korruption, Datenschutz, Informationssicherheit, Steuerrisiken, Haftungsrisiken aus Beratung und sonstige Compliance-Risiken zugeordnet werden;
- ▼ Liquiditätsrisiko;

▼ ESG-bezogene Risiken / Nachhaltigkeitsrisiken.

B.3.5 Risikoappetit

Aus der festgelegten Risikostrategie ergeben sich für das Jahr 2022 zum Umgang mit Risiken grundsätzlich die folgenden Präferenzen:

	risikofreudig	risikotolerant	risikoneutral	moderat risikoavers	risikoavers
Risiko vs. Chance	VG ist überzeugt, dass eine aggressive Risikoübernahme gerechtfertigt ist	VG ist gewillt, ein höheres Risiko als im Durchschnitt einzugehen	VG verfolgt einen ausgewogenen Ansatz beim Eingehen des Risikos	VG verfolgt einen vorsichtigen Ansatz beim Eingehen des Risikos	VG verfolgt einen vorsichtigen Ansatz beim Eingehen des Risikos und akzeptiert so wenig Risiko wie möglich
Zielsetzung und Auswirkung	Bereit, große negative Auswirkungen zu akzeptieren, um strategische Ziele zu erreichen	Bereit, einige negative Auswirkungen zu akzeptieren, um strategische Ziele zu erreichen	Potentielle negative Auswirkungen und Erreichung strategischer Ziele werden als gleichwertig erachtet	Bereit, geringe negative Auswirkungen zu akzeptieren, um strategische Ziele zu erreichen	Bereit, keine negative Auswirkungen zu akzeptieren, um strategische Ziele zu erreichen
Präferierter Ansatz für Risikoumgang	Risiko wird akzeptiert insoweit die Risikotragfähigkeit und andere Restriktionen dies zulassen	Risiko wird akzeptiert oder gemindert durch interne Maßnahmen	Keine Präferenzen bzgl. Risikoumgang	Präferenz Risiko zu vermeiden oder auf außenstehenden Dritten abzuwälzen	Risiken, bei denen kein effektiver Umgang bzw. keine effektive Abwälzung möglich ist, werden vermieden
Entscheidungskriterien für Risikosteuerung	Minimal sofern überhaupt aktiv Maßnahmen zur Risikosteuerung ergriffen werden	Maßnahmen zur Risikosteuerung werden ergriffen, sofern ein hohes Maß an Sicherheit für Kosteneffektivität der potentiellen Ergebnisse nachgewiesen werden kann	Maßnahmen zur Risikosteuerung werden ergriffen auf Basis von Kosteneffektivität, Managementprioritäten und potentieller Ergebnisse	Bei der Erwägung von Maßnahmen zur Risikominderung wird den Kosten, die bei Risikoeintritt entstehen, eine relativ höhere Priorität eingeräumt	Maßnahmen zur Risikosteuerung werden sogar dann ergriffen, wenn die Kosten der Maßnahme die erwarteten Kosten bei Risikorealisation übersteigen

Zusätzlich zu der qualitativen Definition des Risikoappetits je Subrisikokategorie werden auch Risikokapitalbudgets definiert, um den Risikoappetit zu quantifizieren.

Für die Tochtergesellschaften der Viridium Gruppe gelten diese Definitionen gleichermaßen. Die für einzelne Risiken ermittelten Präferenzen unterliegen der kontinuierlichen Überprüfung und Evaluierung. Änderungen dieser Präferenzen bei der Viridium Gruppe werden der Geschäftsleitung und dem Beirat zur Entscheidung vorgelegt. Änderungen bei den Lebensversicherungsunternehmen entsprechend dem Vorstand und Aufsichtsrat.

Die Risikostrategie wurde im Jahr 2021 turnusmäßig überprüft und von der Geschäftsleitung mit Gültigkeit ab 01.01.2022 beschlossen.

In der zum Berichtsstichtag gültigen Risikostrategie sind die Präferenzen der Viridium Gruppe für den Umgang mit Risiken festgelegt. Eine Überprüfung der Risikopräferenzen sowie der einzelnen Risikobeschreibungen ist während der Überprüfung der Risikostrategie erfolgt.

Diese Festlegungen spiegeln die spezifischen Strategien und Ziele je Risikokategorie beziehungsweise Risikoart wider, sind für alle Unternehmen der Gruppe verbindlich und werden im Folgenden dargelegt:

Risikokategorie	Risiko	Präferenz	Umgang
Strategisches Risiko	Strategisches Risiko	Risikoneutral	Die VG verfolgt einen ausgewogenen Ansatz beim Eingehen von strategischen Risiken. Strategische Risiken werden durch die Einrichtung einer starken Risikomanagementfunktion sowie durch eine enge Einbeziehung von Vorstand und Beirat bei allen strategischen Entscheidungen gemanagt.
Versicherungstechnisches Risiko Leben / Gesundheit	Stornorisiko	Risikotolerant	Das Geschäftsmodell der VG erfordert das Eingehen von Stornorisiken. Maßnahmen zur Risikosteuerung werden auf Basis von Kosteneffektivität, Managementprioritäten und potentieller Ergebnisse ergriffen. Risikominderungsmaßnahmen konzentrieren sich auf Kundenbindungsaktivitäten und auf ein hohes Maß an Servicequalität für Versicherungsnehmer und für Vertriebspartner. Eine intensive Überwachung der Stornoraten ist etabliert, damit im Fall von adversen Veränderungen der Stornoraten Maßnahmen ergriffen werden können. Daher wird die Risikopräferenz zu diesem Risiko auf risikotolerant gesetzt.
Versicherungstechnisches Risiko Leben / Gesundheit	Langlebigkeitsrisiko	Moderat risikoavers bzw. risikofreudig bei VRE	Dieses Risiko besteht für Versicherungsprodukte mit Renten. Das Risiko ist sehr langfristig und steht im Zusammenhang mit Änderungen im Gesundheitswesen und in der Lebensgestaltung. Gemäß der MindZV ist eine Minderung in beschränktem Rahmen möglich. Rückversicherungslösungen werden in Betracht gezogen, wenn passende Produkte verfügbar sind. Daher wird die Risikopräferenz zu diesem Risiko (bis auf VRE) auf moderat risikoavers festgesetzt. Die VRE übernimmt Langlebigkeitsrisiken von allen Lebensversicherungsunternehmen der Gruppe. Daher wird die Risikopräferenz zu diesem Risiko für die VRE auf risikofreudig festgelegt.
Versicherungstechnisches Risiko Leben / Gesundheit	Sterblichkeitsrisiko	Moderat risikoavers bzw. risikofreudig bei VRE	Die VG verfolgt einen vorsichtigen Ansatz beim Eingehen von Sterblichkeitsrisiken. Sterblichkeitsrisiken werden über Rückversicherungslösungen abgewälzt, wenn und soweit dies kosteneffektiv möglich ist. Daher wird die Risikopräferenz zu diesem Risiko (bis auf VRE) auf moderat risikoavers festgesetzt. Die VRE geht aktiv biometrische Risiken ein, soweit diese im Rahmen der Risikotragfähigkeit und anderer Limitierungen bleiben und solange dies mit den Geschäftszielen der VRE konsistent ist. Daher wird die Risikopräferenz zu diesem Risiko für die VRE auf risikofreudig festgelegt.
Versicherungstechnisches Risiko Leben / Gesundheit	Invaliditätsrisiko	Moderat risikoavers bzw. risikofreudig bei VRE	Die VG verfolgt einen vorsichtigen Ansatz beim Eingehen von Invaliditätsrisiken. Invaliditätsrisiken werden zum Teil über Rückversicherungslösungen abgewälzt. Zusätzlich sind Schadenmanagementprozesse und Kontrollen etabliert. Daher wird die Risikopräferenz zu diesem Risiko (bis auf VRE) auf moderat risikoavers festgesetzt. Die VRE geht aktiv biometrische Risiken ein, soweit diese im Rahmen der Risikotragfähigkeit und anderer Limitierungen bleiben und solange dies mit den Geschäftszielen der VRE konsistent ist. Daher wird die Risikopräferenz zu diesem Risiko für die VRE auf risikofreudig festgelegt.

Risiko-kategorie	Risiko	Präferenz	Umgang
Versicherungs-technisches Risiko Leben / Gesundheit	Kostenrisiko	Moderat risikoavers	Das Geschäftsmodell der VG erfordert es, ein gewisses Maß an Kostenrisiken einzugehen. Maßnahmen zur Risikosteuerung wie ein robuster Budgetierungsprozess und strikte Kontrollen sind zur Minderung des Risikos etabliert. Investitionen in eine ganzheitliche IT Plattform und in Prozessautomatisierung helfen ebenfalls bei der Minderung von Kostenrisiken. Weitere Maßnahmen sind: ein robuster und kostenminimierender Auswahlprozess von externen Dienstleistern sowie die kontinuierliche Evaluierung der bestehenden Prozesse im Hinblick auf Kosteneinsparungspotentiale und Kostenoptimierung. Daher wird die Risikopräferenz zu diesem Risiko auf moderat risikoavers festgesetzt. Die Versicherungsgesellschaften der Gruppe verfolgen einen vorsichtigen Ansatz beim Eingehen etwaiger Kostenrisiken. Aufgrund der bestehenden Ausgliederungsverträge werden Kostenrisiken teilweise auf die VG verlagert.
Versicherungs-technisches Risiko Leben / Gesundheit	Katastrophenrisiko	Moderat risikoavers bzw. risikofreudig bei VRE	Die VG verfolgt einen vorsichtigen Ansatz beim Eingehen von Katastrophenrisiken. Dabei handelt es sich um Risiken außergewöhnlicher Ereignisse, die Auswirkungen auf die Sterblichkeit und die Invalidität haben, zum Beispiel Epidemien. Katastrophenrisiken werden über Rückversicherungslösungen abgewälzt, wenn und soweit dies kosteneffektiv möglich ist. Daher wird die Risikopräferenz zu diesem Risiko (bis auf VRE) auf moderat risikoavers festgesetzt. Die VRE geht aktiv biometrische Risiken ein, soweit diese im Rahmen der Risikotragfähigkeit und anderer Limitierungen bleiben und solange dies mit den Geschäftszielen der VRE konsistent ist. Daher wird die Risikopräferenz zu diesem Risiko für die VRE auf risikofreudig festgelegt.
Marktrisiko	Zinsrisiko	Moderat risikoavers	Die VG hat einen vorsichtigen Ansatz im Umgang mit dem Zinsrisiko gewählt und ist nur bereit geringe negative Auswirkungen zu akzeptieren, um strategische Ziele zu erreichen. Das Risiko soll in erster Linie durch ein effektives Asset Liability Management (ALM) auf ein akzeptables Niveau reduziert werden. Die vollständige Vermeidung dieses Risikos ist kaum möglich, da wegen der Konvexität jede Zinsbewegung eine unterschiedliche Auswirkung auf die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten hat. Dies bedeutet, dass jede Zinsbewegung wieder zu einer Öffnung einer bis dahin temporär vollständig geschlossenen Durationslücke führen kann. Eine permanent sehr niedrige Durationslücke würde eine kontinuierliche Anpassung des Hedging erforderlich machen und dadurch zu überproportional hohen Kosten führen. Daher wird die Risikopräferenz zu diesem Risiko auf moderat risikoavers gesetzt.
Marktrisiko	Aktienrisiko	Moderat risikoavers (Konventionelles Geschäft), risikotolerant (Fondsgebundenes Geschäft)	Das Aktienrisiko im konventionellen Geschäft soll vollständig vermieden bzw. auf ein Minimum reduziert werden. Die Risikopräferenz wird daher auf risikoavers festgelegt. Für die PLE wird als Ausnahme die Risikopräferenz auf moderat risikoavers festgelegt, da bestimmte konventionelle Versicherungsprodukte der PLE ein bestimmtes Volumen an Aktien erfordern. Im fondsgebundenen Geschäft entscheiden die Kunden über die Investmentfonds, in die sie investieren wollen. Das Aktienrisiko ist Teil der Rückvergütungen, die dem Aktienrisiko ausgesetzt sind (z.B. ein Aktienfonds). Aufgrund der unterschiedlichen Ertragsquellen und den relativ hohen Hedgingkosten ist die Risikopräferenz risikotolerant. Maßnahmen zur Risikosteuerung werden ergriffen, sofern ein hohes Maß an Sicherheit für Kosteneffektivität der potentiellen Ergebnisse nachgewiesen werden kann.

Risiko-kategorie	Risiko	Präferenz	Umgang
Marktrisiko	Währungsrisiko	Moderat risikoavers (Konventionelles Geschäft), risikotolerant (Fondsgebundenes Geschäft)	Das Währungsrisiko im konventionellen Geschäft soll vollständig vermieden bzw. auf ein Minimum reduziert werden. Die Risikopräferenz wird daher auf risikoavers festgelegt. Im fondsgebundenen Geschäft entscheiden die Kunden über die Investmentfonds, in die sie investieren wollen. Das Währungsrisiko löst etwas Volatilität der Rückvergütungen aus. Aufgrund der unterschiedlichen Ertragsquellen und den Hedgingkosten ist die Risikopräferenz risikotolerant. Maßnahmen zur Risikosteuerung werden ergriffen, sofern ein hohes Maß an Sicherheit für Kosteneffektivität der potentiellen Ergebnisse nachgewiesen werden kann.
Marktrisiko	Spreadrisiko	Risikotolerant	Die VG strebt danach, die Investment-Performance im konventionellen Geschäft insgesamt zu verbessern, um auch im Niedrigzinsumfeld die Garantiezinsverpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern bedienen zu können. Um dieses Ziel zu erreichen, akzeptiert die VG daher auch einige negative Auswirkungen. Die Risikopräferenz ist auf risikotolerant festgelegt worden. Im fondsgebundenen Geschäft entscheiden die Kunden über die Investmentfonds, in die sie investieren wollen. Das Spreadrisiko ist Teil der Rückvergütungen, die dem Spreadrisiko ausgesetzt sind (z.B. ein Investmentfonds investiert in Unternehmensanleihen). Aufgrund der unterschiedlichen Ertragsquellen und den relativ hohen Hedgingkosten ist die Risikopräferenz risikotolerant. Maßnahmen zur Risikosteuerung werden ergriffen, sofern ein hohes Maß an Sicherheit für Kosteneffektivität der potentiellen Ergebnisse nachgewiesen werden kann.
Marktrisiko	Konzentrationsrisiko	Risikoavers	Es besteht kein Risikoappetit für Konzentrationsrisiken.
Marktrisiko	Immobilienrisiko	Risikoavers	Es besteht grundsätzlich kein Risikoappetit für Immobilienrisiken.
Gegenparteausfallrisiko	Adressenausfallrisiko	Risikoneutral	VG verfolgt einen ausgewogenen Ansatz beim Eingehen des Gegenparteausfallrisikos. Dieses Risiko bezieht sich auf „Schulden“ (u.a. bezügliche Vermittlern, Rückversicherern und Derivaten) und -guthaben. Es wird durch einen strengen Auswahlprozess der Gegenparteien und eine enge Überwachung der Exponierungen minimiert. Daher wird die Risikopräferenz auf risikoneutral gesetzt.
Liquiditätsrisiko	Liquiditätsrisiko	Risikoavers	Die VG verfolgt einen vorsichtigen Ansatz beim Eingehen von Liquiditätsrisiken und akzeptiert so wenige Liquiditätsrisiken wie möglich. Minimierung des Risikos durch genaue Überwachung der Liquiditätsanforderungen und die ständige Bereithaltung eines Mindestbetrags an liquiden Vermögenswerten.
Operationelles Risiko	Operationelles Risiko	Moderat risikoavers	Die VG verfolgt einen vorsichtigen Ansatz beim Eingehen von operationellen Risiken. Die VG ist lediglich bereit geringe negative Auswirkungen zu akzeptieren, die mit (IT) Prozessen, Ausgliederungen und Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs in Verbindung stehen. Oder aus denen Compliance-, Rechts- oder Reputationsrisiken entstehen können. Dieser eingeschränkte Risikoappetit gilt auch für Projektrisiken. Prozess- und Projektrisiken werden durch adäquate interne Kontrollen und einer laufenden Risikoüberwachung gemindert. Daher wird die Risikopräferenz zu diesem Risiko auf moderat risikoavers festgesetzt.

Risiko-kategorie	Risiko	Präferenz	Umgang
Reputationsrisiko	Reputationsrisiko	Risikoavers	Die VG verfolgt einen vorsichtigen Ansatz beim Eingehen von Reputationsrisiken und akzeptiert so wenige Reputationsrisiken wie möglich. Minimierung durch Prozesskontrollen, Medienüberwachung sowie schnelle und effektive Reaktion auf sich nachteilig auswirkende Ereignisse sowie Einführung eines Verhaltenskodex.

Die Prozesse beziehungsweise Berichtsverfahren (inklusive Erläuterungen zur Dokumentation, Kontrolle und Durchsetzung) je Risikokategorie beziehungsweise Risikoart sind für alle Unternehmen der Gruppe einheitlich festgelegt und werden in Kapitel B.3.7 näher erläutert.

B.3.6 Aufbauorganisation, Rollen und Funktionen im Risikomanagement

Der Risikomanagementprozess der Viridium Gruppe ist eine funktionsbereichsübergreifende sowie unternehmensweite Aufgabe, an der aufbauorganisatorisch folgende Funktionen beziehungsweise Gremien beteiligt sind:

- ▼ Risikoverantwortliche (Risk-Owner)
- ▼ Unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF)
 - Qualitatives Risikomanagement
 - Bereichsleiter qualitatives Risikomanagement, gleichzeitig verantwortliche Person für die Unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF)
 - Senior Spezialist(en) Risikomanagement Investment
 - Senior Spezialist Risikomanagement Versicherungstechnik
 - Senior Spezialist(en) Operationelles Risikomanagement
 - Business Continuity Manager
 - Konzerninformationssicherheitsbeauftragter
 - Prozessmanager Risikoberichte
 - Quantitatives Risikomanagement
 - Bereichsleiter quantitatives Risikomanagement (gleichzeitig verantwortliche Person für die Versicherungsmathematische Funktion (VMF) und in dieser Rolle nicht Teil der URCF)
 - Leiter und Mitarbeiter quantitatives Reporting
 - Leiter und Mitarbeiter Modellierung
- ▼ Ressort-Risikomanagement-Sitzungen
- ▼ Risiko- und Compliance-Komitee (RCK)
- ▼ Geschäftsleitung
- ▼ Audit, Risk & Compliance-Komitee (ARCC) / Aufsichtsrat

Daneben gibt es weitere Funktionen, die den Risikomanagementprozess unterstützen beziehungsweise dessen Funktionsfähigkeit regelmäßig überprüfen, aber im Regelfall kein Bestandteil des regelmäßigen Risikomanagementprozesses im Sinne der Richtlinie sind. Diese sind:

- ▼ Ausgliederungsbeauftragter für die Unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF) für alle Lebensversicherungsgesellschaften der VG;
- ▼ Versicherungsmathematische Funktion (VMF);
- ▼ Verantwortlicher Aktuar;

- ▼ Compliance-Funktion (CF);
- ▼ Interne Revisionsfunktion (IR).

B.3.6.1 Risikoverantwortliche (Risk Owner der 1st Line)

Jedes identifizierte Risiko wird einem Risikoverantwortlichen zugeordnet, der für jedes von ihm verantwortete Risiko insbesondere folgende Aufgaben wahrnimmt:

- ▼ Identifikation, Analyse und Bewertung sowie Festsetzung von Kontrollen;
- ▼ Implementierung effektiver Kontrollen;
- ▼ Durchführung der operativen Risikosteuerung;
- ▼ Einhaltung vorgegebener Limite;
- ▼ Umsetzung der vorgegebenen Richtlinien mit Risikomanagementrelevanz im eigenen Zuständigkeitsbereich.

Sonderfall: Betrugs- und/oder Korruptionsrisiken zu identifizieren, zu bewerten und zu managen liegt in der Verantwortung des jeweiligen Risikoverantwortlichen. Im qualitativen Risikomanagement erfolgt eine jährliche Analyse, Bewertungsaggregation und zusammenfassende Nachweisdokumentation der von den Fachbereichen gemeldeten Betrugs- und Korruptionsrisiken. Der Compliance Bereich ist für die Weiterentwicklung des Anti-Fraud-Management & Hinweisgebersystem zuständig. Der Anti-Fraud Manager prüft regelmäßig die erfassten Betrugs- und oder Korruptionsrisiken und führt risikoorientierte Prüfungshandlungen durch. Daneben trägt er die Verantwortung für die Richtlinie Anti-Fraud-Management & Hinweisgebersystem und ist zuständig für zielgruppen- und aufgabenorientierte Schulungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen. Neben den Schulungsmaßnahmen erfolgt eine anlassbezogene Anti Fraud Kommunikation durch Newsletter oder über das Intranet. Der Bereich Compliance / Anti-Fraud-Management ist erste Anlaufstelle für Verdachtsfälle und nimmt die Aufgaben im Rahmen der Einzelfallbearbeitung gemäß der Richtlinie Revision (Geschäftsordnung) wahr.

B.3.6.2 Unabhängige Risikokontrollfunktion (URCF)

Die URCF ist die unabhängige Kontroll-, Überwachungs- und Koordinationsinstanz des Risikomanagements in der Gruppe. Kernaufgaben des URCF sind Organisation, Umsetzung und Qualitätssicherung des Risikokontrollprozesses. Die URCF besteht aus den Bereichen Qualitatives Risikomanagement und Quantitatives Risikomanagement. Die beiden Bereichsleiter berichten disziplinarisch an den Chief Risk Officer (CRO).

Zu den Aufgaben und Verantwortlichkeiten der URCF zählen unter anderem:

- ▼ Durchführung der Solvency-II-Berechnungen;
- ▼ operative Gesamtverantwortung für die Erstellung aller internen und externen Risikoberichte;
- ▼ Unterstützung und Beratung des Verwaltungs-, Management- oder Aufsichtsorgans und anderer Funktionen bei der effektiven Handhabung des Risikomanagementsystems;
- ▼ Überwachung des Risikomanagements und aktive Information des Managements über Mängel und Verbesserungspotenziale;
- ▼ Überwachung und Bewertung des allgemeinen Risikoprofils des Unternehmens als Ganzes;
- ▼ Verantwortlichkeit für gruppenweit einheitliche Methoden im Risikomanagementprozess;

- ▼ Vorgabe von allgemeinen Richtlinien zum Risikomanagement sowie methodische Arbeitsanweisungen an die Risikoverantwortlichen (Leitlinien- und Methoden-kompetenz);
- ▼ Einführung, Sicherstellung und Validierung des Risikomanagementprozesses sowie Koordinierung der Risikomanagementaktivitäten;
- ▼ Integration von Versicherungsportfolios in das bestehende Risikomanagementsystem;
- ▼ Vorschlag, Überwachung und Maßnahmenentwicklung zu Limiten;
- ▼ Berichterstattung gegenüber dem Risiko- & Compliance-Komitee, der Geschäftsleitung und dem Audit, Risk und Compliance Committee;
- ▼ Information des Verantwortlichen Aktuars bei potenzieller Gefährdung des Fortbestands der Gesellschaft infolge operationeller Risiken, die nicht vom Verantwortlichen Aktuar überwacht werden können;
- ▼ Durchführung der Beurteilung von durch den Vorstand geplanten Strategien unter Ertrags- und Risikoaspekten;
- ▼ Dokumentation risikorelevanter Entscheidungen beziehungsweise Archivierung von Entscheidungen des Risiko- & Compliance-Komitees (ARCC) und der Geschäftsleitung;
- ▼ regelmäßiger institutionalisierter Austausch zwischen URCF, Interner Revision und Compliance-Funktion (Berichte, Jour fixe zu aktuellen Fragestellungen).

B.3.6.3 Risiko- & Compliance-Komitee (RCK)

Das Risiko- & Compliance-Komitee bildet im Risikomanagementprozess der Viridium Gruppe das bereichsübergreifende Abstimmungs- und Qualitätssicherungsgremium bezüglich aller Arten von Risiken.

Es tritt halbjährlich zusammen. Teilnehmer sind CEO, CFO, COO, CIO und CRO sowie die Inhaber der Schlüsselfunktionen (URCF, VMF, CF und IR).

Zu den Aufgaben des RCK zählen:

- ▼ regelmäßige Überprüfung und Überwachung der wesentlichen Risiken und der eingeleiteten Maßnahmen sowie deren Angemessenheit;
- ▼ Entscheidung über Wesentlichkeitsschwellen;
- ▼ Entscheidung zentraler Risikovorgaben auf Konzernebene, die verbindlich für Einzelunternehmen gelten;
- ▼ Bewertung der Vorschläge der URCF bezüglich der Anpassung der Risikostrategie, bezüglich der Risikotragfähigkeit sowie zur Anpassung von Limit- und Schwellenwerten;
- ▼ Koordinierung risikosteuernder Maßnahmen im Rahmen des Eskalationsprozesses bei Verletzungen von Limit- und Schwellenwerten;
- ▼ Abgabe von Empfehlungen an die Geschäftsleitung;
- ▼ Einigung zu Folgearbeiten hinsichtlich risikorelevanter Themen.

B.3.6.4 Chief Risk Officer (CRO)

Der CRO fungiert sowohl auf Gruppenebene als auch auf Ebene der einzelnen Versicherungsunternehmen der Viridium Gruppe als Mitglied der Geschäftsleitung. Er ist Vorsitzender des RCK und verantwortet im Kontext des Risikomanagements unter anderem folgende Aufgaben:

- ▼ Ausgliederungsbeauftragter für die URCF;

- ▼ Bestimmung, Entwicklung und Implementierung relevanter und geeigneter Strategien, die konsistent zur Unternehmensstrategie sind sowie alle rechtlichen und regulatorischen Anforderungen berücksichtigen;
- ▼ Einbettung einer effektiven URCF und eines Internen Steuerungs- und Kontrollsystems (ISKS);
- ▼ Sicherstellung eines tiefen Risikomanagementverständnisses sowie die Erreichung aller Anforderungen an das Risikomanagement;
- ▼ Information des Aufsichtsrates und ARCC hinsichtlich Risikomanagement und aktueller Risikolage;
- ▼ unverzügliche Beratung der Geschäftsleitung hinsichtlich aller Entwicklungen, die voraussichtlich negative Auswirkung auf Geschäft und Geschäftsbetrieb haben;
- ▼ Sicherstellung eines geeigneten Engagements und Informationsflusses zwischen bestehenden Schlüsselpositionen und Stakeholdern (BaFin, Eigentümer, Unternehmensleitung, Mitarbeiter).

B.3.6.5 Geschäftsleitung

Zu der Verantwortung und den Aufgaben der Geschäftsleitung im Zusammenhang mit dem Risikomanagement zählen unter anderem:

- ▼ Verantwortung der gesamten Geschäftsleitung für ein angemessenes und wirksames Risikomanagement- und Internes Kontrollsystem;
- ▼ Verantwortung für Festlegungen zum organisatorischen Rahmen des Risikomanagements, insbesondere auch für den Eingang und die Handhabung wesentlicher Risiken;
- ▼ Eigeninitiative, angemessene und zeitnahe Information der Verantwortlichen Person für die URCF sowie des Ausgliederungsbeauftragten für die URCF über alle Tatsachen, die für die Aufgabenerfüllung erforderlich sein können;
- ▼ Festlegung der Unternehmens- und Geschäftsstrategie und Ableitung der Risikostrategie;
- ▼ Festlegung von Risikoappetit und Risikotoleranz;
- ▼ Entscheidung über Wesentlichkeitsgrenzen von Risiken;
- ▼ Entscheidung hinsichtlich Akzeptanz, Vermeidung, Übertragung und Verminderung von Risiken;
- ▼ Entscheidung zu risikorelevanten Ad-hoc-Problemen;
- ▼ Entscheidung über Limit- und Schwellenwerte zur Überwachung der wesentlichen Risikokategorien und ausgewählten Einzelrisiken;
- ▼ einzuleitende Maßnahmen beziehungsweise Akzeptanz von Limitverletzungen;
- ▼ Freigabe von externen Berichten zum Risikomanagement wie etwa Regular Supervisory Report (RSR), Solvency and Financial Condition Report (SFCR), ORSA-Bericht;
- ▼ Berücksichtigung von Risikomanagementaspekten bei allen Entscheidungen.

B.3.6.6 Audit, Risk and Compliance Committee/Beirat/Aufsichtsrat

Das Audit, Risk and Compliance Committee (ARCC) des Beirats der VG beobachtet die Risikosituation im Zusammenhang mit der Aufsicht über das investierte Kapital und die strategische Ausrichtung der Gruppe. Mindestens zwei Mitglieder des Aufsichtsrats jedes Unternehmens der Gruppe sind auch Mitglied im ARCC.

Die Ergebnisse aus dem Risiko- & Compliance-Komitee (RCK) werden als Risikobericht in das ARCC, einen Ausschuss des Beirats, zur Information und Diskussion eingebracht. Die konkreten Aufgaben und Verantwortlichkeiten des ARCC ergeben sich aus dessen Geschäftsordnung.

B.3.6.7 Bilanz- und Produktmathematik, Steuerung Leben und Versicherungsmathematische Funktion

Die Bilanz- und Produktmathematik, die Steuerung Leben und die für die Versicherungsmathematische Funktion (VMF) verantwortliche Person im Sinne von Solvency II (Letztere ist gleichzeitig Bereichsleiter Quantitatives Risikomanagement) unterstützen das Risikomanagement in allen Fragen der versicherungsmathematischen Analyse und Bewertung von Risiken. Aufgrund der speziellen Methoden und Techniken, die auf diesem Gebiet zum Einsatz kommen, spielt dieses Fachwissen eine große Rolle für das Risikomanagement.

B.3.6.8 Verantwortlicher Aktuar

Der Verantwortliche Aktuar in Lebensversicherungsunternehmen nimmt durch das Erfüllen seiner im Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) festgelegten Aufgaben eine besonders exponierte Stellung im Risikomanagement ein.

B.3.6.9 Compliance-Funktion (CF)

Der für die Compliance-Funktion verantwortlichen Person fallen im Rahmen des Risikomanagements folgende Aufgaben zu:

- ▼ regelmäßiger, institutionalisierter Austausch zwischen URCF und Compliance-Funktion zu aktuellen rechtlichen Risiken,
- ▼ Monitoring, ob die Überprüfung und Aktualisierung von Richtlinien stattgefunden hat sowie
- ▼ Mitgliedschaft im RCK.

B.3.6.10 Interne Revision (IR)

Ein Schwerpunkt der Prüfungen durch die Interne Revision ist die Funktionsfähigkeit des Risikomanagements. Zur Einbeziehung der Internen Revision in die Informationsflüsse sind folgende Aktivitäten etabliert:

- ▼ regelmäßiges Treffen der Inhaber der Schlüsselfunktionen, um sich über Risiken auszutauschen;
- ▼ Teilnahme des Inhabers der Schlüsselfunktion Interne Revision an den Sitzungen des RCK.

B.3.7 Prozesse und Verfahren im Risikomanagement

B.3.7.1 Risikoidentifikation und Risikoinventur

Die Risikoverantwortlichen („Risk Owner“) sind dafür verantwortlich, die Risiken ihrer Organisationseinheit, Prozesse und Themenfelder laufend zu identifizieren. Dabei gilt es, sowohl neue Risiken als auch die Veränderung bekannter Risiken zu erkennen. Bei der Identifizierung möglicher operativer Risiken berücksichtigen die Risikoverantwortlichen auch bekannte externe Schadenereignisse. In jedem Vorstandsressort wird neben monatlichen Updates in Bezug auf wesentliche Risiken

halbjährlich eine Risikoinventur im Rahmen der Ressort-Risikomanagement-Sitzung durchgeführt. Zweck dieser Sitzung ist es, die neuen und veränderten Risiken im Gesamtkontext zu hinterfragen und zu validieren. Im Nachgang an die Ressort-Risikomanagement-Sitzungen werden die konsolidierten Daten in das halbjährliche RCK eingebracht. Die Ergebnisse aus dem RCK werden danach als Risikobericht in das ARCC eingebracht.

B.3.7.2 Analyse und Bewertung

Die Bewertung von Risiken erfolgt in Abhängigkeit von der Zuverlässigkeit, Praktikabilität und Steuerungsrelevanz einer Quantifizierung entweder mittels finanzmathematischer und aktuarieller Verfahren und/ oder mittels eines unternehmensinternen Punktesystems via Expertenschätzung. Dabei wird eine redundante Bewertung im Hinblick auf operationelle Risiken bewusst akzeptiert, da diese nach Auffassung der Viridium Gruppe in der Solvency-II-Standardformel zu pauschal für die interne Risikoüberwachung und -steuerung berücksichtigt werden.

- ▼ Quantifizierung der Risiken mithilfe finanzmathematischer und aktuarieller Verfahren basierend auf der oder in Anlehnung an die Standardformel nach Solvency II. Die hierunter fallenden Risikokategorien sind im SCR beziehungsweise im Rahmen des Gesamtsolvabilitätsbedarfs (GSB) des ORSA enthalten. Da der GSB in allen bislang durchgeführten ORSA-Prozessen mit einer Ausnahme insgesamt niedriger war als das SCR, wird für das interne Risikomanagement das SCR bis auf Weiteres als maßgebliche Größe bezüglich folgender Risikokategorien angesehen:
 - Marktrisiken:
 - Zinsänderungsrisiko,
 - Aktienkursrisiko,
 - Immobilienrisiko,
 - Spreadrisiko
 - Währungsrisiko und
 - Konzentrationsrisiko;
 - Versicherungstechnische Risiken:
 - Storno,
 - Sterblichkeit,
 - Langlebigkeit,
 - Invalidität,
 - Kosten und
 - Katastrophenrisiko;
 - Gegenparteiausfallrisiko / Adressenausfallrisiko / Kreditrisiko;
 - Operationelle Risiken.
- ▼ Spezifische Risiken, insbesondere der übrigen Risikokategorien beziehungsweise der operationellen Risiken, werden für Steuerungszwecke mit Ursache und Wirkung identifiziert und gemanagt. Zu deren finanzieller Bewertung wird ihre Auswirkung auf das HGB-Ergebnis nach Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer und nach Steuer ermittelt. Dabei ist für unsere Steuerungszwecke eine szenarienbasierte Bewertung nach Expertenschätzungen ausreichend. Zur Gesamtbewertung dieser spezifischen Risiken dient ein Punktesystem, das Wertungen bezüglich (1) Einfluss auf die Finanz- und Ertragslage, (2)

Wirkung auf die Reputation hinsichtlich Kunden, Aufsichtsbehörde und Medien, (3) potenzieller Bindung von Ressourcen und Aufmerksamkeit des Managements und (4) Eintrittswahrscheinlichkeit zu einer Gesamtpunktzahl von 0 bis maximal 48 kombiniert. Je nach Punktzahl erfolgt die Einordnung des Risikos als wesentlich oder unwesentlich, wobei innerhalb der unwesentlichen Risiken zur Abstufung der Administration von zugehörigen Kontrollen und Maßnahmen in Adonis sowie der Handhabung im Risiko-Kontroll-Assessment (RKA) und in Risikomanagementgremien eine weitere Dreiteilung (in Abhängigkeit von der Punktzahl) erfolgt. Folgende Risikokategorien werden im Wesentlichen auf Basis des Punktesystems bewertet:

- **Strategisches Risiko:**
Nur sofern die entsprechende Komponente ausreichend separiert beziehungsweise gesteuert werden kann. Zusätzlich wird die Einhaltung der Geschäftsstrategie als Ganzes durch die Geschäftsleitung überwacht beziehungsweise mindestens einmal jährlich überprüft und gegebenenfalls aktualisiert;
- **Operationelle Risiken:**
IT-Systemrisiko, Personalrisiko, Prozessrisiko, M&A-Risiko, Veränderungsrisiko, Ausgliederungsrisiko, Betriebsunterbrechungsrisiko, Rechtsrisiko und Compliance-Risiko, dem wiederum die Subrisiken Geldwäsche/Sanktionen, Betrug (intern / extern), Bestechung / Bestechlichkeit, Untreue, Korruption, Datenschutz, Informationssicherheit, Steuerrisiken, Haftungsrisiken aus Beratung und sonstige Compliance-Risiken zugeordnet werden;
- **Reputationsrisiko:**
Aufgrund dessen übergeordneten und für das Geschäftsmodell der Viridium Gruppe sehr wesentlichen Charakters wird dieses im Rahmen jeder spezifischen Risikobewertung mitbewertet (siehe oben);
- **Liquiditätsrisiko;**
- **ESG-bezogene Risiken / Nachhaltigkeitsrisiken**

B.3.7.3 Risikosteuerung

Die Risikosteuerung umfasst alle Mechanismen und Maßnahmen zur positiven Beeinflussung der Risikosituation durch eine Verringerung der Eintrittswahrscheinlichkeit und/oder des Schadensmaßes. Dabei wird zwischen präventiven, auf die Risikoursache wirkende Maßnahmen einerseits und korrektiven, Risikovorsorge betreibenden Maßnahmen andererseits unterschieden.

Entscheidend für die Auswahl der angemessenen und optimalen Risikosteuerungsmaßnahmen ist, dass sie im Einklang mit der Gesamtrisikostrategie beziehungsweise mit der risikospezifischen Risikopräferenz getroffen wird. Ziel ist die Vermeidung von nicht akzeptablen Risiken sowie die Reduktion und der Transfer von nicht vermeidbaren Risiken auf ein akzeptables Maß. Die gewählte Maßnahme wird vom Risikoverantwortlichen in Abstimmung mit der URCF umgesetzt und verantwortet.

B.3.7.4 Risikoüberwachung

Die Risikoüberwachung erfolgt zum einen dezentral durch die jeweiligen Risikoverantwortlichen und zum anderen zentral im Hinblick auf das Gesamtrisikoprofil durch die URCF. Institutionalisiert wird

die Risikoüberwachung insbesondere durch die halbjährlichen Ressort-Risikomanagement-Sitzungen, an denen unter anderem die jeweiligen Risikoverantwortlichen und Mitarbeiter aus der URCF teilnehmen.

Sofern wichtige Risiken über einen längeren Zeitraum bestehen und diese sinnvoll messbar sind, werden zu deren Überwachung Schlüssel-Risiko-Indikatoren (Key-Risk-Indicators – KRIs) oder Risikokapitalbudgets mit entsprechenden Limiten definiert, in der Regel monatlich gemessen und als Teil des monatlichen Risikomanagement-Berichtes an die Geschäftsleitung berichtet. Die URCF macht Vorschläge zur Festlegung der Limite.

Unter Risikoindikatoren (Key Risk Indicators – KRIs) verstehen wir auf Dauer eingerichtete Indikatoren, anhand derer abgeschätzt werden kann, wie die Tendenz zum Eintritt des relevanten Risikos verläuft, das heißt, ob der Eintritt mehr oder weniger wahrscheinlich wird. Es handelt sich dabei teilweise um Frühindikatoren. Ein KRI ist beispielsweise die quartalsweise ermittelte Solvency-II-Bedeckungsquote.

Zusätzlich zu der qualitativen Definition des Risikoappetits je Subrisikokategorie sind Risikokapitalbudgets definiert, um den Risikoappetit zu quantifizieren. Bei den Marktrisiken erfolgt die Berechnung der Budgets auf Basis der Marktstresse. Diese Budgets können gut für die strategische und operative Steuerung durch die Investmentabteilung verwendet werden. Alle anderen Risikobudgets basieren auf dem spezifischen Risikoappetit und dem aktuellen undiversifizierten SCR. Dieser Ansatz eignet sich für Risiken, die operativ weniger stark gesteuert werden als Marktrisiken. So sind z. B. versicherungstechnische Risiken deutlich stabiler und die Handlungsmöglichkeiten beschränken sich im Wesentlichen auf den Einsatz von Rückversicherungslösungen.

Bei der Überschreitung von Schwellenwerten beauftragt die URCF bei Bedarf eine Analyse der geänderten Risikosituation durch den Risikoverantwortlichen. Diese Analyse wird einschließlich Handlungsempfehlungen in der relevanten Ressort-Risikomanagement-Sitzung vorgelegt und an das RCK berichtet. Letzteres kann der Geschäftsleitung weitere Maßnahmen empfehlen.

B.3.7.5 Loss Event Management

Das Loss Event Management dient in erster Linie der Verminderung eines Schadens und der Vermeidung ähnlicher Schäden. Insoweit unterstützt es auch bei der Identifizierung und Überwachung möglicher operationeller Risiken. Direkte und indirekte Schadenereignisse mit Schadenhöhe von mindestens 1 TEUR werden unabhängig davon, ob es sich um eine Realisierung eines zuvor identifizierten Risikos handelt oder nicht, umgehend durch den Risikoverantwortlichen beziehungsweise durch die Führungskraft, in deren Verantwortungsbereich der Schadenfall verursacht wurde, an den zuständigen Mitarbeiter in der URCF gemeldet. Sie werden hinsichtlich ihrer Ursachen analysiert und fließen zudem in das Risikoberichtswesen ein. Schadensereignisse werden abhängig davon, ob es sich um eine Realisierung eines zuvor identifizierten Risikos handelt oder nicht, durch den Risikoverantwortlichen beziehungsweise durch die Führungskraft, in deren Verantwortungsbereich das Loss Event verursacht wurde, an die URCF gemeldet. Sie fließen zudem in das Risikoberichtswesen ein. In Abhängigkeit von der Höhe des Schadens erfolgt eine Eskalation an die Führungskraft oder den Ressortvorstand, eventuell zusätzlich an die Geschäftsleitung oder den Aufsichtsrat.

B.3.7.6 ORSA-Prozess 2022

Versicherungsunternehmen sind nach § 28 VAG verpflichtet, mindestens jährlich oder anlassbezogen ein sogenanntes Own Risk and Solvency Assessment (ORSA) durchzuführen. Dabei handelt es sich um eine unternehmenseigene und unternehmensindividuelle Beurteilung der Risiko- und Solvabilitätssituation. Der ORSA ist explizit kein durch die Versicherungsaufsicht vorgegebenes Standard-instrumentarium, sondern ein speziell auf jeden einzelnen Versicherer ausgerichteter und selbst entwickelter Prozess.

Die besondere Herausforderung des ORSA liegt darin, den Risikokapitalbedarf ganzheitlich und unternehmensweit einheitlich und vollständig zu bewerten und damit den Zusammenhang herzustellen zwischen angestrebtem Sicherheitsniveau, spezifischem Risikoprofil und Risikotoleranzschwellen sowie der Geschäftsstrategie und deren Zeithorizont.

Der ORSA stellt einen wesentlichen Bestandteil der Governance-Anforderungen von Solvency II dar.

Primäres Ziel des ORSA ist es, die Prozesse zur unternehmerischen Steuerung gemäß der spezifischen Risikosituation des Unternehmens auszurichten. Der ORSA-Bericht ermöglicht darüber hinaus der Aufsichtsbehörde einen tiefen Einblick in die Risiko- und Kapitalsituation des Unternehmens.

Die Viridium Gruppe versteht den ORSA als die Gesamtheit der Verfahren und Methoden, die dazu dienen, ihr aktuelles und künftiges Risikoprofil sowie die Implikationen auf die Eigenmittelausstattung zu identifizieren, zu beurteilen, zu steuern und zu überwachen. Der ORSA ist somit ein integraler Bestandteil des strategischen Rahmens und des Risikomanagementsystems der Viridium Gruppe.

Die folgenden Ziele und Aktivitäten deckt die Viridium Gruppe mit der Durchführung des ORSA ab:

- ▼ Integration des ORSA in den geschäfts- und risikostrategischen Planungsprozess,
- ▼ Definition konkreter Anforderungen an die unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung,
- ▼ Durchführung von Stress- und Szenarioanalysen,
- ▼ Ableitung konkreter Maßnahmen zur Steuerung des Risikoprofils und der Eigenmittelausstattung,
- ▼ Analyse und Berücksichtigung von Auswirkungen auf das Risikoprofil und die Eigenmittelausstattung vor der Finalisierung strategischer Entscheidungen,
- ▼ Sicherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit auch in Krisensituationen,
- ▼ Sicherstellung der Erfüllung aufsichtsrechtlicher und ökonomischer Kapitalanforderungen gemäß Planungshorizont,
- ▼ Verknüpfung der ORSA-Ergebnisse mit der Unternehmenssteuerung und
- ▼ Integration der ORSA-Berichterstattung in die Kommunikations- und Berichtswege.

Der ORSA-Prozess ist in das Governance-System der Viridium Gruppe eingebettet und wird entsprechend den diesbezüglichen Rahmenbedingungen und Vorgaben durchgeführt. Das Governance-System der Viridium Gruppe folgt den geltenden regulatorischen Anforderungen und setzt diese gemäß den unternehmensinternen Richtlinien um. Maßgeblich für den ORSA der VG ist die interne ORSA-Richtlinie.

Die Ausgestaltung und die Durchführung der ORSA der Einzelgesellschaften der VG verantwortet die jeweilige Geschäftsleitung. Die Verantwortung für das Gruppen-ORSA obliegt der Geschäftsleitung der VG.

Die Geschäftsleitung hat demnach folgende Aufgaben:

- ▼ Genehmigung und Verabschiedung der Verfahren und Methoden zur Durchführung und Berechnung des jeweiligen ORSA;
- ▼ Reflexion und Genehmigung des Umfangs der Angemessenheit der Standardformel für das eigene Risikoprofil, inklusive Ermittlung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs (GSB);
- ▼ Genehmigung der unternehmensindividuellen Sensitivitäts-, Stress- und Szenarioanalysen;
- ▼ Überprüfung, Hinterfragung, Genehmigung und Freigabe der im ORSA-Bericht dargestellten Ergebnisse;
- ▼ Berücksichtigung der Ergebnisse des ORSA bei den unternehmerischen Entscheidungen;
- ▼ Festlegung der mittel- und kurzfristigen Kapitalplanung als Ergebnis des ORSA unter Berücksichtigung der Geschäfts- und Risikostrategie;
- ▼ Festlegung von Maßnahmen bei Eintreten bestimmter adverser Ereignisse; dies beinhaltet auch die Sicherstellung der Kapitalausstattung unter unerwarteten widrigen Umständen.

Der ORSA-Prozess wird als integrativer Prozess im Gesamtunternehmen vollzogen. Von der Erstellung beziehungsweise Überarbeitung der Geschäftsstrategie und der Risikostrategie über die Risikoinventur bis hin zur Geschäftsplanung und abschließenden Berichterstattung an die Geschäftsleitung werden alle notwendigen Schritte und Aufgaben im weiteren Sinne als ORSA-Prozess verstanden. Dabei sind neben der Geschäftsleitung auch das Qualitative Risikomanagement, das Quantitative Risikomanagement, die Investmentabteilung, die VMF und die Finanzabteilung involviert. Das Qualitative Risikomanagement und das Quantitative Risikomanagement stellen im ORSA-Prozess die wesentlichsten Bereiche dar.

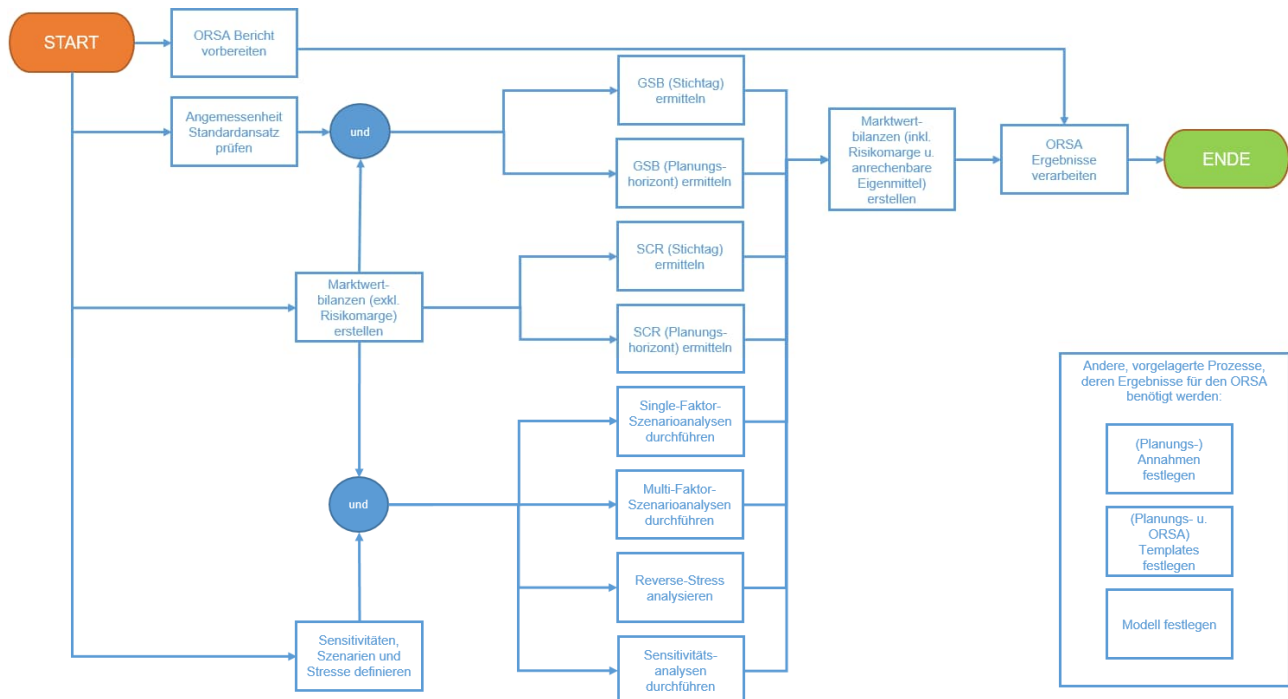
Dem Qualitativen Risikomanagement obliegen im ORSA-Prozess insbesondere

- ▼ die Durchführungsverantwortung für den ORSA insgesamt (inklusive Terminplanung, Vorgabe Berichtsstruktur, Durchführungsdokumentation),
- ▼ die Durchführungsverantwortung für die Aktivität Festlegung unternehmensindividueller Sensitivitäten und Szenarien (inklusive Erstellung der für diese Aktivität erforderlichen Durchführungsdokumentation),
- ▼ die Durchführungsverantwortung für die Überprüfung der Angemessenheit von Standardformel und Gesamtsolvabilitätsbedarf (inklusive Erstellung der für diese Aktivität erforderlichen Durchführungsdokumentation),
- ▼ das Verfassen bestimmter Kapitel im ORSA-Bericht,
- ▼ die Überwachung des Gesamtrisikoprofils und Ableitung von Handlungsempfehlungen für die Geschäftsleitung sowie
- ▼ der fachliche Input (SCR- und GSB-Berechnung).

Dem Quantitativen Risikomanagement obliegen im ORSA-Prozess insbesondere

- ▼ die Durchführungs- und Inhaltsverantwortung für sämtliche Berechnungen zum Stichtag und für den Planungszeitraum (SCR, GSB, Sensitivitäten, unternehmensindividuelle Stresse und Szenarien),
- ▼ die Erstellung der mit den Berechnungen verbundenen Durchführungsdokumentationen,
- ▼ das Verfassen bestimmter Kapitel im ORSA-Bericht und
- ▼ der fachliche Input (unternehmensindividuelle Sensitivitäten und Szenarien, Angemessenheit Standardformel und Gesamtsolvabilitätsbedarf).

Die folgende Darstellung illustriert den ORSA-Gesamtprozess:



Für die einzelnen Versicherungsgesellschaften der Viridium Gruppe wird jeweils ein gesellschaftsindividueller ORSA-Bericht erstellt. Im Anschluss daran wird auf Ebene der Viridium Group GmbH & Co. KG ein Gruppen-ORSA-Bericht verfasst, der die Inhalte der ORSA-Berichte der Einzelgesellschaften konsolidiert und spezielle Gruppenaspekte thematisiert. Abgesehen von diesen Gruppenaspekten beinhaltet der ORSA-Bericht der Gruppe ebenfalls die Risiken der anderen relevanten verbundenen Nichtversicherungsunternehmen, zum Beispiel der VSM.

Als weiterer Punkt im Rahmen der Integration von Risiko- und Unternehmenssteuerung ist die Einbeziehung des Kapitalmanagements bis in die entsprechenden Prozesse hinein zu nennen. Dies beinhaltet unter anderem die Finanzierung der Unternehmensziele sowie die Steuerung der Solvenz- und Eigenmittel, die infolge des eingegangenen Risikos vorzuhalten sind. Bisher fand die Steuerung des Kapitalmanagements primär auf Ebene der einzelnen Versicherungsunternehmen statt. Strategisch wird die Kapitalallokation zunehmend auf Gruppenebene betrachtet werden. Neben diesen eher strategisch geprägten Zielen betrachtet der ORSA auch das ökonomische und aufsichtsrechtliche Kapital. Da beide gegebenenfalls auf unterschiedliche Weise quantifiziert werden

oder es in der ganzheitlichen Betrachtung auch nicht quantifizierbare Aspekte geben kann, können sich diese Betrachtungen grundsätzlich unterscheiden.

Der ORSA wird regulär einmal jährlich zum Stichtag des Halbjahresabschlusses durchgeführt. Daneben findet ein Ad-hoc-ORSA statt, wenn sich das Risikoprofil des betrachteten Unternehmens wesentlich ändert. Die auslösenden Sachverhalte werden jährlich überprüft.

Die ORSA-Richtlinie ist einheitlich für die gesamte Viridium Gruppe gestaltet und gilt damit für die ORSA-Prozesse der Solo-Unternehmen und für das für den Gruppen-ORSA zuständige Unternehmen. Die ORSA-Richtlinie wird im Nachgang des ORSA-Prozesses 2022 überprüft, gegebenenfalls auf Basis der neu gewonnenen Erfahrungen aktualisiert und durch die Geschäftsleitung mit interner Bekanntgabe verabschiedet werden.

Der ORSA 2022 hat planmäßig auf Ergebnisse anderer im Unternehmen laufender Prozesse zurückgegriffen. Dazu gehörten der laufende Risikomanagementprozess mit Risikoinventuren und -berichten, die Unternehmens- und Finanzplanung und auch die sonstigen zu erstellenden Berichte (wie zum Beispiel der Geschäftsbericht, der Aktuarbericht sowie das narrative Solvency-II-Reporting). Darüber hinaus wurde der ORSA-Prozess eng mit der Unternehmens- und Finanzplanung verzahnt.

Das bislang letzte ORSA für die Einzelgesellschaften und die Gruppe erfolgte planmäßig im Zeitraum Mai bis Dezember 2022, basierend auf den Basisberechnungen zum Stichtag 30.06.2022 und der Mittelfristplanung für die Jahre 2023 bis 2027.

Die Solvenzkapitalanforderung (SCR) wird mithilfe der Standardformel berechnet. Diese haben wir im Rahmen des ORSA 2022 auf ihre Angemessenheit für die Gesellschaft überprüft.

Die Versicherungsunternehmen sowie die Gruppen sind aufgefordert, die der Standardformel zugrunde liegenden Annahmen auf Angemessenheit für das eigene Risikoprofil zu überprüfen. Diese Prüfung haben wir vorgenommen – das Ergebnis der Untersuchung mündet schließlich in einen Gesamtsolvabilitätsbedarf.

Mindestens wird eine qualitative Auseinandersetzung mit dem Umfang, in dem das Risikoprofil des Unternehmens von den der Berechnung zugrunde liegenden Annahmen abweicht, gefordert. Bei den Unternehmen der VG münden die Abweichungen von der Standardformel in den GSB, sodass eine Quantifizierung der Abweichung des Risikoprofils von der Standardformel vorgenommen wird. Insgesamt ist die Kapitalanforderung gemäß GSB auf vergleichbarem Niveau wie das SCR. Dennoch halten wir die Bewertung der folgenden Risiken in der Standardformel für nicht angemessen für unser Risikoprofil:

Langlebigkeit

Basierend auf dem EIOPA-Vorschlag vom 28.02.2018⁵ wurde im ORSA 2022 die Anpassung des Level-Stresses in Abhängigkeit vom durchschnittlichen Alter des Bestands und von der Restlaufzeit bis zur Fälligkeit der Verträge ermittelt. Auf Basis des Durchschnittsalters und der durchschnittlichen Restlaufzeit der VG-Bestände ergibt sich ein niedrigerer Level-Stress.

⁵ EIOPA second set of advice to the European Commission on specific items in the Solvency II Delegated Regulation

Anleihen

Teilweise sind bestimmte Anleihen (insbesondere EU-Staatsanleihen) im Standardmodell mit keinem Risikokapital zu unterlegen. Innerhalb der Berechnungen zum GSB werden diese Anleihen jedoch sowohl im Spread- als auch im Marktkonzentrationsrisiko gemäß der jeweiligen SCR-Methodik für Nicht-EU-Staatsanleihen berücksichtigt, da wir deren Nichtberücksichtigung in der Standardformel als nicht risikogerecht erachten. Für einen Großteil der illiquiden Investments liegt kein ECAI-Rating vor. Für diese Investments ohne Rating wird im GSB beim Spreadmodul ein internes Rating angesetzt. Zudem wird für die illiquiden Investments in der Standardformel die vertragliche Maximallaufzeit als Duration angesetzt. Für den GSB verwenden wir für die illiquiden Investments im Spreadmodul abweichend davon die ökonomisch zu erwartende Laufzeit als Duration.

Das Spreadrisiko beinhaltet das Risiko eines Marktwertrückgangs von Anleihen und Darlehen im Wesentlichen aufgrund einer Ausweitung in den Credit-Spreads. Das Marktkonzentrationsrisiko beinhaltet zusätzliche Risiken, die entweder durch eine mangelnde Diversifikation des Asset-Portfolios oder durch eine hohe Exponierung gegenüber dem Ausfallrisiko eines einzelnen Wertpapieremittenten oder einer Gruppe verbundener Emittenten bedingt sind.

Zinsrisiko

Im Vorgriff auf die voraussichtliche Rekalibrierung des Zinsänderungsrisiko im Rahmen des aktuellen Solvency II-Review und aufgrund der nicht realitätsgerechten Abbildung des Zinsänderungsrisikos erfolgte im ORSA 2022 erneut eine gegenüber der Standardformel abweichende GSB-Unterlegung. Dabei wurde das SCR der Standardformel durch den gemäß „EIOPA's second set of advice to the European Commission on specific items in the Solvency II Delegated Regulation“ Absatz 802 ff vorgeschlagenen Zins Shift ersetzt. Dabei wird mittels von EIOPA vorgegebenen multiplikativen und additiven Vektoren die Zinskurve gestresst. Das Zinsrisiko beinhaltet das Risiko eines Eigenmittlrückgangs aufgrund einer unterschiedlichen Zinssensitivität der Vermögenswerte und Verpflichtungen.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko wird in einem integrierten Ansatz simultan für alle Legal-Einheiten der Viridium Gruppe unter Berücksichtigung von Wechselwirkungen über eine Monte Carlo Simulation ermittelt und liefert ein konsistentes und realistisches operationelles Risiko unter Berücksichtigung von möglichem Risikotransfer von den Lebensgesellschaften auf die Service Gesellschaft.

Volatilitätsanpassung

Auf Basis der Methode zur Berechnung der Volatilitätsanpassung durch EIOPA haben wir für die Ermittlung des GSB im ORSA 2022 erneut eine unternehmensspezifische Volatilitätsanpassung für die PLE und die ELE berechnet. Hierbei wurde der von EIOPA verwendete Rechenweg unverändert übernommen, es wurden lediglich die Portfoliogewichte und Durationen des Bestandes der PLE und ELE anstelle des repräsentativen Portfolios verwendet.

Demzufolge werden alle Finanzinstrumente im Kapitalanlagebestand entweder unmittelbar über die Risiko- beziehungsweise Subrisikomodule des Standardansatzes oder über den erweiterten Einbezug im Rahmen des GSB (insbesondere Staatsanleihen aus dem Europäischen Wirtschaftsraum – EWR) angemessen im GSB berücksichtigt.

Zum ORSA-Prozess 2022 haben wir eine Durchführungsdokumentation erstellt, die für jede wesentliche Aktivität insbesondere den Input und Output festhält, aber auch die durchgeführten Verrichtungen, getroffenen Annahmen und Beurteilungen sowie die Beteiligten.

B.3.7.7 Berichterstattung

Die interne Risikoberichterstattung umfasst:

- ▼ ORSA-Berichte (regelmäßige und gegebenenfalls anlassbezogene)
 - Die internen ORSA-Berichte sind mit den Berichten an die Aufsicht identisch
 - Der Fokus liegt hierbei auf den Risikokategorien beziehungsweise Risikoarten, die mittels finanzmathematischer und aktuarieller Verfahren quantifiziert wurden, die auf der Standardformel basieren oder sich an diese anlehnen (siehe Kapitel B. 3.7.2),
- ▼ Berichterstattung durch den Risikoverantwortlichen
 - Der Risikoverantwortliche unterrichtet das Qualitative Risikomanagement im Rahmen regelmäßiger Abfragen und in den halbjährlichen Ressort-Risikositzungen über risikorelevante Informationen (insbesondere Risikoänderungen/-identifikationen).
 - Der Risikoverantwortliche wendet sich bei der Identifikation potenziell wesentlicher Risiken ad hoc direkt an die für die URCF verantwortliche Person.
- ▼ Berichterstattung durch die URCF
 - Das Qualitative Risikomanagement wertet die ressortbezogenen Risiken halbjährlich aus und berichtet diese innerhalb der Ressort-Risikositzungen.
 - Daraufhin konsolidiert das Qualitative Risikomanagement die Risiken und erstattet halbjährlich Bericht an das Risiko- & Compliance-Komitee. In diesem Komitee ist die Geschäftsleitung vollständig vertreten.
 - Bei signifikanten Veränderungen der Risikosituation sowie bei besonderen Schadenfällen soll eine sofortige Berichterstattung an die verantwortliche Person für die URCF sowie an den Vorstand erfolgen, um zeitnah ggf. erforderliche Maßnahmen einleiten zu können.
 - Es erfolgt eine monatliche Berichterstattung zu KRIs, zu den wesentlichen spezifischen Risiken mit einer Bewertung größer oder gleich 18 sowie der im Kontext von § 132 VAG definierten Kennzahlen und Limite im Rahmen der Vorstandssitzung.
 - Auf Grundlage für die nach § 317 Abs. 2 HGB erforderliche Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer, ob die Risiken der künftigen Entwicklung im Lagebericht zutreffend dargestellt sind, berichtet der Inhaber URCF in enger Abstimmung mit dem CRO und dem CFO-Ressort über die Risiken.
- ▼ Es erfolgt eine mindestens vierteljährliche Berichterstattung nach Solvency II durch den Leiter Quantitatives Risikomanagement. Die Solvency-II-Bedeckungsquoten werden zusätzlich bei Bedarf im Rahmen des halbjährlichen RCK diskutiert.
- ▼ Berichterstattung des CRO:

Basierend auf den Ergebnissen aus dem Risiko- & Compliance-Komitee sowie der monatlichen Berichterstattung zu KRIs, der wesentlichen Risiken und der im Kontext von § 132 VAG definierten Kennzahlen und Limite im Rahmen der Vorstandssitzung berichtet der CRO mindestens vierteljährlich an das Audit, Risk & Compliance-Komitee.

Die externe Risikoberichterstattung an die Aufsichtsbehörde umfasst

- ▼ die aufsichtlichen ORSA-Berichte (regelmäßige und ggf. anlassbezogene), die identisch mit den ORSA-Berichten an die Geschäftsleitung sind. Der Fokus liegt hierbei auf den mittels finanzmathematischer und aktuarieller Verfahren basierend auf der oder in Anlehnung an die Standardformel quantifizierten Risikokategorien bzw. Risikoarten (siehe B. 3.7.2),
- ▼ die risikospezifischen Kapitel des narrativen aufsichtlichen Berichts (RSR) und
- ▼ die unterjährigen und jährlichen QRTs (insbesondere mit SCR-Bezug). Der Fokus liegt hierbei auf den im Rahmen der Standardformel quantifizierten Risikokategorien bzw. Risikoarten (siehe B. 3.7.2) und
- ▼ die unverzügliche Anzeige einer Verschlechterung der finanziellen Lage im Sinne des § 132 Absatz 2 VAG durch den Vorstand. Unverzüglich bedeutet in diesem Kontext: innerhalb von sieben Arbeitstagen. Inhaltlich erfolgt in einer Anzeige nach § 132 Absatz 2 VAG eine Angabe:
 - des Zeitpunkts der Feststellung der Verschlechterung und darüber, wie lange diese Verschlechterung schon besteht;
 - ob und gegebenenfalls welche Gegenmaßnahmen ergriffen wurden oder noch ergriffen werden sollen und bis wann diese Maßnahmen welche Wirkung erzielen sollen;
 - der Ursachen für die Verschlechterung sowie eine nähere Analyse der Ursachen;
 - des Ausmaßes der Verschlechterung;
 - der Art der festgestellten Verschlechterung (welche Kennzahl, welches Kriterium oder welcher Schwellenwert über- oder unterschritten wurde).

Die externe Risikoberichterstattung an die Öffentlichkeit umfasst

- ▼ die risikospezifischen Kapitel des narrativen Berichts an die Öffentlichkeit (SFCR);
- ▼ die jährlichen QRTs (insbesondere mit SCR-Bezug), die im Anhang des SFCR zu veröffentlichen sind. Der Fokus liegt hierbei auf den im Rahmen der Standardformel quantifizierten Risikokategorien beziehungsweise Risikoarten (siehe Kapitel B. 3.7.2);
- ▼ den Risikobericht als Teil des Lageberichts im HGB-Geschäftsbericht.

B.3.7.8 Notfallplanung

Die Geschäftsleitung hat ein sogenanntes Business Continuity Management installiert. Für den Eintritt eines Notfalls oder einer Krise steht ein Notfallhandbuch bereit, das zum Beispiel die Alarmierungskette, Notfallszenarien und Checklisten enthält. Um die Fortführung der Geschäftstätigkeit nach einem Not- oder Krisenfall sicherzustellen, verfügen alle wichtigen Bereiche und Abteilungen über dieses Notfallhandbuch, das alle notwendigen Informationen enthält. Das Notfallhandbuch wird einmal jährlich auf Aktualisierungsbedarf geprüft und gegebenenfalls angepasst.

Es werden regelmäßig IT-Notfallübungen zu Disaster Recovery und Major Incident durchgeführt. Darüber hinaus wird ein im Notfallplan benanntes Schlüsselpersonal umfangreich geschult (z. B. Erste-Hilfe-Training). Die Verantwortung im Sinne von BCM liegt beim Business Continuity Coordinator, der von den Fachbereichen (Facility Management, HR, IT-Operations) unterstützt wird.

B.4 Internes Kontrollsystem

B.4.1 Allgemeines zum Aufbau des Internen Kontrollsystems

B.4.1.1 Definition IKS

Im engeren Sinne umfasst ein Internes Kontrollsystem (IKS) alle Risiken und alle zugehörigen Kontrollen sowie alle Strukturelemente, die zum Management dieser Risiken und Kontrollen in einem Unternehmen tatsächlich existieren.

In einem weiteren Sinne zählt zu einem IKS insbesondere auch die Abbildung dieser betrieblichen Realität in einem Modell mit dem Ziel, diese Realität besser zu verstehen, zu bewerten und bedarfsweise zu verbessern, etwa modellierte Aufbau- und Ablauforganisation, modellierte Risiken, Kontrollen, Berichte oder Risikomanagementsysteme. Im Folgenden erläutern wir die Struktur unseres Modells.

B.4.1.2 Modellierung des IKS

Das Modell des IKS aller Unternehmen der Viridium Gruppe (VG) wird durch die Unabhängige-Risikocontrolling-Funktion (URCF) zentral geregelt.

Unser Modell bildet naturgemäß nicht die komplette betriebliche Realität ab; das heißt, es gibt – abhängig von der Wesentlichkeit – einen formal im Prozess- und Risikomanagementsystem modellierten Teil des IKS, einen auf Arbeitsanweisungsebene modellierten Teil des IKS und einen weiteren Teil, der nicht formal ausmodelliert ist. Die Überwachung des IKS erfolgt dabei abgestuft nach Bedeutung; das heißt, Risiken werden – dem Grundsatz der Proportionalität entsprechend – abhängig von Art, Umfang und Komplexität unterschiedlich intensiv betrachtet.

Maßgeblich für eine Entscheidung für oder gegen eine Modellierung ist die Bedeutung der jeweiligen Risiken und Kontrollen unter ökonomischen und rechtlichen Gesichtspunkten („Risk-based-approach“). Das heißt: je bedeutsamer ein Objekt (Prozess, Projekt, Risiko, Kontrolle oder Maßnahme), desto formaler die Administration, desto detaillierter die Dokumentation, desto engmaschiger und intensiver die Überwachung, desto höher die Eskalation. Wir legen großen Wert darauf, unsere Ressourcen auf das Wesentliche zu fokussieren und der breiten Masse weniger wesentlicher Objekte durch querschnittliche Instrumente zu begegnen (zum Beispiel COSO-Schwerpunkt).

Ausgangspunkt unseres IKS-Modells sind zum einen die Aufbau- und Ablauforganisation sowie Projekte, Outsourcings / Ausgliederungen / Auslagerungen der Gruppe unter Berücksichtigung der Solo-Unternehmen sowie zum anderen die Kontrollschwerpunkte des COSO-Modells. Bezogen auf die Ablauforganisation werden alle relevanten Prozesse, Projekte, Outsourcings, Auslagerungen / Ausgliederungen der VG identifiziert und dokumentiert. An allen relevanten Prozessen, Projekten, Outsourcings / Auslagerungen / Ausgliederungen werden die zugehörigen relevanten Risiken identifiziert, bewertet und dokumentiert. An den Risiken wiederum werden die relevanten Kontrollen und/oder Maßnahmen identifiziert und dokumentiert.

Risiken werden einer regelmäßigen Inventur und Überprüfung zugeführt (wesentliche Risiken monatlich, mittlere Risiken halbjährlich, kleine Risiken jährlich), hierzu dient ein mehrstufiges Verfahren, in welchem Risiken abhängig von ihrer Größe in Gremien erörtert werden (Ressort-Risiko-Sitzungen, Projektportfolio-Steuerkreis, Risiko-Compliance-Komitee, Audit, Risk & Compliance Committee).

Die zu den COSO-Schwerpunkten und den identifizierten Risiken referenzierten Kontrollen unterliegen grundsätzlich einem jährlichen Überwachungsprozess (Risiko-Kontroll-Assessment – RKA, Entity-Level-Kontroll-Assessment – ELKA). In diesem werden die Kontrollen hinsichtlich Ausgestaltung und Effektivität beurteilt und die Resultate dieser Betrachtung anschließend an das Management berichtet. Die Verantwortung für die Durchführung des RKA und ELKA liegt beim Fachbereich, die Koordination übernimmt die URCF.

Der auf Projektrisiken fokussierte Anteil des IKS hat zwei wesentliche Facetten:

- ▼ **Meta-Ebene:**
Es bestehen standardisierte Prozesse des Risikomanagements, deren wesentliche Funktion u.a. die Kontrolle von Risiken der spezifischen Projekte ist. Diese übergreifenden Projekt- bzw. Projektrisikomanagement-bezogenen Prozesse werden im jährlichen prozessbezogenen Risiko-Kontroll-Assessment mit betrachtet; hierbei werden also die Eignung und das Design der funktionalen Ebene beurteilt.
- ▼ **Einzelobjekt-Ebene:**
Spezifische Risiken der Einzelprojekte werden – wie alle anderen operationellen Risiken auch – in den Risikomanagementprozessen der VG mit abgedeckt, sind aber aufgrund ihres zeitlich befristeten Charakters nahezu ausschließlich durch einmalige Maßnahmen und nicht durch wiederkehrende Kontrollen abgedeckt.

Das Outsourcing bzw. Ausgliederung / Auslagerung wesentlicher Tätigkeiten sind ebenfalls durch das IKS zu überwachen. Risiken hieraus werden, wie alle anderen Risiken auch, den zentralen, vorstehend beschriebenen Risikomanagement-Prozessen der VG zugeführt.

Aus dem Geschäftsmodell heraus kann sich bei Erwerb eines weiteren Unternehmens mitunter die zeitweilige Existenz mehrerer paralleler IKS Strukturen ergeben; Ziel ist jedoch stets die zeitnahe Zusammenführung der Systeme.

B.4.2 Aufbau des Internen Kontrollsystems

Das IKS der VG betrachtet die folgenden Objekttypen:

- ▼ (Operationelles) Risiko,
- ▼ COSO-Schwerpunkt,
- ▼ Schadenereignis,
- ▼ Kontrolle,
- ▼ Maßnahme,
- ▼ Prozess,
- ▼ Projekt,
- ▼ Outsourcing / Ausgliederung / Auslagerung
- ▼ Element der Aufbauorganisation (etwa Person oder rechtliche Einheit)

Die Ausprägungen dieser Objekttypen werden auf ihren jeweiligen Administrationsbedarf hin untersucht. Sofern ein ökonomisches Interesse oder rechtliches Erfordernis zur formalen Administration besteht, wird das Objekt in unser IKS-Modell überführt und geregelten Überwachungsprozessen

unterworfen. Für die Administration des IKS-Modells nutzen wir ein marktführendes Prozessmanagement- und IKS / Risikomanagement-System.

In der Realität stehen diese Objekttypen beziehungsweise deren Ausprägungen in mitunter komplexen, wechselseitig abhängigen Bezügen zueinander. Um diese Realität im Unternehmensmodell abzubilden, werden die Objekte des Modells ebenfalls zueinander in Bezug gesetzt. Hierbei müssen jedoch Einschränkungen getroffen werden, um die Modellkomplexität zu reduzieren. Zu diesem Zweck haben wir die in unserem Modell erlaubten Beziehungen zwischen den Objekten beschränkt, um dessen Administrierbarkeit sicherzustellen. Zuordnung, Referenzierung und Management der modellierten Objekttypen sind zentral geregelt, sodass aus dem Modell heraus eine sinnvolle Berichterstattung über das IKS möglich ist.

Bestimmte Risiken werden nicht in diesem System, sondern in der separat gehaltenen KRI-Systematik überwacht („Key Risk Indicator“).

Neben den vorgenannten Objekttypen und ihren Ausprägungen besteht das IKS der VG aus den folgenden Strukturelementen.

B.4.2.1 Risikomanagementbezogene Gremien

Die administrationsbedürftigen Ausprägungen der vorgenannten Objekttypen werden einer hierarchischen Gremienstruktur zugeführt und dort diskutiert. Hierbei erfolgt von Stufe zu Stufe eine jeweils verdichtete Darstellung. Die Gremien tagen regelmäßig. Gremien beziehungsweise Teilnehmer sind:

- ▼ Ressort-Risikositzung (Ressortvorstand, F1-Führungskräfte des Ressorts, URCF, CRO), halbjährlich;
- ▼ Risiko- und Compliance-Komitee (RCK) (Gesamtgeschäftsleitung VG, Leiter Recht, Verantwortliche Person für die Compliance-Funktion, Verantwortliche Aktuare, Leiter Interne Revision, Personalwesen, Investment, Aktuariat sowie aus der URCF Verantwortliche Person für die URCF, Senior Spezialist Versicherungstechnisches Risiko und Senior Spezialist Operationelles Risiko), halbjährlich;
- ▼ Audit, Risk & Compliance Committee (ARCC) (Aufsichtsratsmitglieder der VG, Gesamtgeschäftsleitung VG, Leiter Recht, Leiter Innenrevision), mindestens vierteljährlich.

B.4.2.2 Prozess „Schadensfallmanagement“

Dieser Prozess dient der Erfassung identifizierter eingetretener Schadensereignisse und der Ableitung von Maßnahmen und/oder Kontrollen, um das erneute Eintreten gleichartiger Schadensereignisse zu verhindern beziehungsweise deren Auswirkungen zu mindern. Schadensereignisse werden in einer Datenbank erfasst und an das RCK und ARCC berichtet.

B.4.2.3 Prozess „Management (operationelle) Risiken“

Dieser Prozess dient zur Identifikation, Analyse, Bewertung und zum Reporting von Risiken sowie zur Ableitung von Maßnahmen und/oder Kontrollen, um die Eintrittswahrscheinlichkeit und/oder die potenzielle Schadenhöhe zu vermindern.

B.4.2.4 Prozess „Kontrollen überprüfen“

Dieser Prozess dient zur regelmäßigen Überprüfung der identifizierten Kontrollen hinsichtlich ihrer Ausgestaltung und Effektivität. Der Prozess ist zweifach ausgeprägt: zum einen für die auf operationelle Risiken bezogenen Kontrollen („Risiko-Kontroll-Assessment“, RKA), zum anderen für die unternehmensübergreifenden, auf COSO-Schwerpunkte bezogenen Kontrollen („Entity-Level-Kontrollen-Assessment“, ELKA).

B.4.2.5 Prozess „Richtlinien überwachen“

Dieser Prozess dient zur turnusmäßigen und anlassbezogenen Überprüfung und bedarfsweisen Aktualisierung der Richtlinien der VG.

B.4.2.6 Prozess „Management von Risikoindikatoren“

Die VG hat für verschiedene Risiken Key-Risk-Indikatoren (Key Risk Indicators – KRI) und Risikokapitalbudgets festgelegt. Diese sind als Kontrollen anzusehen, zu denen jeweils Bewertungsstufen mit entsprechend zugeordnetem Ampelstatus (Rot–Gelb–Grün) festgelegt sind. Die Ergebnisse werden monatlich von den zuständigen Fachbereichen an die URCF gemeldet, dort zentral administriert und an das Management berichtet.

B.4.2.7 Prozess „Risikomanagement-relevante Maßnahmen überwachen“

Dieser Prozess dient dazu, die auf Risiken, Schadenereignisse oder Kontrollen bezogenen Maßnahmen nachzuverfolgen.

B.4.3 Verantwortung im Kontext des IKS

Unser IKS folgt dem „Three Lines Model“, einem etablierten Standard zur grundsätzlichen Gliederung eines IKS.

- ▼ Prozesse, Projekte, Risiken etc. werden vom Fachbereich (erste Linie) verantwortet und bewertet.
- ▼ Die URCF und die Compliance-Funktion (zweite Linie) erstellen und betreiben Strukturen (Regeln, Prozesse, Methoden) zur Administration (Erfassung, Bewertung, Reporting) von Prozessen, Risiken oder Kontrollen und hinterfragen die durch den Fachbereich getroffenen Bewertungen.
- ▼ Die Interne Revision (dritte Linie) wiederum bewertet die Eignung der IKS-Strukturen und hinterfragt ebenfalls die getroffenen Bewertungen der Fachbereiche.

B.4.4 Umsetzung der Compliance-Funktion

Die Compliance-Funktion überwacht, ob das Interne Kontrollsystem eingehalten wird, koordiniert und überwacht dabei die Einhaltung der für das Unternehmen relevanten rechtlichen und regulatorischen Anforderungen, überwacht die ordnungsgemäße Einrichtung der Governance-Funktionen und deren Wirksamkeit, stellt die Identifikation und Beurteilung der mit der Verletzung von rechtlichen Vorgaben verbundenen Risiken fest, warnt frühzeitig vor Risiken, indem sie die mögliche Auswirkung von sich abzeichnenden Änderungen des Rechtsumfeldes auf die Tätigkeit des Unternehmens beurteilt, und sorgt dafür, dass die unternehmensinternen Leitlinien eingehalten werden.

Details zur Aufbauorganisation und zu den Aufgaben der Compliance-Funktion können dem Kapitel B.1.1 entnommen werden. Die Compliance-Funktion ist mit zwei Personen ausgestattet: Die Verantwortliche Person für die Compliance Funktion und zusätzlich ein Compliance Officer. Im Rahmen ihrer Aufgabenwahrnehmung ist die Compliance-Funktion unabhängig und weisungsfrei. Unabhängig bedeutet, dass der Compliance-Funktion eine unvoreingenommene Überprüfung compliance-relevanter Sachverhalte ermöglicht wird. Hierzu hat sie, soweit für die Aufgabenerledigung notwendig, ein uneingeschränktes Auskunfts-, Zugangs- und Einsichtsrecht hinsichtlich aller einschlägigen Unterlagen, Bücher und Aufzeichnungen einschließlich etwaiger vorliegender Tonbandaufzeichnungen, soweit dem nicht zwingende Rechtsvorschriften entgegenstehen.

B.5 Funktion der Internen Revision

B.5.1 Aufbauorganisation der Internen Revision

Die Verantwortung für die Einrichtung und die Funktionsfähigkeit einer Internen Revision obliegt der Geschäftsleitung der jeweiligen Gesellschaft und kann nicht delegiert werden. Dies gilt auch dann, wenn den einzelnen Geschäftsleitern bestimmte Aufgabenbereiche innerhalb der Viridium Gruppe (VG) unterstehen.

Eine vollständige Ausgliederung der Tätigkeit der Internen Revision auf die Konzernrevision ist unter (aufsichtsrechtlich) festgelegten Voraussetzungen möglich. Dies wird für die Viridium Gruppe mit der Ausgliederung der Revisionsfunktion auf die oberste Holdinggesellschaft Viridium Group GmbH & Co. KG praktiziert. Für die Viridium Gruppe (VG) ist seit dem 10.07.2014 eine Gruppenrevisionsfunktion eingerichtet, die der Viridium Group GmbH & Co. KG angehört.

Die Interne Revision der VG übt ihre Aufgaben auf Grundlage entsprechender Auslagerungsverträge grundsätzlich für alle Gesellschaften der Gruppe aus. So wird sichergestellt, dass die Gruppenrevision für alle Einzelgesellschaften tätig wird und unnötiger Koordinationsaufwand entfällt. Alle hinzukommenden relevanten Einzelgesellschaften vereinbaren die Auslagerungsverträge sukzessive nach Integration in die Gruppe. Die Geschäftsleitung der Einzelgesellschaft hat im Fall einer vollständigen Ausgliederung einen Ausgliederungsbeauftragten für die Interne Revision (Revisionsbeauftragten) zu benennen, der eine ordnungsgemäße Durchführung der Internen Revision gewährleisten muss. Als Revisionsbeauftragter der auslagernden Unternehmen wurde jeweils ein Mitglied der Geschäftsleitung benannt. Neu zu integrierende Lebensversicherungsbestände können gegebenenfalls für eine Übergangszeit abweichenden Regelungen unterliegen, um die rechtlichen Rahmenbedingungen nicht zu verletzen.

Die Revision ist direkt dem Vorsitzenden der Geschäftsleitung der Viridium Group GmbH & Co. KG unterstellt. Der Revisionsleiter ist hierarchisch der Ebene angegliedert, die der Unternehmensleitung auf Gruppenebene folgt (F1-Ebene). Ihm steht entsprechend der Planung beziehungsweise Risikolage eine ausreichende Anzahl qualifizierter, fest angestellter Revisoren zur Verfügung. Für den Bereichsleiter Revision und die Revisoren werden Stellenbeschreibungen gefertigt, die die Anforderungen an die persönliche und fachliche Eignung festlegen und gewährleisten, dass die Vorgaben der Fit & Proper-Kriterien beziehungsweise der gleichlautenden Richtlinie der Viridium Gruppe erfüllt werden. Die Interne Revision bestand im Berichtsjahr 2022 aus dem Bereichsleiter Interne Revision sowie vier Planstellen für Revisoren.

B.5.2 Ablauforganisation der Internen Revision

Basis der Revisionstätigkeit ist die von den jeweiligen zuständigen Geschäftsleitungen verabschiedete Richtlinie Revision (Geschäftsordnung) für die Viridium Gruppe vom 27.05.2014, die zuletzt am 07.12.2021 aktualisiert wurde. Diese Revisionsrichtlinie ist auf die Anforderungen der Banken- und Versicherungsaufsicht ausgerichtet, da eine KWG-regulierte Gesellschaft (SPM) zur Viridium Gruppe gehört.

Die verschiedenen Arbeitsabläufe der Internen Revision zur Durchführung der jährlichen Revisionsplanung mit Erstellung des Revisionsprogrammes für die nächsten fünf Jahre, zur Prüfungsdurchführung, Berichterstellung, Kommunikation und zur Nachverfolgung sind neben der Richtlinie Revision in einer Arbeitsanweisung für die Interne Revision (Revisionshandbuch) konkretisiert.

Die Richtlinie Revision und die zugehörige Arbeitsanweisung werden jährlich im Rahmen eines formalen, gruppenweiten Prozesses auf Aktualität geprüft, angepasst und in Kraft gesetzt.

Die Dokumente sind für jeden Beschäftigten zugänglich im Intranet verfügbar. Diese Vorgaben gelten grundsätzlich für alle Unternehmen der Viridium Gruppe, um ein einheitliches und koordiniertes Vorgehen im Konzern sicherzustellen.

Die bislang letzte Aktualisierung der Richtlinie Revision sowie des Revisionshandbuches beinhaltete redaktionelle Anpassungen (Aktualisierung der Bezüge zu Gesetzen und aufsichtlichen Vorgaben sowie Standards).

B.5.3 Vermeidung von Interessenkonflikten und Einhaltung berufsständischer Standards

Die Beschäftigten der Internen Revision nehmen keine anderen Schlüsselfunktionen oder Schlüsselaufgaben gemäß Solvency II wahr. Darüber hinaus werden keine Aufgaben aus dem operativen Geschäft übernommen.

Bei Beratungsleistungen achten wir darauf, dass keine Vorgaben mit Eingriffen in das operative Geschäft erfolgen.

Die Richtlinie Revision, die Arbeitsanweisung und das gesamte Handeln der Revisoren richtet sich an den berufsständischen Standards der Revisoren aus, sofern sie gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben nicht widersprechen. Derartige Widersprüche konnten im Berichtsjahr nicht festgestellt werden. Die Einhaltung des Ehrenkodex gemäß den internationalen Standards für Revisoren wird bestätigt.

Die Interne Revision der Viridium Gruppe hat sich im Jahr 2018 einem externen Quality Assessment unterzogen und dieses mit über 95% erfüllt.

B.5.4 Informationsaustausch zwischen Schlüsselfunktionen

Zur Umsetzung der Anforderungen aus Solvency II, nach denen die Interne Revision mit den anderen Schlüsselfunktionen kooperieren soll, finden mindestens vierteljährlich Treffen mit den Verantwortlichen Personen der Schlüsselfunktionen Compliance, Unabhängige Risikocontrollingfunktion und Versicherungsmathematische Funktion statt. Diese Sitzungen werden protokolliert.

B.6 Versicherungsmathematische Funktion

Die Versicherungsmathematische Funktion (VMF) nimmt innerhalb der Unternehmen der Viridium Gruppe ihre Aufgaben im Ressort des CRO wahr, dem sie direkt unterstellt ist. Nach dem Drei-Linien-Modell ist die VMF Teil der zweiten Linie und hat unter anderem die Aufgabe, der Geschäftsleitung aus dem Blickwinkel von Solvency II beratend zur Seite zu stehen und ad-hoc sowie durch ihren regelmäßigen Bericht im Kontext der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen unter Solvency II deren Angemessenheit sicherzustellen sowie auf Verbesserungspotenziale hinzuweisen. Die VMF ist eine Schlüsselfunktion gemäß Solvency II. Die Einzelgesellschaften haben diese Funktion an die Gruppen-VMF ausgelagert. Der Auslagerungsbeauftragte der Einzelgesellschaften ist der CRO.

Aufbauorganisatorisch ist die VMF, wie bereits beschrieben, dem Ressort des CRO zugeordnet und somit nicht in das operative Geschäft eingebunden. Hierdurch kann die VMF ihre Aufgaben unabhängig wahrnehmen. Die Hauptaufgaben der VMF sind in diesem Zusammenhang die Prüfung und Überwachung der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen im Kontext von Solvency II, die Validierung der dabei verwendeten Methoden, Daten und Annahmen sowie Stellungnahmen zur Zeichnungs- und Annahmepolitik und zu Rückversicherungsvereinbarungen. Die Ergebnisse der Analysen der VMF münden in einen jährlichen Bericht an die Geschäftsleitung.

Zwischen der VMF und den angrenzenden Bereichen wurde eine klar definierte Aufgabentrennung vereinbart. Diese ist in der Richtlinie der VMF festgehalten:

Thema	Rolle der VMF	Rolle der beteiligten Bereiche und Abteilungen
Berechnung der vt. Rückstellungen unter Solvency II	Gewährleistung einer angemessenen Validierung	Ergebnisse erstellen und plausibilisieren (Abteilung Reporting im quantitativen Risikomanagement)
Methodik / Modellentwicklung	<ul style="list-style-type: none"> ▼ Einbeziehung in die Konzeptentwicklung und in die Verabschiedung / Abnahme der Umsetzung ▼ Einbeziehung in wesentliche Modelländerungen ▼ Überprüfung der Angemessenheit des Modells ▼ Verbesserungsvorschläge ▼ Einbeziehung in alle Solvency-II-relevanten Änderungen 	<ul style="list-style-type: none"> ▼ Verantwortung für die Methodikentwicklung und Modellierung inklusive Sicherstellung der Compliance (Abteilungen Reporting und Modellierung im quantitativen Risikomanagement) ▼ Wartung und Weiterentwicklung des Modells (Abteilung Modellierung)
Annahmen und Managementregeln	Einbeziehung in die Verabschiedung; Statement zur Freigabe; Beurteilung der Angemessenheit der Annahmen und Managementregeln	<p>Annahmen: Verantwortung bei der Durchführung von Untersuchungen und dem Vorschlag von Annahmen; Bereitstellung von allen Informationen / Beurteilungen zum Abgleich von Annahmen und tatsächlich eingetretenen Ereignissen (Bereich Steuerung Leben)</p> <p>Managementregeln: Verantwortung bei der Durchführung von Untersuchungen und dem Vorschlag von Managementregeln (Bereich Steuerung Leben)</p>

Thema	Rolle der VMF	Rolle der beteiligten Bereiche und Abteilungen
Datenqualität	Beurteilung der zugrunde liegenden Datenqualität im Modell und bei der Entwicklung von Annahmen; Empfehlungen für Verbesserungen	Unterstützung bei der Beurteilung (Abteilung Reporting im quantitativen Risikomanagement und Bereich Produkt- und Bilanzmathematik)
Pricing / Underwriting	Stellungnahme	Unterstützung bei der Kommentierung (Bereich Produkt- und Bilanzmathematik)
Rückversicherung	Stellungnahme zu den Rückversicherungsvereinbarungen	Unterstützung bei der Kommentierung (Bereich Produkt- und Bilanzmathematik und Bereich Steuerung Leben)
ORSA	Beurteilung der jederzeitigen Einhaltung der Anforderungen an die versicherungstechnischen Rückstellungen	Erzeugung von Ergebnissen / Durchführung von Analysen (Abteilung Reporting im quantitativen Risikomanagement)
Überleitungsrechnung	Analyse der Überleitungsrechnung	Erstellung der Überleitungsrechnung von einem Stichtag auf den nächsten, wie regulatorisch gefordert (Rd.Nr. 103 MaGo) (Abteilung Reporting im quantitativen Risikomanagement)
Bericht an die Geschäftsleitung (VMF-Bericht)	Erstellung und Präsentation des Berichts	Zulieferung von Informationen (Abteilung Reporting im quantitativen Risikomanagement, Abteilung Modellierung, Bereich Steuerung Leben, Bereich Produkt- und Bilanzmathematik zzgl. weitere Bereiche)

Des Weiteren liefert die VMF einen wesentlichen Beitrag zum Risikomanagementprozess des Unternehmens, indem sie stark in die mit der Berichterstattung (RSR, SFCR, ORSA) verknüpften Prozesse eingebunden ist und hier insbesondere actuarielle Expertise zuliefert. Vor diesem Hintergrund verantwortet der Inhaber der VMF in enger Zusammenarbeit mit weiteren Bereichen zusätzlich Themen, die aus Sicht der Gesellschaft mit dem Tätigkeitsfeld der VMF in Einklang stehen:

Thema	Rolle der VMF	Rolle der beteiligten Bereiche und Abteilungen
Berechnung des SCR	Validierung der Berechnung der versicherungstechnischen Risiken	Erstellung und Plausibilisierung der Ergebnisse (Abteilung Reporting im quantitativen Risikomanagement)

B.7 Outsourcing

Ausgliederungspolitik

Die Ausgliederungspolitik der Viridium Gruppe und damit auch der beaufsichtigten Gruppenunternehmen Heidelberger Lebensversicherung AG, Skandia Lebensversicherung AG, Entis Lebensversicherung AG, Proxalto Lebensversicherung AG, Viridium Rückversicherung AG sowie der Viridium Group GmbH & Co. KG ist in einer gruppenweit geltenden Richtlinie festgelegt.

Als „Ausgliederung“ werden darin Funktionen, Prozesse, Dienstleistungen oder Tätigkeiten eines Versicherungsunternehmens angesehen, die im Rahmen der regulären Geschäftstätigkeit in der Regel vom Unternehmen selbst erbracht würden. Dies gilt in jedem Falle für Funktionen oder Tätigkeiten, die einen direkten Bezug zum Betrieb Versicherungsgeschäft bzw. Rückversicherungsgeschäft aufweisen oder bezüglich des Umfangs, der Dauerhaftigkeit oder der Häufigkeit der Leistungserbringung erheblich sind. Vor Ausgliederungen und danach wiederkehrend jährlich und bei

wesentlichen Änderungen einer Ausgliederung ist jeweils eine Risikoanalyse nach der gruppenweit einheitlichen Risikobewertungssystematik durchzuführen.

Eine Ausgliederung im Sinne der Richtlinie wird als „wichtig“ angesehen, wenn die ausgegliederte Funktion oder Versicherungstätigkeit für den Betrieb des Versicherungsunternehmens unerlässlich ist. Hierzu gehören insbesondere Ausgliederungen der Bestandsverwaltung, der Leistungsbearbeitung, des Rechnungswesens, der Vermögensanlage und der Vermögensverwaltung sowie die Ausgliederung einer der aufsichtsrechtlich erforderlichen Schlüsselfunktionen „Interne Revision“, „Compliance-Funktion“, „Unabhängige Risikocontrollingfunktion“ und „Versicherungsmathematische Funktion“. Die Leitungsaufgaben der Geschäftsführung oder des Vorstands dürfen allerdings nicht ausgegliedert werden. Bei allen Ausgliederungen, einschließlich gruppeninterner Ausgliederungen sowie Weiterdelegationen, bleibt die Geschäftsleitung letztlich verantwortlich.

Für Ausgliederungen von Funktionen oder Tätigkeiten eines beaufsichtigten Unternehmens der Viridium Gruppe ist mit dem Vertragspartner ein Ausgliederungsvertrag zu schließen, der dem Unternehmen selbst, seinen Abschlussprüfern sowie der Aufsichtsbehörde den Zugriff auf alle betroffenen Daten ermöglicht. Ferner ist vertraglich sicherzustellen, dass der Dienstleister mit der Aufsichtsbehörde zusammenarbeitet und die Aufsichtsbehörde Zugangsrechte für die Räume des Dienstleisters erhält. Für Dienstleister mit Sitz in einem Drittstaat sind die jeweilig geltenden gesetzlichen Einschränkungen zu prüfen.

Die Ausführung vertraglich vereinbarter Dienstleistungen im Rahmen einer Ausgliederung ist hinsichtlich Qualität und Vollständigkeit effektiv zu überwachen. Hierbei sind die mit der Ausgliederung verbundenen externen und internen Risiken zu berücksichtigen. Dienstleister haben zudem eine Notfallplanung vorzuweisen, die im Notfall die Wahrung der Interessen der Viridium Gruppe und ihrer ausgliedernden Unternehmen gewährleistet. Bei der Ausgliederung wichtiger Funktionen und Versicherungstätigkeiten ist ferner sicherzustellen, dass eine übermäßige Erhöhung des operativen Risikos und eine Gefährdung der kontinuierlichen und zufriedenstellenden Dienstleistung für die Versicherungsnehmer vermieden werden.

Für jede ausgegliederte Schlüsselfunktion muss im ausgliedernden Unternehmen ein fachlich geeigneter und zuverlässiger Ausgliederungsbeauftragter benannt werden, der die Ausgliederung überwacht. Für Ausgliederungsbeauftragte wird grundsätzlich das Prinzip der Funktionstrennung beachtet.

Wichtige gruppeninterne Ausgliederungen

Alle wichtigen Ausgliederungen der Unternehmen

- ▼ Viridium Rückversicherung AG
- ▼ Proxalto Lebensversicherung AG
- ▼ Heidelberger Lebensversicherung AG
- ▼ Skandia Lebensversicherung AG
- ▼ Entis Lebensversicherung AG

der Viridium Gruppe werden gruppenintern von der

- ▼ Viridium Service Management GmbH

Rechnungswesen und Controlling, Kommunikation, Verantwortlicher Aktuar, Investment, Einkauf und Facility Management, Treasury und M&A, Informationssicherheitsbeauftragter, Betriebsorganisation und IT für die Viridium Gruppe sowie Unterstützungsleistungen für die Viridium Group GmbH & Co. KG und Überwachung externer Dienstleistungen

wahrgenommen. Diese bezieht aktuell von den weiteren Gruppengesellschaften

- ▼ Viridium Group GmbH & Co. KG
Interne Revision, Compliance-Funktion, Unabhängige Risikocontrollingfunktion und Versicherungsmathematische Funktion sowie Recht, Steuerung Lebensversicherung (u. A. die Freigabe neuer Rückversicherungsverträge), Bilanz- und Produktmathematik (Aktuarial), Datenschutzbeauftragter, Geldwäschebeauftragter, Management-Know-how und Management-Ressourcen
- ▼ Proxalto Service Management GmbH
Kundendienst (unter anderem Bestandsverwaltung und Leistungsbearbeitung) sowie IT-Versicherungstechnik und Überwachung externer Dienstleistungen für die Proxalto Lebensversicherung AG, Heidelberger Lebensversicherung AG, Skandia Lebensversicherung AG sowie Entis Lebensversicherung AG. Außerdem Unterstützungsleistungen im Investment.

über Subdelegationen Dienstleistungen.

Wichtige gruppenexterne Ausgliederungen

Die meisten gruppenexternen Ausgliederungen werden gruppenintern über die Viridium Service Management GmbH gebündelt und von dort an externe Dienstleister weitergegeben. Insofern wird diese Bündelung nachfolgend nicht mehr explizit erwähnt.

Eine Ausnahme bilden die Vermögensanlage in Wertpapieren für eigene Rechnung sowie deren Verwaltung, welche sind von den gruppeninternen Lebensversicherungsgesellschaften an externe Dienstleister ausgegliedert sind. Das Asset Management für einen Teil der verzinslichen Wertpapiere, die indirekten Immobilienbestände sowie das gewerbliche Immobilienfinanzierungs-Exposure ist an Tochtergesellschaften einer großen italienischen Asset Management-Gesellschaft ausgegliedert, die von der italienischen Finanzaufsicht überwacht wird. Die Vermögensanlage des privaten Immobilienfinanzierungs-Exposures sowie die Verwaltung sämtlicher Immobilienfinanzierungen ist an Tochtergesellschaften einer großen italienischen Versicherungsgruppe ausgelagert, die ebenfalls der italienischen Finanzaufsicht unterliegt. Die Verwaltung der Kapitalanlagen für eigene Rechnung ist – mit Ausnahme der des Immobilienfinanzierungs-Exposures – an eine der größten Asset-Management-Gesellschaften Deutschlands ausgegliedert, die ihrerseits von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) beaufsichtigt wird. Diese managt ebenfalls einen Teil der verzinslichen Wertpapiere.

Der Rechenzentrumsbetrieb für die IT-Plattform zur Verwaltung der Kundenverträge der internen Lebensversicherungen sowie der Betrieb der allgemeinen IT-Infrastruktur der Viridium Gruppe ist an ein nach internationalen Standards zertifiziertes Tochterunternehmen eines der größten Systembetreiber in Deutschland ausgegliedert.

Im Bereich der Bereitstellung betriebswirtschaftlicher Systemkomponenten und deren Betrieb wird zur Leistungserbringung ein – in Bezug auf Unternehmensanwendungen – weltweit umsatzstarker Anbieter von Software und Softwaredienstleistungen mit Geschäftssitz in Deutschland eingesetzt.

Entwicklung, Wartung und Support der zentralen Bestandsverwaltungssysteme der IT-Plattform der Viridium Gruppe sind an einen führenden Anbieter von Standardsoftware für Lebensversicherer und Altersvorsorgeeinrichtungen mit Sitz in Deutschland ausgegliedert.

Einige Telekommunikations- und Telefonieleistungen sind ausgegliedert an einen weltweit agierenden und ISO zertifizierten Anbieter mit Niederlassung in Deutschland.

Im Bereich Digitalisierung von Eingangspost sowie zentraler Druck und Versand sind einige Tätigkeiten an einen im Bereich Dokumentenmanagement führenden, in Deutschland ansässigen und ISO zertifizierten Anbieter ausgegliedert.

Die Administration von Garantiefonds der Skandia Lebensversicherung AG wurde an eine von der BaFin beaufsichtigte Kapitalverwaltungsgesellschaft einer der größten Versicherungsgruppen Deutschlands ausgegliedert.

Im Rahmen der im Allgemeinen als „wichtig“ anzusehenden Leistungsbearbeitung ist die Informationsgewinnung in der Leistungsprüfung von Berufsunfähigkeitsversicherungen auf zwei im Versicherungsumfeld etablierte und verlässliche, in Deutschland ansässige, gruppenexterne Dienstleister verteilt und somit quasi ausfallsicher und qualitätsorientiert ausgegliedert.

Tätigkeiten der Sachbearbeitung sind teilweise an zwei mehrfach in Deutschland vertretene und im Versicherungsfeld etablierte Full-Service Anbieter ausgegliedert.

Leistungen in der operativen Bestandsverwaltung des Kundenservice – diese umfassen auch die Erfüllung kundenbezogener interner Sicherungsmaßnahmen i.S.d. Geldwäschegesetzes - in den Segmenten private und betriebliche Altersvorsorge sowie der Riesterbestände sind, um saisonale Effekte aufzufangen und die operative Stabilität sicherzustellen, teilweise ausgegliedert an einen in Deutschland ansässigen, in der Versicherungswirtschaft etablierten, externen Dienstleister.

Ebenfalls wurden in 2022 Teile des First-Level-Supports in der Telefonie zur Überbrückung von Lastspitzen, an einen am Markt etablierten und in der Versicherungswirtschaft erfahrenen Dienstleister ausgegliedert.

Im Falle der Proxalto Lebensversicherung AG werden die IT-Systeme zur Verwaltung der Kundenvertragsbestände bis zur vollständigen Übernahme in die Viridium-Plattform nach wie vor teilweise von der Generali Deutschland AG betrieben. Hinzu kommen weitere versicherungstypische Dienstleistungen der Generali Deutschland AG für den genannten Übergangszeitraum, die mit der abgeschlossenen Migration der Verträge in die Viridium-Plattform entfallen werden. Die baV-Vertragsverwaltung der Proxalto Lebensversicherung AG ist dauerhaft an die Generali Deutschland AG ausgegliedert.

Mit der Akquisition der Generali-Lebensversicherung wurde auch das Vertragsverhältnis mit einem in der Finanzbranche etablierten, in Deutschland ansässigen Dienstleister übernommen, der einen kleinen, abschmelzenden Teilbestand der Proxalto Lebensversicherung AG verwaltet.

B.8 Sonstige Angaben

Die in Kapitel B.1 bis B.7 gemachten Ausführungen beinhalten alle wesentlichen Informationen zum Governance-System der VKG.

C Risikoprofil

Das Geschäftsmodell der VG beinhaltet in mehrfacher Hinsicht, beispielsweise aufgrund des Fortfalls der Zeichnung von Neugeschäft, geringere Risiken, als es bei aktiven Lebensversicherungsgesellschaften der Fall ist. Es führt auch zu bestimmten zusätzlichen Risiken, die sich aus Akquisitionen und damit verbundenen Aktivitäten ergeben.

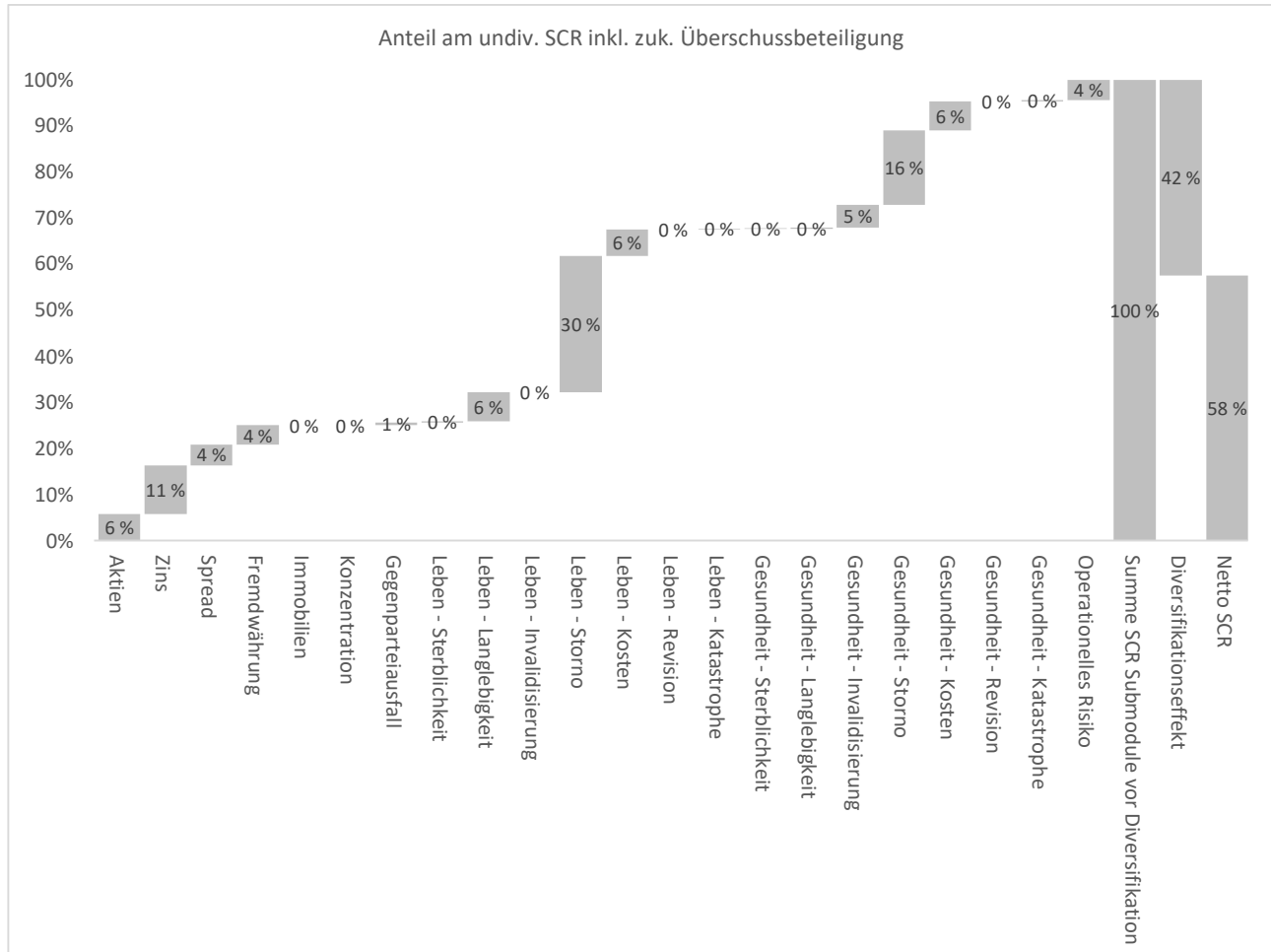
Entsprechend dem Geschäftsmodell der VG kann sich die Anzahl der Unternehmen jederzeit ändern. Akquisitionen und Folgemaßnahmen, wie die organisatorische und technische Integration von Gesellschaften oder Beständen sowie mögliche daraus resultierende personelle Auswirkungen, bringen operationelle Risiken mit sich, die für die VG von großer Bedeutung sind. Der Due-Diligence-Prüfung im Vorfeld von Akquisitionen (auch im Hinblick auf die Kompatibilität der Risikomanagementsysteme) kommt eine besondere Rolle zu.

Das Geschäftsmodell der VG besteht aus folgenden Säulen:

- ▼ der Akquisition von Lebensversicherungsunternehmen,
- ▼ der Akquisition von Vertragsbeständen von Lebensversicherungsunternehmen,
- ▼ der effizienten Administration von Gesellschaften oder Vertragsbeständen sowie
- ▼ der Bereitstellung von Verwaltungsdienstleistungen für Lebensversicherungsunternehmen.

Zu jeder Säule gehört die bewusste Akzeptanz beziehungsweise Handhabung der übernommenen Risiken. Hierfür ist ein professionelles Risikomanagement erforderlich.

Die folgende Übersicht zeigt das Gesamtrisikoprofil der VG zum Stichtag 31.12.2022 gemäß Standardformel auf Basis der undiversifizierten Solvenzkapitalanforderung (SCR) unter Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung der Zukünftigen Überschussbeteiligung (ZÜB). Die Summe der SCR Submodule vor Diversifikation beträgt dabei 3.599.296 TEUR

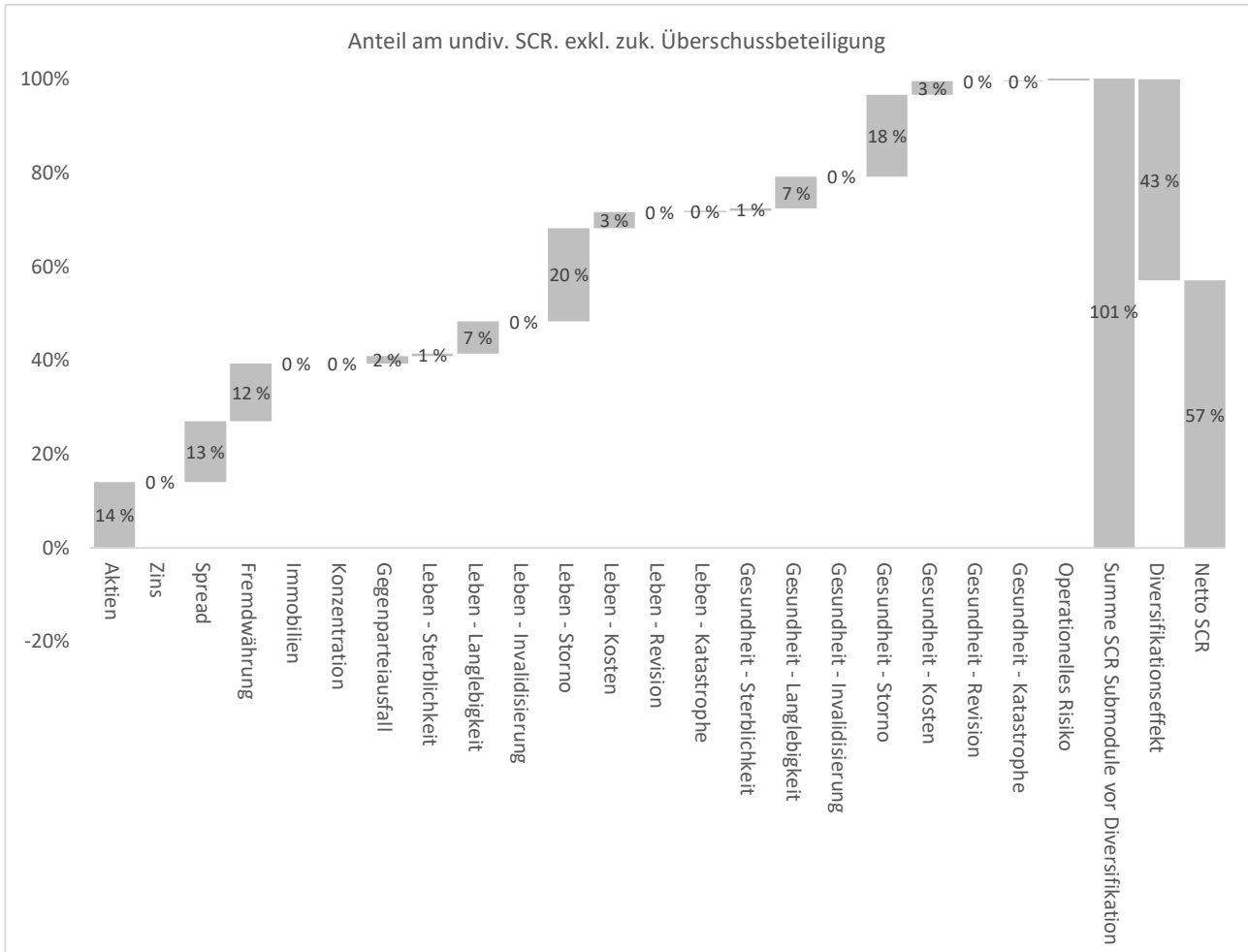


Wie aus der Grafik ersichtlich wird, sind gemäß Quantifizierung innerhalb der Kapitalanforderungen folgende Risiken der Gesellschaft als wesentlich zu erachten:

- ▼ Markrisiken:
 - Zinsrisiko
- ▼ Versicherungstechnische Risiken Leben:
 - Stornorisiko
- ▼ Versicherungstechnische Risiken Gesundheit
 - Stornorisiko

Wesentlichkeit liegt in diesem Zusammenhang vor, wenn der gemäß der Standardformel aus Solvency II berechnete undiversifizierte Betrag des SCR unter Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung der ZÜB eines Risikos 10 % des gesamten undiversifizierten SCR unter Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung der ZÜB im betreffenden Unternehmen übersteigt.

Die folgende Übersicht zeigt das Gesamtrisikoprofil der VG zum Stichtag 31.12.2022 gemäß Standardformel auf Basis des undiversifizierten SCR ohne Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung aus der ZÜB. Die Summe der SCR Submodule vor Diversifikation beträgt dabei 11.980.234 TEUR.



Lebensversicherungsverträge beinhalten langfristig garantierte zukünftige Leistungen, für die die Kunden einmalige oder laufende Beiträge zahlen. In der Kalkulation der zu zahlenden Beiträge gilt das Vorsichtsprinzip für die einkalkulierten Erwartungen über die zukünftige Entwicklung der Zinsen, der Sterblichkeit sowie der Verwaltungskosten, um langfristige Zusagen gegenüber den Versicherungsnehmern sicherstellen zu können.

Bei einer erwartungsgemäßen Entwicklung der Kapitalmärkte sowie der Sterblichkeit und der Kosten werden die einkalkulierten Puffer nicht benötigt, sodass Überschüsse entstehen. Lebensversicherer sind dabei durch rechtliche Mindestanforderungen (vergleiche Mindestzuführungsverordnung) gesetzlich verpflichtet, die Versicherungsnehmer entsprechend an den Überschüssen zu beteiligen.

Die zukünftige Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer ist demnach in der Höhe nicht garantiert, da diese sich im Stressfall auch unter Beachtung der rechtlichen Mindestanforderungen reduzieren kann. Hieraus erklärt sich die risikomindernde Wirkung auf das SCR in den einzelnen Risiken.

In den folgenden Kapiteln werden insbesondere die wesentlichen Risiken auf Basis des undiversifizierten SCR mit und ohne Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung aus der ZÜB dargestellt.

In Kapitel C.7.2 gehen wir insgesamt auf die Effekte aus der risikomindernden Wirkung der ZÜB und zusätzlich auf die Effekte aus Diversifikation sowie der risikomindernden Wirkung der latenten Steuern ein.

Das relative SCR-Risikoprofil der VG hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Absolut betrachtet führte der Rückgang des SCR dazu, dass sich auch die Bedeckungsquote gegenüber dem Vorjahr moderat verbessert hat. Maßgeblich hierfür ist insbesondere das gestiegene Marktzinsniveau.

Für weitere Details hierzu siehe Kapitel E.2.3.

C.1 Versicherungstechnisches Risiko

C.1.1 Informationen über die Risikoexposition

Gegenüber der vorherigen Berichtsperiode sind keine Maßnahmen zur Bewertung des versicherungstechnischen Risikos wesentlich verändert worden. Die Bedeutung des versicherungstechnischen Risikos ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

Versicherungstechnisches Risiko Leben:

Das versicherungstechnische Risiko Leben der VKG setzt sich zum 31.12.2022 wie folgt zusammen:

vt. Risiko Leben	SCR in TEUR inkl. zuk. Überschussbeteiligung (ZÜB)	Anteil am vt. Risiko Leben in % vor Diversifikation und inkl. ZÜB	Anteil am Gesamt-SCR in % vor Diversifikation und inkl. ZÜB
Sterblichkeit	10.489	1 %	0 %
Langlebigkeit	227.969	15 %	6 %
Invalidität/Morbidität	0	0 %	0 %
Kosten	207.070	14 %	6 %
Storno	1.065.384	70 %	30 %
Katastrophe	4.914	0 %	0 %
Diversifikationseffekt	-251.422		
vt. Risiko Leben	1.264.404		

	SCR in TEUR exkl. zukünftiger Überschussbeteiligung
vt. Risiko Leben	2.945.621

Der Anteil in % vor Diversifikation spiegelt jeweils den Anteil am gesamten undiversifizierten SCR des versicherungstechnischen Risikos Leben nach Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung der ZÜB wider.

Das Stornorisiko erzeugt im versicherungstechnischen Modul Leben die höchste Kapitalanforderung, da sein Eintritt zu einer Reduktion der künftig erwarteten Gewinne führt. Hierbei fällt das Massenstorno stärker ins Gewicht als der Stornoratenanstieg. Die bestehenden Rückversicherungsprogramme der PLE, ELE, HLE, SLE und VRE senken Invaliditäts- und Sterblichkeitsrisiken im versicherungstechnischen Risikomodul Leben.

Mit Blick auf den Geschäftsplanungszeitraum wird sich das Stornorisiko durch den Bestandsabbau weiter reduzieren. Da sich das Risiko im Wesentlichen in niedrigeren zukünftigen Gewinnen niederschlägt, wird sich das Risikokapital ungefähr proportional zum Abbau der Eigenmittel verhalten. Durch den Servicevertrag und den dort festgelegten Stückkostenansatz, sollte sich auch das Kostenrisiko bei zurückgehendem Bestand durch die Abwicklung des Bestandes abbauen. In der gruppeigenen Rückversicherungsgesellschaft VRE werden perspektivisch die biometrischen Risiken der gruppeigenen Lebensversicherungsunternehmen transferiert. Die Lebensversicherungsunternehmen sind dadurch unter anderem auch bei schrumpfenden Beständen in die Lage, die Risikoüberschussbeteiligungen auch bei Schwankungen der Risikoergebnisse dauerhaft stabil zu halten.

Versicherungstechnisches Risiko Gesundheit:

Das versicherungstechnische Risiko Gesundheit der VKG setzt sich zum 31.12.2022 wie folgt zusammen:

vt. Risiko Gesundheit	SCR in TEUR inkl. zuk. Überschussbeteiligung (ZÜB)	Anteil am vt. Risiko Gesundheit in % vor Diversifikation und inkl. ZÜB	Anteil am Gesamt-SCR in % vor Diversifikation und inkl. ZÜB
Sterblichkeit	577	0 %	0 %
Langlebigkeit	10.529	1 %	0 %
Invalidität/Morbidität	173.987	17 %	5 %
Kosten	231.450	23 %	6 %
Storno	580.341	58 %	16 %
Katastrophe	8.533	1 %	0 %
Diversifikationseffekt	-228.822		
vt. Risiko Gesundheit	776.596		

	SCR in TEUR exkl. zukünftiger Überschussbeteiligung
vt. Risiko Gesundheit	2.649.470

Der Anteil in % vor Diversifikation spiegelt jeweils den Anteil am gesamten undiversifizierten SCR des versicherungstechnischen Risikos Gesundheit nach Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung der ZÜB wider.

Beim versicherungstechnischen Modul Gesundheit werden die selbständigen Berufsunfähigkeitsversicherungen (BU), die Berufsunfähigkeitszusatzversicherungen (BUZ) sowie die Dread Disease Versicherungen gemeinsam abgebildet. Hier hat Stornorisiko die größte Bedeutung, jedoch im Vergleich zu den Lebensrisiken auf einem niedrigeren Niveau. Die bestehenden Rückversicherungsprogramme der PLE, ELE, HLE, SLE und VRE senken Invaliditäts- und Sterblichkeitsrisiken im versicherungstechnischen Risikomodul Gesundheit.

C.1.2 Wesentliche Risikokonzentrationen

Weitere wesentliche Risikokonzentrationen als die unter Kapitel C.1.1 genannten liegen nicht vor.

C.1.3 Risikominderungstechniken

Das bestehende Rückversicherungsprogramm der Einzelgesellschaften der Gruppe senkt Invaliditäts- und Sterblichkeitsrisiken im versicherungstechnischen Risikomodul Leben. Auf die gruppeneigene Rückversicherungsgesellschaft VRE werden biometrische Risiken der gruppeneigenen Lebensversicherungsunternehmen transferiert. Die Lebensversicherungsunternehmen sollen dadurch unter anderem auch bei schrumpfenden Beständen in die Lage versetzt werden, die Risikoüberschussbeteiligungen auch bei Schwankungen der Risikoergebnisse dauerhaft stabil zu halten. Für die Berechnung der Kapitalanforderung werden die gleichen Annahmen und Methoden zu Grunde gelegt wie bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen. Für nähere Erläuterungen wird auf Kapitel D verwiesen.

Als Risikominderungstechnik wird im Wesentlichen auf die Rückversicherung zurückgegriffen, wodurch ein Teil der eingegangenen Risiken abgegeben wird.

Bei der HLE sind Rückversicherungsverträge für die FLV, RiLV, FRV, und die SBU vereinbart. Als Rückversicherungsart wird die Summenexzedenten- und die Quoten-Rückversicherung angewendet. Für beide Varianten sind Ausgestaltungen auf Originalbasis oder Risikobasis vereinbart.

Für die Anteile der Rückversicherer werden Bardepots gestellt. Diese umfassen die Deckungsrückstellung und die Beitragsüberträge. Die Anteile des Rückversicherers an der Schadenreserve hingegen werden nicht deponiert.

Bei der SLE sind Rückversicherungsverträge im Bereich der Dread Disease, der Lebensversicherung und der aufgeschobenen Rentenversicherung vereinbart. Als Rückversicherungsart wird die Summenexzedenten-, die Quoten- und Quotenexzedenten- Rückversicherung angewendet. Die Ausgestaltung erfolgt auf Risikobasis.

Für die Anteile der Rückversicherer werden Bardepots gestellt. Diese umfassen die Deckungsrückstellung, die Beitragsüberträge und die Schadenreserve. Die Anteile des Rückversicherers an der Schadenreserve hingegen werden nicht deponiert.

Bei der ELE sind Rückversicherungsverträge im Bereich der Berufsunfähigkeit und der Todesfallversicherung vereinbart. Als Rückversicherungsart wird die Summenexzedenten- sowie die Stop Loss-Rückversicherung angewendet.

Die PLE mindert ihr versicherungstechnisches Risiko, indem sie einzelne Risiken oder Teile von Risiken auf ein oder mehrere Rückversicherungsunternehmen überträgt. Hierbei handelt es sich im Rahmen der proportionalen Rückversicherung um eine Quotenrückversicherung und im Rahmen der nicht proportionalen Rückversicherung um eine Kumulschadenexzedentenrückversicherung und eine Jahresüberschadenexdetentenrückversicherung (Stop Loss).

In 2021 wurde für die PLE eine Contingent Capital Rückversicherung abgeschlossen, die es ermöglicht, Risikoerträge im Stressfall zeitlich nach vorne zu ziehen, um Notfallentnahmen aus der RfB abzuwenden.

Bei der Quotenrückversicherung für den rückgedeckten Bestand übernimmt der Rückversicherer eine festgelegte Quote der einzelvertraglichen Versicherungssumme. Bei der Kumulschadenexzedentenrückversicherung für den rückgedeckten Bestand ist ein Selbstbehalt der PLE vereinbart. Der über den Selbstbehalt hinausgehende Teil jeder einzelvertraglichen Versicherungssumme ist rückversichert. Beim Stop Loss hingegen übernimmt der Rückversicherer ab einer vereinbarten Schadenquote bis zu einem vereinbarten Limit.

Es wurden im Geschäftsjahr weitere interne Rückversicherungsverträge zwischen der HLE und ELE mit der VRE geschlossen. Darüber hinaus wurde über diese Verträge auch ein Retrozessionsvertrag zwischen der VRE und der HanRe über 20 % (bei HLE unter Ausschluss des Langlebkeitsrisikos) geschlossen.

Für die Anteile der Rückversicherer werden Bardepots gestellt. Diese umfassen die Deckungsrückstellung, die Beitragsüberträge und die Schadenreserve. Die Anteile des Rückversicherers an der Schadenreserve hingegen werden nicht deponiert.

Auf Basis von Dienstleistungsvereinbarungen werden den Einzelgesellschaften der VG feste Stückkosten je Vertrag garantiert, sodass das Risiko steigender Verwaltungskosten insoweit auf die Servicegesellschaft verlagert wird. Die Servicegesellschaft ihrerseits ist bei den Betrachtungen auf Ebene der Gruppe einzubeziehen.

Der Kundenservice sowie die effiziente Identifikation und Abwehr von unberechtigten Leistungsforderungen tragen ebenfalls zur Risikominderung des versicherungstechnischen Risikos bei.

Wesentliche Risiken bei der Zeichnung von Versicherungsverträgen liegen bei den Versicherungsunternehmen der VG aufgrund des eingestellten Neugeschäfts nicht vor, sodass insoweit keine risikomindernden Maßnahmen erforderlich sind.

C.1.4 Stresstests und Szenarioanalysen

Stresstests und Szenarioanalysen dienen der Überprüfung der Verlustanfälligkeit. Sie zeigen die Konsequenzen auf für den Fall, dass außergewöhnliche, aber plausible Ereignisse eintreten. Dabei existieren zahlreiche unterschiedliche Verfahren, die jedoch einem gemeinsamen Ziel dienen: der Bestimmung der Widerstandsfähigkeit in extremen Situationen. Sie ermöglichen damit zusätzliche

unternehmensindividuelle Erkenntnisgewinne über das Risikoprofil und die Risikosensitivität eines Unternehmens und damit über die Ableitung unternehmensspezifischer Maßnahmen zur Verbesserung der Risikosituation und des Risikomanagements.

Sensitivitätsanalysen im Kontext des Risikomanagements stellen eine bestimmte Form eines Stresstests dar, indem eine Ausgangsbilanz beziehungsweise ein Planungsmodell auf die Robustheit gegenüber Änderungen einzelner oder mehrerer Parameterwerte untersucht wird.

Szenarioanalysen sind eine verbreitete Methode im Risikomanagement, die als Instrument der Entscheidungsvorbereitung und -unterstützung etabliert sind. Szenarioanalysen werden vor allem bei zukunftsorientierten Fragestellungen eingesetzt, können aber auch bei der Auswahl einer Alternative bei einer anstehenden Entscheidung wirkungsvoll unterstützen. Die Grundidee ist, einen alternativen Zustand zu beschreiben und anhand dieser Beschreibung Konsequenzen für eine zu untersuchende Fragestellung abzuleiten. In aller Regel werden die so erhaltenen Kenntnisse verwendet, um darauf aufbauend konkrete Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Im Rahmen des regulären ORSA-Prozesses des Jahres 2022, der für die Einzelgesellschaften und die Gruppe im Zeitraum vom Mai 2022 bis zum 22. Dezember 2022 durchgeführt wurde, haben wir diverse Stresstests und Szenarioanalysen im Kontext des versicherungstechnischen Risikos absolviert, deren Annahmen und wichtigste Ergebnisse im Folgenden wie regulatorisch gefordert für die wesentlichen Risiken zusammenfassend beschrieben werden. Die angewandten Bewertungsmethoden basieren alle auf den regulatorischen Vorgaben für die erste Säule von Solvency II.

C.1.4.1 Sensitivitätsanalysen

Zusätzlich zu der Veränderung von Parametern bei den Untersuchungen zum GSB haben wir weitere Sensitivitätsanalysen (SFS) durchgeführt. Diese wurden erstellt, um die Effekte von Veränderungen an der Standardformel zu analysieren und zu zeigen, wie das Risikoprofil der Gesellschaft auf die Veränderung reagiert. Dafür haben wir einzelne Berechnungsmodule der Standardformel ersetzt, verändert oder erweitert, um die Sensitivitäten abzuschätzen. Bei den Sensitivitäten zum 30.06.2022 wurde jeweils untersucht, welche Auswirkung sich auf den regulatorischen Risikokapitalbedarf nach Diversifikation und Steuer ergibt, wenn der entsprechende Standardformelstress durch den abgewandelten Stress ersetzt wird.

Kosten

Das Kostenrisiko spiegelt das Risiko wider, dass sich aus nachteilig veränderten Kostenentwicklungen ergibt. Hierzu sind im Rahmen der Standardformel ein Kostenschock von +10 % zu Beginn der Berechnung und eine Erhöhung der Inflationsannahme der VG um einen Prozentpunkt zu berechnen.

Auf Soloebene sind die Lebensversicherungsunternehmen der VG aufgrund der Service-Vereinbarung mit den Service-Gesellschaften weitestgehend gegen einen plötzlichen Anstieg der Kosten immunisiert (siehe Kapitel C.1.3) und finden nur auf Gruppenebene Berücksichtigung. Daher wird in dieser Sensitivität ein sofortiger Kostenanstieg um 8,65% und ein Inflationsausweitung um 2,47% bei der Service-Gesellschaft untersucht. Bei den Solo-Gesellschaften wird nur eine Inflationsausweitung um 2,47% betrachtet.

Dieser Stress führt bereits trotz des fehlenden initialen Stresses innerhalb der Lebengesellschaften zu einer stärkeren Ausprägung als im Standardformelstress. Da zusätzlich nur bei diesen der initiale Kostenanstieg wegfällt und damit im Umkehrschluss Einnahmen auf Seiten der Servicegesellschaften wegfallen, welche weiterhin, zwar mit einem niedrigeren aber noch vorhandenen initialen Kostenschock von 8,65% gestresst werden, steigt die Kapitalanforderung dieser an. Somit steigt die Kapitalanforderung im Lebenmodul um 186% und im Gesundheitsmodul um 57%.

Operationelles Risiko

Durch die Service-Verträge zwischen den Versicherungsunternehmen und der VSM tragen die Lebensversicherungsunternehmen der VG bis auf wenige Ausnahmen (insbesondere Produktrechtsrisiken und Veränderungsrisiken bzgl. Rückvergütungen) de facto keine operationellen Risiken.

Wir überwachen und steuern unser Operationelles Risiko intern auf Basis eines auf unseren Risikoinventuren beruhenden Scoring-Modells und quantifizieren die sich daraus ergebenden Risiken in einem integrierten Ansatz sowohl auf Solo- als auch auf Gruppenebene zum 30.06.2022 unter Berücksichtigung der Wechselwirkungen untereinander. Durch die Service-Verträge zwischen den Versicherungsunternehmen und der VSM werden die operationellen Risiken der Lebensversicherungsunternehmen der VG bis zu einer gesellschaftsindividuellen Haftungsgrenze bis auf wenige Ausnahmen (insbesondere Produktrechtsrisiken und Veränderungsrisiken bzgl. Rückvergütungen) auf die Gruppenebene transferiert. Um dem Rechnung zu tragen, wird das Operationelle Risiko in Form einer Monte Carlo Simulation der tatsächlich anfallenden Operationellen Risiken ermittelt.

Die Monte Carlo Simulation des operationellen Risikos der VG führt zu einem um 18% höheren Kapitalbedarf als unter der Standardformel. Im Gegensatz dazu fällt der Kapitalbedarf für das operationelle Risiko auf Ebene der einzelnen Solo-Gesellschaften aufgrund der bestehenden Service-Verträge deutlich geringer aus als unter der Standardformel.

Für das SCR-OpRisk war wie in den Vorjahren insbesondere die Höhe der versicherungstechnischen Rückstellungen maßgeblich. Wir erachten die Bemessung des SCR in der Standardformel grundsätzlich für nicht risikogerecht, da dieses als Prozentsatz der Kosten, der Prämien bzw. der Versicherungsverpflichtungen berechnet wird. Das SCR basiert somit auf einer ausschließlich linearen Formel und impliziert einen automatischen Anstieg mit dem Tätigkeitsvolumen des Unternehmens. Wir überwachen und steuern unser Operationelles Risiko intern auf Basis eines auf unseren Risikoinventuren beruhenden Scoring-Modells, worauf auch unsere GSB-Quantifizierung beruht.

C.1.4.2 Szenarioanalysen

Zusätzlich haben wir auch in diesem Jahr Single-Faktor-Szenarien analysiert. Im Unterschied zu den Sensitivitäten wird hier eine Veränderung der Basis vorgenommen, auf die dann die Standardformelstresse wirken. Dadurch werden auch die Abhängigkeiten zwischen den verschiedenen Risikomodulen berücksichtigt und die resultierenden Solvenzquoten sind hier von Interesse. Bei den Single-Faktor-Szenarien zum 30.06.2022 wird untersucht, welche Auswirkung sich auf den regulatorischen Risikokapitalbedarf nach Diversifikation und Steuer ergibt, wenn die entsprechende Basis verändert wird, auf die anschließend die Standardformelstresse angewendet werden.

Storno

Im Rahmen des Standardansatzes ergibt sich die Kapitalanforderung aus dem Stornorisiko über drei verschiedene Betrachtungen. Gemäß dem Standardansatz sind jeweils ein Anstieg und ein Rückgang der künftigen Stornoquoten um 50 % zu betrachten. Hinzu kommt das Szenario eines Massenstornos, unter dem per Stichtag der Berechnung der Rückkauf von 40 % des Bestandes eintritt. Des Weiteren ist zu beachten, dass diese Stresse nur auf Verträge anzuwenden sind, bei denen der Eintritt des Szenarios nachteilige Auswirkungen für das Versicherungsunternehmen hat. Anschließend werden die drei Berechnungen verglichen und die höchste resultierende Kapitalanforderung verwendet.

Das Stornomodul wird aufgrund der erheblichen Sekundäreffekte über Single-Faktor-Szenarien untersucht. Dabei wird zum einen die Basis um ein 26% höheres Storno, als auch um ein 24% geringeres Storno als im Best Estimate initial angepasst, auf die dann die Standardformel angewendet wird.

Im Leben- als auch im Gesundheitsmodul der VG zeigt sich in der Standardformel das Risiko eines Massenstornos von 40% als größter Stornostress. Dieser teilt sich unterschiedlich auf die einzelnen Gesellschaften auf.

Im Gesundheitsmodul stellt der Massenstorno bei allen Sologesellschaften und den Servicegesellschaften den relevanten Stress dar, während im Lebenmodul PLE, HLE, SLE und ServiceCo mit dem Massenstorno und die ELE im Stornorückgang und die VRE im Stornoanstieg überwiegen.

Ein langfristiger Anstieg der Stornorate um 26% stellt für die VG aufgrund des konventionellen Geschäftsschwerpunktes bei der PLE und ELE kein größeres Risiko dar. Dies spiegelt sich auch in der kaum veränderten Quote wider. Allerdings verringern sich auch die vorhandenen Eigenmittel. Die Verteilung der Gesellschaften auf die Stornorisiken hat sich nicht geändert.

Umgekehrt verhält es sich beim Szenario, das einen Rückgang der Stornoraten um 24% vorsieht. Durch die hohen Garantiezinsen vor allem in den Beständen der PLE und ELE erhöhen sich die SCRs durch die reduzierte Stornorate. Vor allem die versicherungstechnischen SCRs erhöhen sich. Trotz der daraus resultierenden erhöhten Risikomarge steigen die Eigenmittel wegen eines höheren Barwertes der zukünftigen Überschüsse an, was ebenfalls in einer stabilen Bedeckungsquote resultiert. Die Verteilung der Gesellschaften auf die Stornorisiken hat sich ebenfalls nicht geändert.

C.2 Marktrisiko

C.2.1 Informationen über die Risikoexponierung

Gegenüber der vorherigen Berichtsperiode wurde der zeitliche Anwendungsbereich einer zentralen Managementregel im Solvency II Modell verändert. Daneben wurde auch die Abbildung der Investment-Strategie innerhalb der Managementregeln verfeinert. Insbesondere durch den Anstieg des Marktzinnsniveaus hat sich der Zinsstress und damit auch das SCR-Zinsrisiko im Vergleich zum Vorjahr etwas erhöht. Beim Spreadrisiko der PLE hat der entlastende Effekt aus dem gestiegenem Marktzinnsniveau den belastenden Effekt durch den Umbau des Investmentportfolios deutlich überkompensiert. Weiterhin ist Bedeutung des Aktienrisikos infolge der letztlich negativen Entwicklung der Kapitalmärkte in 2022 gesunken.

Das Marktrisiko der VG setzt sich zum 31.12.2022 wie folgt zusammen:

Marktrisiko	SCR in TEUR inkl. zuk. Überschussbeteiligung (ZÜB)	Anteil am Marktrisiko in % vor Diversifikation und inkl. ZÜB	Anteil am Gesamt-SCR in % vor Diversifikation und inkl. ZÜB
Zins	383.649	43 %	11 %
Aktien	205.928	23 %	6 %
Immobilien	0	0 %	0 %
Spread	160.914	18 %	4 %
Marktkonzentration	0	0 %	0 %
Währung	150.053	17 %	4 %
Diversifikationseffekt	-314.017		
Marktrisiko	586.527		

	SCR in TEUR exkl. zukünftiger Überschussbeteiligung
Marktrisiko	3.704.650

Der Anteil in % vor Diversifikation spiegelt jeweils den Anteil am gesamten undiversifizierten SCR des Marktrisikos nach Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung der ZÜB wider.

Die Kapitalanlagen des konventionellen Bestands (auf Rechnung und Risiko der VG) beträgt ca. 66 % des gesamten Kapitalanlagebestands.

Das Kapitalanlagerisiko (inklusive Wechselkursrisiko) trägt das Versicherungsunternehmen. Aus diesem Grund ist das unmittelbare Marktrisiko für die VG von verhältnismäßig großer Bedeutung, allerdings wegen der weitgehend synchronisierten Zinssensitivität der Vermögenswerte und Verpflichtungen und damit Immunisierung gegenüber dem SCR-Zinsrisiko im Marktvergleich etwas abgeschwächt.

Der Anteil des Spreadrisikos übersteigt 10 % des gesamten undiversifizierten SCR unter Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung der ZÜB nicht und stellt entsprechend der unternehmensindividuellen Festlegung der Wesentlichkeit von Risiken (siehe Kapitel B.3.4) aktuell kein wesentliches Risiko für die VG dar. Das Risiko einer Spreadausweitung (Spreadrisiko) der Standardformel ist unmittelbar mit der Kapitalanlageallokation in Zinstitel (sofern der Emittent kein EU-Staat ist) verbunden und führt aufgrund des damit verbundenen Rückgangs zu einem weiteren Anstieg der Bewertungslasten. Als Folge fällt auch die Wirkung des Risikopuffers „Beteiligung der Versicherungsnehmer an Zukünftigen Überschüssen“ im Standardformelstress geringer aus. Dennoch liegt zum Bewertungsstichtag kein wesentliches Spreadrisiko vor. Zum 31.12.2022 beträgt das SCR nach ZÜB des aktuell unwesentlichen Spreadrisikos 160.914 TEUR. Dies liegt insbesondere an dem Kapitalanlagebestand an Unternehmensanleihen mit mindestens BBB-Rating begründet, die ca. 12

Prozent der gesamten Kapitalanlagen der PLE ausmachen. Daneben übt auch der mittlerweile ebenfalls auf ca. 12 Prozent angewachsene Anteil an Unternehmensdarlehen einen maßgeblichen Einfluss auf die Höhe des Spread-SCR aus.

Das Zinsänderungsrisiko stellt unabhängig vom Anteil am gesamten undiversifizierten SCR unter Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung der ZÜB immer ein wesentliches Risiko dar (siehe Kapitel B.3.4). Dies liegt in der umfassenden Interaktion mit anderen Risiken und der Bedeutung für unser Geschäftsmodell begründet. Aufgrund der Dominanz der konventionellen Lebensversicherungen und der damit verbundenen Zinssensitivität erfolgt die Kapitalanlage überwiegend mittels Zinstiteln. Im Rahmen der SCR-Betrachtung zum Bewertungsstichtag ist die Zinssensitivität der Vermögenswerte auf vergleichbarem Niveau wie die der Verpflichtungen. Zum Stichtag stellt das Zinsanstiegsszenario das maßgebliche Szenario dar. Die unterschiedliche Zinssensitivität der Vermögenswerte und Verpflichtungen ist neben der Form der Zinsstrukturkure ursächlich für das Zinsänderungsänderungsrisiko. Zum 31.12.2022 beträgt das SCR nach ZÜB des wesentlichen Zinsrisikos 383.649 TEUR.

Die fondsgebundene Versicherung bietet Versicherungsleistungen im Erlebens- oder Todesfall als Kapital- oder Rentenleistung. Dabei wird die Versicherungsleistung an die Wertentwicklung von Investmentfonds gekoppelt. Das Kapitalanlagerisiko (inklusive Wechselkursrisiko) trägt der Versicherungsnehmer. Auf diese Weise kann er an den Wertsteigerungen der Fonds teilhaben, nimmt aber auch die Möglichkeit von Verlusten in Kauf. Der Anteil des Aktienrisikos und des Währungsrisikos (Wechselkursrisiko) übersteigen aktuell beide jeweils nicht 10 % des gesamten undiversifizierten SCR unter Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung der ZÜB der VG und stellen entsprechend der unternehmensindividuellen Festlegung der Wesentlichkeit von Risiken (siehe Kapitel B.3.4) kein wesentliches Risiko für die VG dar. Zwar partizipiert die Gesellschaft für das fondsgebundene Geschäft nicht direkt an den Marktrisiken, jedoch ist sie indirekt über niedrigere künftige Erträge aus Rückvergütungen an der Entwicklung der Fonds beteiligt. Da die Fonds zu fast zwei Dritteln in Aktien investiert sind, hat auch das mittelbare Marktrisiko daher für die VG keine unerhebliche Bedeutung, wengleich diese durch das Hinzukommen der PLE deutlich geringer ist als vor 2019. Des Weiteren wirkt sich das Währungsrisiko deutlich aus, da circa 50 % des fondsgebundenen Kapitalanlagebestandes in Fremdwährungen investiert sind.

§ 124 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) normiert den sogenannten Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht. Dabei handelt es sich um einen im Rahmen von Solvency II eingeführten Verhaltensstandard für die Kapitalanlage von Versicherungsunternehmen. Im Kern bedeutet dies, dass stets Vorsicht in all jenen Prozessen zu walten hat, mittels derer die Anlagestrategien entwickelt, angenommen, umgesetzt und überwacht werden. Dies gilt in Anbetracht der Zwecke, für die Vermögen verwaltet wird, sowie der Ergebnisse. Umsicht und Kompetenz für die dem Unternehmen obliegende Vermögensverwaltung sind unerlässliche Voraussetzungen dafür, dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht gerecht zu werden. Insbesondere dürfen nach § 124 Abs. 1 Nr. 1 VAG Unternehmen in Bezug auf das gesamte Vermögensportfolio lediglich in Vermögenswerte und Instrumente investieren, deren Risiken das betreffende Unternehmen angemessen erkennen, messen, überwachen, handhaben, steuern und berichten sowie bei der Beurteilung seines Gesamtsolvabilitätsbedarfs angemessen berücksichtigen kann. Dabei darf sich das Unternehmen nicht ausschließlich auf die von Dritten bereitgestellten Informationen stützen.

Die VG hat für ihre Versicherungsgesellschaften diverse aufbau- und ablauforganisatorische Maßnahmen sowie Vorgaben zur Einhaltung des Grundsatzes unternehmerischer Vorsicht getroffen. Diese umfassen insbesondere:

- ▼ Aktiv-Passiv-Management: Der Fachbereich Investment erstellt auf Basis von Daten zu den versicherungstechnischen Rückstellungen und unter Beachtung modelltheoretischer Ansätze die Aktiv-Passiv-Management-Strategie (ALM-Strategie – Asset Liability Management), die im Anlagegremium Konventioneller Bestand (AKB) diskutiert sowie gegebenenfalls modifiziert und anschließend der Geschäftsleitung zur Entscheidung vorgelegt wird.
- ▼ Frühwarnsystem zur risikoorientierten Kapitalanlagesteuerung: In diesem Kontext erfolgt die Überwachung der in Bezug auf das Gesamtmandat sowie in Bezug auf die in der Kapitalanlagerichtlinie vorgegebenen Limite. Gemäß Eskalationsmodell werden Überschreitungen an die operativen Versicherungsgesellschaften berichtet. Die Portfolio Guidelines konkretisieren die Kapitalanlagerichtlinie im Hinblick auf quantitative sowie qualitative Anforderungen.
- ▼ Zur Minderung von finanziellen Risiken ist der Einsatz von Finanzderivaten grundsätzlich zulässig. In Finanzderivate darf gemäß derzeit gültiger Kapitalanlagerichtlinie nur innerhalb der Spezialfonds investiert werden.
- ▼ Investmentfonds lassen sich bezüglich ihres Anlegerkreises in Publikums- und Spezialfonds unterteilen. Während die Anlage in Publikumsfonds für jeden Anleger möglich ist, steht die Anlage in Spezialfonds nur institutionellen Anlegern offen. Die maximale Anzahl an Anlegern, die in den einzelnen Spezialfonds investieren dürfen, ist zumeist eng begrenzt und wird in den Anlagegrundsätzen des Fonds festgelegt. Im Gegensatz zu einem Publikumsfonds haben die Anteilseigner eines Spezialfonds ein Mitspracherecht hinsichtlich der Anlageentscheidungen. Hauptkunden von Spezialfonds sind Versicherungsgesellschaften, Pensionsfonds und Sozialversicherungsträger.
- ▼ Des Weiteren können Finanzderivate genutzt werden, um aus vorhandenen Vermögenswerten einen zusätzlichen Ertrag zu erzielen, solange sichergestellt ist, dass bei Erfüllung von Lieferverpflichtungen keine Unterdeckung des gebundenen Vermögens eintreten kann. Ein Derivateinsatz zu spekulativen Zwecken, Arbitrage- und Leergeschäften ist in den Anlage Richtlinien ausgeschlossen. Es sind nur Instrumente zulässig, die auf der Positivliste des externen Asset-Managers aufgeführt sind. Jedes Instrument hat vor Aufnahme in die Positivliste den Neue-Produkte-Prozess (NPP) zu durchlaufen.
- ▼ Im Bestand der Versicherungsgesellschaften der VG befindet sich derzeit ein sehr geringer Anteil an verbrieften Instrumenten. Entsprechend gering ist die Gefahr, dass die eigenen Interessen nicht mit denen eines Originators bzw. Sponsors gleichlaufend sind.
- ▼ Die Zielallokation der Kapitalanlagen für den konventionellen Bestand sieht überwiegend Investitionen in an einem geregelten Markt gehandelte festverzinsliche Finanzinstrumente mit mindestens Investment Grade Rating vor. Diese werden sowohl geografisch als auch in Bezug auf Emittenten breit gestreut. Gemäß derzeit gültiger Kapitalanlagerichtlinien bzw. Portfolio Guidelines der Versicherungsgesellschaften der Gruppe darf nur in nicht an einem geregelten Markt zugelassene Vermögenswerte investiert werden, sofern es sich dabei um Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen, Hypotheken (Altbestand), Hypotheken (Neubestand), Real Estate Debt, Infrastructure Debt, Private Corporate Debt, sons-

tige Kreditstrategien, Bankdarlehen, Ausleihungen an verbundene Unternehmen, Policendarlehen, Beteiligungen, Genussscheine, Derivate und Immobilien handelt, wobei nicht bei allen Gesellschaften in alle Assetklassen investiert werden darf.

- ▼ Auf Basis der verabschiedeten Strategischen Asset-Allokation (SAA) wurden von den Versicherungsgesellschaften der VG-Mandate an externe Asset-Manager vergeben. Diese stellen im Wesentlichen Konkretisierungen der SAA dar. Mit den infrage kommenden Kapitalanlagen und den Limiten beschreibt das Mandat den Rahmen, in dem der externe Asset-Manager den operativen Kapitalanlageprozess gestaltet. Gleichzeitig wird der externe Asset-Manager zur Einhaltung der im Mandat enthaltenen Vorgaben verpflichtet. Des Weiteren werden im Mandat Informationen zur Zielfunktion des Kapitalanlagenmanagements, zur Strategischen und Taktischen Asset-Allokation sowie zu den Schnittstellen im Kapitalanlageprozess (Liquiditäts- und Ergebnisplanung) zur Verfügung gestellt. Den Risikoaspekten wird über die Auswahl und Beschränkung der für die Anlage freigegebenen Asset-Klassen sowie über Vorschriften zur Einzeltitelauswahl im Portfoliokontext Rechnung getragen.
- ▼ Jegliche Investition in neue Produkte erfordert die Zustimmung durch das New Product Committee (NPC). Potenzielle neue Kapitalanlageprodukte müssen im Rahmen des Neue Produkte Prozesses (NPP) durch das NPC auf die Kriterien Sicherheit, Qualität, Liquidität und Rentabilität geprüft werden. Zudem prüft das NPC, ob die neuen Produkte zur Risikostrategie der Gruppe passen. Die Vorstandsmitglieder werden regelmäßig über die Vermögensanlage und die damit verbundene Risikosituation informiert. Die Information wird dabei nicht nur in Form von Zahlen, sondern auch unter qualitativer Erläuterung der getätigten Transaktionen und Entscheidungen vorgenommen.
- ▼ Neben den in den Mandaten enthaltenen Monitoring Triggern und Limiten wird zudem die Entwicklung des Gesamtportfolios anhand von Key Risk Indicator (KRIs) überwacht. Diese können den Status „Grün“, „Gelb“ oder „Rot“ haben.
- ▼ Der externe Asset-Manager muss alle am Investmentprozess Beteiligten umfassend über die vorgenommenen Umsätze, die Kapitalanlagebestände und die Ergebnissituation informieren. Diese Berichte einschließlich der Risiko- und Performance-Berichte werden den Beteiligten monatlich in elektronischer Form zur Verfügung gestellt und umfassen die vom externen Asset-Manager verwalteten Kapitalanlagen. Auch innerhalb des jeweiligen Berichtsmonats muss der externe Asset-Manager Berichte zur Ertrags- und Reservesituation nach HGB sowie Risikoberichte zur Verfügung stellen.
- ▼ Das AKB (Anlagegremium Konventioneller Bestand) wird monatlich mittels eines Berichts über die Bestands- und Ertragssituation nebst Reserven sämtlicher Kapitalanlagen sowie der vorhandenen Risikosituation informiert. Die Monatsberichterstattung wird gleichzeitig den Mitgliedern des Vorstands im Rahmen des „Management Information Pack“ (MI Pack) zur Verfügung gestellt. Die Unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF) ist in die laufende Berichterstattung eingebunden.
- ▼ Neben dem AKB gibt es noch das Anlagegremium Fondsgebundenes Geschäft (AFG). Das AFG tagt ebenfalls monatlich. Aufgabe des AFG ist es insbesondere, sicherzustellen, dass im Rahmen jeglicher Investmentaktivitäten regulatorische Anforderungen, die Interessen der Versicherungsnehmer und Vorgaben aus der Kapitalanlagerichtlinie „Fondsgebundenes und indexgebundenes Vermögen“ eingehalten werden. Zusätzlich steht die Überwachung der Performance und der Risikokennzahlen innerhalb der fondsgebundenen Anlagekonzepte im Fokus.

- ▼ Zur Überprüfung der Ratings der externen Ratingagenturen verwenden die Unternehmen der Viridium Gruppe die Einschätzung ihrer Asset-Manager. Diese verfügen über eigene Analysten sowie eigene Kreditrisikobeurteilungen. Die gemäß CRA-III-Richtlinie geforderte Überprüfung der Eignung von Ratings externer Ratingagenturen erfolgt im ersten Schritt durch den externen Asset-Manager. Dieser hat einen Prüfungsprozess entsprechend der CRA-III-Richtlinie aufgesetzt, aus dem sich die relative außerplanmäßige Abschreibungswahrscheinlichkeit für Einzelinvestments ergibt. Die Plausibilisierung der externen Ratings durch Asset-Manager ist angemessen, weil die Interessen von Asset-Managern und Versicherungsunternehmen mit dem Ziel möglichst geringer Ausfallquoten in diesem Zusammenhang gleichgelagert sind und die Asset-Manager zudem keine Gegenleistung von den Emittenten erhalten. Die auf monatlicher Basis zugeliferten Ratingdaten werden nach Zugang schließlich vollumfänglich vom Bereich Investment auf Plausibilität geprüft. Hierzu vergleichen wir das Asset-Manager-Rating aller im Spezialfonds enthaltenen Anleihen, die allesamt börsennotiert sind, mit den entsprechenden Ratings der großen Ratingagenturen. Aus den vorhandenen Ratings der Agenturen wird mittels Solvency-II-Rating-Methodologie das zweitbeste Rating extrahiert (falls es nur ein Rating geben sollte, wird dieses verwendet) und mit dem Asset-Manager-Rating abgeglichen. Die für Solvency-II-Zwecke im quantitativen Reporting verwendeten Ratings externer ECAI-zertifizierter Ratingagenturen entsprechen dem plausibilisierten Asset-Manager-Rating.

C.2.2 Wesentliche Risikokonzentrationen

Im Rahmen des Standardansatzes sind Unternehmen dann einem Konzentrationsrisiko ausgesetzt, wenn die Engagements gegenüber einer einzigen Gegenpartei zusammengenommen über den vorgegebenen Konzentrationsschwellen liegen. Für diesen Fall wird eine Kapitalanforderung festgelegt. Liegt die Risikoexponierung gegenüber einer Einzeladresse unter den vorgegebenen Schwellen, sind Unternehmen keinem Risiko ausgesetzt, und es wird keine Kapitalanforderung festgelegt.

Die VG weist zum Bewertungsstichtag kein SCR-Marktkonzentrationsrisiko auf.

Im Hinblick auf geografische beziehungsweise zusätzliche anlagenklassenbezogene Aspekte können zum 31.12.2022 keine weiteren wesentlichen Konzentrationsrisiken für den Gesamtbestand an Kapitalanlagen festgestellt werden. Daher erfolgt insoweit aktuell ausschließlich eine qualitative Überwachung dahingehend, ob die durch die Kapitalanlagerichtlinie und Portfolio Guidelines konventioneller Bestand vorgegebenen Anlagegrenzen eingehalten werden.

C.2.3 Risikominderungstechniken

Zielsetzung der Lebensversicherungsgesellschaften der VG ist es, im Hinblick auf den konventionellen Kapitalanlagebestand eine permanente Absicherung zu 100 % gegen Währungsrisiken und Zinsänderungsrisiken bei nicht-Euro-denominierten Kapitalanlagen sicherzustellen. Hierbei handelt es sich primär um Kapitalanlagen, denominiert in US-Dollar oder britischem Pfund. Dabei wird gemäß den Portfolio-Guidelines ausschließlich der Verbleib eines vernachlässigbaren Basisrisikos toleriert.

Die Umsetzung der Neutralisierung des Währungsrisikos erfolgt durch OTC-Devisentermingeschäfte, die im Rahmen eines Absicherungsprogramms permanent mit einer Mindestlaufzeit von drei Monaten rolliert werden.

Das Zinsänderungsrisiko bei nicht-Euro-denominierten Kapitalanlagen wird durch Einsatz von OTC-Zinsswaps abgesichert. Weiterhin setzen wir soweit erforderlich OTC-Zinsswaps ein, um die Duration der zinssensitiven Aktiva möglichst an das Durationsniveau der Versicherungsverpflichtungen anzupassen. Bei Veränderungen des Durationsprofils der Versicherungsverpflichtungen ist eine entsprechende Anpassung des OTC-Zinsswap-Einsatzes obligatorisch.

C.2.4 Stresstests und Szenarioanalysen

Im Rahmen des regulären ORSA-Prozesses des Jahres 2022, der für die Einzelgesellschaften und die Gruppe im Zeitraum von Mai 2022 bis zum 20.12.2022 durchgeführt wurde, fanden diverse Stresstests und Szenarioanalysen im Kontext des Marktrisikos statt, deren Annahmen und wichtigste Ergebnisse im Folgenden, wie regulatorisch gefordert, für die wesentlichen Risiken zusammenfassend beschrieben werden. Die angewandten Bewertungsmethoden basieren alle auf den regulatorischen Vorgaben für die erste Säule von Solvency II.

Sensitivitätsanalysen und Single-Faktor-Szenarien im ORSA 2022

Zusätzlich zu der Veränderung von Parametern bei den Untersuchungen zum GSB wurden weitere Sensitivitäts- und Single-Faktor-Szenarien durchgeführt.

Sensitivitäten stellen dabei eine isolierte Sicht auf das SCR eines einzelnen Risiko-Moduls dar. Diese wurden erstellt, um Veränderungen an der Standardformel zu analysieren und zu zeigen, wie das Risikoprofil der Gruppe auf die Veränderung von Parametern der Standardformel reagiert.

Die Sensitivitätsanalysen beruhen in diesem Kapitel alle auf der Methodik der Standardformel zum 30.06.2022. Dafür wurden einzelne Berechnungsmodul der Standardformel ersetzt, verändert oder erweitert, um die Sensitivitäten abzuschätzen.

Bei den Sensitivitäten zum 30.06.2022 wird also jeweils untersucht, welche Auswirkung sich auf den einzelnen regulatorischen Risikokapitalbedarf ergibt, wenn der entsprechende Standardformel-Stress durch den abgewandelten Stress ersetzt wird.

Zusätzlich wurden in diesem Jahr wieder Single-Faktor-Szenarien untersucht. Im Unterschied zu den Sensitivitäten wird hier eine Veränderung der Basis vorgenommen, auf die dann die Standardformelstresse wirken. Dadurch werden auch die Abhängigkeiten zwischen den verschiedenen Risikomodulen berücksichtigt, so dass die resultierenden Solvenzquoten hier auch von Interesse sind. Bei den Single-Faktor-Szenarien zum 30.06.2022 wurde untersucht, welche Auswirkung sich auf den regulatorischen Risikokapitalbedarf nach Diversifikation und Steuer ergibt, wenn die entsprechende Basis verändert wird, auf die anschließend die Standardformelstresse angewendet werden.

Zinsrisikomodul

Das Zinsrisiko stellt den potentiellen Rückgang der Eigenmittel aufgrund einer unterschiedlichen Zinssensitivität der Vermögenswerte bzw. Verpflichtungen dar, hervorgerufen durch das adversere Szenario aus Zinsanstiegs- und Zinsrückgangsszenario. Der Standardansatz von Solvency II gibt das Zinsanstiegs- und Zinsrückgangsszenario vor, indem jeweils eine vorgegebene relative Verschiebung der ungestressten EIOPA-Zinsstrukturkurve vorgenommen wird.

Im Rahmen des Zinsstresses wird der SCR-Stress der Standardformel durch folgende Single-Faktor-Szenarien ersetzt:

Risiko	Untersuchungen
Zinsrisiko	<ul style="list-style-type: none"> ▼ Zins-Shift, Parallelstress von +/- 50 bps ▼ Zins-Shift, Parallelstress von +/- 250 bps ▼ Alternative Extrapolation der Zinsstrukturkurve (gemäß EIOPA Vorschlag) ▼ Steepening

Bei der alternativen Extrapolation erfolgt eine Anpassung der Zinsstrukturkurve gemäß EIOPA Solvency II Review 2020, wobei nicht die Extrapolation mit LLP im Jahr 20 zur Anwendung kommt, sondern die sogenannte „first smoothing point“ Extrapolation (FSP).

Im Szenario Steepening wird die ökonomische Zinsstrukturkurve zwischen dem 20- und dem 30-Jahreszins steiler. Im 20-Jahreszins noch identisch, steigt der Zins bis zum 30-Jahreszins im Szenario um 26 bps an. Da die regulatorische Zinsstrukturkurve nach der von der EIOPA vorgegebenen Methode für Europa nur Inputwerte bis 20 Jahren vorsieht, erhalten wir eine unveränderte regulatorische Zinsstrukturkurve bei einer steiler werdenden ökonomischen Zinskurve.

In der folgenden Übersicht werden die Ergebnisse aus den Single-Faktor-Szenarien der Solvenzquote der Standardformel als Veränderung gegenübergestellt:

Veränderung Solvenzquote in %-Punkten	Zins-Shift -250 bps	Zins-Shift -50bps	Zins-Shift +50 bps	Zins-Shift +250 bps	Steepening Zinsstrukturkurve	Alternative Extrapolation Zinsstrukturkurve
Zinsrisiko	-30%-Punkte	+4%-Punkte	+20%-Punkte	+9%-Punkte	+8%-Punkte	+4%-Punkte

Bei den parallelen Verschiebungen der Zinsstrukturkurve um 50 bzw. 250 Basispunkte ist das Zusammenspiel von Zinszusatzreserve und Bewertungsreserven in den Lebensversicherungsgesellschaften der Haupttreiber auf Gruppenebene. In der Servicegesellschaften ergeben sich die nachgelagerten Effekte auf Basis der Veränderung in den Sologesellschaften.

In den Lebensversicherungsgesellschaften bewirkt der Zinsanstieg eine Reduzierung der Bewertungsreserven bzw. eine Reduzierung des Marktwerts der konventionellen Kapitalanlage. Zudem bewirkt ein Absenken der Zinskurve um 250 Basispunkte trotz des hohen Zinsumfeldes zum Stichtag einen notwendigen Aufbau an zu stellender Zinszusatzreserve in den ersten Jahren der Projektion. Beim Zinsrückgang zeigt sich umgekehrt ein positiver Effekt auf die Bewertungsreserven.

Im Szenario der Parallelverschiebung der Zinskurve um 50 bps nach unten dominiert auf Seiten der Eigenmittel die PLE durch den Zugewinn an Bewertungsreserven. Gleichzeitig dominieren die Servicegesellschaften jedoch im Anstieg des SCR, wodurch es letztlich zu einem leichten Anstieg der Solvenzquote um 4 Prozentpunkte auf Ebene der VG kommt.

Im entgegengesetzten Szenario einer Parallelverschiebung der Zinskurve um 50 bps nach oben verhalten sich die Effekte entsprechend umgekehrt, sodass ein Absinken der Eigenmittel durch die

geringeren Bewertungsreserven zu verzeichnen ist, trotz der ebenfalls fallenden Risikomarge. Jedoch wird dieser Effekt durch die Reduktion der SCRs überkompensiert, was in einem Anstieg der Solvenzquote um 20 Prozentpunkte resultiert.

Bei der Parallelverschiebung um 250 bps nach oben überlagert der Effekt der geringeren Kapitalanlage durch den Verlust an Bewertungsreserven den der sinkenden versicherungstechnischen Rückstellungen durch die höhere Diskontierung, was in einem Verlust an Eigenmitteln resultiert. Überkompensiert wird dieser Verlust auf Seiten des Gesamt-SCRs vor Diversifikation und verlustabsorbierender Wirkung durch latente Steuern. Da jedoch in diesem Szenario diese zuletzt genannte deutlich zurück geht verzeichnen wir mit einem Anstieg um 9 Prozentpunkte eine relativ stabile Solvenzquote.

Bei dem Szenario der Parallelverschiebung um 250 bps nach unten kommt erschwerend hinzu, dass in diesem Szenario zu Beginn der Projektion noch zusätzliche Zinszusatzreserve gestellt werden muss, was sich besonders negativ auf Stressszenarien auswirkt, da gesteigerte Reserven für diese benötigt werden und nicht mehr als Puffer zur Verfügung stehen. Resultat sind steigende Kapitalanforderungen sowie nur geringfügig steigende Eigenmittel bedingt durch die stark gestiegene Risikomarge und gestiegene latente Steuern, was in einer Reduktion der Solvenzquote um 30 Prozentpunkte mündet.

Im Steepening Szenario reduzieren sich initial die Bewertungsreserven aufgrund der im Vergleich zur Basis erhöhten Marktkurve. Die für die Bewertung im Modell relevanten 1yr Forward Raten erhöhen sich leicht um das Jahr 10, sodass sich insgesamt die Eigenmittel reduzieren. Im gleichen Zug reduzieren sich auch die SCRs, was in einer recht stabilen Solvenzquote mit einem moderaten Anstieg um 8 Prozentpunkte resultiert.

Auch im Szenario der alternativen Extrapolation ist die Bewegung der PLE ausschlaggebend für die Entwicklung der Gruppe. Da die Marktkurve in diesem Szenario unverändert bleibt, verzeichnen wir auch auf der Aktivseite kaum eine Veränderung bis auf eine kleine Bewegung innerhalb der Rückversicherungs-Aktiva. Die durch die alternative Extrapolation zu Beginn leicht erhöhte Zinsstrukturkurve überkompensiert den niedrigeren Verlauf am langen Ende, was in einem Anstieg der Verbindlichkeiten und somit einem Rückgang der Eigenmittel resultiert. In Verbindung mit einem leicht steigenden SCR führt dieses Szenario zu einem geringen Anstieg der Solvenzquote um 4 Prozentpunkte.

Da alle untersuchten Single-Faktor-Szenarien zu einer immer noch über dem ersten Trigger der angestrebten Mindestsolvenzquote (gemäß Kapitalmanagementrichtlinie) liegenden Solvenzquote der VG führen, werden aus diesen Single-Faktor-Szenarien aktuell keine Anpassungen des Geschäftsmodells und der Geschäftsstrategie bzw. keine zusätzlichen Anpassungen der Steuerung der wesentlichen Sensitivitäten abgeleitet.

ESG im ORSA 2022

Die VG als deutsche Lebensversicherungsgruppe fasst die drei Dimensionen „Environmental“, „Social“ und „Governance“ des Nachhaltigkeitsrisikos in der Regel nicht als eigenständige Risikoarten, sondern vielmehr als zusätzliche potenzielle Risikofaktoren anderer Risikoarten auf. Daher werden Risiken mit ESG-Bezug entsprechend gekennzeichnet.

Als Ergebnis erster qualitativer Einschätzungen gehen wir aktuell insbesondere von einem potentiell wesentlichen Einfluss der Dimension „Environmental“ in Gestalt von Transitionsrisiken auf unsere Marktrisikokarten und das Reputationsrisiko aus. Von physischen Nachhaltigkeitsrisiken erwarten wir aktuell keinen potentiell wesentlichen Einfluss auf bekannte Risikoarten bzw. Emerging Risks. Die von der Viridium Gruppe mit Blick auf die wichtigsten, potenziell nachteiligen Nachhaltigkeitsauswirkungen verfolgte Strategie wird auf der Ebene der konventionellen Kapitalanlagen umgesetzt.

In der Kapitalanlagerichtlinie für die konventionelle Kapitalanlage sind die folgenden Tabellen enthalten, in der die Kapitalanlageausschlüsse auf Basis der ESG-Kriterien spezifiziert werden:

Branchenausschluss	Unterkategorie	Definition
Glücksspiel		Eigentümer und Betreiber von Casinos und Glücksspieleinrichtungen. Inkludiert Unternehmen, die Lotterie- und Wettdienste anbieten.
Herstellung von Tabakerzeugnissen		Unternehmen, die Einnahmen aus der Herstellung von Tabakerzeugnissen erzielen.
Verteidigung und Waffen	Konventionelle Waffen	Unternehmen, die Einnahmen aus Waffensystemen, Komponenten sowie Unterstützungssystemen und -diensten erzielen.
	Nuklearwaffen	Unternehmen, die eine Branchenbindung zu Atomwaffen haben.
	Umstrittene Waffen	Unternehmen, die Verbindungen zu Streumunition, Landminen, biologischen / chemischen Waffen, Waffen mit angereichertem Uran, blendenden Laserwaffen, Brandwaffen und / oder nicht nachweisbaren Fragmenten haben.
Gentechnik		Unternehmen, die hauptsächlich in der Forschung, Entwicklung, Herstellung und / oder Vermarktung von Produkten tätig sind, die auf genetischer Analyse und Gentechnik basieren. Inkludiert Unternehmen, die sich auf proteinbasierte Therapeutika zur Behandlung menschlicher Krankheiten spezialisiert haben. Ausgeschlossen sind Unternehmen, die Produkte mit Biotechnologie herstellen, jedoch ohne Anwendung im Gesundheitswesen.
Atomkraft		Unternehmen, die Einnahmen aus Kernkraftaktivitäten erzielen.
Unterhaltung für Erwachsene		Unternehmen, die Einnahmen aus der Unterhaltung für Erwachsene erzielen.
Kohlenstoffe und fossile Brennstoffe	Kohle	Unternehmen, die Einnahmen aus dem Abbau von thermischer Kohle (einschließlich Braunkohle, Bitumen, Anthrazit und Dampfkohle) und deren Verkauf an externe Parteien erzielen.
	Konventionelles Öl & Gas	Unternehmen, die Einnahmen aus konventionellem Öl und Gas erzielen. Es umfasst alle Arten der konventionellen Öl- und Gasförderung, einschließlich arktischer Onshore / Offshore, Tiefwasser, Flachwasser und andere Onshore / Offshore.
	Unkonventionelles Öl & Gas	Unternehmen, die Einnahmen aus unkonventionellem Öl und Gas erzielen. Darin enthalten sind Einnahmen aus Ölsand, Ölschiefer (kerogene Lagerstätten), Schiefergas, Schieferöl, Kohleflözgas und Kohleflözmethan.

Die Viridium Gruppe berücksichtigt in der Kapitalanlagetätigkeit der einzelnen Lebensversicherungsgesellschaften potenziell nachteilige Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren. Solche des voranschreitenden Klimawandels wurden hierbei als das bedeutendste Ergebnis der nachteiligen Nachhaltigkeitsauswirkungen innerhalb der Viridium Gruppe identifiziert. Durch die Kapitalanlage in Sektoren, die besonders stark zum Klimawandel beitragen, kann es zu nachteiligen Nachhaltigkeitsauswirkungen kommen. Um diese zu reduzieren und gleichzeitig einen positiven ökologischen Beitrag durch die Kapitalanlage zu leisten, wurden bestimmte Wirtschaftssektoren (Kohle, konventionelles

Öl & Gas und unkonventionelles Öl & Gas) für Neuinvestitionen in den konventionellen (liquiden und illiquiden) Kapitalanlagen komplett ausgeschlossen.

Eine weitere nachteilige Nachhaltigkeitsauswirkung steht im Zusammenhang mit der Produktion und der damit einhergehenden Ermöglichung eines Einsatzes von umstrittenen Waffen, insbesondere Nuklearwaffen. Bei umstrittenen Waffen handelt es sich unter anderem um Streumunition, Landminen und biologische/chemische Waffen. Durch die Kapitalanlage in Unternehmen, die diese Waffen herstellen, kann es zu sozial nachteiligen Nachhaltigkeitsauswirkungen kommen. Daher sind die Kapitalanlagen in diese Unternehmen für die Neuinvestitionen in den konventionellen (liquiden und illiquiden) Kapitalanlagen komplett ausgeschlossen.

Neben den für die Neuinvestitionen ausgeschlossenen Sektoren haben wir im ORSA 2022 für die PLE erstmalig eine qualitative Analyse der Kapitalanlagestruktur auf Ebene der Kontrahenten, der geographischen Belegenheit und Sektoren im Hinblick auf die Wesentlichkeit der Dimension „Environmental“ durchgeführt.

Für die PLE haben wir im Rahmen des diesjährigen ORSA eine Analyse der Kapitalanlagekonzentrationen und des „E“-Gesamtrisikos anhand der gesamten konventionellen Kapitalanlagen durchgeführt. Da für die ELE eine analoge Struktur der konventionellen Kapitalanlagen angestrebt wird, erwarten wir für die ELE entsprechende Ergebnisse.

Die PLE-Analyse zeigt insgesamt, dass keine wesentlichen Exponierungen in Branchen bzw. in zugehörigen Unterkategorien vorliegen, die von unseren Festlegungen in der oben genannten Kapitalanlageausschlussliste abweichen.

Für die Geographie USA sehen wir insgesamt ein mittleres „E“-Risiko, weil die USA aktuell der weltweit zweitgrößte Treibhausgasemittent ist und aktuell zusätzlich eine Reindustrialisierung sowie eine weitere Verstärkung der Energieautonomie (u.a. auch durch Ausbau des Frackings) anstrebt.

Für die Geographie Niederlande ist ebenfalls ein insgesamt mittleres „E“-Risiko zu verzeichnen, da unsere spezifische und konzentrierte Exponierung in Niederländische Hypothekendarlehen einem auf lange Sicht (aufgrund des steigenden Meeresspiegels) nicht unerheblichen Klimawandelrisiko unterliegt.

Auch für die Geographie Belgien liegt aus unserer Sicht ein mittleres „E“-Gesamtrisiko vor, da Belgien zum einen EU-überdurchschnittliche Treibhausgas-Emissionen aufweist und zudem über verhältnismäßig alte und anfällige Atomkraftwerke verfügt.

Die mittlere „E“-Gesamtrisikoeinschätzung für den Sektor Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung resultiert daraus, dass dieser Sektor hauptsächlich aus (para-)staatlichen Emittenten besteht, die teils wiederum in Ländern belegen sind, die wir bereits mit mittlerem „E“-Gesamtrisiko einstufen. Dagegen sehen wir für den Sektor Finanzdienstleistungen nur ein geringes „E“-Gesamtrisiko, da die PLE-Exponierung in diesem Sektor hauptsächlich aus unterschiedlichen Finanzinstituten besteht, die ihrerseits nach unserer Einschätzung ebenfalls einem geringen „E“-Risiko unterliegen.

Auf Basis der Ergebnisse dieser Analyse erachten wir es aktuell für nicht erforderlich etwaige Reallokations-Maßnahmen für die konventionellen Kapitalanlagen zu ergreifen. Unabhängig davon werden wir unsere „E“-Exponierungen und -Risikobewertungen weiterhin hinterfragen und diese methodisch weiterentwickeln.

Der Geschäftsschwerpunkt der HLE und SLE liegt auf dem fondsgebundenen Geschäft, so dass die Versicherungsnehmer über die Fondsauswahl maßgeblich über die inhärenten Nachhaltigkeitsrisiken entscheiden. Signifikante nachhaltigkeitsbezogene Konzentrationsrisiken sind aufgrund der breiten Streuung der Fondsanlagen nicht zu erwarten.

Die VRE verfügt aktuell noch über keine klassischen oder alternativen Kapitalanlagen, so dass die oben genannten ESG-Kapitalanlagenausschlüsse für die VRE derzeit noch keine Relevanz haben. Im Rahmen der Kapitalanlage-Erstinvestition werden dann die oben genannten ESG-Kapitalanlagenausschlüsse für die VRE berücksichtigt.

Reverse Stresstest im ORSA 2022

Der Reverse Stresstest stellt ein mögliches Szenario dar, welches zur Folge hat, dass das Unternehmen nicht mehr die Risikokapitalanforderung unter Solvency II bedecken kann, oder es werden die in der Risikostrategie festgelegten Warnschwellen betreffend die Solvenzquote unterschritten.

Im diesjährigen ORSA wurde für die VG die folgende Kalibrierung gewählt:

Stress	Beschreibung	Anwendung
1	Parallelverschiebung Zinskurve um -250bps	Alle Gesellschaften
2	Ohne VA	Nur PLE, HLE und SLE
3	Downgrading Szenario (mit GSB Kalibrierung)	Nur PLE
4	Rückgang Storno (1 in 10 Jahresereignis)	Nur HLE und SLE
5	Reduktion Rückvergütung um 25%	Nur HLE und SLE
6	Erhöhung der Langlebigkeitsannahme (aktuelle Sterblichkeitsannahme * 0,85)	Nur VRE
7	Schaden in Höhe von 17 m€	Nur VRE
8	Kostenstress	Nur VG
9	Operationeller Verlust in Höhe von 65 m€ in der HLE, 31,9 m€ in der SLE, 9 m€ in der ELE und 6m€ in der VRE	Nur HLE, SLE, ELE, VRE

In diesem Berichtszeitraum wurde für die Gruppe kein Szenario untersucht, dass für alle Unternehmen einheitlich ist, sondern das Gruppenszenario setzt sich aus den Szenarien zusammen, die im Rahmen des ORSA auf Solo-Ebene bewertet wurden.

Das Reverse Stress Test-Szenario bewirkt eine Reduktion der Bedeckungsquote um rund 116 Prozentpunkte.

Innerhalb der Solvabilitätsübersicht steht einem Anstieg der Aktiva um 12.832 m€ ein Anstieg der Passiva um 14.184 m€ gegenüber. Maßgeblich verantwortlich für den Anstieg der Aktivseite ist die Erhöhung der Bewertungsreserven der PLE bedingt durch die Parallelverschiebung der Zinskurve

um 250 Basispunkte nach unten. Der überproportionale Anstieg der Passivseite ist hauptsächlich durch die in diesem Szenario zusätzlich zu stellende Zinszusatzreserve und die stark gestiegene Risikomarge begründet, was nur zum Teil durch die gesunkenen latenten Steuern kompensiert werden kann.

Das SCR steigt um 1.471 m€ an, wobei der Haupttreiber der Anstieg des Spreadrisikos um 948 m€ ist, was auf den Downgrade innerhalb der PLE zurückzuführen ist – demgegenüber gehen die übrigen Marktrisiken z. T. deutlich zurück. Auch innerhalb der versicherungstechnischen Risiken beobachten wir Bewegungen, welche auf die einzelnen Sologesellschaften zurückzuführen sind. So reduziert sich bspw. die Kapitalanforderung eines Massenstornos im Lebenmodul bedingt durch die PLE, was auf das stark gesunkene Zinsumfeld zurückzuführen ist. Dies wird kompensiert durch das gestiegene Kostenrisiko in diesem Modul aufgrund der gestressten Basis der Servicegesellschaften bzgl. der Kosten in diesem Szenario. In der Folge steigt der Anteil des Spread-Risikos von ca. 5% auf 20 %.

Durch die gewählte Konstruktion des Reverse Stress Tests auf Gruppenebene als Addition der Szenarien auf Solo-Ebene, zuzüglich einer in der Basis höher angesetzten Inflation der Servicegesellschaften, ergibt sich in dieser Berichtsperiode ein Szenario, welches mit 103% sehr nah an den angepeilten 100% kalibriert werden kann.

Die anrechenbaren Eigenmittel gehen um -568,0 m€ zurück. Haupttreiber sind hierbei ein Rückgang des Barwerts der zukünftigen Jahresüberschüsse um -1.059,7 m€, sowie des Zeitwerts der Optionen und Garantien um -250,3 m€ als auch der Anstieg der Risikomarge um 666,7 m€. Diese Bewegungen werden durch den Rückgang der passiven Steuerlatenzen um -475,0 m€ und durch die gestiegene Anrechenbarkeit des Überschussfonds auf Gruppenebene bedingt durch höhere SCR auf Soloebene gemildert, wobei dies gleichzeitig zu einem Rückgang der Risikominderung des SCR durch latente Steuern führt.

Zwar führt der Reverse-Stresstest zu einer deutlich unter dem ersten Trigger der angestrebten Mindestsolvvenzquote (gemäß Kapitalmanagementrichtlinie) liegenden Solvenzquote der VG, dennoch werden aus diesem Reverse-Stresstest aktuell keine Anpassungen des Geschäftsmodells und der Geschäftsstrategie bzw. keine zusätzlichen Anpassungen der Steuerung der wesentlichen Sensitivitäten abgeleitet. Denn eine Solvenzquote von 100 % zu erreichen, ist immanente Zielsetzung bei der Definition des Reverse-Stresstests.

Sollte absehbar sein, dass sich das Reverse-Stresstest -Szenario realisiert, würden Sofortmaßnahmen ergriffen, um die Einhaltung der in der Kapitalmanagementrichtlinie definierten unteren Grenze für die Solvenzquote einzuhalten. Hierzu gehören De-risking-Maßnahmen und/oder Maßnahmen zur Stärkung der Eigenmittel.

Adverses Mehrjahresszenario im ORSA 2022

Auf der Grundlage der Ergebnisse der Single-Faktor Szenarioanalysen wurde das folgende negative Mehrjahresszenario definiert:

- ▼ Ein deutlicher Rückgang der Zinsen hat die größten negativen Auswirkungen auf die Lebensversicherungsgesellschaften. Aus diesem Grund gehen wir von stetig sinkenden Zinsen von 2025 bis 2027 aus. Am Ende des Planungszeitraums sollte das Niveau von Ende 2021 erreicht werden.
- ▼ Bei der Parametrisierung der Inflation gehen wir von den SII-Q3-Annahmen aus und erhöhen diese in den Jahren 2023 bis 2026 um 50 Basispunkte.
- ▼ Die Aktienmärkte sind in den letzten Monaten bereits deutlich gesunken, ein weiterer Rückgang ist aber noch möglich. Aus diesem Grund reduzieren wir das Niveau zum 30.06.22 im Jahr 2023 um weitere 20% für alle Benchmark-Indizes (ISHARES CORE MSCI WORLD, ISHARES MSCI BRIC ETF, MSCI Europe, S&P 500). Danach erfolgt eine allmähliche Erholung über den Planungszeitraum.
- ▼ Darüber hinaus beinhaltet dieses Szenario die Erhöhung der Stornoraten in den Jahren 2023 und 2024 um jeweils 10%-Punkte gegenüber den Planwerten.

In diesem adversen Mehrjahresszenario erweisen sich die Annahmen eines pauschalen 10%igen Massenstornos des gesamten stornoberechtigten Bestands in den Jahren 2023 und 2024, sowie die sich stark unterscheidenden Zinsstrukturkurven zu den verschiedenen Stichtagen als Haupttreiber für die Solvenzentwicklung der einzelnen Lebensversicherungsgesellschaften. Diese Entwicklungen überträgt sich auf die Gruppenbetrachtung.

Grundsätzlich gilt auch hier, dass die Entwicklung der PLE der maßgeblich Treiber für die Entwicklung der Gruppe ist.

Der angenommene Massenstorno und die stark erhöhte Zinskurve in den ersten Jahren dieser Mehrjahresbetrachtung führt vor allem zu einem sehr starken Rückgang des Barwerts der zukünftigen Überschüsse und zu einer Reduktion des Überschussfonds, was in einem Rückgang der Eigenmittel im Vergleich zum Basisszenario resultiert. Wobei auf Gruppensicht durch die Veränderung SCRs der Solo Gesellschaften zum Teil im Verhältnis mehr Überschussfonds anrechenbar ist, als im Vergleich zum Basisszenario.

Während in den späteren Jahren, d.h. 2025, 2026 und 2027, auf Grund des Bestandsabbaus die Eigenmittel weiter zurückgehen, erhöht sich das SCR trotz des schrumpfenden Portfolios an Verträgen, da die stark zurückgehenden Zinsen den damit verbundenen Rückgang der Risikokapitalien überkompensieren. In Kombination führt dies dazu, dass sich die Quote bis auf knapp unter 200% im Jahr 2027 reduziert.

Verstärkt wird diese Entwicklung noch dadurch, dass die risikomindernde Wirkung der latenten Steuer auf das SCR im Verhältnis geringer als im Basisszenario ist, was zu einer weiteren Verringerung der SII-Quote auf Gruppensicht führt.

In der Projektion wird ein gemittelter Steuersatz zur Bestimmung der Risikominderung im SCR angesetzt, welcher sich über die Projektionszeitraum reduziert. Dabei wird berücksichtigt, dass die

PLE, HLE und SLE durch einen Steuerumlagevertrag mit einem mehr als doppelt so hohen Steuersatz (Gewerbsteuer plus Körperschaftsteuer inkl. Solidaritätszuschlag) belastet werden als die ELE und VRE, welche über die steuerliche Organschaft nur den Gewerbesteuersatz anzusetzen haben.

Die VG ist über den gesamten Projektionszeitraum des adversen Mehrjahresszenarios komfortabel überdeckt. Die Solvency II-Quote verbleibt durchgängig deutlich oberhalb der angestrebten Ziel-Bedeckungsquote.

C.3 Kreditrisiko

C.3.1 Informationen über die Risikoexponierung

Gegenüber der vorherigen Berichtsperiode wurden keine wesentlichen methodischen Veränderungen im Kontext des Kreditrisikos vorgenommen. Die Bedeutung des Kreditrisikos ist gegenüber dem Vorjahr auf vergleichbarem Niveau verblieben.

Das Kreditrisiko (Gegenparteiausfallrisiko) hat mit einem undiversifizierten SCR vor risikomindernder Wirkung der ZÜB in Höhe von 207.206 TEUR und einem Anteil von circa zwei Prozent am gesamten undiversifizierten SCR vor risikomindernder Wirkung der ZÜB keine wesentliche Bedeutung.

Das Kreditrisiko (Gegenparteiausfallrisiko) weist einen deutlich geringeren Anteil als 10 % des gesamten undiversifizierten SCR unter Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung der ZÜB der VG auf, so dass es sich entsprechend den unternehmensindividuellen Festlegungen (siehe Kapitel B.3.4) aktuell um kein wesentliches Risiko der VG handelt.

Um übermäßige Kreditrisiken zu vermeiden, gehen wir nach Möglichkeit nur Exponierungen auf mehrere unabhängige Gegenparteien (Diversifikation) beziehungsweise mit Gegenparteien mit einem Rating von mindestens BBB ein.

C.3.2 Wesentliche Risikokonzentrationen

Das Kredit- beziehungsweise Gegenparteiausfallrisiko weist im Risikoprofil der VG eine vergleichsweise geringe Bedeutung auf. Um Risikokonzentrationen zu vermeiden, werden nach Möglichkeit Exponierungen auf mehrere unabhängige Gegenparteien übertragen.

Wesentliche Risikokonzentrationen im Gegenparteiausfallrisiko liegen nach Erkenntnis der Gesellschaft aktuell nicht vor.

C.3.3 Risikominderungstechniken

Im Hinblick auf das Kreditrisiko minimieren wir das Risiko dadurch, dass wir Exponierungen auf mehrere unabhängige Gegenparteien übertragen und wesentliche Gegenparteien qualitativ überwachen.

C.3.4 Stresstests und Szenarioanalysen

Im Rahmen des regulären ORSA-Prozesses des Jahres 2022, der für die Einzelgesellschaften und die Gruppe im Zeitraum von Mai 2022 bis zum 20.12.2022 durchgeführt wurde, haben wir auch eine

Sensitivitätsanalyse im Kontext des nicht wesentlichen Gegenparteiausfallrisikos für die VG durchgeführt.

C.4 Liquiditätsrisiko

C.4.1 Informationen über die Risikoexponierung

Informationen über die Risikoexponierung auf täglicher Basis/kurzfristige Sicht

Als Liquiditätsrisiko wird die Unsicherheit darüber bezeichnet, ob die Zahlungsverpflichtungen des Unternehmens aus seinen Geschäftsaktivitäten zeitgerecht und vollständig erfüllt werden können. Ursachen des Liquiditätsrisikos liegen vor allem in der Höhe und zeitlichen Staffelung von Zahlungsein- und -ausgängen sowie dem Grad der Liquidierbarkeit von Kapitalanlagen, die für die Bedeckung von versicherungstechnischen Rückstellungen und die Erfüllung finanzieller Verpflichtungen an die Versicherten zur Verfügung stehen.

Gegenüber dem vorherigen Berichtszeitraum haben sich keine wesentlichen Änderungen der Maßnahmen zur Bewertung des Liquiditätsrisikos ergeben.

Die Viridium Gruppe und ihre Einzelgesellschaften tragen dem Liquiditätsrisiko durch eine vorsichtige Steuerung Rechnung. Das bedeutet, dass jederzeit ausreichend Barmittel vorhanden sein müssen, um erwartet und unerwartet Zahlungsabflüsse abdecken zu können. Liquiditätsrisiken aus operativen Tätigkeiten für die Vertrags- bzw. Bestandsverwaltung werden von den Lebensversicherungsgesellschaften jeweils an eine gruppeneigene Servicegesellschaft ausgelagert, die für ihre Dienstleistungen eine feste Servicegebühr je Vertrag berechnet.

Die liquiden Mittel und Kontobewegungen der einzelnen Unternehmen und der Gruppe werden auf täglicher Basis gesteuert und überwacht. Dafür werden regelmäßige Berichte zur vorhandenen Liquidität und deren Veränderung erstellt. Ein tägliches Cash-Reporting zeigt neben den Tagesveränderungen die aggregierten Zahlungsströme der letzten Woche, des aktuellen Monats sowie des laufenden Jahres einschließlich einer Erklärung der wesentlichen Bewegungen. Auf der Grundlage eines jährlichen Planungsprozesses wird für die Service- und Holdinggesellschaften eine Liquiditätsplanung erstellt, wobei für das laufende Jahr eine monatliche Granularität vorliegt und die folgenden 4 Jahre auf Jahresbasis eingeschlossen werden. Zur Planung der unterjährigen operativ notwendigen Liquidität der Lebensversicherungsgesellschaften erfolgt eine Berechnung des Liquiditätsbedarfs für das laufende Jahr auf monatlich rollierender Basis, woraus gegebenenfalls Änderungen des Sicherungsvermögens resultieren. Für die fondsgebundenen Versicherungsverträge ist eine Auszahlung an den Versicherungsnehmer wie im folgenden Kapitel beschrieben mit dem vorherigen Verkauf von Fondsanteilen verbunden, wobei aufgrund der sehr hohen Liquidität von fondsgebundenen Kapitalanlagen kein nennenswertes Liquiditätsrisiko vorhanden ist.

Die Risikobereitschaft der Gruppe wird mindestens einmal jährlich überprüft. Dabei werden ergänzend zu den bestehenden Planungsprozessen und den regelmäßigen Berichterstattungen festgelegte Risiken und Stressszenarien für die Service- und Holdinggesellschaften im Rahmen der Liquiditätsplanung überprüft, woraus ein Puffer für die Mindestliquidität der Gruppe abgeleitet wird.

Die Steuerung der Liquidität und die Überwachung der Mindestliquidität erfolgen auf Gruppenebene, wo zusammen mit den Service-Gesellschaften und unter Führung der Viridium Holding AG ein Cash Pool besteht.

Informationen über die Risikoexponierung auf langfristige Sicht

Das langfristige Liquiditätsrisiko betrifft einen Zeitraum von mehr als zwölf Monaten. Zur Bewertung des langfristigen Liquiditätsrisikos werden neben Zahlungseingängen und Zahlungsausgängen von Kapitalanlagen und Versicherungsnehmern (z.B. Prämienzahlungen, Leistungen oder Rückkäufe) auch liquide Vermögenswerte berücksichtigt, die im Bedarfsfall unverzüglich veräußert werden könnten.

Die Risikobereitschaft des Unternehmens wird mindestens einmal jährlich überprüft und legt die Präferenz für verschiedene Risiken, so auch für das Liquiditätsrisiko, in der Risikostrategie und dem Risikoappetit fest.

Gegenüber der vorherigen Berichtsperiode sind weder wesentliche Änderungen des Liquiditätsrisikos eingetreten noch Maßnahmen zu dessen Risikobewertung wesentlich verändert worden.

Die Abflüsse zugunsten von Versicherungsnehmern können verschiedene Ursachen haben. Feststehende Zahlungsausgänge wie Rentenzahlungen oder Vertragsabläufe sind planbar und bergen weniger Unwägbarkeiten als Zahlungsverpflichtungen, die durch das Ermessen bzw. durch Optionen des Kunden gegenüber dem Versicherungsunternehmen entstehen, wie es beispielsweise bei Kündigungen der Fall ist.

Ein für die Betrachtung des Liquiditätsrisikos wesentlicher Punkt ist die Unterscheidung von konventioneller und fondsgebundener Kapitalanlage, wobei der Anteil der fondsgebundenen Kapitalanlagen bei der VKG mit 34% des gesamten Kapitalanlagenbestands jedoch nur von geringerer Bedeutung ist.

Im Bereich der fondsgebundenen Lebens- und Rentenversicherungen ist eine Auszahlung an den Versicherungsnehmer mit dem vorherigen Verkauf von Fondsanteilen verbunden, sofern keine Anteilsübertragung gewünscht wird. Im Bereich Investment Operations & Controlling werden die Fondsanteile in eigenem Namen für fremde Rechnung gehandelt. Durch die hohe Liquidität von fondsgebundenen Kapitalanlagen tragen die Versicherungsgesellschaften der Versicherungsgruppe an dieser Stelle kein nennenswertes Liquiditätsrisiko.

Im konventionellen Kapitalanlagesegment ermöglicht ein konsequentes Key Rate Duration Management die Berücksichtigung und Austarierung möglicher Effekte auf das Liquiditätsrisiko, die aus Entwicklungen der Zinsstrukturkurven resultieren können. Ein zusätzlicher Fokus auf die Sicherstellung einer grundsätzlichen Allokationsquote hin zu bonitätsstarken Staaten, deren Emissionen eine unmittelbare Fungibilität auch in Stressszenarien in der Vergangenheit unter Beweis stellen konnten, bildet hierbei einen weiteren Grundpfeiler in der Liquiditätssicherung im konventionellen Kapitalanlagebestand.

Um dennoch in der Lage zu sein, auftretende Unterdeckungen jederzeit ausgleichen zu können, und um für die gesetzlich notwendige (jederzeitige) Bedeckung der Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern zu sorgen, sind liquide Mittel auf einem treuhändergesperrten Konto bereitzustellen. Die Höhe muss jederzeit Unterdeckungen ausgleichen können. Diese Summe wird regelmäßig geprüft und bei Bedarf angepasst.

Im Kontext des konventionellen Versicherungsbestands werden im Aktuariat die aus den Passivfähigkeiten sowie die aus den Hochrechnungen und Simulationen zur Bestandsentwicklung resultierenden Cashflows ermittelt. Ergibt sich hieraus ein Bedarf an monatlichen Zuführungen zum Sicherungsvermögen wird dieser anschließend im Rahmen einer jährlichen Planungsrunde vom Bereich Investment für die jeweils folgenden zwölf Monate festgelegt.

Im Rahmen der langfristigen Liquiditätsplanung innerhalb des ALM werden zudem den simulierten Passiv-Cashflows (hier werden alle Ein- und Ausgänge der Passiva berücksichtigt, wie z.B. Rentenzahlungen, Rückkäufe, Abläufe, Kosten, Leistungsauszahlungen) die projizierten Cashflows aus den Kapitalanlagen (beinhaltet alle Zu- und Abflüsse i.V.m. Kapitalanlagen, wie z.B. Abläufe von Anleihen, sämtliche Kupon- und Dividendenzahlungen) gegenübergestellt. Die ein- und ausgehenden Cashflows in Bezug auf die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden mit einem Projektionshorizont von mehr als 50 Jahren simuliert und in Stressszenarien (z.B. Marktwertveränderung der Kapitalanlagen auf Basis der Solvency-II-Stresse oder Veränderung des Kündigungsverhaltens von Versicherungsnehmern) analysiert. Auch bei Eintritt dieser Stressszenarien, mit deren Hilfe auch eine etwaige Inkongruenz zwischen den Kapitalzu- und -abflüssen bei Vermögenswerten und Verbindlichkeiten ermittelt wird, sind die Liquiditätserfordernisse (in Gestalt einer SII Bedeckungsquote > 100%) jederzeit erfüllt.

Im Hinblick auf das Liquiditätsrisiko liegen, insbesondere aufgrund des großen Bestands an liquiden Vermögenswerten innerhalb der konventionellen Kapitalanlagen, weder aktuell wesentliche Exponierungen vor, noch erwarten wir wesentliche Exponierungen im Zeitraum der Geschäftsplanung.

Zum 31.12.2022 beträgt der erwartete Gewinn aus zukünftigen Prämien (EPIFP) bei der PLE 151.437 TEUR, bei der HLE 303.634 TEUR, bei der SLE 33.217 TEUR, bei der ELE 4.744 TEUR und bei der VRE 308.599 TEUR. Die Werte werden gemäß den Vorgaben in Artikel 260 Absatz 2 DVO (Delegierte Verordnung (EU) 2015/35) berechnet.

C.4.2 Wesentliche Risikokonzentrationen

Im Hinblick auf das Liquiditätsrisiko liegen aktuell keine wesentlichen Risikokonzentrationen vor.

C.4.3 Risikominderungstechniken

Im Hinblick auf das Liquiditätsrisiko erfolgt die Risikominderung durch die unter Kapitel C.4.1 beschriebenen Maßnahmen, insbesondere Liquiditätsplanung und -überwachung.

C.4.4 Stresstests und Szenarioanalysen

Im Rahmen der Liquiditätsplanung der Gruppe wird für die Service- und Holdinggesellschaften mit Hilfe von Stresstests und Szenarioanalysen auf jährlicher Basis ein Puffer für die Mindestliquidität auf Holdingebene festgelegt.

Im Rahmen der Geschäftsplanung, die sich auf einen Zeitraum von fünf Jahren fokussiert, als auch parallel zur BaFin-Prognoserechnung mit 15-jährigen Projektionszeiträumen, erfolgen Ermittlungen von ein- und ausgehenden Cashflows auf Ebene der einzelnen Lebensgesellschaften in verschiedenen Szenarien, mindestens jedoch durch ein Basis- und ein Marktstressszenario. Während ausgehende Cashflows hierbei maßgeblich von der angenommenen Entwicklung der Verbindlichkeiten getrieben sind, erfolgt auf der Aktivseite eine Ermittlung von Cashflows auf Einzelpositionsebene.

Inkongruenzen (Mismatch) zwischen Kapitalzu- und -abflüssen bei Vermögenswerten und Verbindlichkeiten können so frühzeitig identifiziert und durch geeignete Gegenmaßnahmen adressiert werden.

C.5 Operationelles Risiko

C.5.1 Informationen über die Risikoexponierung

Es sind gegenüber der vorherigen Berichtsperiode keine Maßnahmen zur Risikobewertung des operationellen Risikos wesentlich verändert worden. Die relative Bedeutung des operationellen Risikos im SCR ist im Zuge der Integration der PLE gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Das undiversifizierte SCR der VG für das operationelle Risiko gemäß Standardformel beträgt zum Bewertungsstichtag 156.343 TEUR. Dies entspricht einem Anteil von 1,3 % am undiversifizierten SCR vor Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung der ZÜB der VG.

Beim nach der Standardformel berechneten operationellen Risiko ist die Kapitalanforderung auf Basis der Brutto-Versicherungsverpflichtungen ausschlaggebend. Des Weiteren gehen die Kosten für das fondsgebundene Geschäft und die Basis-Solvenzkapitalanforderung in die Berechnung des operationellen Risikos ein.

Die VG betreibt operationelles Risikomanagement mit einem Fokus auf den praktischen Nutzen. Dieser Nutzen entsteht, wenn im Fachbereich (erste Linie) eine Identifikation mit den Risiken erfolgt. Identifikation heißt, dass eine Führungskraft für ein Risiko tatsächlich Verantwortung übernehmen kann. Daher sind operationelle Risiken bei der VG im Regelfall „spezifisch“ formuliert und orientieren sich an einem als relevant und plausibel eingeschätzten, als negativ interpretierten Szenario.

Operationelle Risiken sind also so spezifisch ausformuliert, dass sie genau einem Risikoverantwortlichen zugeordnet und mit spezifischen Kontrollen und Maßnahmen versorgt werden können. Generische, das heißt allgemein formulierte operationelle Risiken werden von der VG nur dann administriert, wenn dies ökonomisch sinnvoll oder aufsichtsrechtlich erforderlich ist.

Die operationellen Risiken werden in einem Inventar formal zentral administriert. Hierzu nutzt die VG ein marktführendes System (ein branchenweit eingesetztes Prozessmanagement- und IKS- / Risikomanagement-System).

Zum 31.12.2022 sind in diesem System 744 operationale Risikoobjekte erfasst und administriert. Im Vergleich zum Vorjahr (689 Risiken) ist die Anzahl der inventarisierten Risiken gestiegen; dieser Anstieg resultiert im Wesentlichen aus dem im Jahr 2022 weiter intensivierten Monitoring unter anderem von dienstleister- und informationssicherheitsbezogenen Risiken. Insofern ist nicht von einer echten Zunahme der Risikoexponierung, sondern von einer diesbezüglich verbesserten Transparenz auszugehen.

Operationelle Risiken werden bei der VG anhand eines definierten Schemas („Risikobewertungsmatrix“) bewertet. In diese Bewertung fließen die potenzielle finanzielle Schadenshöhe, mögliche Reputationsschäden (unterteilt nach Kunde, Aufsicht, Medien), der interne Ressourcenbedarf und die Eintrittswahrscheinlichkeit ein. Diese Aspekte werden zu einer einzelnen Zahl verrechnet („Risikoscore“ 0 bis 48), um auch inhaltlich sehr unterschiedliche Risiken untereinander vergleichbar zu

machen. Es erfolgt hierbei für alle operationellen Risiken eine Bewertung aus Gruppensicht, für operationelle Risiken der Lebensversicherungsunternehmen und der SPM eine Bewertung sowohl aus Gruppensicht als auch aus Sicht des Einzelunternehmens, für projektspezifische operationelle Risiken eine Bewertung sowohl aus Gruppensicht als auch aus Perspektive des Projektes selbst beziehungsweise bezogen auf dessen Umfang.

Da die Lebensversicherungsunternehmen ihren Betrieb an die VG ausgelagert haben, ist die Anzahl der operationellen Risiken in den Versicherungsunternehmen (VU) überschaubar:

- ▼ Operationelle Risiken im Sinne von „Scheitern interner Prozeduren“: Diese existieren bei den VU prinzipiell nur im Kontext der Prozesse „Ausgliederung durchführen“ und „Ausgliederung überwachen“.
- ▼ Operationelle Risiken im Sinne von Rechtsrisiken: Neue beziehungsweise geänderte Rechtsprechung kann sich als Risiko für die VU darstellen.
- ▼ Operationelle Risiken im Sinne von Produktrisiken: Risiken aus dem Design der Lebensversicherungsprodukte sind direkt den VU zuzuordnen.

Im Folgenden nennen und beschreiben wir wesentliche Risiken aus Sicht der VG zum 31.12.2022:

Servicequalität im Nachgang einer Bestandsmigration

Die PLE hat in den vergangenen dreieinhalb Jahren die größte und technisch anspruchsvollste IT-Modernisierung umgesetzt, die es jemals in der deutschen Lebensversicherung gegeben hat. Insbesondere die Migration der letzten Tranche war von sehr hoher Komplexität geprägt. In diesem Zusammenhang kam es temporär zu Einschränkungen bei verschiedenen Geschäftsvorfällen und einer deutlich erhöhten Anzahl von Kundenbeschwerden. Nacharbeiten und Qualitätssicherung der IT-Modernisierung erfolgen mit großem Nachdruck und signifikantem Ressourcenaufwand. Gleichwohl kann nicht ausgeschlossen werden, dass der vollständige Abschluss der Nacharbeiten mehr Zeit in Anspruch nimmt als geplant. Dies könnte sich vorübergehend nachteilig auf die Reputation auswirken, vorrangig mit Blick auf Kunden, Aufsichtsbehörden und Medien.

Jährliche Informationspflichten (z.B. Wertstandsmittelungen)

Es besteht das Risiko, dass Informationsschreiben verspätet oder inkorrekt versendet werden. Dieses Risiko wird seit vielen Jahren im Risikoinventar der Viridium geführt, jedoch zumeist mit eher geringer Risikobewertung. Vor dem Hintergrund der noch nicht vollständig abgeschlossenen Nacharbeiten und Maßnahmen zur Qualitätssicherung der IT-Modernisierung der PLE wird dieses Risiko temporär noch als wesentlich eingeschätzt und kann sich auch auf die Reputation negativ auswirken.

Entwicklung der IT-Zielplattform

Die zentrale IT-Plattform der VG wird zusammen mit einem anerkannten Systemanbieter entwickelt. Hierdurch entsteht eine gewisse Abhängigkeit von den Umständen und Verhältnissen des Dienstleisters, was in ungünstigen Fällen zu Verzögerungen bei Entwicklungs- und Migrationsprojekten führen könnte. Maßnahmen zur Risikobegrenzung sind eingeleitet. Das Risiko ist im gesamten Jahresverlauf 2022 und auch im Vergleich zum Jahr 2021 nahezu unverändert hoch geblieben.

Ransomware-Angriff

Es besteht das Risiko eines Angriffes mit Ransomware auf die Systeme der Viridium Gruppe, z.B. in Form von Verschlüsselung von Datenbeständen mit anschließender Erpressung durch den Angreifer oder in Form eines Datenabflusses zum Angreifer mit anschließender Erpressung. Die Viridium hat in 2021 intensive Sicherheitsüberprüfungen bei ihrem IT-Dienstleister durchgeführt und ließ auch in 2022 Penetrationstest durchführen. Insgesamt schätzen wir unser Kontrollumfeld derzeit als geeignet ein; trotzdem wird das Risiko sicherlich auf längere Zeit als wesentlich eingeschätzt werden. Gründe hierfür sind die hohe Professionalität der Angreifer, ihre hohe kriminelle Energie und die hieraus resultierende hohe technische Entwicklungsdynamik.

Mögliche Datenschutz-Vorfälle

Es besteht das Risiko von Datenschutzverstößen und/oder Datenverlust mit jeweils denkbaren erheblichen finanziellen- und Reputationsschäden. Das Risiko wird seit vielen Jahren im Risikoinventar der Viridium geführt, zumeist mit eher niedriger Bewertung. Derzeit schätzen wir es aus mehreren Gründen als wesentlich ein (z.B. temporäre Nutzung externer Dienstleister im Kontext der PLE-Migration, stetig steigende Professionalität potentieller Angriffe im Kontext Informationssicherheit).

Medienberichte zum Geschäftsmodell „Run-Off“

Negative Medienberichte zum Geschäftsmodell „Run-Off“ könnten im Extremfall das Geschäftsmodell der Viridium negativ beeinflussen, insbesondere in Bezug auf denkbare Akquisitionsvorhaben. Das Risiko wurde bereits in den Vorjahren als wesentlich eingeschätzt und wurde vor dem Hintergrund der medialen Berichterstattung über die temporären Auswirkungen der IT-Modernisierung der PLE nach oben angepasst.

Aktiv-Passiv-Management

Das Aktiv-Passiv-Management von Lebensversicherungen ist von hoher Komplexität geprägt. Dementsprechend besteht das Risiko, dass fehlerhafte Daten, Modelle oder Systeme zu einem höheren Duration-Gap führen als in der Risikostrategie festgelegt. Entsprechende Kontroll- und Verbesserungsmaßnahmen werden fortwährend durchgeführt.

Geplante Übernahme eines LV-Bestandes der Zürich

Es besteht das Risiko, dass die geplante Übernahme des LV-Bestandes der Zürich-Versicherung verspätet oder nicht zustande kommt. Hiermit einher geht ein wesentliches finanzielles Risiko.

Referenzrechner für Zürich-LV-Bestand

Es besteht das Risiko, dass keines der bestehenden Systeme als Referenzrechner für die geplante Migration des Zürich-Bestandes geeignet ist und dementsprechend sehr hohe Entwicklungsaufwände anfallen könnten. Derzeit wird geprüft, inwieweit bestehende Systeme modifiziert werden können.

Auswirkungen von Software-Fixing auf operativen Betrieb

Die Behebung erkannter Software-Probleme kann negative Auswirkungen auf die fristgerechte Bearbeitung von Geschäftsvorfällen durch den Kundenservice haben. Hieraus könnten unter ungünstigen Konstellationen erhebliche Reputationsrisiken resultieren. Es ist damit zu rechnen, dass das Risiko im Laufe des Jahres 2023 deutlich herabgestuft werden kann.

Unzureichende Skalierung der technischen Plattform

Es besteht das Risiko, dass aufgrund technischer Herausforderungen nicht alle dafür vorgesehenen Geschäftsvorfälle im gedachten Zeitrahmen so weitgehend wie vorgesehen automatisiert werden können. Wir erachten dies als wesentliches Risiko.

Umsetzung 4. und 5. Geldwäscherichtlinie

Aus den umfangreichen Änderungen aus der 4. und 5. Geldwäscherichtlinie und die daraus folgenden teils komplexen Umsetzungsmaßnahmen bergen das Risiko, dass möglicherweise Umsetzungen verspätet oder fehlerhaft erfolgen. Hierzu wurde ein Projekt aufgesetzt, um nach potentiell verbliebenen Schwachstellen in der VG zu suchen und diese zu eliminieren.

Abhängigkeit vom Hersteller des Bestandsführungssystems

Es besteht das Risiko, dass der Softwareanbieter des Bestandsführungssystems der Viridium mangelhaft leisten könnte; dies sowohl in der projektmäßigen Weiterentwicklung der Plattform, wie auch im operativen Betrieb. Die Einschätzung als wesentlich erfolgt in der Hauptsache deshalb, weil es eben Ziel der Viridium ist, möglichst viele Bestände auf dieser einen Plattform zu verwalten und diesbezügliche Mängel konsequenterweise auch auf eine große Zahl von Verträgen wirken würde. Die Eintrittswahrscheinlichkeit erachten wir allerdings als gering, weil aufgrund derselben Mechanik auch die Bedeutung der Viridium für den Dienstleister und damit unser Einfluss auf diesen wächst. Es bestehen eine ganze Reihe risikomitigierender Kontrollen und Maßnahmen.

Social Engineering

Social Engineering ist eines der Haupteinfallstore für Hacking-Angriffe. Aufgrund der stetig steigenden Professionalität der Angreifer und der mit einem möglichen Datenverlust einhergehenden erheblichen finanziellen- und Reputationsschäden wird das Risiko als wesentlich eingeschätzt. Zwar baut die Viridium ihre entsprechenden Gegenmaßnahmen stetig weiter aus, allerdings handelt es sich um ein sich dynamisch entwickelndes Umfeld, welches erhebliche Unwägbarkeiten in sich birgt.

Aktuarielle Kalkulationen im Kontext Solvency II

Es besteht das Risiko, dass inkorrekte Daten im Modell verarbeitet werden oder korrekte Daten aufgrund ihrer Beschaffenheit im Modell inkorrekt verarbeitet werden und somit inkorrekte Resultate entstehen könnten bzw. Modellanpassungen vorgenommen werden müssten. Inkorrekte Resultate könnten falsche unternehmerische Entscheidungen und/oder Compliance-Verstöße nach sich ziehen. Das Risiko wird als wesentlich eingeschätzt, ist aber durch geeignete Maßnahmen abgedeckt.

Riester-Beitragsmeldungen

Es besteht das Risiko inkorrektur Beitragsmeldungen aufgrund eines Softwareproblems im Bestandsführungssystem. Das Risiko wird aufgrund verschiedener denkbarer Folgeprobleme als wesentlich eingeschätzt, aber durch entsprechende Korrekturläufe und zu einem späteren Zeitpunkt durch eine Anpassung der Software mitigiert.

Wesentliche Risiken des Vorjahres, deren Bewertung sich geändert hat

Folgende im Bericht des Jahres 2021 als wesentlich beurteilten Risiken sind aufgrund der laufenden Entwicklungen weggefallen bzw. nicht mehr wesentlich:

Funktionalitäten der Zielplattform und Qualität der Quelldaten

Es besteht das grundsätzliche Risiko, dass gegebenenfalls fehlerhafte Funktionalitäten und Qualitätsmängel in den Quelldaten der verwendeten Systeme zu negativen Effekten führen, die im Resultat Reputationsschäden und finanziellen Schäden bei der VG nach sich ziehen könnten. Da die IT-Plattform der VG ein zentrales und überaus wichtiges Element des Geschäftsmodelles ist, wurde und wird diesem Thema höchste Aufmerksamkeit zuteil; es ist eine ganze Reihe von Maßnahmen und Kontrollen aufgesetzt, um dieses Risiko zu reduzieren.

Dieses Risiko war zuvor allgemeiner formuliert und wurde durch spezifischere, vorstehend genannte wesentliche Risiken im Risikoinventar substituiert.

Verwaltung eines Teilbestandes durch die Generali

Mit der Generali Deutschland besteht ein Auslagerungsvereinbarung für die dauerhafte Übernahme von Verwaltungstätigkeiten (z.B. die Verwaltung eines größeren baV-Bestandes). Im Kontext laufender Vertragsnachverhandlungen ergibt sich aus dem Umfang und der Komplexität des Vertragsgegenstände und des Vertrages als solchem das Risiko, dass im gegebenen Zeitrahmen kritische Details übersehen werden und somit zu dauerhaften finanziellen Nachteilen der Viridium Gruppe gereichen könnten. Dem Risiko wird mit einer entsprechenden qualitativen und quantitativen personellen Ausstattung des Verhandlungsteams, einer sehr formalen Vorgehensweise und interner Kommunikation bezüglich der langfristigen Bedeutung des Themas begegnet.

Die praktischen Erfahrungen und Entwicklungen im Jahresverlauf führten zu einer Neubewertung des Risikos; es wird nicht mehr als wesentliches, sondern mittleres Risiko eingeschätzt.

Migration Proxalto-Bestände

Die Migration der Proxalto-Bestände auf unsere Zielplattform erfordert ein komplexes Zusammenspiel von Viridium, Generali, dem Softwarehersteller und anderen Dienstleistern. Die unternehmensspezifisch unterschiedlichen Prioritäten bergen das Risiko eines Zeitverzuges. Entsprechende Kommunikationsformate zwischen den Projektbeteiligten aller Parteien und auch auf Managementebene wurden eingerichtet.

Dieses Risiko war eher allgemein formuliert und wurde durch spezifischere, vorstehend genannte wesentliche Risiken im Risikoinventar substituiert.

Umsetzung EU DSGVO

Aus der neuen EU DSGVO resultieren deutlich erhöhte Anforderungen und Bußgelder, sodass gerade auch aufgrund der ebenso neu eingerichteten beziehungsweise angepassten Verfahren und Systemen und fehlenden Erfahrungswerten Risiken resultieren. Die Gruppe hat entsprechende Gegenmaßnahmen eingerichtet.

Im Jahr 2022 wurden gute Fortschritte erzielt, sodass dieses Risiko nicht mehr als ein wesentliches eingeschätzt wird.

Standortverlagerung

Es besteht das Risiko, dass die örtliche Verlagerung der Vertragsverwaltung zweier Lebensversicherungs-Bestände übergangsweise zu einer Überlastung des aufnehmenden Standortes führt. Die Übergabe erfolgte allerdings bislang weitgehend problemfrei und auch der erforderliche Personalaufbau am Zielstandort schreitet gut voran, sodass dieses Risiko in 2022 absehbar nicht mehr wesentlich sein wird.

Das Risiko hat sich nur in unwesentlichem Umfang materialisiert.

PEP- und Sanctions-Screening

Die derzeit verwendete Software zum PEP- und Sanctions-Screening ist aus dem Support gelaufen, sodass zukünftig eine vollständige Umsetzung der rechtlichen Anforderungen nicht unbedingt sichergestellt ist. Die vorhandene Lösung wird durch eine neue IT Lösung zeitnah ersetzt.

Das Altsystem wurde durch ein System eines anderen, marktführenden Anbieters ersetzt.

Wir erachten das Kontrollumfeld der Unternehmen der VG als geeignet, um die vorhandenen Risiken ausreichend zu kontrollieren.

C.5.2 Wesentliche Risikokonzentrationen

Im Kontext der operationellen Risiken bestehen aktuell keine wesentlichen Konzentrationsrisiken.

C.5.3 Risikominderungstechniken

Unter Risikominderungstechniken werden alle Aktivitäten und Strukturen verstanden, die dazu geeignet sind, die Eintrittswahrscheinlichkeit und/oder die potenzielle Schadenshöhe von Risiken zu senken („vermindern, verhindern, versichern, vermeiden etc.“).

Ein wichtiger, allgemeiner Schritt zur Minderung von Risiken besteht darin, geeignete organisatorische und technische Strukturen einzurichten. Diese sind in Kapitel B.4 „Internes Kontrollsystem“ ausführlich dargestellt.

Operationelle Risiken werden zunächst bewertet und anschließend hinsichtlich ihrer Akzeptierbarkeit beurteilt. Hierbei hat die VG folgende Akzeptanz-Status definiert:

- ▼ Risikoakzeptanz ungeklärt (initialer Status eines neu identifizierten Risikos, nur als temporärer Status zulässig);

- ▼ Risiko unakzeptabel (mitigierende Kontrollen und/oder Maßnahmen noch nicht aufgesetzt, nur als temporärer Status zulässig);
- ▼ Risiko akzeptiert ohne zentral dokumentierte Kontrollen und Maßnahmen (Risiko ist so niedrig bewertet, dass aus Gründen der Proportionalität auf die formale Erfassung eventuell zugehöriger mitigierender Kontrollen und/oder Maßnahmen verzichtet wird);
- ▼ Risiko akzeptiert mit bestehenden Kontrollen und Maßnahmen.

Für Risiken, die als nicht tragbar erachtet werden, ergreift die VG entsprechende Maßnahmen. Diese lassen sich in zwei Gruppen unterteilen:

- ▼ Maßnahmen, die das Risiko ohne Etablierung laufender Kontrollen mitigieren, und
- ▼ Maßnahmen zur Etablierung einer Kontrolle, die das Risiko dann fortwährend „begleitet“.
- ▼ Maßnahmen und Kontrollen werden gedanklich getrennt, da sie unterschiedlich verwaltet werden:
- ▼ Maßnahmen haben einen Projektcharakter (einmalig, definiertes Ende). Operationelle Risikomaßnahmen oder kontrollbezogene Maßnahmen sind jeweils genau einem geeigneten Verantwortlichen zugeordnet. Der Bearbeitungsstatus wird regelmäßig überwacht und in den Gremien berichtet.
- ▼ Kontrollen sind turnusmäßig und/oder anlassbezogen wiederkehrende Maßnahmen. Kontrollen zu operationellen Risiken werden turnusmäßig und/oder anlassbezogen auf ihre Ausgestaltung und Effektivität untersucht. Bei der Überprüfung der Ausgestaltung der Kontrollen steht deren prinzipielle Eignung im Fokus. Effektiv ist eine Kontrolle, wenn sie wie geplant durchgeführt wird. Wenn Ausgestaltung oder Effektivität der Kontrolle nicht akzeptabel sind, setzen wir eine Maßnahme zur Verbesserung der Kontrolle auf. Das Ergebnis der jährlichen Kontrollüberprüfung wird an Vorstand und Aufsichtsrat berichtet und dort diskutiert.

Wir erachten das Kontrollumfeld der Unternehmen der VG als dafür geeignet, die vorhandenen Risiken ausreichend zu kontrollieren.

C.5.4 Stresstests und Szenarioanalysen

Die spezifischen operationellen Risiken der VG sind als Szenarien formuliert, die aus Ursache und resultierender, negativer Wirkung bestehen (beziehungsweise auch aus längeren Ursache-Wirkungsketten entlang plausibler Pfade).

Hierbei wird bezüglich der aktiven Ursache so weit in die Vergangenheit und bezüglich der angenommenen negativen Wirkung so weit in die Zukunft formuliert, dass sich insgesamt ein schlüssiges, verständliches Szenario ergibt.

Es gibt in der VG also für jedes operationelle Risiko eine Beschreibung mit einer potenziellen Schadenshöhe, einer Eintrittswahrscheinlichkeit und einem daraus resultierenden Risiko-Score.

Wir erachten die Bemessung des SCR in der Standardformel grundsätzlich für nicht risikogerecht, da dieses als Prozentsatz der Kosten, der Prämien bzw. der Versicherungsverpflichtungen berechnet wird. Das SCR basiert somit auf einer ausschließlich linearen Formel und impliziert einen automatischen Anstieg mit dem Tätigkeitsvolumen des Unternehmens. Wir überwachen und steuern unser Operationelles Risiko intern auf Basis eines auf unseren Risikoinventuren beruhenden Scoring-Modells und quantifizieren die sich daraus ergebenden Risiken in einem integrierten Ansatz sowohl

auf Solo- als auch auf Gruppenebene zum 30.06.2022 unter Berücksichtigung der Wechselwirkungen untereinander.

Das Modell zur Bewertung von Operationellen Risiken ermittelt den internen Kapitalbedarf in einem integrierten Ansatz simultan für alle Legal-Einheiten unter Berücksichtigung von Wechselwirkungen und liefert so ein konsistentes und realistisches operationelles Risiko. Denn durch die Service-Verträge zwischen den Versicherungsunternehmen und der VSM werden die operationellen Risiken der Lebensversicherungsunternehmen der VG bis zu einer gesellschaftsindividuellen Haftungsgrenze bis auf wenige Ausnahmen (insbesondere Produktrechtsrisiken und Veränderungsrisiken bzgl. Rückvergütungen) auf die Gruppenebene transferiert.

C.6 Andere wesentliche Risiken

C.6.1 Informationen über die Risikoexponierung

Gegenüber der vorherigen Berichtsperiode sind keine Maßnahmen zur Risikobewertung der anderen wesentlichen Risiken wesentlich verändert worden.

Strategisches Risiko

Das strategische Risiko der VG ist das Risiko, das sich aus Fehlern bei der strategischen Planung – zum Beispiel bei der Geschäftsstrategie – beziehungsweise dem strategischen Management ergibt, also wenn etwa Geschäftsentscheidungen nicht an ein geändertes Wirtschaftsumfeld angepasst werden. Strategische Risiken treten in der Regel im Zusammenhang mit anderen Risiken, aber auch als Einzelrisiko auf.

Strategische Risiken bestehen gegebenenfalls maßgeblich zulasten der VG und ihrer Investoren. Falsche M&A-Entscheidungen können erhebliche negative Auswirkungen auf die Eigenmittel der Gruppe haben und gehen zulasten der Eigentümer. Die Einzelgesellschaften wären von einem solchen Szenario nicht direkt betroffen, sondern allenfalls über Ansteckungseffekte. Zur Verminderung dieses Risikos greift die Gruppe bei M&A-Projekten auf die unternehmenseigene M&A-Funktion sowie auf externe Unterstützung zu. Da M&A die Kernaktivität der Gruppe darstellt, wurden hierzu standardisierte Prozesse und Kontrollen eingerichtet:

- ▼ Prozess „Zielunternehmen identifizieren“: Prüfung der potenziellen Zielunternehmen / Zielbestände gegen definierte Ausschlusskriterien und Priorisierungskriterien
- ▼ Prozess „Buchprüfung (Due Diligence) durchführen“: Prüfung des potenziellen Zielunternehmens / Zielbestandes durch Fachbereiche in Zusammenarbeit mit der URCF und der VMF (Risikoanalyse, Finanzkennzahlen oder Rechtsrisiken), Prüfung des Investitionsvorschlags durch Geschäftsleitung und Aufsichtsrat)
- ▼ Prozess „Transaktion abwickeln (M&A) oder Funktionsausgliederungsvertrag schließen (Third Party Agreement – TPA)“: Prüfung der Vertragsentwürfe durch Rechtsabteilung, Geschäftsleitung, Vertragsprüfung durch Aufsicht

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko ist das Risiko, das sich aus einer möglichen Beschädigung des Rufes infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit ergibt. Das hier beschriebene Risiko ist nicht die Konsequenz eines eingetretenen Risikos, beispielsweise aus dem operationellen Bereich (Beispiel:

Durch Realisierung eines Prozessrisikos entstehen Fehler, die sich negativ auf die Reputation auswirken). Es ist vielmehr das Risiko, dass aus bestimmten Gegebenheiten eine Rufschädigung eintritt, etwa Behauptungen in der Öffentlichkeit durch Dritte.

In Abgrenzung zum definierten Reputationsrisiko kann es bei allen anderen Risiken im Schadensfall auch Auswirkungen auf die Reputation geben. Um der grundsätzlichen Wesentlichkeit des Reputationsrisikos gerecht zu werden, betrachten wir daher alle in der Risikodatenbank gehaltenen operationellen Risiken hinsichtlich eines möglichen Reputationsschadens. Jedes operationelle Risiko wird diesbezüglich nach drei Merkmalen – Reputationsschaden bei Kunde, Aufsicht, Medien – anhand einer Merkmalsmatrix bewertet. Hierdurch stellen wir sicher, dass auch hinsichtlich eines finanziellen Schadens kaum bewertbare oder vermeintlich kleine operationelle Risiken trotzdem auf Reputationsschäden hin analysiert werden. Gemäß dem Wesentlichkeitskonzept der VG ist das Reputationsrisiko per Definition ein wesentliches, aber nur schwer quantifizierbares Risiko.

In der Risikodatenbank ist festgehalten, dass durch schlechte Reputation unterschiedliche negative Konsequenzen entstehen könnten. Für die Gesellschaft gelten vor allem die folgenden beiden als wesentlich:

- ▼ Erhöhtes Storno führt zum Verlust von Einnahmen.
- ▼ Durch eine geringere Anzahl an verwalteten Verträgen steigen die Stückkosten pro Vertrag für die Servicegesellschaften, was wiederum zu sinkenden Erträgen bei der VG führen würde.

Ansteckungsrisiko

Das Ansteckungsrisiko ist von EIOPA definiert als das Risiko denkbarer negativer Ereignisse oder Situationen, die von einem Unternehmen der Gruppe auf andere Unternehmen übergreifen. In Bezug auf die Finanzkraft halten wir dieses Risiko nicht für wesentlich, da jedes Unternehmen wie auch die Gruppe einen regelmäßigen oder bedarfsweisen ORSA durchführt, um die eigene Solvabilitätssituation zu analysieren und gegebenenfalls Maßnahmen einzuleiten. Die Lebensversicherungsgesellschaften sind über einen Gewinn- und Verlustabführungsvertrag mit der VG weitestgehend gegen finanzielle Schieflagen immunisiert. Eine Ansteckung der Lebensversicherungsgesellschaften über Reputationsthemen einzelner Gesellschaften halten wir für überschaubar, da die Gesellschaften als eigene Marken geführt und in der Außenwirkung auch so wahrgenommen werden. Ansteckungseffekte bezüglich operationeller Risiken von der Gruppe beziehungsweise den Servicegesellschaften auf die Lebensversicherungen sind denkbar. Diese werden allerdings durch die sorgfältige Gestaltung und Überwachung der Ausgliederungen sowie ein voll etabliertes, gruppenweit integriertes operationelles Risikomanagement abgedeckt. In Summe halten wir das Ansteckungsrisiko nicht für wesentlich.

Inflationsrisiko

Das Inflationsrisiko innerhalb des versicherungstechnischen Risikos wird in der Standardformel durch das Szenario eines Anstiegs der einkalkulierten Kosteninflationsrate um einen Prozentpunkt berücksichtigt. Des Weiteren wird die Inflation implizit durch die Verwendung der von EIOPA vorgegebenen Zinsstrukturkurve berücksichtigt. Diese beinhaltet die Annahme einer 2%-igen Inflation. Die aktuellen Inflationsraten befinden sich in Europa aufgrund eines Angebotsschocks (fossile Energieträger und gestörte Lieferketten) deutlich über 2%. Nach aktuellem Kenntnisstand gehen wir – ana-

log der FED und EZB – davon aus, dass erhöhte Inflationsraten zumindest noch in 2023 erhalten bleiben.

Emerging Risks

Unter neu auftretenden Risiken (Emerging Risks) verstehen wir neu aufkommende oder sich wandelnde Risiken, die nur schwer zu quantifizieren sind und größere negative Auswirkungen auf unsere Unternehmen haben können. Emerging Risks zeichnen ein hohes Maß an Ungewissheit aus; sogar Basisinformationen zur adäquaten Schätzung des Schadenpotentials und der Eintrittswahrscheinlichkeit sind oftmals nicht verfügbar. Beispiele für derartige Risiken beinhalten Klimawandel, Gentechnik und Nanotechnologie. Im Rahmen des Risikomanagementprozesses werden die wesentlichen Emerging Risks mit einer Verbindung zur Versicherungswirtschaft regelmäßig diskutiert. Auf dieser Basis können entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden, sofern es aufgrund einer veränderten Sachlage erforderlich ist.

C.6.2 Wesentliche Risikokonzentrationen

Zum Bewertungsstichtag lagen keine wesentlichen sonstigen Risikokonzentrationen vor.

C.6.3 Risikominderungstechniken

Zur Definition der Risikobereitschaft hat die VG im Vorfeld einer etwaigen Akquisition klare Kriterien etabliert, die jeweils an mögliche Akquisitionen gestellt werden. Im Sinne einer Szenariotechnik werden dabei sowohl Best-Estimate- als auch angemessene adverse Szenarien berücksichtigt. Letztere müssen aus einer Menge von vernünftigen und realistischen 1-in-10-Jahren-Stressen bestehen und im Einklang mit den Prinzipien der Kapitalmanagementrichtlinie stehen.

Es wurden zwei Gruppen von spezifischen Kriterien definiert.

Sollte eines der Kriterien der ersten Gruppe zutreffen, ist der Beirat der VKG darüber zu informieren und die Bereitschaft zur Durchführung einer Transaktion zu diskutieren. Dabei sind Analysen über weitere Optimierungsmaßnahmen vorzulegen.

Sollte eines der Kriterien der zweiten Gruppe zutreffen, ist der Beirat darauf explizit hinzuweisen, und die Durchführung der Transaktion wird nicht empfohlen.

Ähnliche Überlegungen gelten für das Eingehen von Dienstleistungsvereinbarungen, obwohl die Bandbreite der dazugehörigen Risiken in diesem Fall geringer ist.

Die Festlegung der vorgenannten Grundsätze lässt die nach Gesetz, Satzung und/oder Geschäftsordnung bestehende Verpflichtung der Geschäftsleitung, für Zukäufe und Dienstleistungsvereinbarungen die Zustimmung des Beirats einzuholen, unberührt.

C.6.4 Stresstests und Szenarioanalysen

Im Rahmen einer Due Diligence führen wir spezifische Szenarioanalysen (siehe oben) durch.

C.7 Sonstige Angaben

C.7.1 Signifikante Risikokonzentrationen auf Gruppenebene

Mit Schreiben vom 12.12.2016 wurde seitens der BaFin festgelegt, dass alle Risikoexponierungen als wesentliche Risikokonzentrationen gelten, die jeweils 10 % des Gruppen-SCR zum 31. Dezember des Berichtsjahres übersteigen.

Folgende Sachverhalte gelten demnach zum 31.12.2022 als wesentliche Risikokonzentrationen:

Drei-Topf-Hybridprodukte mit Bruttobeitragsgarantie:

Im Bestand der SLE befinden sich sogenannte Drei-Topf-Hybridprodukte mit einer Bruttobeitragsgarantie, die im Kontext von Riester- beziehungsweise betrieblichen Altersversorgungsverträgen angeboten wurden. Die Allokation auf die drei Töpfe wird jeden Monat adjustiert. Um die Bruttobeitragsgarantie sicherzustellen, investieren wir die Nettobeiträge aus diesen Produkten in die ersten beiden Töpfe. Der erste Topf besteht aus dem konventionellen Teil, der durch eine Deckungsrückstellung auf Rechnung und Risiko der SLE finanziert wird; die Höhe beträgt zum 31.12.2022 92.070 TEUR. Der zweite Topf besteht aus den Smart-Protect-Plus-Garantiefonds, bei denen Barclays mindestens den Erhalt der gezahlten Nettobeiträge garantiert. Finanziert wird der zweite Topf aus der Deckungsrückstellung auf Rechnung und Risiko des Versicherungsnehmers. Sofern wir die Beitragsteile nicht zur Finanzierung der Bruttobeitragsgarantie in Topf 1 und Topf 2 benötigen, werden die nicht benötigten Beitragsteile in durch den Versicherungsnehmer ausgewählte Publikumsfonds (Topf 3) investiert. Zum 31.12.2022 belaufen sich die Deckungsrückstellungen auf Rechnung und Risiko des Versicherungsnehmers in Topf 2 (Smart-Protect-Plus-Garantiefonds) auf 288.461 TEUR, wobei diese Mittel zusammen mit denen aus dem ersten Topf ausreichen, um die Bruttobeitragsgarantie darzustellen. Das Nettoanlagevermögen (Nettoinventarwert oder Net Asset Value – NAV) der Garantiefonds deckt zusammen mit dem konventionellen Sicherungsvermögen (Topf 1) die Bruttobeitragsgarantie, sodass die SLE aktuell insoweit ausschließlich das Risiko trägt, dass insoweit etwaige Marktpreisschwankungen der Vermögenswerte im Garantiefonds eintreten, der NAV der Garantiefonds nicht mehr ausreicht, um die Bruttobeitragsgarantie zu finanzieren. Dies stellt bereits eine insgesamt konservative Betrachtung dar, da ca. 40 % der Garantiefonds in Anleihen investiert sind, jedoch pauschal Typ-1-Aktien als Vermögenswerte innerhalb der Garantiefonds unterstellt werden und aktuell zusätzlich in Topf 3 Mittel in Höhe von 3.153 TEUR zur Verfügung stehen, die im Falle einer Finanzierungslücke in Topf 2 zusätzlich zur Deckung der Bruttobeitragsgarantie zur Verfügung stünden. Ein gleichzeitiges Erfordernis – erstens zum vollständigen Transfer der vorhandenen Topf-3-Mittel, zweitens ein stärkeres Absinken des NAV des Garantiefonds als durch den Typ-1-Aktieschock simuliert (dieser ist durch SCR bereits finanziert) und drittens verbunden mit einem (teilweisen) Ausfall der mit A gerateten Barclays Bank – stufen wir aktuell als äußerst gering ein.

Rückversicherungsvereinbarungen:

Die PLE unterhält am Berichtsstichtag unterschiedliche Rückversicherungsvereinbarungen mit der Generali Deutschland AG mit Sitz in Deutschland und der Generali Employee Network-Geb. mit Sitz in Belgien. Im Kontext dieser Rückversicherungsverträge transferiert die PLE unterschiedliche Risiken aus ihrem Erstversicherungsgeschäft auf diese beiden Versicherungsunternehmen, die beide zu der Gruppe Assicurazioni Generali S.p.A. gehören. Die Exponierung vor Berücksichtigung von Sicherheiten beträgt zum 31.12.2022 insgesamt 1.289.804 TEUR, wovon 909.671 TEUR auf die Generali Deutschland AG und 380.133 TEUR auf die Generali Employee Network-Geb. entfallen.

Zusätzlich hat die HLE Rückversicherungsverträge zur Abwälzung von Invaliditäts- und Sterblichkeitsrisiken geschlossen, von denen die auf die SCOR Global Life bzw. GenRe entfallenden Exponierungen vor Berücksichtigung von Sicherheiten in Höhe von 2.197.517 TEUR bzw. 436.584 TEUR jeweils die aktuelle Wesentlichkeitsschwelle überschreiten.

Unter Berücksichtigung der vorhandenen Sicherheiten besteht zum Bewertungsstichtag de facto für keinen der genannten Rückversicherungskontrahenten eine Netto-Exponierung. Unabhängig davon stufen wir die Wahrscheinlichkeit eines vollständigen oder teilweisen Ausfalls der beiden Schuldner aktuell als sehr gering ein. Alle verfügen über ein AA- bzw. A-Rating und sind zudem Solvency II reguliert.

Exponierungen gegenüber Staaten

Staatsanleihen Republik Frankreich:

Die Exponierung in Staatsanleihen der Republik Frankreich mit einem Marktwert von 3.354.903 TEUR zum 31.12.2022 auf Ebene der VG stellt eine wesentliche Risikokonzentration dar. Davon entfallen 3.049.178 TEUR auf die PLE, 121.893 TEUR auf die HLE, 26.027 TEUR auf die SLE und 157.804 TEUR auf die ELE. Bei den Staatsanleihen der Republik Frankreich handelt es sich um hochliquide, als Vermögenswerte gehaltene Staatsanleihen, die neben einem AA-Rating auch von sämtlichen namenhaften Großbanken als Sicherheiten für etwaige Unterdeckungen aus Derivatevereinbarungen anerkannt werden. Die Wahrscheinlichkeit eines vollständigen oder teilweisen Ausfalls des Schuldners Republik Frankreich stufen wir aktuell als sehr gering ein. Selbst ein Totalausfall wäre auf Ebene von HLE und SLE durch nicht zur Bedeckung von SCR benötigte anrechenbare Eigenmittel gedeckt, sodass auch in diesem Fall eine Bedeckungsquote über 100 % sichergestellt wäre.

Staatsanleihen Königreich Belgien:

Die Exponierung in Staatsanleihen des Königreichs Belgien mit einem Marktwert von 1.763.551 TEUR zum 31.12.2022 auf Ebene der VG stellt eine wesentliche Risikokonzentration dar. Davon entfallen 1.649.771 TEUR auf die PLE, 27.031 TEUR auf die HLE, 11.649 TEUR auf die SLE und 75.100 TEUR auf die ELE. Bei den Staatsanleihen des Königreichs Belgien handelt es sich um hochliquide als Vermögenswerte gehaltene Staatsanleihen, die ein AA-Rating besitzen. Die Wahrscheinlichkeit eines vollständigen oder teilweisen Ausfalls des Schuldners Königreich Belgien stufen wir aktuell als sehr gering ein. Selbst ein Totalausfall wäre auf Ebene von VG, PLE, HLE und SLE durch nicht zur Bedeckung von SCR benötigte anrechenbare Eigenmittel gedeckt, sodass auch in diesem Fall eine Bedeckungsquote über 100 % sichergestellt wäre.

Staatsanleihen Königreich Spanien:

Die Exponierung in Staatsanleihen des Königreichs Spanien mit einem Marktwert von 391.954 TEUR zum 31.12.2022 auf Ebene der VG stellt eine wesentliche Risikokonzentration dar. Davon entfallen 390.638 TEUR auf die PLE, 738 TEUR auf die HLE, 207 TEUR auf die SLE und 371 TEUR auf die ELE. Bei den Staatsanleihen des Königreichs Spanien handelt es sich um hochliquide als Vermögenswerte gehaltene Staatsanleihen, die ein A-Rating besitzen. Die Wahrscheinlichkeit eines vollständigen oder teilweisen Ausfalls des Schuldners Königreich Spanien stufen wir aktuell als sehr gering ein. Selbst ein Totalausfall wäre auf Ebene von PLE, HLE, SLE, ELE und VG durch nicht zur

Bedeckung von SCR benötigte anrechenbare Eigenmittel gedeckt, sodass auch in diesem Fall eine Bedeckungsquote über 100 % sichergestellt wäre.

Staatsanleihen Republik Österreich:

Die Exponierung in Staatsanleihen der Republik Österreich mit einem Marktwert von 1.033.896 TEUR zum 31.12.2022 auf Ebene der VG stellt eine wesentliche Risikokonzentration dar. Davon entfallen 1.011.563 TEUR auf die PLE, 5.180 TEUR auf die SLE und 17.153 TEUR auf die ELE. Bei den Staatsanleihen der Republik Österreich handelt es sich um hochliquide als Vermögenswerte gehaltene Staatsanleihen, die ein AA-Rating besitzen. Die Wahrscheinlichkeit eines vollständigen oder teilweisen Ausfalls des Schuldners Republik Österreich stufen wir aktuell als sehr gering ein. Selbst ein Totalausfall wäre auf Ebene von PLE, SLE, ELE und VG durch nicht zur Bedeckung von SCR benötigte anrechenbare Eigenmittel gedeckt, sodass auch in diesem Fall eine Bedeckungsquote über 100 % sichergestellt wäre.

Staatsanleihen Republik Irland:

Die Exponierung in Staatsanleihen der Republik Irland mit einem Marktwert von 375.293 TEUR zum 31.12.2022 auf Ebene der VG stellt eine wesentliche Risikokonzentration dar. Diese Exponierung entfällt vollständig auf die PLE. Bei den Staatsanleihen der Republik Irland handelt es sich um hochliquide als Vermögenswerte gehaltene Anleihen, die ein AA-Rating besitzen. Die Wahrscheinlichkeit eines vollständigen oder teilweisen Ausfalls des Schuldners Republik Irland stufen wir aktuell als sehr gering ein. Selbst ein Totalausfall wäre auf Ebene von PLE und VG durch nicht zur Bedeckung von SCR benötigte anrechenbare Eigenmittel gedeckt, sodass auch in diesem Fall eine Bedeckungsquote über 100 % sichergestellt wäre.

Staatsanleihen Republik Polen:

Die Exponierung in Staatsanleihen der Republik Polen mit einem Marktwert von 398.287 TEUR zum 31.12.2022 auf Ebene der VG stellt eine wesentliche Risikokonzentration dar. Diese Exponierung entfällt vollständig auf die PLE. Bei den Staatsanleihen der Republik Polen handelt es sich um liquide als Vermögenswerte gehaltene Anleihen, die ein A-Rating besitzen. Die Wahrscheinlichkeit eines vollständigen oder teilweisen Ausfalls des Schuldners Republik Polen stufen wir aktuell als sehr gering ein. Selbst ein Totalausfall wäre auf Ebene von PLE und VG durch nicht zur Bedeckung von SCR benötigte anrechenbare Eigenmittel gedeckt, sodass auch in diesem Fall eine Bedeckungsquote über 100 % sichergestellt wäre.

Staatsanleihen Republik Slowenien:

Die Exponierung in Staatsanleihen der Republik Slowenien mit einem Marktwert von 346.738 TEUR zum 31.12.2022 auf Ebene der VG stellt eine wesentliche Risikokonzentration dar. Diese Exponierung entfällt vollständig auf die PLE. Bei den Staatsanleihen der Republik Slowenien handelt es sich um liquide als Vermögenswerte gehaltene Anleihen, die ein AA-Rating besitzen. Die Wahrscheinlichkeit eines vollständigen oder teilweisen Ausfalls des Schuldners Republik Slowenien stufen wir aktuell als sehr gering ein. Selbst ein Totalausfall wäre auf Ebene von PLE und VG durch nicht zur Bedeckung von SCR benötigte anrechenbare Eigenmittel gedeckt, sodass auch in diesem Fall eine Bedeckungsquote über 100 % sichergestellt wäre.

Staatsanleihen Bundesrepublik Deutschland (BRD):

Die Exponierung in Staatsanleihen der Bundesrepublik Deutschland (BRD) mit einem Marktwert von 893.316 TEUR zum 31.12.2022 auf Ebene der VG stellt eine wesentliche Risikokonzentration dar. Diese Exponierung entfällt mit 864.201 TEUR auf die PLE, mit 4.411 TEUR auf die SLE und mit 24.704 TEUR auf die ELE. Bei den Staatsanleihen der BRD handelt es sich um sehr liquide als Vermögenswerte gehaltene Anleihen, die ein AAA-Rating besitzen. Die Wahrscheinlichkeit eines vollständigen oder teilweisen Ausfalls des Schuldners BRD stufen wir aktuell als sehr gering ein. Selbst ein Totalausfall wäre auf Ebene von PLE, SLE, ELE und VG durch nicht zur Bedeckung von SCR benötigte anrechenbare Eigenmittel gedeckt, sodass auch in diesem Fall eine Bedeckungsquote über 100 % sichergestellt wäre.

Staatsanleihen Republik Slowakei:

Die Exponierung in Staatsanleihen der Republik Slowakei mit einem Marktwert von 240.227 TEUR zum 31.12.2022 auf Ebene der VG stellt eine wesentliche Risikokonzentration dar. Diese Exponierung entfällt vollständig auf die PLE. Bei den Staatsanleihen der Republik Slowakei handelt es sich um liquide als Vermögenswerte gehaltene Anleihen, die ein A-Rating besitzen. Die Wahrscheinlichkeit eines vollständigen oder teilweisen Ausfalls des Schuldners Republik Slowakei stufen wir aktuell als sehr gering ein. Selbst ein Totalausfall wäre auf Ebene von PLE und VG durch nicht zur Bedeckung von SCR benötigte anrechenbare Eigenmittel gedeckt, sodass auch in diesem Fall eine Bedeckungsquote über 100 % sichergestellt wäre.

Staatsanleihen Republik Italien:

Die Exponierung in Staatsanleihen der Republik Italien mit einem Marktwert von 964.874 TEUR zum 31.12.2022 auf Ebene der VG stellt eine wesentliche Risikokonzentration dar. Diese Exponierung entfällt mit 961.653 TEUR auf die PLE, mit 1.806 TEUR auf die HLE, mit 506 TEUR auf die SLE und mit 909 TEUR auf die ELE. Bei den Staatsanleihen der Italien handelt es sich um sehr liquide als Vermögenswerte gehaltene Anleihen, die ein BBB-Rating besitzen. Die Wahrscheinlichkeit eines vollständigen oder teilweisen Ausfalls des Schuldners Italien stufen wir aktuell als gering ein. Selbst ein Totalausfall wäre auf Ebene von PLE, HLE, SLE, ELE und VG durch nicht zur Bedeckung von SCR benötigte anrechenbare Eigenmittel gedeckt, sodass auch in diesem Fall eine Bedeckungsquote über 100 % sichergestellt wäre.

Exponierungen gegenüber supranationalen Organisationen**Anleihen European Financial Stability Facility (EFSF):**

Die Exponierung in Anleihen der European Financial Stability Facility (EFSF) mit einem Marktwert von 2.120.970 TEUR zum 31.12.2022 auf Ebene der VG stellt eine wesentliche Risikokonzentration dar. Davon entfallen 2.086.800 TEUR auf die PLE, 14.481 TEUR auf die HLE, 2.406 TEUR auf die SLE und 17.283 TEUR auf die ELE. Bei den Anleihen des EFSF handelt es sich um hochliquide als Vermögenswerte gehaltene Anleihen, die ein AA-Rating besitzen. Die Wahrscheinlichkeit eines vollständigen oder teilweisen Ausfalls des Schuldners EFSF stufen wir aktuell als sehr gering ein. Selbst ein Totalausfall wäre auf Ebene von HLE, SLE, ELE und VG durch nicht zur Bedeckung von SCR benötigte anrechenbare Eigenmittel gedeckt, sodass auch in diesem Fall eine Bedeckungsquote über 100 % sichergestellt wäre.

Anleihen European Investment Bank (EIB):

Die Exponierung in Anleihen der European Investment Bank (EIB) mit einem Marktwert von 428.883 TEUR zum 31.12.2022 auf Ebene der VG stellt eine wesentliche Risikokonzentration dar. Davon entfallen 395.806 TEUR auf die PLE, 8.165 TEUR auf die HLE, 2.992 TEUR auf die SLE und 21.921 TEUR auf die ELE. Bei den Anleihen der EIB handelt es sich um hochliquide als Vermögenswerte gehaltene Anleihen, die ein AAA-Rating besitzen. Die Wahrscheinlichkeit eines vollständigen oder teilweisen Ausfalls des Schuldners EIB stufen wir aktuell als sehr gering ein. Selbst ein Totalausfall wäre auf Ebene von PLE, HLE, SLE, ELE und VG durch nicht zur Bedeckung von SCR benötigte anrechenbare Eigenmittel gedeckt, sodass auch in diesem Fall eine Bedeckungsquote über 100 % sichergestellt wäre.

Anleihen European Stability Mechanism (ESM):

Die Exponierung in Anleihen des European Stability Mechanism (ESM) mit einem Marktwert von 352.936 TEUR zum 31.12.2022 auf Ebene der VG stellt eine wesentliche Risikokonzentration dar. Davon entfallen 334.796 TEUR auf die PLE, 1.743 TEUR auf die SLE und 16.398 TEUR auf die ELE. Bei den Anleihen des ESM handelt es sich um hochliquide als Vermögenswerte gehaltene Anleihen, die ein AAA-Rating besitzen. Die Wahrscheinlichkeit eines vollständigen oder teilweisen Ausfalls des Schuldners ESM stufen wir aktuell als sehr gering ein. Selbst ein Totalausfall wäre auf Ebene von PLE, SLE, ELE und VG durch nicht zur Bedeckung von SCR benötigte anrechenbare Eigenmittel gedeckt, sodass auch in diesem Fall eine Bedeckungsquote über 100 % sichergestellt wäre.

Exponierungen gegenüber Regionen**Anleihen Land Nordrhein-Westfalen (NRW):**

Die Exponierung in Anleihen des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) mit einem Marktwert von 996.376 TEUR zum 31.12.2022 auf Ebene der VG stellt eine wesentliche Risikokonzentration dar. Davon entfallen 952.778 TEUR auf die PLE, 4.965 TEUR auf die HLE und 38.633 TEUR auf die ELE. Bei den Anleihen des Landes NRW handelt es sich um hochliquide als Vermögenswerte gehaltene Anleihen, die ein AA-Rating besitzen. Die Wahrscheinlichkeit eines vollständigen oder teilweisen Ausfalls des Schuldners NRW stufen wir aktuell als sehr gering ein. Selbst ein Totalausfall wäre auf Ebene von PLE, HLE, ELE und VG durch nicht zur Bedeckung von SCR benötigte anrechenbare Eigenmittel gedeckt, sodass auch in diesem Fall eine Bedeckungsquote über 100 % sichergestellt wäre.

Anleihen Flämische Gemeinschaft:

Die Exponierung in Anleihen der Flämischen Gemeinschaft mit einem Marktwert von 232.253 TEUR zum 31.12.2022 auf Ebene der VG stellt eine wesentliche Risikokonzentration dar. Von dieser Exponierung entfallen 186.499 TEUR auf die PLE, 1.229 TEUR auf die HLE, 5.313 TEUR auf die SLE und 39.213 TEUR auf die ELE. Die Flämische Gemeinschaft ist neben der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine der drei Gemeinschaften des Königreichs Belgien und somit ein Gliedstaat des belgischen Bundesstaates. Verwaltungssitz der Gemeinschaft ist Brüssel. Neben den drei Gemeinschaften gibt es drei (nicht deckungsgleiche) Regionen in Belgien. Die Flämische Gemeinschaft dient den niederländischsprachigen Belgiern – unabhängig davon, ob sie in der niederländischsprachigen Region Flandern oder in der zweisprachigen Region

Brüssel-Hauptstadt wohnen. Die Flämische Gemeinschaft verfügen über ein langfristiges Kreditrating der renommierten Ratingagenturen von AA. Die Wahrscheinlichkeit eines vollständigen oder teilweisen Ausfalls des Schuldners Flämische Gemeinschaft stufen wir aktuell als sehr gering ein. Selbst ein Totalausfall wäre auf Ebene von PLE, HLE, SLE, ELE und VG durch nicht zur Bedeckung von SCR benötigte anrechenbare Eigenmittel gedeckt, sodass auch in diesem Fall eine Bedeckungsquote über 100 % sichergestellt wäre.

Anleihen Région Wallone:

Die Exponierung in Anleihen der Région Wallone mit einem Marktwert von 174.253 TEUR zum 31.12.2022 auf Ebene der VG stellt eine wesentliche Risikokonzentration dar. Diese Exponierung entfällt vollständig auf die PLE. Die Wallonische Region (französisch Région Wallonne, niederländisch Waals Gewest), ist eine der drei Regionen des Königreichs Belgien und somit ein Gliedstaat des belgischen Bundesstaates. Die Bevölkerung ist überwiegend muttersprachlich Französisch, im äußersten Osten Deutsch. Die Hauptstadt ist Namur. Geographisch umfasst die Wallonie die südliche Hälfte Belgiens. Die Région Wallone verfügt über ein langfristiges Kreditrating der renommierten Ratingagenturen von A. Die Wahrscheinlichkeit eines vollständigen oder teilweisen Ausfalls des Schuldners Région Wallone stufen wir aktuell als sehr gering ein. Selbst ein Totalausfall wäre auf Ebene von PLE und VG durch nicht zur Bedeckung von SCR benötigte anrechenbare Eigenmittel gedeckt, sodass auch in diesem Fall eine Bedeckungsquote über 100 % sichergestellt wäre.

Exponierungen gegenüber Unternehmen (außer Finanzdienstleister)

Anleihen Societe Nationale des Chemins de fer Francais (SNCF):

Die Exponierung in Anleihen des Societe Nationale des Chemins de fer Francais (SNCF) mit einem Marktwert von 336.564 TEUR zum 31.12.2022 auf Ebene der VG stellt eine wesentliche Risikokonzentration dar. Diese Exponierung entfällt vollständig auf die PLE. SNCF ist die staatliche Eisenbahngesellschaft Frankreichs und besitzt ein AA-Rating. Die Wahrscheinlichkeit eines vollständigen oder teilweisen Ausfalls des Schuldners SNCF stufen wir aktuell als sehr gering ein. Selbst ein Totalausfall wäre auf Ebene von PLE und VG durch nicht zur Bedeckung von SCR benötigte anrechenbare Eigenmittel gedeckt, sodass auch in diesem Fall eine Bedeckungsquote über 100 % sichergestellt wäre.

Anleihen Volkswagen AG:

Die Exponierung in Anleihen der Volkswagen AG mit einem Marktwert von 215.907 TEUR zum 31.12.2022 stellt auf Ebene der VG eine wesentliche Risikokonzentration dar. Diese Exponierung mit 198.107 TEUR auf die PLE, mit 10.167 TEUR auf die HLE, mit 1.631 TEUR auf die SLE und mit 6.002 TEUR auf die ELE. Der Volkswagen Konzern mit Sitz in Wolfsburg ist einer der führenden Hersteller von Automobilen und Nutzfahrzeugen weltweit. Die Volkswagen AG verfügt über ein langfristiges Kreditrating der renommierten Ratingagenturen von mindestens BBB. Die Wahrscheinlichkeit eines vollständigen oder teilweisen Ausfalls des Schuldners Volkswagen stufen wir aktuell als gering ein. Selbst ein Totalausfall wäre auf Ebene von PLE, HLE, SLE, ELE und VG durch nicht zur Bedeckung von SCR benötigte anrechenbare Eigenmittel gedeckt, sodass auch in diesem Fall eine Bedeckungsquote über 100 % sichergestellt wäre.

Exponierungen gegenüber Finanzdienstleistern**Anleihen Nederlandse Waterschapsbank N.V.:**

Die Exponierung in Anleihen der Nederlandse Waterschapsbank N.V. mit einem Marktwert von 180.396 TEUR zum 31.12.2022 auf Ebene der VG stellt eine wesentliche Risikokonzentration dar. Diese Exponierung entfällt vollständig auf die PLE. Die Nederlandse Waterschapsbank ist ein niederländisches Finanzinstitut, das Finanzmittel für Wasserbehörden und lokale Regierungsorganisationen in den Niederlanden bereitstellt. Es ist eine lokale Regierungsfinanzierungsagentur, die den niederländischen Wasserbehörden und Provinzen gehört. Die Nederlandse Waterschapsbank N.V. besitzt ein AAA-Rating. Die Wahrscheinlichkeit eines vollständigen oder teilweisen Ausfalls des Schuldners Nederlandse Waterschapsbank N.V. stufen wir aktuell als sehr gering ein. Selbst ein Totalausfall wäre auf Ebene von PLE und VG durch nicht zur Bedeckung von SCR benötigte anrechenbare Eigenmittel gedeckt, sodass auch in diesem Fall eine Bedeckungsquote über 100 % sichergestellt wäre.

Exponierung Cie Groupe BPCE:

Die Exponierung gegenüber der Cie Groupe BPCE mit einem Marktwert von 181.435 TEUR zum 31.12.2022 stellt auf Ebene der VG eine wesentliche Risikokonzentration dar. Im Hinblick auf 246.055 TEUR handelt es sich um Anleihen. Davon entfallen 226.052 TEUR auf die PLE, 12.210 TEUR auf die HLE, 2.456 TEUR auf die SLE und 5.337 TEUR auf die ELE. Bei der verbleibenden Exponierung von -64.620 TEUR handelt es sich um Finanzderivate der PLE. Die Cie Groupe BPCE ist eine französische Bankengruppe, die 2009 durch die Fusion der beiden Kreditinstitute CNCE und BFBP entstand. Die Cie Groupe BPCE verfügt über ein langfristiges Kreditrating der renommierten Ratingagenturen von mindestens A. Die Wahrscheinlichkeit eines vollständigen oder teilweisen Ausfalls des Schuldners Cie Groupe BPCE stufen wir aktuell als gering ein. Selbst ein Totalausfall wäre auf Ebene von PLE, HLE, SLE, ELE und VG durch nicht zur Bedeckung von SCR benötigte anrechenbare Eigenmittel gedeckt, sodass auch in diesem Fall eine Bedeckungsquote über 100 % sichergestellt wäre.

Anleihen AEGON Investment Management B.V.:

Die Exponierung in Anleihen der AEGON Investment Management B.V. mit einem Marktwert von 2.067.495 TEUR zum 31.12.2022 stellt auf Ebene der VG eine wesentliche Risikokonzentration dar. Diese Exponierung mit 1.985.796 TEUR auf die PLE und mit 81.699 TEUR auf die ELE. AEGON Investment Management B.V. ist eine Investment Management Gesellschaft. Das Unternehmen bietet Dienstleistungen in den Bereichen Asset Management, Research Analysen, Portfolio Konstruktion, Finanzielle Planung und Beratungsservices an. AEGON Investment Management operiert weltweit. Die AEGON Investment Management B.V. verfügt über ein langfristiges Kreditrating der renommierten Ratingagenturen von mindestens A. Die Wahrscheinlichkeit eines vollständigen oder teilweisen Ausfalls des Schuldners AEGON Investment Management B.V. stufen wir aktuell als gering ein. Selbst ein Totalausfall wäre auf Ebene von VG durch nicht zur Bedeckung von SCR benötigte anrechenbare Eigenmittel gedeckt, sodass auch in diesem Fall eine Bedeckungsquote über 100 % sichergestellt wäre.

Exponierung Crédit Agricole SA:

Die Exponierung gegenüber der Crédit Agricole SA mit einem Marktwert von 329.927 TEUR zum 31.12.2022 stellt auf Ebene der VG eine wesentliche Risikokonzentration dar. Im Hinblick auf

422.189 TEUR handelt es sich um Anleihen. Davon entfallen 398.683 TEUR auf die PLE, 13.881 TEUR auf die HLE, 4.303 TEUR auf die SLE und 5.322 TEUR auf die ELE. Bei der verbleibenden Exponierung von -92.262 TEUR handelt es sich im Wesentlichen um Finanzderivate der PLE und ELE. Die Crédit Agricole SA mit Sitz in Paris ist das börsennotierte Zentralinstitut der genossenschaftlich organisierten Crédit Agricole-Gruppe, eine der gr o ten französischen Geschäftsbanken. Die Crédit Agricole verfügt über ein langfristiges Kreditrating der renommierten Ratingagenturen von mindestens AA. Die Wahrscheinlichkeit eines vollständigen oder teilweisen Ausfalls des Schuldners Crédit Agricole stufen wir aktuell als gering ein. Selbst ein Totalausfall wäre auf Ebene von PLE, HLE, SLE, ELE und VG durch nicht zur Bedeckung von SCR benötigte anrechenbare Eigenmittel gedeckt, sodass auch in diesem Fall eine Bedeckungsquote über 100 % sichergestellt wäre.

Exponierung Northern Trust Corp.:

Die Exponierung gegenüber der Northern Trust Corp. mit einem Marktwert von 350.572 TEUR zum 31.12.2022 stellt auf Ebene der VG eine wesentliche Risikokonzentration dar. Dabei handelt es sich um Sichteinlagen, die mit 343.083 TEUR auf die PLE und mit 7.489 TEUR auf die ELE entfallen. Die Northern Trust Corp. mit Hauptsitz in Chicago ist ein Finanzunternehmen aus den USA, das Finanzdienstleistungen verschiedener Art (unter anderem Investments für Privatpersonen, Kredite und Bankkonten) anbietet. Die Northern Trust Corp. verfügt über ein langfristiges Kreditrating der renommierten Ratingagenturen von A. Die Wahrscheinlichkeit eines vollständigen oder teilweisen Ausfalls des Schuldners Northern Trust Corp. stufen wir aktuell als gering ein. Selbst ein Totalausfall wäre auf Ebene von PLE, ELE und VG durch nicht zur Bedeckung von SCR benötigte anrechenbare Eigenmittel gedeckt, sodass auch in diesem Fall eine Bedeckungsquote über 100 % sichergestellt wäre.

Anleihen ING Groep N.V.:

Die Exponierung in Anleihen der ING Groep N.V. mit einem Marktwert von 180.601 TEUR zum 31.12.2022 stellt auf Ebene der VG eine wesentliche Risikokonzentration dar. Davon entfallen 173.923 TEUR auf die PLE, 4.571 TEUR auf die HLE, 1.838 TEUR auf die SLE und 270 TEUR auf die ELE. Die ING Groep N.V. ist ein niederländischer Allfinanz-Dienstleister in der Form einer Aktiengesellschaft mit Sitz in Amsterdam. Die ING Groep N.V. verfügt über ein langfristiges Kreditrating der renommierten Ratingagenturen von mindestens A. Die Wahrscheinlichkeit eines vollständigen oder teilweisen Ausfalls des Schuldners ING Groep N.V. stufen wir aktuell als gering ein. Selbst ein Totalausfall wäre auf Ebene von PLE, HLE, SLE, ELE und VG durch nicht zur Bedeckung von SCR benötigte anrechenbare Eigenmittel gedeckt, sodass auch in diesem Fall eine Bedeckungsquote über 100 % sichergestellt wäre.

Exponierung BNP Paribas S.A.:

Die Exponierung gegenüber der BNP Paribas S.A. mit einem Marktwert von 473.626 TEUR zum 31.12.2022 stellt auf Ebene der VG eine wesentliche Risikokonzentration dar. Im Hinblick auf 449.055 TEUR handelt es sich um Sichteinlagen. Davon entfallen 443.773 TEUR auf die PLE, 754 TEUR auf die HLE, 317 TEUR auf die SLE und 4.211 TEUR auf die ELE. Bei -22.278 TEUR der verbleibenden Exponierung handelt es sich um Finanzderivate. Davon entfallen -24.379 TEUR auf die PLE, 2.002 TEUR auf die HLE und 98 TEUR auf die ELE. Bei der verbleibenden Exponierung von 46.849 TEUR handelt es sich um Anleihen. Davon entfallen 18.316 TEUR auf die PLE, 8.660 TEUR auf die HLE, 1.567 TEUR auf die SLE und 18.306 TEUR auf die ELE. Die BNP Paribas ist eine französische Großbank, die am 23.05.2000 durch die Fusion der Banque Nationale de Paris

und Bank Paribas entstanden ist. Die BNP-Paribas verfügt über ein langfristiges Kreditrating der renommierten Ratingagenturen von mindestens A. Die Wahrscheinlichkeit eines vollständigen oder teilweisen Ausfalls des Schuldners BNP-Paribas stufen wir aktuell als gering ein. Selbst ein Totalausfall wäre auf Ebene von PLE, HLE, SLE, ELE und VG durch nicht zur Bedeckung von SCR benötigte anrechenbare Eigenmittel gedeckt, sodass auch in diesem Fall eine Bedeckungsquote über 100 % sichergestellt wäre.

Anleihen Municipality Finance PLC:

Die Exponierung in Anleihen der Municipality Finance PLC mit einem Marktwert von 212.708 TEUR zum 31.12.2022 stellt auf Ebene der VG eine wesentliche Risikokonzentration dar. Von dieser Exponierung entfallen 205.129 TEUR auf die PLE und 7.580 TEUR auf die ELE. Municipality Finance PIC (Kuntarahoitus Oyj) stellt Finanzierungen für lokale Gebietskörperschaften und den staatlich geförderten sozialen Wohnungsbau zur Verfügung. Die Municipality Finance zählt zu den größten Finanzinstituten Finnlands. Municipality Finance verfügt über ein langfristiges Kreditrating der renommierten Ratingagenturen von AA. Die Wahrscheinlichkeit eines vollständigen oder teilweisen Ausfalls des Schuldners Municipality Finance stufen wir aktuell als gering ein. Selbst ein Totalausfall wäre auf Ebene von PLE, ELE und VG durch nicht zur Bedeckung von SCR benötigte anrechenbare Eigenmittel gedeckt, sodass auch in diesem Fall eine Bedeckungsquote über 100 % sichergestellt wäre.

Exponierung Morgan Stanley:

Die Exponierung gegenüber der BNP Paribas S.A. mit einem Marktwert von 182.396 TEUR zum 31.12.2022 stellt auf Ebene der VG eine wesentliche Risikokonzentration dar. Im Hinblick auf 85.421 TEUR handelt es sich überwiegend um Finanzderivate. Davon entfallen 86.911 TEUR auf die PLE, -3.503 TEUR auf die HLE, 2.003 TEUR auf die SLE und 10 TEUR auf die ELE. Bei der verbleibenden Exponierung von 96.975 TEUR handelt es sich um Anleihen. Davon entfallen 95.014 TEUR auf die PLE und 1.960 TEUR auf die ELE. Morgan Stanley ist ein US-amerikanisches Investmentbanking- und Wertpapierhandelsunternehmen mit Hauptsitz in New York, hervorgegangen aus der Teilung von JP Morgan am 5. September 1935 infolge des Glass-Steagall Acts zur Trennung von Banken und Wertpapierhandelshäusern. 1997 fusionierte Morgan Stanley mit Dean Witter, dem Finanzdienstleister von Sears, Roebuck and Company. Morgan Stanley verfügt über ein langfristiges Kreditrating der renommierten Ratingagenturen von A. Die Wahrscheinlichkeit eines vollständigen oder teilweisen Ausfalls des Schuldners Morgan Stanley stufen wir aktuell als gering ein. Selbst ein Totalausfall wäre auf Ebene von PLE, HLE, SLE, ELE und VG durch nicht zur Bedeckung von SCR benötigte anrechenbare Eigenmittel gedeckt, sodass auch in diesem Fall eine Bedeckungsquote über 100 % sichergestellt wäre.

Exponierung BlackRock Asset Management Ireland Ltd.:

Die Exponierung in Anleihen der BlackRock Asset Management Ireland Ltd. mit einem Marktwert von 179.107 TEUR zum 31.12.2022 auf Ebene der VG stellt eine wesentliche Risikokonzentration dar. Diese Exponierung entfällt vollständig auf die PLE. BlackRock Asset Management Ireland Limited ist ein Asset Management Unternehmen. Das Unternehmen bietet Dienstleistungen im Bereich der Finanzplanung, der Asset Allokation, des Investment Management und der Beratung. BlackRock Asset Management Ireland ist weltweit tätig. BlackRock Asset Management Ireland Ltd. besitzt ein Aa3-Rating. Die Wahrscheinlichkeit eines vollständigen oder teilweisen Ausfalls des Schuldners

BlackRock Asset Management Ireland Ltd. stufen wir aktuell als sehr gering ein. Selbst ein Totalausfall wäre auf Ebene von PLE und VG durch nicht zur Bedeckung von SCR benötigte anrechenbare Eigenmittel gedeckt, sodass auch in diesem Fall eine Bedeckungsquote über 100 % sichergestellt wäre.

C.7.2 Andere wesentliche Informationen

Lebensversicherungsverträge beinhalten langfristig garantierte künftige Leistungen, für die die Kunden einmalig oder laufende Beiträge zahlen. In der Kalkulation der zu zahlenden Beiträge gilt das Vorsichtsprinzip für die einkalkulierten Erwartungen über die künftige Entwicklung der Zinsen, der Sterblichkeit sowie der Verwaltungskosten, um langfristige Zusagen gegenüber den Versicherungsnehmern sicherstellen zu können.

Bei einer erwartungsgemäßen Entwicklung der Kapitalmärkte sowie der Sterblichkeit und der Kosten werden die einkalkulierten Puffer nicht benötigt, sodass Überschüsse entstehen. Lebensversicherer sind dabei durch rechtliche Mindestanforderungen (vergleiche Mindestzuführungsverordnung) gesetzlich verpflichtet, die Versicherungsnehmer entsprechend an den Überschüssen zu beteiligen.

Die zukünftige Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer ist demnach in der Höhe nicht garantiert, da diese sich im Stressfall auch unter Beachtung der rechtlichen Mindestanforderungen reduzieren kann. Hieraus erklärt sich die risikomindernde Wirkung auf das SCR in den einzelnen Risiken. Die im Rahmen der SCR-Berechnungen zum 31.12.2022 berücksichtigte risikomindernde Wirkung der ZÜB beträgt 4.766.350 TEUR.

Diversifikationseffekte im Kontext der SCR-Berechnung tragen dem Umstand Rechnung, dass untereinander ganz oder teilweise unabhängige Risiken nicht gleichzeitig und/oder gleichermaßen eintreten beziehungsweise sich teilweise oder sogar ganz ausgleichen können. Die Berechnung der Diversifikationseffekte erfolgt bei Standardformelanwendern anhand vorgegebener Korrelationsmatrizen. Im Rahmen der SCR-Berechnungen zum 31.12.2022 betragen die Diversifikationseffekte nach Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung der ZÜB insgesamt 2.813.572 TEUR.

Auch latente Steuerverpflichtungen gegenüber dem Fiskus sind in der Höhe nach ebenfalls nicht fixiert. Treten durch die SCR-Stresse etwaige in der Solvabilitätsübersicht antizipierte positive Ergebnisse ganz oder teilweise nicht ein, so mindert sich entsprechend auch der an den Fiskus potenziell abzuführende Steuerbetrag. Hieraus erklärt sich die risikomindernde Wirkung auf das SCR. Die im Rahmen der SCR-Berechnung zum 31.12.2022 berücksichtigte risikomindernde Wirkung der latenten Steuern beträgt 490.235 TEUR.

Die vorstehend gemachten Ausführungen beinhalten alle wesentlichen Informationen über das Risikoprofil der VG.

D Bewertung für Solvabilitätszwecke

D.1 Vermögenswerte

D.1.1 Grundlagen und Methoden für die Bewertung der Vermögenswerte

D.1.1.1 Kapitalanlagen

Die Bewertung von Vermögenswerten zum Zweck der Berechnung der Solvabilität erfolgt gemäß der in Artikel 10 DVO festgelegten Bewertungshierarchie. Demnach werden Vermögenswerte grundsätzlich anhand von auf aktiven Märkten für identische Vermögenswerte festgestellten Marktpreisen bewertet (Mark-to-Market). Sollten keine Marktpreise auf aktiven Märkten für identische Vermögenswerte vorhanden sein, erfolgt die Bewertung anhand von Marktpreisen auf aktiven Märkten für ähnliche Vermögenswerte. In diesem Fall wird den Unterschieden bei den Vermögenswerten durch entsprechende Berichtigungen beziehungsweise Anpassungen Rechnung getragen (Mark-to-Model). Sind keine Preise auf aktiven Märkten verfügbar, wird auf alternative Bewertungsmethoden zurückgegriffen. In diesem Fall kommen auch Bewertungsmethoden zum Einsatz, deren Einflussgrößen sich nicht an aktuellen Marktinformationen orientieren.

Die VKG hat im Berichtszeitraum keine Änderungen bei der Bewertung der Kapitalanlagen vorgenommen. Verbundene Unternehmen werden grundsätzlich vollkonsolidiert. Eine Ausnahme bildet die Skandia PortfolioManagement GmbH, die als Finanzinstitut nicht Teil der Kerngruppe ist. Diese wird gemäß Artikel 335 Abs. 1e DVO mit dem verhältnismäßigen Anteil der nach den maßgeblichen Branchenvorschriften (Art. 92 Verordnung (EU) Nr. 575/2013) berechneten Eigenmittel bewertet. Die Eigenmittel ergeben sich durch Multiplikation des für den entsprechenden Finanzbereich berechneten Kapitals mit dem jeweiligen Stimmrechtsanteil. Beteiligungen von untergeordneter Bedeutung für die PLE werden mit dem jeweiligen Nettoinventarwert bewertet.

Gesellschaftsname	Bewertungsmethodik
Skandia PortfolioManagement GmbH	Branchenvorschriften (Art. 92 Verordnung (EU) Nr. 575/2013)
MPC Real Value Fund GmbH & Co.KG	Nettoinventarwert
RREEF Europ Feeder GmbH & Co Value Added Fund I KG	Nettoinventarwert
GLL GmbH & Co. Messeturm Holding KG i.L.	Nettoinventarwert

Bei den Anteilen an Investmentvermögen erfolgt die Bewertung des Spezialfonds sowie für die übrigen Fonds für Solvabilitätszwecke grundsätzlich gemäß Artikel 10 Abs. 3 DVO mittels des Anteilscheinpreises, den die Kapitalverwaltungsgesellschaft aus dem Nettoinventarwert der enthaltenen Vermögenswerte je ausgegebenen Anteilsschein ermittelt.

Die Fonds aus dem restlichen Vermögen (Überhanganteile aus der fondsgebundenen Lebensversicherung) werden für Solvabilitätszwecke ebenfalls grundsätzlich gemäß Artikel 10 Abs. 3 mit dem von der Kapitalverwaltungsgesellschaft ermittelten (Rücknahme-)Preis je Anteilsschein bewertet.

Den überwiegenden Anteil der unter nicht notierten Aktien ausgewiesenen Kapitalanlagen machen die von den Lebens-Gesellschaften der VKG geleisteten Beiträge an die Protektor Lebensversicherungs-AG aus. Deren Bewertung für Solvabilitätszwecke erfolgt gemäß Artikel 10 Abs. 5 DVO zu dem von der Sicherungseinrichtung zum Bewertungsstichtag für die Festsetzung des Jahresbeitrags

festgestellten Zeitwert je Anteil, multipliziert mit den den Lebens-Gesellschaften der VKG zum Bilanzstichtag zugeordneten Anteilen am Sicherungsfonds. Der Anteilswert entspricht dem Zeitwert des Sicherungsfondsvermögens der Protektor Lebensversicherungs-AG, dividiert durch die Zahl der den Mitgliedern des Sicherungsfonds bis zum Bewertungsstichtag insgesamt zugeordneten Anteile.

Ebenfalls unter den nicht notierten Aktien wird der Anteil der Lebens-Gesellschaften der VKG an der Protektor Lebensversicherungs-AG ausgewiesen. Da es für die Beteiligung an der Protektor Lebensversicherungs-AG keinen Markt – weder aktiv noch inaktiv – und damit entsprechend auch keinen Marktpreis gibt, wird der Anteils mittels alternativer Bewertungsmethode mit dem Wert des Eigenkapitals bewertet.

Die folgende Tabelle stellt für die Kapitalanlagen für eigene Rechnung unter SII die für die Bestimmung der ökonomischen Werte verwendete Stufe im Rahmen der Bewertungshierarchie dar.

In TEUR	Marktpreisnotierungen auf aktiven Märkten für gleiche Vermögenswerte	Marktpreisnotierungen auf aktiven Märkten für ähnliche Vermögenswerte	Alternative Bewertungsmethoden	Angepasste Equity-Methode	IFRS Equity-Methoden	Summe
Beteiligungen	0,0	0,0	4.494,5	0,0	0,0	4.494,5
Aktien – notiert	85.484,8	0,0	0,0	0,0	0,0	85.484,8
Aktien – nicht notiert	0,0	0,0	76.134,1	0,0	0,0	76.134,1
Staatsanleihen	8.595.743,8	0,0	295.378,0	0,0	0,0	8.891.121,8
Unternehmensanleihen	2.692.086,4	0,0	867.438,3	0,0	0,0	3.559.524,7
Strukturierte Schuldtitel	43.387,7	0,0	0,0	0,0	0,0	43.387,7
Organismen für gemeinsame Anlagen	5.978,2	0,0	23.438.398,3	0,0	0,0	23.444.376,6
Derivate (aktivisch)	0,0	0,0	8.964,5	0,0	0,0	8.964,5
Summe Anlagen	11.422.680,9	0,0	24.690.807,7	0,0	0,0	36.113.488,6

Sofern eine Kursnotierung in aktiven Märkten vorliegt, wird diese zur Ermittlung des ökonomischen Wertes des Finanzinstruments herangezogen. Sollte keine Kursnotierung vorliegen, werden Bewertungsmodelle zur Ermittlung des ökonomischen Wertes verwendet.

D.1.1.2 Sonstige Vermögenswerte (außer Rückversicherungsanteile)

Unter den sonstigen Vermögenswerten der VKG werden zum Stichtag 31.12.2022 sämtliche Vermögenswerte berücksichtigt, die nicht Bestandteil der Kapitalanlagen und Rückversicherungsanteile sind.

Entsprechend des § 74 Abs. 2 VAG haben wir die Vermögenswerte in der Solvabilitätsübersicht mit dem Betrag bewertet, zu dem sie zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht werden könnten.

Für diesen Zweck wurde gemäß Artikel 10 DVO nachfolgende Bewertungshierarchie berücksichtigt:

- ▼ notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt für identische Vermögenswerte beziehungsweise Verbindlichkeiten;
- ▼ notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt für ähnliche Vermögenswerte beziehungsweise Verbindlichkeiten;
- ▼ Bewertungsmodelle.

Diese Vorgabe stellt eine Marktwertbilanzierung dar. Um diese zu erhalten, hat grundsätzlich eine Bewertung nach den Internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS/IAS) zu erfolgen, sofern diese in Einklang zur oben beschriebenen Bewertungshierarchie stehen. Zudem ist gemäß Vorgabe der DVO auch der Ansatz in der Solvabilitätsübersicht grundsätzlich nach den IFRS/IAS anzuwenden.

Spezielle Vorschriften hinsichtlich des Ansatzes und der Bewertung von sonstigen Vermögenswerten wurden den zuvor erwähnten allgemeinen Bewertungs- und Ansatzgrundsätzen ordnungsgemäß vorgezogen.

Gemäß der BaFin Auslegungsentscheidung vom 01.01.2019 u.a. für die Bewertung und den Umgang mit Abrechnungsforderungen und -verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern sowie den Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern wurde eine Analyse der Fälligkeit durchgeführt. Positionen, die nach vorliegender Definition nicht als überfällig eingestuft wurden, sind unter SII den versicherungstechnischen Rückstellungen (bezogen auf Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern) bzw. den einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen (bezogen auf Abrechnungsforderungen und -verbindlichkeiten gegenüber RV) zugeordnet worden.

Gemäß des in Artikel 9 Nr. 4 DVO erwähnten Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit können Versicherungsunternehmen auch Bewertungsmethoden nutzen, die im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses herangezogen worden sind. Dies entspricht im Falle der VKG dem HGB-Wert. Um diesen Wert ansetzen zu können, müssen folgende Kriterien erfüllt sein:

- ▼ Die Bewertungsmethode steht in Einklang mit § 74 Abs. 2 VAG.
- ▼ Die Bewertungsmethode ist bezüglich der verbundenen Risiken der Geschäfte des Versicherungsunternehmens angemessen.
- ▼ Die Bewertungsmethode beruht nicht auf der Grundlage der IFRS/IAS.
- ▼ Die Bewertungsmethode nach IFRS/IAS ist mit unverhältnismäßig hohen Kosten verbunden.

Sofern auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zurückgegriffen werden konnte, haben wir die HGB-Werte für die Solvabilitätsübersicht übernommen und dies entsprechend begründet.

Bei der Anwendung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit wurden unternehmensindividuelle Festlegungen zur Wesentlichkeit bezüglich des Einklangs der Bewertungsmethode mit § 74 Abs. 2 VAG berücksichtigt. Demnach steht die HGB-Bewertungsmethode nicht in Einklang mit § 74 Abs. 2 VAG, wenn der HGB-Wert wesentlich vom Marktwert abweicht.

Die Wesentlichkeitsgrenze zum Stichtag ist dabei definiert als 3 % der verfügbaren Eigenmittel.

Aufgrund der Art der sonstigen Vermögenswerte haben wir die ersten beiden Bewertungsstufen des Artikels 10 DVO nicht angewendet. Falls nicht auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zurückgegriffen werden konnte, kam das Discounted-Cash-Flow Verfahren (DCF) im Rahmen der Bewertungsmodelle zum Einsatz.

Beim DCF-Verfahren werden die künftigen Zahlungsüberschüsse mit den entsprechenden Kapitalkosten auf den Stichtag diskontiert.

Für alle weiteren Positionen der sonstigen Vermögenswerte haben wir im Vergleich der Berichtsperioden 2022 und 2021 keine Änderungen hinsichtlich der Ansatz- und Bewertungsgrundlagen vorgenommen. Für etwaige Schätzungen und Annahmen wurden im Berichtsjahr 2022 keine Änderungen vorgenommen.

D.1.1.3 Rückversicherungsanteile

Die einzelnen Lebensversicherungs- und Rückversicherungsgesellschaft innerhalb der VG schließen zum Zweck der Risikominderung Rückversicherungsverträge ab, die insbesondere das Sterblichkeits- und Invaliditätsrisiko abdecken. Alle Rückversicherungsverträge (außer Verträge für Kapitalmanagement) sind über den Rückbehalt von zedierten versicherungstechnischen Rückstellungen (Rückversicherungsdepotverbindlichkeiten) abgesichert, sodass sie nahezu keinem Ausfallrisiko ausgesetzt sind.

Im Berichtszeitraum wurde keine Änderungen in der Ansatz- und Bewertungsmethodik vorgenommen.

Die Berechnung des Werts der Rückversicherungsverträge pro Gesellschaft finden analog zur Berechnung des besten Schätzwertes der versicherungstechnischen Rückstellungen statt. Deswegen sei in Bezug auf Methoden und Annahmen auf Kapitel D.2.2 zur Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen hingewiesen.

Die Beträge der Anteile der Rückversicherer an den versicherungstechnischen Rückstellungen wurden gemäß Solvency II als Vermögenswert ausgewiesen und nicht mit den versicherungstechnischen Rückstellungen verrechnet. Falls vom Rückversicherer ein Bardepot gestellt wurde (Ausweis einer Depotverbindlichkeit auf der Passivseite), sind die einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen, um den Wert der Depotverbindlichkeit zu erhöhen, da diese bereits als Verbindlichkeit ausgewiesen wird.

Die einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen ergeben sich aus den einzelnen Gesellschaften unter Berücksichtigung von gruppeninternen Transaktionen und belaufen sich zum 31.12.2022 auf 3.343.863 TEUR.

D.1.2 Quantitative und qualitative Erläuterung aller wesentlichen Unterschiede zwischen Vermögenswerten – HGB vs. Solvency II

D.1.2.1 Kapitalanlagen

D.1.2.1.1 Kapitalanlagen für eigene Rechnung

Die Kapitalanlagen setzten sich per 31.12.2022 gemäß Solvabilitätsübersicht wie folgt zusammen (in TEUR):

Nr.		S.02.01	Solvency II TEUR	HGB TEUR	Differenz TEUR
(1)	Immobilien (außer zur Eigennutzung)	R0080	0,0	0,0	0,0
(2)	Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	R0090	4.494,5	4.494,5	0,0
(3)	Aktien	R0100	161.618,9	111.273,4	50.345,5
(a)	Aktien - notiert	R0110	85.484,8	41.129,2	44.355,6
(b)	Aktien - nicht notiert	R0120	76.134,1	70.144,2	5.989,9
(4)	Anleihen	R0130	12.494.034,2	14.954.357,5	-2.460.323,3
(a)	Staatsanleihen	R0140	8.891.121,8	12.731.756,9	-3.840.635,1
(b)	Unternehmensanleihen	R0150	3.559.524,7	2.220.709,6	1.338.815,1
(c)	Strukturierte Schuldtitel	R0160	43.387,7	1.891,0	41.496,7
(d)	Besicherte Wertpapiere	R0170	0,0	0,0	0,0
(5)	Organismen für gemeinsame Anlagen	R0180	23.444.376,6	30.030.044,2	-6.585.667,7
(6)	Derivate	R0190	8.964,5	8.411,0	553,5
(7)	Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente	R0200	0,0	0,0	0,0
(8)	Sonstige Anlagen	R0210	0,0	0,0	0,0
	Gesamt		36.113.488,6	45.108.580,6	-8.995.092,0

Die Bewertung der Beteiligungen (Nr. 2) in der HGB-Bilanz erfolgt sowohl für verbundene Unternehmen als auch für Beteiligungen gemäß § 341b Abs. 1 i.V.m. § 253 Abs. 3 HGB mit den Anschaffungskosten, ggf. vermindert um notwendige Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB. Wertaufhellende Entwicklungen im Aufstellungszeitraum werden berücksichtigt. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Marktwert orientierten Ausweis in der Solvabilitätsübersicht und der HGB-Bilanzierung lag bei 0,0 TEUR.

Aktien (Nr. 3), die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden in der HGB-Bilanz gemäß § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 3 HGB handelsrechtlich nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet. Zur Feststellung, ob eine voraussichtlich dauerhafte Wertminderung der betreffenden Vermögenswerte vorliegt und somit eine außerplanmäßige Abschreibung nach § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB vorzunehmen ist, werden zunächst die Zeitwerte der letzten sechs Monate herangezogen. Eine voraussichtlich dauerhafte Wertminderung ist grundsätzlich gegeben, wenn der Zeitwert der Aktien in den dem Bilanzierungsstichtag vorausgehenden sechs Monaten durchgehend weniger als 80 % des Buchwertes zum Bewertungsstichtag betrug bzw. der Durchschnittswert der täglichen Kurse bzw. Preise der Aktien in den letzten zwölf Monaten weniger

als 90% des Buchwerts zum Bewertungsstichtag betrug. Aktien, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden gemäß HGB nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften nach § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 4 HGB (strenges Niederstwertprinzip) bewertet. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Marktwert orientierten Ausweis in der Solvabilitätsübersicht und der HGB-Bilanzierung lag bei 50.345,5 TEUR.

Anleihen (Nr. 4) in Form von Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden gemäß § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 3 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet. Zur Feststellung einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB werden die Papiere auf ihre Bonität hin überprüft. Im Rahmen der Bonitätsprüfung werden neben der Kreditwürdigkeit des Emittenten gegebenenfalls bestehende Sicherheiten und zum Stichtag eingetretene oder erwarteten Zinsausfälle berücksichtigt. Abschreibungen aufgrund einer dauerhaften Wertminderung erfolgen nur, wenn nicht mehr mit einer vollständigen Zahlung der vertraglichen Rückflüsse gerechnet wird. Bei über pari erworbenen Wertpapieren wird das Agio über die Laufzeit amortisiert. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften nach § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 4 HGB (strenges Niederstwertprinzip) bewertet.

Anleihen in Form von Schuldscheindarlehen werden handelsrechtlich mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode nach § 341c Abs. 3 HGB angesetzt. Namensschuldverschreibungen werden mit dem Nennwert nach § 341c Abs. 1 HGB angesetzt. Disagioträge werden passivisch, Agioträge aktivisch abgegrenzt und unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt. Namensschuldverschreibungen werden mit dem Nennwert nach § 341c Abs. 1 HGB angesetzt. Disagioträge werden passivisch, Agioträge aktivisch abgegrenzt und linear über die Laufzeit verteilt. Zero-Namensschuldverschreibungen und Zero-Schuldscheindarlehen werden zu Anschaffungskosten zuzüglich der laufzeitabhängigen Zinsamortisation unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet. Zur Feststellung einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB wurden die Papiere auf ihre Bonität hin überprüft. Im Rahmen der Bonitätsprüfung wurden neben der Kreditwürdigkeit des Emittenten gegebenenfalls bestehende Sicherheiten und zum Stichtag eingetretene oder erwartete Zinsausfälle berücksichtigt. Abschreibungen aufgrund einer dauerhaften Wertminderung erfolgten nur, wenn nicht mehr mit einer vollständigen Zahlung der vertraglichen Rückflüsse gerechnet wird. Infolge des Marktwertansatzes in der Solvabilitätsübersicht, die auch die aufgelaufenen Stückzinsen der Anleihen berücksichtigt, ergibt sich ein Bewertungsunterschied gegenüber den Buchwerten nach HGB von -2.460.323,3 TEUR, von denen -3.840.635,1 TEUR auf Staatsanleihen, 1.338.815,1 TEUR auf Unternehmensanleihen und 41.496,7 TEUR auf Strukturierte Schuldtitel entfallen.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Nr. 5), die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden gemäß § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 3 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet. Die Bewertung der Spezialfonds erfolgt gemäß § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip zum beizulegenden Zeitwert. Zur Feststellung, ob bei Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere eine voraussichtlich dauerhafte Wertminderung vorliegt und somit eine außerplanmäßige Abschreibung nach § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB vorzunehmen ist, werden grundsätzlich zunächst die Zeitwerte der letzten sechs bzw. zwölf Monate herangezogen. Eine voraussichtlich dauerhafte

Wertminderung ist grundsätzlich gegeben, wenn der Zeitwert der einzelnen Titel in den dem Bilanzierungsstichtag vorausgehenden sechs Monaten durchgehend weniger als 80 % des Buchwertes zum Bewertungsstichtag betrug bzw. der Durchschnittswert der täglichen Kurse bzw. Preise des Wertpapiers in den letzten zwölf Monaten weniger als 90% des Buchwertes zum Bewertungsstichtag betrug. Anteile an Investmentvermögen wurden dabei grundsätzlich als eigenständige Bewertungsobjekte betrachtet. Bei Spezialfonds erfolgt abweichend bei unter den fortgeführten Anschaffungskosten liegenden beizulegenden Zeitwerten zur Ermittlung des potenziellen Abschreibungsbedarfs die Bestimmung des Substanzwertes aller im jeweiligen Fonds befindlichen Assets. Sofern dieser unter den fortgeführten Anschaffungskosten liegt, wird auf den Substanzwert abgeschrieben. Bei Anteilen an Immobilienfonds, die sich in Abwicklung befinden, wird bei einem unter den fortgeführten Anschaffungskosten liegendem Net Asset Value von einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB ausgegangen und die Beteiligungen entsprechend auf den beizulegenden Zeitwert wertgemindert. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften nach § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 4 HGB (strenges Niederstwertprinzip) bewertet. Im Vergleich zur marktwertbasierten Bewertung mittels Nettoinventarwert für SII-Zwecke resultierte insgesamt ein Unterschiedsbetrag von -6.585.667,7 TEUR.

Im Rahmen der Zugangsbewertung werden derivative Finanzinstrumente (Nr. 6) handelsrechtlich in Höhe einer ggf. geleisteten oder erhaltenen Ausgleichszahlung aktiviert bzw. passiviert. Derivative Finanzinstrumente, die bilanziell nicht Bestandteil einer Bewertungseinheit sind, werden gemäß HGB nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften nach § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 4 HGB (strenges Niederstwertprinzip) bewertet. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Marktwert orientierten Ausweis in der Solvabilitätsübersicht und der HGB-Bilanzierung lag bei 553,5 TEUR.

D.1.2.1.2. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen, bei denen es sich ausschließlich um fondsgebundene Anlagen handelt, wurden gemäß § 341d HGB mit dem Zeitwert bewertet. Der Zeitwert entspricht dem jeweils von der Kapitalverwaltungsgesellschaft auf Basis des Nettoinventarwerts und gegebenenfalls des Wechselkurses der enthaltenen Vermögenswerte je ausgegebenen Anteilsschein ermittelten Fondspreis. Da die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts gemäß HGB den Bewertungsvorgaben der Solvabilitätsübersicht entspricht, ist der Ausweis des Spezialfonds in der Solvabilitätsübersicht und der HGB-Bilanz deckungsgleich.

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen setzten sich per 31.12.2022 wie folgt zusammen (in TEUR):

Nr.		S.02.01	Solvency II TEUR	HGB TEUR	Differenz TEUR
(1)	Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen	R0220	19.084.220,2	19.084.220,2	0,0

D.1.2.2 Sonstige Vermögenswerte (außer Rückversicherungsanteile)

In der nachfolgenden Übersicht sind die Beträge der Solvabilitätsübersicht zum 31.12.2022 und des Vorjahres dargestellt. Für alle Positionen der sonstigen Vermögenswerte wurden keine Änderungen vorgenommen hinsichtlich der Ansatz- und Bewertungsgrundlagen im Vergleich der Berichtsperioden 2022 und 2021. Für etwaige Schätzungen und Annahmen wurden im Jahr 2021 keine Änderungen vorgenommen.

Für alle sonstigen Vermögenswerte werden als Ansatz der HGB-Wert als Bewertungsmethode herangezogen gemäß Artikel 9 Nr. 4 DVO (Grundsatz der Verhältnismäßigkeit). Die voraussetzenden Kriterien sind erfüllt.

Nr.		S.02.01	31.12.2022 TEUR	31.12.2021 TEUR	Veränderung TEUR
(1)	Immaterielle Vermögenswerte	R0030	0	0	0
(2)	Latente Steueransprüche	R0040	0	0	0
(3)	Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf	R0060	5.330	7.803	-2.473
(4)	Darlehen und Hypotheken	R0230	868.063	1.128.405	-260.342
(5)	Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0360	173.951	144.672	29.279
(6)	Forderungen gegenüber Rückversicherern	R0370	0	0	0
(7)	Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	R0380	1.100.979	833.301	267.678
(8)	Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	R0410	332.247	494.680	-162.433
(9)	Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	R0420	14.373	6.337	8.036

Erläuterungen zu den Veränderungen gegenüber dem Vorjahr:

- 1) Keine Veränderung zum Vorjahr.
- 2) Keine Veränderung zum Vorjahr.
- 3) Aufgrund der Ansatzvorschriften gemäß IFRS 16 sind Leasing- und Mietverhältnisse als Vermögensgegenstand zu aktivieren und parallel in den Verbindlichkeiten Handel, nicht Versicherung zu passivieren. Die zu berücksichtigenden Werte sind im Vergleich zu 2021 aufgrund des Auslaufens von Verträgen gesunken. In Ergänzung dazu ist die Position durch fortschreitende Abschreibungen der Vorjahreswerte geprägt.
- 4) Im Wesentlichen beruht Rückgang auf der Bewertung der Hypothekendarlehen begründet durch die allgemeine Zinssteigerung.
- 5) Der Anstieg der Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern zum Stichtag 31.12.2022 resultiert im Wesentlichen aus einem Anstieg bei der Proxalto Lebensversicherung AG.
- 6) Die Abrechnungsforderungen werden auf „Null“ angesetzt begründet durch die Berücksichtigung der BaFin-Auslegungsentscheidung vom 01.01.2019. Es wurden zum Stichtag 31.12.2022 alle Abrechnungsforderungen als „fällig“ klassifiziert und daher den einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen zugeordnet.

- 7) Im Wesentlichen beruht der Anstieg auf zusätzlichen nicht-liquiden Forderungen gegen Dritte (350.000 TEUR) in der Proxalto Lebensversicherung AG. Im Weiteren reduzierten sich die Forderungen aus dem Schuldbeitritt für Pensionsverpflichtungen der Generali Deutschland AG zu den Pensionsverpflichtungen in der PLE Pension GmbH um 156.916 TEUR, welche entsprechend den Regelungen des IAS 19 brutto ausgewiesen werden (Gegenbuchung innerhalb der Pensionsverpflichtungen).
- 8) Durch den Rückgang der Derivate sind auch die dafür als Sicherheit hinterlegten Zahlungsmittel rückläufig.
- 9) Im Wesentlichen durch Rückgang der sonstiger Rechnungsabgrenzungsposten in der Servicegesellschaften.

Die sonstigen Vermögenswerte (außer Rückversicherungsanteile) beinhalten zum Stichtag folgende Positionen:

Nr.		S.02.01	Solvency II TEUR	HGB TEUR	Umbewer- tung nach Solvency II
(1)	Immaterielle Vermögenswerte	R0030	0	636.314	-636.314
(2)	Latente Steueransprüche	R0040	0	0	0
(3)	Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf	R0060	5.330	993	4.337
(4)	Darlehen und Hypotheken	R0230	868.063	946.407	-78.344
(5)	Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0360	173.951	348.996	-175.045
(6)	Forderungen gegenüber Rückversicherern	R0370	0	11.827	-11.827
(7)	Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	R0380	1.100.979	581.646	519.333
(8)	Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	R0410	332.247	332.247	0
(9)	Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	R0420	14.373	263.795	-249.422

- 1) Die nach HGB angesetzten immateriellen Vermögenswerte bestehen im Wesentlichen aus den Versicherungsbeständen der Lebensversicherungsgesellschaften (635.959 TEUR), die im Rahmen der Kaufpreisallokation im Konzernabschluss aktiviert wurden und planmäßig über die Laufzeit der Versicherungsverträge abgeschrieben werden. Alle Vermögenswerte dieser Position werden gemäß Artikel 12 DVO unter Solvency II mit Null angesetzt, da das für die Berücksichtigung erforderliche Kriterium der Einzelveräußerbarkeit nicht erfüllt ist.
- 2) Zum Stichtag besteht ertragssteuerliche Organschaft, in der alle Gesellschaften der Viridium Gruppe mit Ausnahme der Servicegesellschaften VSM, PSM, HLSM inkl. LVB und ESM sowie die Spezial-Investmentkommanditgesellschaften miteinbezogen sind. Organträgerin ist die Viridium Group GmbH & Co. KG. Die Ermittlung der latenten Steuern unter Solvency II erfolgt auf Basis der Differenz zwischen dem Ansatz und der Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gemäß der Solvabilitätsübersicht und der Steuerbilanz. Aufgrund der bestehenden ertragsteuerlichen Organschaft wurden die Differenzen zwischen Solvabilitätsübersicht beziehungsweise Handels- und Steuerbilanz mit dem Steuersatz der Organträgerin, der Viridium Group GmbH & Co. KG, bewertet. Dieser beträgt zum Stichtag 8,75 % und stellt wegen der Rechtsform der Organträgerin nur den Gewerbesteuersatz dar.

Zwischen der Meribel Finco Limited, der Viridium Group GmbH & Co. KG, der Viridium Holding AG, der Viridium Group Management GmbH sowie der PLE, HLE und SLE besteht seit Dezember 2020 ein Steuerumlagevertrag in Bezug auf Körperschaftsteuer, zuzüglich Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer. Die Höhe der Steuerumlage bemisst sich nach der Körperschaftsteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer, die auf die PLE, HLE bzw. SLE entfielen, wären diese nicht in eine ertragsteuerliche Organschaft eingebunden (Stand-alone-Methode). Die Ermittlung der latenten Steuern unter Solvency II erfolgt auf Basis der Differenz zwischen dem Ansatz und der Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gemäß der Solvabilitätsübersicht und der Steuerbilanz. Differenzen zwischen Solvabilitätsübersicht und Steuerbilanz werden mit dem Gewerbe- und Körperschaftsteuersatz der PLE, HLE und SLE bewertet, der zum Zeitpunkt der Umkehrung der temporären Differenzen gilt und zum Stichtag in Summe 24,575 % beträgt. Gemäß § 306 HGB führen die aufgrund von Konsolidierungsmaßnahmen entstehenden temporären Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen der Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten sowie deren steuerlichen Wertansätzen insgesamt zu einer Steuerbelastung und werden daher als passive latente Steuern im Konzernabschluss angesetzt. Aktive und passive latente Steuern werden saldiert aus ausgewiesen. Die Werthaltigkeit der aktiven latenten Steuern wurde durch ausreichend zu versteuernde temporäre Differenzen (passive latente Steuern) nachgewiesen, die sich auf die gleiche Steuerbehörde beziehen und deren Auflösung zeitgleich mit oder nach den aktiven latenten Steuern erwartet wird. Aus diesem Grund kann die Abhängigkeit von erwarteten künftigen steuerpflichtigen Gewinnen für die Verwendung der latenten Steueransprüche vernachlässigt werden. Die Verrechnung der aktiven und passiven latenten Steuern führt zu einem Passivüberhang, weshalb die latenten Steueransprüche unter Solvency II mit einem Betrag von 0 TEUR ausgewiesen werden.

- 3) Bei den Sachanlagen handelt es sich um abnutzbare Vermögenswerte, die anhand ihrer Nutzungsdauern abgeschrieben werden. Die nach HGB verwendete Nutzungsdauer zielt auf die wirtschaftliche Abnutzung des Vermögenswerts ab, sodass der nach HGB angegebene Betrag annähernd den Marktwert widerspiegelt. Aufgrund des Wesentlichkeitsgrundsatzes ist eine Umbewertung nicht notwendig, sodass wir den HGB-Wert für Solvency II übernehmen können. Der dargestellte Unterschiedsbetrag basiert auf dem Ansatz des IFRS 16, nach dem alle Leasing- und Mietverhältnisse in der Solvabilitätsübersicht auszuweisen sind. Parallel erfolgt der Ausweis in den Verbindlichkeiten Handel, nicht Versicherung.
- 4) Diese Position beinhaltet im Wesentlichen Darlehen an Privatpersonen (628.360 TEUR), sonstige Darlehen und Hypotheken (214.080 TEUR) sowie Policendarlehen (25.623 TEUR). Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen werden handelsrechtlich mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode nach § 341c Abs. 3 HGB angesetzt. Zur Feststellung einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB werden die Darlehen auf ihre Bonität hin überprüft. Im Rahmen der Bonitätsprüfung werden neben der Kreditwürdigkeit des Emittenten ggf. bestehende Sicherheiten und zum Stichtag eingetretene oder erwartete Zinsausfälle berücksichtigt. Abschreibungen aufgrund einer dauerhaften Wertminderung erfolgen nur, wenn nicht mehr mit einer vollständigen Zahlung der vertraglichen Rückflüsse gerechnet wird. Die handelsrechtliche Bewertung der Policendarlehen entspricht der dargestellten Bewertung der Darlehen und Hypotheken. Zusätzlich sind in den sonstigen Darlehen zwei an die Kommanditistin gewährte Darlehen in Höhe von gesamt 140.000 TEUR (Laufzeit: 30.06.2023) enthal-

ten, die gemäß HGB mit den fortgeführten Anschaffungskosten beziehungsweise dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt werden. Der HGB-Betrag entspricht dabei dem Marktwert (Clean Value ohne aufgelaufene Stückzinsen), der unter Anwendung des DCF-Verfahrens ermittelt wurde. Dabei wurden die vertraglich vereinbarten zukünftigen Zins- und Tilgungszahlungen unter Verwendung der beobachtbaren risikolosen Swapkurve zuzüglich eines Spreads auf den Stichtag diskontiert. Der Zinssatz basiert auf einem flexiblen Basiszins (3-Monats-Euribor) sowie einem angemessenen unternehmensspezifischen Spread für den Schuldner. Des Weiteren beinhaltet der Solvency-II-Wert des Darlehens die bis zum Stichtag aufgelaufenen Zinsen, sodass für Solvency II ordnungsgemäß inkl. der aufgelaufenen Zinsen angesetzt wird. Aufgrund des flexiblen Basiszinses hat eine wesentliche Veränderung der risikolosen Swapkurve keine wesentliche Auswirkung auf den derzeitigen Marktwert des Darlehens und somit auf die Eigenmittel. Etwaige Cash-Pool-Forderungen wurden unter Solvency II mit dem HGB-Betrag angesetzt, da dieser den jederzeit fälligen Nennbetrag darstellt und somit dem Marktwert entspricht.

- 5) Die Umbewertung bei den Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern ergibt sich zum einen aus den noch nicht fälligen Ansprüchen gegenüber Versicherungsnehmern (Forderungen aus Zillmerung)⁶, die nach § 15 RechVersV nach HGB mit dem Nennwert aktiviert und abzüglich gegebenenfalls erforderlicher Wertberichtigungen ausgewiesen werden. Unter Solvency II sind diese Forderungen Bestandteile der abgezinsten versicherungstechnischen Zahlungsströme und damit im Rahmen der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen zu berücksichtigen. Unter Solvency II werden die aktivierten Abschlusskosten daher mit 0 TEUR angesetzt. Im Weiteren wird auch durch die BaFin-Auslegungsentscheidung vom 01.01.2019 die als fällig klassifizierten Forderungen zu den versicherungstechnischen Rückstellungen zugeordnet. Die übrigen Forderungen betreffen die dann überfälligen Ansprüche gegenüber den Versicherungsnehmern und den Versicherungsvermittlern. Unter HGB werden diese Forderungen zum Nennbetrag unter Berücksichtigung von Wertberichtigungen angesetzt. Aufgrund des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit wurde dieser Betrag für Solvency II übernommen. Dies ist insbesondere durch die Kurzfristigkeit der Forderungen unter Berücksichtigung der fristenkongruenten Swapkurve und der Angemessenheit der Wertberichtigung begründet.
- 6) Die Umbewertung im Bereich Forderungen gegenüber Rückversicherern beruhen auf die Klassifizierung als „fällig“ und sind somit den einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen. Grundsatz ist die Auslegungsentscheidung der BaFin vom 01.01.2019 in Verbindung mit der Durchführungsverordnung (EU) 2015/2450 zur Bewertung der Abrechnungsforderungen und -verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern. Es sind demnach nur überfällige Beträge als Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern unter R0370/R0830 auszuweisen. Hierbei ist zu beachten, dass ein Betrag dann als überfällig zu betrachten ist, wenn der vertraglich vereinbarte Fälligkeitstermin überschritten ist.
- 7) Der Unterschiedsbetrag und auch wesentlicher Bestandteil der Position ist der Schuldbeitritt der Generali Deutschland AG zu Verpflichtungen der betrieblichen Altersversorgung, welche auf die PLE Pension GmbH übertragen (485.083 TEUR) und die Proxalto Service Management GmbH (34.672 TEUR) wurde. Im Gegensatz zur Handelsbilanz erfolgt in der Solvabilitätsübersicht gemäß IAS 19 ein Bruttoausweis, d.h. eine Bilanzverlängerung von 519.755 TEUR, deren aktivischer Teil unter den Forderungen ausgewiesen wird.

⁶ Vgl. Auslegungsentscheidung der BaFin vom 22.01.2016.

Von einer Umbewertung der in dieser Position beinhalteten Forderungen, die gemäß HGB mit den Nennwerten unter Berücksichtigung von Wertberichtigungen auszuweisen sind, wurde aufgrund des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit abgesehen. Dies ist wie unter Punkt 5 begründet. Die Differenz zwischen dem Solvency II und dem HGB-Betrag ergibt sich zum einen durch die Umgliederung der für die Darlehen bis zum Stichtag aufgelaufenen Zinsen (siehe Punkt 4) und zum anderen aufgrund des unterschiedlichen Konsolidierungskreises.

- 8) Bei der Position Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente ergibt sich zwischen Solvency II und HGB kein Bewertungsunterschied. Alle laufenden Guthaben bei Banken sind nach HGB zum Nennwert unter Berücksichtigung möglicher Ausfallrisiken angesetzt. Dieser entspricht dem Marktwert, da es sich hierbei um jederzeit einforderbare Beträge handelt.
- 9) Die sonstigen nicht an anderer Stelle ausgewiesenen Vermögenswerte beinhalten unter HGB im Wesentlichen abgegrenzte Zinsen und Agien, die unter Solvency II den Kapitalanlagen zuzuordnen sind (249.422 TEUR). Diese werden unter Solvency II inklusive der Zinsen und Agien angesetzt. Demzufolge sind die sonstigen Vermögenswerte unter Solvency II mit Null anzusetzen. Der unter Solvency II ausgewiesene Betrag beinhaltet neben den sonstige Rechnungsabgrenzungsposten die abgegrenzten Zinsen der Policendarlehen aus der PLE.

D.1.2.3 Rückversicherungsanteile

In der folgenden Tabelle erfolgt eine Gegenüberstellung der Rückversicherungsanteile nach Solvency II und HGB zum 31.12.2022:

	Solvency II TEUR	HGB TEUR	Umbewertung nach Solvency II TEUR
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen	3.343.863	3.967.678	-623.815

Die Umbewertung ergibt sich aus

- ▼ dem besten Schätzwert des Zahlungsstroms des Rückversicherungsgeschäftes für PLE, HLE, SLE, ELE und VRE,
- ▼ der Umklassifizierung der fälligen Abrechnungsforderungen und -verbindlichkeiten in einforderbare Beträge aus Rückversicherung gemäß DVO (EU) 2015/2450 zur Bewertung der Abrechnungsforderungen und -verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern der PLE, HLE, SLE, ELE und VRE,
- ▼ Berücksichtigung der gruppeninternen Transaktionen zwischen jeweils PLE, HLE, ELE und VRE.

Weitere Informationen zu den Unterschieden in Methoden und Annahmen zwischen Solvency II und HGB sind dem Kapitel D.2 „Versicherungstechnische Rückstellungen“ zu entnehmen. Diese gelten hier analog.

D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen

D.2.1 Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen nach Geschäftsbereich

Die folgende Übersicht zeigt die versicherungstechnischen Rückstellungen zum 31.12.2022 nach Geschäftsbereichen in TEUR:

TEUR	Versicherungen mit Überschussbeteiligung	Index- und Fondsggebundene Versicherungen	Gesundheit nach Art der Leben	Gesamt
Brutto Bester Schätzwert (BEL)	29.014.582	19.469.716	503.043	48.987.341
Risikomarge (RM)	290.021	290.396	335.746	916.163
Versicherungstechnische Rückstellungen – Gesamt (BEL + RM)	29.304.603	19.760.112	838.789	49.903.504

D.2.2 Methode und Hauptannahmen zur Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen

Die versicherungstechnische Rückstellung nach Solvency II setzt sich aus dem Besten Schätzwert und der Risikomarge zusammen.

D.2.2.1 Bester Schätzwert

Der Beste Schätzwert der Gruppe wird als Bester Schätzwert der Lebens- und Rückversicherungsbestände der Unternehmen PLE, HLE, SLE, ELE und VRE auf Basis der Konsolidierungsmethode („Methode 1“) ermittelt.

Auf Ebene der Solo-Lebensversicherungsunternehmen erfolgt die Bestimmung des Besten Schätzwertes mit geeignet verdichteten Modellpunkten, auf Ebene des Rückversicherungsunternehmen erfolgt die Bewertung des Besten Schätzwertes auf Basis der einzelvertraglichen Berechnungen.

Die bewerteten Zahlungsströme setzen sich zusammen aus den vertraglich vereinbarten Leistungen zuzüglich erwarteten künftigen Überschusszahlungen (aufgrund von Ablauf, Storno, Tod, Invalidität, Rentenzahlung etc.) zuzüglich der künftigen Kosten, abzüglich künftig erwarteter Einnahmen aus Beiträgen und Bestandsprovisionen von den Kapitalanlagegesellschaften. Bei den künftigen Kosten werden die Aufwände, die in der Gruppe auf konsolidierter Basis anfallen, herangezogen. Das Vorgehen hat keinen Einfluss auf die Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) und die Gewinnbeteiligung für den Versicherungsnehmer, da hierfür unverändert die Dienstleistungsverträge zwischen den Lebensversicherungsgesellschaften und den Versicherungsservicegesellschaften angesetzt werden.

Die künftigen Beiträge – und die zugehörigen Leistungen – beinhalten für das Geschäft künftige Dynamiken – das heißt automatische Beitragserhöhungen, die mit dem Versicherungsnehmer vorab vereinbart wurden. Dafür wurde eine Annahme über die Dynamikannahmequote getroffen. Dieses Vorgehen entspricht den Vorgaben von Solvency II zu Vertragsgrenzen.

Die Hauptannahmen zur Berechnung des Besten Schätzwertes sind:

- ▼ Storno- und Beitragsfreistellung
- ▼ Künftige Dynamiken
- ▼ Kapitalwahloption bei Verrentung
- ▼ Sterblichkeit
- ▼ Invalidisierungswahrscheinlichkeiten
- ▼ Kosten
- ▼ Zukünftige Überschussätze

Bei der Bestimmung der Annahmen, die zur Berechnung des Besten Schätzwertes zugrunde gelegt wurden, wurde auf Erfahrungswerte und, sofern angemessen, auf Expertenmeinungen zurückgegriffen. Die Herleitung der Annahmen erfolgt hierbei so realitätsnah wie möglich und entsprechend den Anforderungen von Solvency II ohne einen zusätzlichen Sicherheitsaufschlag. Die Annahmen unterliegen einem regelmäßigen Verfahren zur Überprüfung durch den Bereich Steuerung Leben sowie der Versicherungsmathematischen Funktion und Genehmigung durch den Vorstand.

Von der erleichternden Option der Volatilitätsanpassung wurde für die PLE, HLE, SLE und ELE Gebrauch gemacht.

D.2.2.2 Risikomarge

Die Risikomarge unter Solvency II ist ein Aufschlag auf den zuvor beschriebenen Besten Schätzwert. Diese wird ermittelt als der erwartete Zuschlag, den ein anderes Unternehmen bei einer Übernahme der Verpflichtungen zusätzlich zum Besten Schätzwert fordern würde. Die Risikomarge der Gruppe ergibt sich nach Artikel 340 Delegierte Verordnung (EU) 2015/35 (DVO) als Summe der Solo-Risikomargen der Versicherungsunternehmen der Gruppe.

In der PLE, HLE, SLE, ELE und VRE wurden einheitliche Methoden zur Bestimmung der Risikomarge verwendet. Die Risikomarge wird analog zu den Vorgaben unter Solvency II als Kapitalkosten auf künftige Risiken hergeleitet. Zur Berechnung wird das Risikokapital der Gesellschaft anhand von Risikotreibern pro Risikokategorie fortgeschrieben, mit dem von EIOPA vorgegebenen Kapitalkostensatz von 6 % belegt und mit der zum Stichtag gültigen EIOPA-Zinsstrukturkurve diskontiert.

D.2.3 Grad der Unsicherheit bezüglich der Höhe der vt. Rückstellungen

Der Grad der Unsicherheit der versicherungstechnischen Rückstellungen ist abhängig von folgenden Teilaspekten:

- ▼ **Qualität der Inputdaten**, wobei hier noch folgende Unterpunkte unterschieden werden können:
 - Bestandsdaten des Passivportfolios
 - Bestandsdaten des Aktivportfolios
 - Inputdaten aus den Modellen der Lebensgesellschaften (auf Ebene von ServiceCo und VRE)
 - Inputdaten aus der HGB-Planung (auf Ebene der ServiceCo)
 - Weitere Inputdaten aus Bilanz, GuV und anderen Quellen

- ▼ **Unsicherheit in Modellannahmen**, wobei hier noch folgende Unterpunkte unterschieden werden können:
 - Ökonomische Annahmen
 - Kostenannahmen
 - Biometrische Annahmen
 - Storno- und Kapitalwahlannahmen

- ▼ **Modellvereinfachungen und Modellierungsansätze**, wobei hier noch folgende Unterpunkte unterschieden werden können:
 - Modellierung der Passiva
 - Modellierung der Aktiva
 - Managementregeln

D.2.3.1 Qualität der Inputdaten

Passivportfolio

Die Passivdaten werden für die einzelnen Lebensgesellschaften auf Basis eines Abzugs der Bestandsdaten aus dem Bestandsführungssystem zum Bewertungsstichtag erzeugt, wobei in diesem Prozess grob vier Teilschritte unterschieden werden können, in dem für jeden einzelnen Schritt separate Überprüfungen und Qualitätssicherungen erfolgen:

1. Abzug der Rohdaten aus dem Bestandsführungssystem: Im Rahmen dieses Schrittes wird auf Teilbestandsebene⁷ eine Prüfung auf Vollständigkeit auf Basis von Deckungsrückstellung und Jahresprämie durchgeführt.
2. Umwandlung der Rohdaten aus dem Bestandsführungssystem in Passiv-Modellpunkte für das Projektionssystem (RAFM): Dieser Schritt beinhaltet auch ein Mapping von Ist-Tarifen auf Tarife im Modell sowie gegebenenfalls ein Aussortieren fehlerhafter Datensätze. Darüber hinaus wird auf Teilbestandsebene eine Prüfung auf Vollständigkeit und Angemessenheit auf Basis von Deckungsrückstellung und Jahresprämie durch Abgleich von Ist- und Modellwerten durchgeführt.
3. Skalierung der RAFM-Passiv-Modellpunkte auf Teilbestandsebene, um die Ist-Deckungsrückstellung zu treffen: In diesem Schritt werden die Skalierungsfaktoren geprüft und mit denen der Vorquartale verglichen.
4. Verdichtung der RAFM-Passiv-Modellpunkte: In diesem Schritt wird geprüft, dass alle wesentlichen Modellergebnisse (Bilanz- und GuV-Positionen, Positionen der Gewinnzerlegung sowie alle Leistungs-, Kosten- und Prämien-Cashflows) zwischen unverdichtetem und verdichtetem gut übereinstimmen. Der Abgleich erfolgt sowohl für die einzelnen Projektionsjahre als auch barwertig.

Als finaler Schritt findet im Rahmen der Solvency II-Berechnungen ein Abgleich zwischen der Passivseite der Startbilanz im Modell und der Ist-Stichtagsbilanz statt. Verbleibende Unterschiede zwischen Modell und Ist in den versicherungstechnischen Rückstellungen werden als „Unmodelled“-

⁷ Hierbei wird nach Teilbestand im Sinne der Mindestzuführungsverordnung, Tarifart (d.h. Risiko, BU(Z), Kapital, Rente, FLV, FRV etc.) und Rechnungszins getrennt und für jede Kombination eine separate Prüfung durchgeführt.

Position in der Solvency II-Bilanz ausgewiesen. Unterschiede beim Fondsvermögen von Unit-Linked-Verträgen werden dabei in gleicher Höhe dem Besten Schätzwert zugeordnet. Unterschiede aus anderen Positionen werden auf Basis des Verhältnisses von Besten Schätzwert zu HGB-Deckungsrückstellung skaliert und dann dem Besten Schätzwert zugeordnet.

Durch dieses Vorgehen wird die Angemessenheit, Vollständigkeit und Exaktheit der Inputdaten des Passivportfolios geprüft und sichergestellt, dass die Datenqualität dazu geeignet ist, zuverlässige Ergebnisse der Solvency-II-Berechnung zum Berichtstermin zu gewährleisten.

Aktivportfolio

Die Aktivdaten werden für die einzelnen Lebensgesellschaften auf Einzeltitelbasis zum Bewertungsstichtag von den verschiedenen Assetmanagern geliefert und durch Abgleich mit Bilanzwerten auf Angemessenheit, Vollständigkeit und Exaktheit geprüft.

Die Umwandlung dieser Rohdaten in Aktiv-Modellpunkte findet analog zu Schritt 2 der Passivdatenaufbereitung statt, wobei die Prüfung auf Vollständigkeit und Angemessenheit auf Ebene der einzelnen Assetklassen stattfindet.

Zusätzlich findet bei festverzinslichen Assets auf Basis einzelner Modellpunkte eine Skalierung von Coupon- und Ablaufzahlungen statt, durch die sichergestellt wird, dass der Wert der diskontierten Cashflows des Asset-Modellpunkts mit dem Marktwert des zugrundeliegenden Einzeltitels übereinstimmt.

Als finaler Schritt findet im Rahmen der Solvency II-Berechnungen eine Skalierung der Asset-Modellpunkte auf die Länge der Passivseite der Startbilanz im Modell statt. Dadurch wird berücksichtigt, dass einzelne Bilanzpositionen (z.B. die Schadenrückstellung) aktuell im Modell nicht vorhanden sind.

Durch dieses Vorgehen wird die Angemessenheit, Vollständigkeit und Exaktheit der Inputdaten des Aktivportfolios geprüft und sichergestellt, dass die Datenqualität dazu geeignet ist, zuverlässige Ergebnisse der Solvency-II-Berechnung zum Berichtstermin zu gewährleisten.

Inputdaten aus den Lebensgesellschaften

Als Teil der Solvency II-Berechnungen der Lebensgesellschaften werden für die jeweiligen Rückversicherungsverträge mit der VRE sowohl für den Basislauf als auch für die verschiedenen Stresse alle für die Bewertung der Rückversicherungsverträge relevanten Cashflows berechnet, welche von der Lebensgesellschaft an die VRE bzw. von VRE an die Lebensgesellschaft fließen.

Außerdem werden in diesen Läufen die Gebühren berechnet, welche von der Lebensgesellschaft an die jeweilige ServiceCo fließen.

Auf Ebene der einzelnen Lebensgesellschaften wird die Angemessenheit, Vollständigkeit und Exaktheit der Inputdaten des Passivportfolios geprüft und sichergestellt, dass die Datenqualität dazu geeignet ist, zuverlässige Ergebnisse der Solvency-II-Berechnung zum Berichtstermin zu gewährleisten.

Inputdaten aus der Planungsrechnung

Die Solvency II-Berechnungen für die Service-Gesellschaften benötigen als zusätzlichen Input Ergebnisse aus der HGB-Planungsrechnung, insbesondere in Hinblick auf die Entwicklung der Ist-Kosten.

Im Rahmen der Erstellung der HGB-Planungsrechnung wird die Angemessenheit, Vollständigkeit und Exaktheit der Ergebnisse der Planungsrechnung geprüft und außerdem sichergestellt, dass die Datenqualität dazu geeignet ist, zuverlässige Ergebnisse der Solvency-II-Berechnung zum Berichtstermin zu gewährleisten.

Weitere Inputdaten

Weitere Inputdaten (z.B. die Höhe der RfB und einzelner Komponenten) werden aus entsprechenden Zulieferungen übernommen und in entsprechenden Inputtabellen der verschiedenen RAFM-Modelle bzw. den Modellen von VRE und ServiceCo hinterlegt. Die Überprüfung dieser Einstellungen erfolgt auf Basis eines Vier-Augen-Prinzips sowie durch Abgleich der Modellergebnisse mit den Berechnungen des Vorquartals sowie weiteren Testrechnungen im Rahmen von Modellentwicklungen.

Durch dieses Vorgehen wird die Angemessenheit, Vollständigkeit und Exaktheit dieser Inputdaten geprüft und sichergestellt, dass die Datenqualität dazu geeignet ist, zuverlässige Ergebnisse der Solvency-II-Berechnung zum Berichtstermin zu gewährleisten.

D.2.3.2 Unsicherheit in Modellannahmen

Ökonomische Annahmen

Ökonomische Annahmen werden in den Modellen der Lebensgesellschaften über die stochastischen Szenarien eingespielt. Diese werden durch einen externen Anbieter erzeugt und durch VG validiert. Dabei wird sowohl die Kalibrierung der Szenarien auf die Marktinformationen des Bewertungsstichtags geprüft als auch die Konsistenz der Szenarien in sich (z.B. durch 1=1- und 1=1=1-Test) getestet.

Einzige Assetklasse in den Modellen der VRE und der ServiceCos ist Cash, weshalb diese nicht stochastisch bewertet wird und somit die risikofreie Zinskurve und die Inflationsrate die wesentlichen Annahmen darstellen.

Durch dieses Vorgehen wird die Angemessenheit, Vollständigkeit und Exaktheit der ökonomischen Annahmen geprüft und sichergestellt, dass die Annahmen dazu geeignet sind, zuverlässige Ergebnisse der Solvency-II-Berechnung zum Berichtstermin zu gewährleisten.

Kostenannahmen

Die Kostenannahmen ergeben sich auf Ebene der Lebensgesellschaften aus den Service-Verträgen mit den Servicegesellschaften, wobei die zu Grunde liegenden Stückkostensätze ebenfalls gemäß Vertrag inflationiert werden. Auf Ebene von VRE ergeben sie sich aus den Vorgaben des Annahmengremiums und den vertraglichen Vereinbarungen zwischen VRE und den Lebensgesellschaften sowie auf Ebene der ServiceCos aus den Vorgaben des Annahmengremiums und der HGB-Planung.

Die Höhe und Entwicklung der entsprechenden versicherungstechnischen Standardformel-Stresse wird validiert.

Die Überprüfung der Einstellungen in den jeweiligen RAFM-Modellen und den Modellen der VRE und ServiceCos erfolgt auf Basis eines Vier-Augen-Prinzips sowie durch Abgleich der Modellergebnisse mit den Berechnungen des Vorquartals und der Ist-Gewinnzerlegung.

Durch dieses Vorgehen wird die Angemessenheit, Vollständigkeit und Exaktheit der Kostenannahmen geprüft und sichergestellt, dass die Annahmen dazu geeignet sind, zuverlässige Ergebnisse der Solvency-II-Berechnung zum Berichtstermin zu gewährleisten.

Biometrische Annahmen sowie Storno- und Kapitalwahlannahmen

Die biometrischen Annahmen sowie die Storno- und Kapitalwahlannahmen betreffen direkt nur die Lebensgesellschaften und werden einmal jährlich zum zweiten Quartal auf Ihre Angemessenheit hin überprüft und gegebenenfalls aktualisiert. Die angewendeten Methoden und Verfahren entsprechen dabei der gängigen aktuariellen Praxis. Die Ergebnisse des Annahmenherleitungsprozesses werden durch das Annahmengremium geprüft und freigegeben.

Darüber hinaus wird die Höhe und Entwicklung der entsprechenden versicherungstechnischen Standardformel-Stresse validiert.

Die Überprüfung der Einstellungen in den jeweiligen RAFM-Modellen erfolgt auf Basis eines Vier-Augen-Prinzips sowie durch Abgleich der Modellergebnisse mit den Berechnungen des Vorquartals und der Ist-Gewinnzerlegung.

Durch dieses Vorgehen wird die Angemessenheit, Vollständigkeit und Exaktheit der biometrischen Annahmen sowie die Storno- und Kapitalwahlannahmen geprüft und sichergestellt, dass die Annahmen dazu geeignet sind, zuverlässige Ergebnisse der Solvency-II-Berechnung zum Berichtstermin zu gewährleisten.

D.2.3.3 Modellvereinfachungen und Modellierungsansätze

Modellierung der Passiva

Die Implementierung der Passiva der verschiedenen Lebensgesellschaften wurde grundsätzlich im Rahmen der Einführung der jeweiligen Modelle getestet und validiert. Modelländerungen werden im Rahmen des quartärlchen Releaseprozesses durch das Modellgremium geprüft und freigegeben.

Zusätzlich findet eine regelmäßige Prüfung der Implementierung statt durch:

- ▼ Abgleich von Modell- gegen Bilanzdeckungsrückstellung getrennt nach Basisreserve, Bonusreserve, Zinszusatzreserve, Nachreservierungen und Verzinslicher Ansammlung.
- ▼ Abgleich Modell-GuV des ersten Projektionsjahres gegen Ist-GuV des vergangenen Jahres.
- ▼ Abgleich der Gewinnzerlegung (in der Granularität gemäß der Mindestzuführungsverordnung) des ersten Projektionsjahres gegen Ist-Gewinnzerlegung des vergangenen Jahres.

- ▼ Vergleich der mittleren Pfade für Basislauf und versicherungstechnische Stresse und Plausibilisierung der Veränderungen.
- ▼ Konsistenz-Checks im Modell

Durch dieses Vorgehen wird die Angemessenheit, Vollständigkeit und Exaktheit des Passivmodells geprüft und sichergestellt, dass die Implementierung dazu geeignet ist, zuverlässige Ergebnisse der Solvency-II-Berechnung zum Berichtstermin zu gewährleisten.

Modellierung der Aktiva

Die Implementierung der Aktiva ist für die verschiedenen Lebensgesellschaften einheitlich wurde grundsätzlich im Rahmen der Einführung des Modells getestet und validiert. Modelländerungen werden im Rahmen des quartärlchen Releaseprozesses durch das Modellgremium geprüft und freigegeben.

Zusätzlich findet eine regelmäßige Prüfung der Implementierung statt durch:

- ▼ Abgleich von Aktivbilanz des Modells gegen Aktivbilanz im Ist.
- ▼ Überprüfung des Modell-Leakage im Basislauf und allen Stressen.
- ▼ Vergleich der mittleren Pfade für Basislauf und Marktstresse und Plausibilisierung der Veränderungen.
- ▼ Konsistenz-Checks im Modell

Durch dieses Vorgehen wird die Angemessenheit, Vollständigkeit und Exaktheit des Aktivmodells geprüft und sichergestellt, dass die Implementierung dazu geeignet ist, zuverlässige Ergebnisse der Solvency-II-Berechnung zum Berichtstermin zu gewährleisten.

Managementregeln

Die Implementierung der Managementregeln wurde grundsätzlich im Rahmen der Einführung des jeweiligen Modells getestet und validiert. Änderungen an den Managementregeln werden im Rahmen des quartärlchen Releaseprozesses durch das Modellgremium geprüft und freigegeben. Zusätzlich werden die im Modell implementierten Managementregeln durch den Vorstand geprüft und verabschiedet.

Zusätzlich findet in den stochastischen Modellen der Lebensgesellschaften eine regelmäßige Prüfung der Implementierung statt durch:

- ▼ Vergleich der mittleren Pfade für Basislauf und Stresse und Plausibilisierung der Veränderungen.
- ▼ Überprüfung von ausgewählten Extrempfaden des Basislauf und der größten Stresse und Plausibilisierung der Veränderungen.
- ▼ Konsistenz-Checks im Modell

Durch dieses Vorgehen wird die Angemessenheit, Vollständigkeit und Exaktheit der Managementregeln geprüft und sichergestellt, dass die Implementierung dazu geeignet ist, zuverlässige Ergebnisse der Solvency-II-Berechnung zum Berichtstermin zu gewährleisten.

D.2.4 Vergleich der technischen Rückstellungen mit den entsprechenden Rückstellungen im Jahresabschluss

D.2.4.1 Wert der Rückstellungen nach Geschäftsbereich

Die folgende Aufstellung vergleicht die versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß Solvency II mit und ohne Übergangsmaßnahme für versicherungstechnische Rückstellungen (RT) bei der PLE sowie mit und ohne Volatilitätsanpassung (VA) bei PLE, HLE, SLE und ELE mit den versicherungstechnischen Rückstellungen nach HGB Bewertung.

Geschäftsbereiche	Solvency II vt. Rückstellungen TEUR			vt. Rückstellungen nach HGB TEUR
	Mit VA mit RT	Mit VA ohne RT	Ohne VA ohne RT	
Versicherungen mit Überschussbeteiligung	28.231.952	29.304.603	29.403.734	40.459.811
Index- und Fondsgebundene Versicherungen	19.543.727	19.760.112	19.776.307	19.259.242
Gesundheit nach Art der Leben	798.353	838.789	755.222	3.334.312
Gesamt	48.574.032	49.903.504	49.935.263	63.053.365

D.2.4.2 Rückstellungen nach HGB – Methode und Annahmen

Die Rückstellungen nach HGB im Jahresabschluss werden nach HGB § 341 bewertet. In den gezeigten Rückstellungen sind sowohl die Rentennachreservierung als auch die Zinszusatzreserve gemäß aufsichtsrechtlicher Vorgabe enthalten. Es handelt sich hier um die versicherungstechnischen Rückstellungen nach HGB Bewertung auf Basis der Zusammensetzung nach SII Definition⁸.

Die vt. Rückstellungen nach HGB der Gruppe entsprechen der Summe der vt. Rückstellungen nach HGB der einzelnen Versicherungsgesellschaften.

D.2.4.3 Erläuterungen zu den Unterschieden zwischen Solvenzbilanz und HGB Jahresabschluss

Die Hauptunterschiede zwischen den versicherungstechnischen Rückstellungen nach Solvency II und den Rückstellungen im HGB Jahresabschluss sind die folgenden:

D.2.4.3.1 Fondsgebundene Versicherungen

Die Rückstellung nach HGB besteht aus dem aktuell vorhandenen Fondswert, der dem Versicherungsvertrag zugeordnet wird. Künftige Gewinne werden damit nicht erfasst. Die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen nach Solvency II beruht auf Projektionen mit realistischen Annahmen. Dadurch werden implizit künftig erwartete Gewinne berücksichtigt. Hierdurch werden die Rückstellungen gegenüber HGB reduziert.

⁸ Brutto Beitragsüberträgen + Brutto Deckungsrückstellung + Brutto Schadenrückstellung + Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) + sonstige vt. Rückstellungen + Brutto Rückstellung auf Anlage und Risiko VN + Ansammlungsguthaben - freien RfB - Anteil des im Überschussfonds anrechenbaren SÜAF

D.2.4.3.2. Versicherung mit Überschussbeteiligung (außer fondsgebundene Versicherungen)

Die Bewertung für Solvency II enthält einerseits eine marktkonsistente Bewertung der enthaltenen Zinsgarantien. In Anbetracht des deutlich gestiegenen Zinsniveaus und verzögerten Nachlaufens des Referenzzinses für die Zinszusatzreserve nach Korridormethode ist der Marktwert dieser Garantien bedeutend niedriger als die im Jahresabschluss berücksichtigte Zinszusatzreserve. Zusätzlich führen die realistischen Annahmen für die Solvency-II-Bewertung zu niedrigeren Werten als die vorsichtige Bewertung gemäß Annahmen erster Ordnung, die im Jahresabschluss nach HGB verwendet wird.

D.2.4.3.3. Risikomarge

Für alle Geschäftsbereiche führt die Berücksichtigung der Risikomarge dazu, dass der Unterschied zwischen versicherungstechnischer Rückstellung unter Solvency II und Rückstellung nach HGB Bewertung geringer wird.

D.2.4.4 Auswirkung der Volatilitätsanpassung und Übergangsmaßnahmen

D.2.4.4.1. Volatilitätsanpassung

Ohne Anwendung der Volatilitätsanpassung bei der PLE, HLE, SLE und ELE von 19 Basispunkten würden sich die versicherungstechnischen Rückstellungen um 31.760 TEUR auf 49.935.263 TEUR erhöhen und die Eigenmittel, welche für die Solvenzkapitalanforderung (SCR) angerechnet werden dürfen, um 155.076 TEUR erhöhen. Grund hierfür ist, dass sich zwar die Basiseigenmittel ohne Anwendung der Volatilitätsanpassung verringern, jedoch erhöht sich wegen der steigenden SCR der Versicherungsgesellschaften die Anrechenbarkeit des Überschussfonds auf Gruppenebene, was diesen Effekt überkompensiert. Zudem würde das SCR um 128.990 TEUR auf 1.709.475 TEUR steigen.

D.2.4.4.2. Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen

Die PLE setzt zum 31.12.2022 nur noch zu 10/16tel der zum 01.01.2016 bestimmten Höhe der versicherungstechnischen Übergangsmaßnahme (RT) an. Damit vermindern sich die versicherungstechnischen Rückstellungen nach Solvency II unter Anwendung der Übergangsmaße bei versicherungstechnischen Rückstellungen um 1.329.472 TEUR auf 48.574.032 TEUR. Dadurch und durch die sich aus der Anwendung des RT ergebende latente Steuerschuld sowie die Anrechenbarkeit des Überschussfonds der PLE auf Gruppenebene, erhöhen sich die anrechenbaren Eigenmittel um 937.323 TEUR auf 4.844.164 TEUR. Das SCR bleibt unverändert bei 1.580.485 TEUR, da die risikomindernde Wirkung durch die latente Steuer auf das SCR durch den Maximalbetrag begrenzt wird.

D.2.5 Nutzung des Matching Adjustments

Von der erleichternden Option des Matching Adjustment gemäß Artikel 77b der Richtlinie 2009/138/EG wurde kein Gebrauch gemacht.

D.2.6 Nutzung der Volatilitätsanpassung

Von der Option der Volatilitätsanpassung gemäß Artikel 77d der Richtlinie 2009/138/EG wurde für die PLE, HLE, SLE und ELE Gebrauch gemacht.

Die Anwendung der Volatilitätsanpassung in den Berechnungen zur ökonomischen Bilanz muss von der jeweiligen Aufsicht genehmigt werden. Die PLE hat diese Genehmigung in 2015 erhalten, die HLE, SLE und ELE in 2020. Die Volatilitätsanpassung wird in die Solvency-II-Berechnungen mit einbezogen.

Nach § 40 Absatz 3 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) ist bei Anwendung der Volatilitätsanpassung eine Quantifizierung der Auswirkungen gefordert, die eine Änderung der Volatilitätsanpassung auf null auf die Finanzlage des Unternehmens haben würde.

Die Auswirkung dieser Änderung auf den Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen, die Solvenzkapitalanforderung und die anrechenbaren Eigenmittel des Unternehmens der Gesellschaft wird in Abschnitt D.2.4. erörtert.

D.2.7 Nutzung von Übergangsmaßnahmen

Von den erleichternden Optionen der Übergangsmaßnahmen gemäß Artikel 308c der Richtlinie 2009/138/EG wurde kein Gebrauch gemacht.

Die Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß Artikel 308d der Richtlinie 2009/138/EG findet Anwendung bei der PLE.

Bei Anwendung dieser Übergangsmaßnahme (RT) wird am Anfang des Übergangs die Differenz zwischen versicherungstechnischen Rückstellungen nach Solvency II-Bewertungsprinzipien ohne RT und einem Wert, der rein auf HGB-Werten beruht, ermittelt. Diese Differenz wird einmalig zu Beginn der Übergangsmaßnahme berechnet. Die zu Beginn des Übergangs mit 100% angesetzte Differenz baut sich bis zum Ende des Übergangszeitraums von 16 Jahren immer zum 1. Januar linear auf 0% ab.

Zu Beginn des Übergangs betragen das Rückstellungstransitional 2.127.156 TEUR bei der PLE.

Die Auswirkung dieser Änderung auf den Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen, die Solvenzkapitalanforderung und die anrechenbaren Eigenmittel des Unternehmens der Gesellschaft wird in Abschnitt D.2.4. erörtert.

D.2.8 Angaben zu einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen

Bezüglich Angaben zu einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen wird auf Kapitel D.1.1.3 und D.1.2.3 zur Rückversicherung verwiesen.

D.2.9 Wesentliche Änderungen

Im Berichtszeitraum wurden folgende Änderungen für die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen vorgenommen:

- ▼ PLE:
 - Verbesserung des Passivmodells: Durch diese Modellerweiterung wurde der Abbildungsgrad des Passivmodells nach Deckungsrückstellung nochmal erhöht ggü. dem Vorjahr und insbesondere die Abbildung der Gewinnzerlegung wurde weiter verbessert.
 - Verfeinerung der verwendeten Managementregeln und Investmentstrategie inkl. der strategischen Asset Allokation (SAA)
 - Umsetzung des angepassten Servicevertrags zwischen PLE und VSM
 - Verwendung der Contingent Capital Rückversicherung für einen BU-Teilbestand zum 31.12.2022
 - Regelmäßige jährliche Überprüfung bzw. Aktualisierung der nicht-ökonomischen Annahmen.
- ▼ HLE, SLE & ELE:
 - Verfeinerung der verwendeten Managementregeln, des Passivmodells und des Asset-Modells
- ▼ VRE:
 - Der Rückversicherungsvertrag mit der SCOR ist zum 31.12.2022 ausgelaufen und findet in der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen keine Anwendung mehr.
- ▼ Alle Gesellschaften:
 - Regelmäßige jährliche Überprüfung bzw. Aktualisierung der nicht-ökonomischen Annahmen.

D.3 Sonstige Verbindlichkeiten

Unter den sonstigen Verbindlichkeiten der Viridium Gruppe werden zum Stichtag 31.12.2022 sämtliche Verbindlichkeiten aufgeführt, die nicht Teil der versicherungstechnischen Rückstellungen sind.

Die Vorgehensweise des Ansatzes und der Bewertung für Solvency II folgt jener der sonstigen Vermögenswerte⁹. Entsprechend § 74 Abs. 2 VAG sind Verbindlichkeiten mit dem Betrag zu bewerten, zu dem sie zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern übertragen oder beglichen werden könnten.

Aufgrund der Art der sonstigen Verbindlichkeiten wurden keine notierten Marktpreise, die auf einem aktiven Markt vorhanden sind, für die Bewertung herangezogen. Das Discounted-Cashflow-Verfahren kam als Bewertungsmodell zum Einsatz für den Fall, dass nicht auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zurückgegriffen werden konnte.

Für alle Positionen der sonstigen Verbindlichkeiten wurden im Vergleich der Berichtsperioden 2022 und 2021 keine Änderungen hinsichtlich der Ansatz- und Bewertungsgrundlagen vorgenommen. Für etwaige weitere Schätzungen und Annahmen wurden im Jahr 2022 keine Änderungen vorgenommen.

⁹ Vgl. hierzu Kapitel D.1.1.2.

In der nachfolgenden Übersicht sind die Beträge der Solvabilitätsübersicht zum 31.12.2022 und des Vorjahres dargestellt.

Nr.		S.02.01	31.12.2022 TEUR	31.12.2021 TEUR	Differenz
(1)	Andere Rückstellungen als vt. Rückstellungen	R0750	141.668	145.053	-3.385
(2)	Rentenzahlungsverpflichtungen	R0760	539.071	724.065	-184.994
(3)	Depotverbindlichkeiten (aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft)	R0770	3.936.562	3.804.950	131.612
(4)	Latente Steuerschulden	R0780	1.034.022	1.232.491	-198.469
(5)	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0800	7.414	186.726	-179.312
(6)	Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0810	13.029	12.038	991
(7)	Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0820	159.215	170.169	-10.954
(8)	Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	R0830	0	0	0
(9)	Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	R0840	506.100	492.813	13.287
(10)	Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	R0880	17	4.191	-4.174

Erläuterungen zu den Veränderungen gegenüber dem Vorjahr:

- 1) Keine wesentliche Veränderung im Vergleich zum Vorjahr.
- 2) Der Veränderung der Rentenzahlungsverpflichtungen ist im Wesentlichen auf einen Rückgang der Pensionsverpflichtungen bei der PLE Pensions GmbH zurückzuführen. Für diese Verpflichtungen besteht ein Schuldbeitritt der Generali Deutschland. Dieser wurde gemäß IAS 19 brutto ausgewiesen und hat sich entsprechend verändert.
- 3) Der Anstieg der Depotverbindlichkeiten beruht im Wesentlichen auf Veränderungen in den Schadensrückstellungen der Lebensversicherungen.
- 4) Der Rückgang ist begründet durch entsprechend veränderte Bewertungsunterschiede im Bereich der Kapitalanlagen und versicherungstechnischen Rückstellungen der Lebensversicherungsgesellschaften, auf Basis dessen die latenten Steuern berechnet werden. Diese werden auf Gesellschaftsebene berechnet und auf Gruppenebene hochgezogen. Für die Gesellschaften PLE, HLE und SLE mit Steuerumlagevertrag betrug der Steuersatz 24,575 % (Vorjahr 27,375%).
- 5) Begründet durch den Rückgang der hinterlegten Sicherheiten für Derivate, die als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen werden.
- 6) Hier wird im Wesentlichen die Verbindlichkeit Cashpool gegenüber der SPM ausgewiesen, da diese Gesellschaft unter Solvency II nicht der Kerngruppe zuzuordnen ist. Der Anstieg ist stichtagsbedingt.

- 7) Die Veränderung ist im Wesentlichen auf den stichtagsbezogenen Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmern zurückzuführen.
- 8) Die Abrechnungsverbindlichkeiten werden auf „Null“ angesetzt begründet durch die Berücksichtigung der BaFin-Auslegungsentscheidung vom 01.01.2019. Es wurden zum Stichtag 31.12.2022 alle Abrechnungsverbindlichkeiten in den Lebensversicherungsgesellschaften als „fällig“ klassifiziert und den einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen und versicherungstechnischen Rückstellungen zugeordnet.
- 9) Keine wesentliche Veränderung im Vergleich zum Vorjahr.
- 10) Der Rückgang beruht im Wesentlichen auf Rechnungsabgrenzungsposten in den Servicegesellschaften.

In der nachfolgenden Übersicht sind die Bewertungsunterschiede zwischen Solvency II und HGB zum 31.12.2022 dargestellt.

Nr.		S.02.01	Solvency II TEUR	HGB TEUR	Umbewertung nach Solvency II TEUR
(1)	Andere Rückstellungen als vt. Rückstellungen	R0750	141.668	142.064	-396
(2)	Rentenzahlungsverpflichtungen	R0760	539.071	26.207	512.864
(3)	Depotverbindlichkeiten (aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft)	R0770	3.936.562	3.936.562	0
(4)	Latente Steuerschulden	R0780	1.034.022	199.424	834.598
(5)	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0800	7.414	7.414	0
(6)	Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0810	13.029	168	12.861
(7)	Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0820	159.215	159.215	0
(8)	Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	R0830	0	28.522	-28.522
(9)	Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	R0840	506.100	513.872	-7.772
(10)	Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	R0880	17	939	-922

- 1) Die anderen Rückstellungen umfassen im Wesentlichen Steuerrückstellungen und Rückstellungen für ausstehende Rechnungen. Gemäß HGB erfolgte die Bewertung gemäß einer vernünftigen kaufmännischen Beurteilung mit dem notwendigen Erfüllungsbetrag und unter Berücksichtigung einer Diskontierung, falls die Laufzeit über ein Jahr betrug. Unter Solvency II haben wir keine Umbewertung vorgenommen, weil aufgrund der kurzen Laufzeit keine Diskontierung notwendig war. Der Erfüllungsbetrag konnte demzufolge auch unter Solvency II als der wahrscheinlichste Wert angenommen werden. Der Differenzbetrag beruht auf den Ansatz unter IAS für Rückstellungen für Jubiläum und Altersteilzeit, welche bei einer Gesellschaft in den anderen Rückstellungen enthalten sind.

- 2) Für die Rentenzahlungsverpflichtungen (Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses) der Solvabilitätsübersicht wurden die Vorgaben der internationalen Rechnungslegung (IAS 19) angewandt. Hierbei handelt es sich um leistungsorientierte Pläne, sodass die Verpflichtung der Viridium Gruppe in einer zugesagten Leistung besteht. Innerhalb der Viridium Gruppe bestehen bei sechs Gesellschaften (HLE, SLE, ELE, ESM, PSM, PLE Pension GmbH) entsprechende Verpflichtungen. Die Bewertung erfolgte gemäß der in IAS 19 vorgeschriebenen Bewertungsmethode „Projected Unit Credit Method (PUCM)“. Dabei wurden folgende Inputfaktoren verwendet: Sterblichkeit, Invalidität und Fluktuationswahrscheinlichkeit gemäß Richttafeln Heubeck 2018 G (HGB: Richttafeln Heubeck 2018 G). Sofern für diese Verpflichtungen ein Planvermögen vorliegt, haben wir eine ordnungsgemäße Verrechnung der Sollverpflichtung mit dem Zeitwert des Planvermögens vorgenommen.

Der Unterschiedsbetrag und auch wesentlicher Bestandteil der Position ist der Schuldbeitritt der Generali Deutschland AG zu Verpflichtungen der betrieblichen Altersversorgung, welche auf die PLE Pension GmbH übertragen wurde, über 485.083 TEUR und der Proxalto Service Management GmbH über 41.679 TEUR. Im Gegensatz zur Handelsbilanz erfolgt in der Solvabilitätsübersicht gemäß IAS 19 ein Bruttoausweis, d.h. eine Bilanzverlängerung von 526.762 TEUR, deren aktivischer Teil unter den Forderungen (Handel, nicht Versicherung) ausgewiesen wird.

- 3) Gemäß Artikel 41 Abs. 3 DVO werden die Depotverbindlichkeiten in der Solvabilitätsübersicht separat angesetzt. Es handelt sich hierbei um eine Verlängerung der Solvabilitätsübersicht, da die einforderbaren Beträge aus der Rückversicherung um den gleichen Betrag erhöht werden. Die Verbindlichkeit ist für die HGB-Bilanz mit dem Betrag anzusetzen, der vom bilanzierenden Versicherungsunternehmen als Sicherheit einbehalten oder ihm vom Rückversicherer zu diesem Zweck belassen worden ist. Der Solvency-II-Wert entspricht dem HGB-Wert, da wir den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit angewendet haben.
- 4) Die Bewertung der passiven latenten Steuern erfolgte analog zu den aktiven latenten Steuern¹⁰. Nach Verrechnung der werthaltigen aktiven latenten Steuern mit den grundsätzlich zwingend anzusetzenden passiven latenten Steuern verbleibt ein Passivüberhang an latenten Steuern, der in dieser Position als Solvency II-Betrag angesetzt wird. Wesentlicher Treiber des Passivüberhanges sind die passiven latenten Steuern im Bereich der versicherungstechnischen Rückstellungen, die mit den aktiven latenten Steuern im Bereich der konventionellen Kapitalanlagen und im Bereich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherung saldiert werden.
- 5) Diese Position stellt die Verbindlichkeit gegenüber den Kreditinstituten dar, welche als Sicherheit liquide Mittel für die gehaltenen Derivate hinterlegt haben. Eine Umbewertung für Solvency II ist gemäß dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im Zusammenhang mit den kurzfristigen Laufzeiten nicht erforderlich.
- 6) Diese Position stellt die Verbindlichkeit aus Cashpool dar, welche unter SII aus den Verbindlichkeiten umklassifiziert werden.
- 7) In dieser Position sind im Wesentlichen Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmer dargestellt. Eine Umbewertung für Solvency II ist nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im Zusammenhang mit den kurzfristigen Laufzeiten nicht erforderlich.

¹⁰ Siehe hierzu Kapitel D.1.

- 8) Zum Stichtag wurden alle Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern als vertraglich „fällig“ klassifiziert und sind somit den einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen oder auch den versicherungstechnischen Rückstellungen zugeordnet. Grundsatz ist die Auslegungsentscheidung der BaFin vom 01.01.2019 in Verbindung mit der Durchführungsverordnung (EU) 2015/2450 zur Bewertung der Abrechnungsforderungen und –verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern. Es sind demnach nur überfällige Beträge als Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern unter R0370/R0830 auszuweisen. Hierbei ist zu beachten, dass ein Betrag dann als überfällig zu betrachten ist, wenn der vertraglich vereinbarte Fälligkeitstermin überschritten ist.
- 9) Im Wesentlichen beinhaltet diese Position Verbindlichkeiten gegenüber der Kommanditistin in Höhe von 367.775 TEUR aus dem Jahresüberschuss der VKG, die dem Gesellschafterkonto zuzuführen sind. Die Verbindlichkeiten werden mit dem HGB-Betrag (Erfüllungsbetrag) angesetzt, da auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zurückgegriffen wird. Der dargestellte Unterschiedsbetrag resultiert im Wesentlichen aus dem Ansatz der Leasingverbindlichkeiten nach IFRS 16, nach dem alle Leasing- und Mietverhältnisse in der Solvabilitätsübersicht auszuweisen sind. Parallel erfolgt der Ausweis in den Sachanlagen.
- 10) Die Sonstigen nicht an anderer Stelle ausgewiesenen Vermögenswerte beinhalten abgegrenzte Zinsen und Agien (922 TEUR), die unter Solvency II den Kapitalanlagen zuzuordnen sind. Diese werden unter Solvency II inklusive der Zinsen und Agien und demzufolge in dieser Position mit Null angesetzt. Es verbleiben lediglich sonstige Rechnungsabgrenzungsposten.

D.4 Alternative Bewertungsmethoden

D.4.1 Kapitalanlagen

Alternative Bewertungsmethoden sind erforderlich, wenn für Vermögenswerte und Verbindlichkeiten keine Marktpreise verfügbar sind, die an aktiven Märkten für identische Vermögenswerte und Verbindlichkeiten notiert sind (Art. 10 Abs. 2 DVO), und die ökonomischen Werte auch nicht mit Hilfe von Marktpreisen abgeleitet werden können, die an aktiven Märkten für ähnliche Vermögenswerte und Verbindlichkeiten notiert sind (Art. 10 Abs. 3 DVO).

Alternative Bewertungsmethoden bei den Kapitalanlagen werden bei der VKG für Beteiligungen sowie die Skandia PortfolioManagement GmbH, die unter nicht gelistete Aktien ausgewiesenen Kapitalanlagen – geleistete Beiträge an die Protektor Lebensversicherung sowie Anteile an der Protektor Lebensversicherung –, Staats-, Unternehmens- und strukturierte Anleihen, für die keine Kursnotierung auf aktiven Märkten vorliegen, sowie für die Spezialfonds der Gesellschaft angewendet. Die VKG hat im Berichtszeitraum keine Änderungen bei der Anwendung alternativer Bewertungsmethoden bei Kapitalanlagen vorgenommen.

Bei den unter Anteilen an Investmentvermögen ausgewiesenen Spezialfonds erfolgt die Bewertung des Spezialfonds für Solvabilitätszwecke gemäß Artikel 10 Abs. 3 DVO mittels des Anteilsscheinspreises, den die Kapitalverwaltungsgesellschaft aus dem Nettoinventarwert der enthaltenen Vermögenswerte je ausgegebenen Anteilsschein ermittelt.

Da es für die Beteiligungen an Protektor keinen Markt gibt, haben wir unter Anwendung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit gemäß Artikel 9 Abs. 4 DVO auf eine Umbewertung verzichtet und für Solvabilitätszwecke den HGB-Bilanzwert verwendet.

Die Beteiligung an der nicht zur Kerngruppe gehörenden SPM erfolgt gemäß Artikel 335 Abs. 1e DVO mit dem verhältnismäßigen Anteil der nach den maßgeblichen Branchenvorschriften berechneten Eigenmittel. Die Eigenmittel ergeben sich durch Multiplikation des für den entsprechenden Finanzbereich berechneten Kapitals mit dem jeweiligen Stimmrechtsanteil.

Die Bewertung der geleisteten Beiträge an die Protektor Lebensversicherung erfolgt gemäß Artikel 10 Abs. 5 DVO zu dem von der Sicherungseinrichtung zum Bewertungsstichtag für die Festsetzung des Jahresbeitrags festgestellten Zeitwert je Anteil, multipliziert mit den den Lebens-Gesellschaften der VKG zum Bilanzstichtag zugeordneten Anteilen am Sicherungsfonds. Wir erachten die von der Sicherungseinrichtung verwendete Berechnungsmethode für logisch und angemessen. Eine regelmäßige jährliche Überprüfung des Wertes durch die Protektor Lebensversicherung ist gewährleistet.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Bewertungskonzepte, die wesentlichen Annahmen und die Unsicherheiten in der Bewertung der betroffenen Bilanzposten.

Betroffene Bilanzposten	Bewertungskonzept	Wesentliche Annahmen
Beteiligungen	Barwertmethode	Zukünftige Zahlungsströme (Dividenden, ausschüttungsfähiger Jahresüberschuss etc.)
Aktien - nicht notiert	Barwertmethode	Zukünftige Zahlungsströme (Dividenden, ausschüttungsfähiger Jahresüberschuss etc.)
Staatsanleihen	Barwertmethode	Emittentenspezifische Termin- und Kassarenditekurve, instrumentabhängige Liquiditätsprämie
Unternehmensanleihen	Barwertmethode	Emittentenspezifische Termin- und Kassarenditekurve, instrumentabhängige Liquiditätsprämie
Strukturierte Schuldtitel	Barwertmethode	Emittentenspezifische Termin- und Kassarenditekurve, instrumentabhängige Liquiditätsprämie
Derivate (Zinsrisiken)	Normal Black	Forward-Rate, Strike-Rate, Swaption-Volatilitäten, risikoloser Zinssatz, Zeit bis Fälligkeit der Swaption, Laufzeit des Swaps
Derivate (Aktienrisiken)	Black Scholes-Modell	Kurs des Underlyings, Strike-Price, Volatilität des Underlyings, Dividendenrendite des Underlyings, risikoloser Zinssatz, Zeit bis Fälligkeit der Option

Detailliertere Informationen zur Bewertungsmethodik sind dem Kapitel D.1 dieses Berichts zu entnehmen.

D.4.2 Sonstige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Zum Stichtag 31.12.2021 hat die Viridium Gruppe für die nachfolgenden sonstigen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten eine alternative Bewertungsmethode angewendet.

Nr.		S.02.01
(1)	Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	R0410
(2)	Depotverbindlichkeiten (aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft)	R0770
(3)	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0800
(4)	Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0820

Für die aufgelisteten sonstigen Vermögenswerte und sonstigen Verbindlichkeiten wurde für die Solvabilitätsübersicht die Bewertungsmethode herangezogen, die im Rahmen der Erstellung des HGB-Konzernabschlusses der Viridium Gruppe verwendet wurde.

Dies entspricht somit der HGB-Bewertung und steht unter Berücksichtigung des Wesentlichkeitsgrundsatzes in Einklang mit Artikel 9 Nr. 4 DVO und der BaFin-Auslegungsentscheidung¹¹, da die Voraussetzungen für diese Bewertungsmethode eingehalten wurden.

Bei Anwendung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit wurden unternehmensindividuelle Festlegungen zur Wesentlichkeit bezüglich des Einklangs der Bewertungsmethode mit § 74 Abs. 2 und Abs. 3 VAG berücksichtigt. Als wesentlich wurde ein Betrag angesehen, der die wirtschaftliche Entscheidung des Adressaten beeinflussen könnte. Demnach wird ein Abweichen des HGB-Wertes vom Betrag des § 74 Abs. 2 und 3 VAG in Höhe von 3 % der zum Stichtag ausgewiesenen verfügbaren Eigenmittel als wesentlich festgelegt.

Der für die Solvabilitätsübersicht übernommene HGB-Betrag wird zu jedem Stichtag hinsichtlich der Angemessenheit der Solvency-II-Bewertung überprüft.

Die zugrunde liegenden Annahmen für den übernommenen HGB-Wert sind den entsprechenden Kapiteln (Sonstige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten) zu entnehmen. Für die verwendete alternative Bewertungsmethode besteht keine Bewertungsunsicherheit.

D.5 Sonstige Angaben

Gemäß § 221 Abs. 1 VAG sind die vier Gesellschaften PLE, ELE, HLE und SLE Mitglieder des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer. Durch diese Mitgliedschaft haben sich die Gesellschaften verpflichtet, neben ihren jährlichen Beiträgen zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen.

Die Verpflichtungen gegenüber dem Sicherungsfonds Protektor bezüglich eines künftigen Sanierungsfalls einer Lebensversicherungsgesellschaft stellen Eventualverbindlichkeiten unter Solvency II dar. Zum Stichtag betragen die Verpflichtungen ohne Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeit, des Eintrittszeitpunktes und der Diskontierung insgesamt 545.966 TEUR.

¹¹ Vgl. BaFin-Auslegungsentscheidung: Bewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten außer vt. Rückstellungen – HGB vs. Solvency II.

In der Solvabilitätsübersicht werden diese Eventualverbindlichkeiten nicht ausgewiesen, da der Marktwert (Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeit, des Eintrittszeitpunkts und der Diskontierung) unwesentlich ist. Dies steht in Einklang mit Artikel 11 Abs. 1 DVO, wonach nur wesentliche Eventualverbindlichkeiten in der Solvabilitätsübersicht anzusetzen sind. Als wesentlich wird ein Betrag angesehen, der den Entscheidungsprozess der Adressaten beeinflussen könnte.

Die Entis Lebensversicherung AG besaß gegenüber der Viridium Holding AG einen bedingten Anspruch in Höhe von maximal 10.000 TEUR, der ausschließlich der Rekapitalisierung der Entis Lebensversicherung AG dient. Hierbei handelte es sich um eine Eventualforderung, die ordnungsgemäß nicht in der Solvabilitätsübersicht angesetzt war. Die zweckgebundene Rücklage als Teil der Kapitalrücklage wurde in der Viridium Holding AG im Geschäftsjahr 2022 aufgelöst.

Die VHAG als Mutterunternehmen der HLSM, PSM, ESM und VSM hat sich in einer sogenannten harten Patronatserklärung vom 6. Dezember 2022 dazu verpflichtet, die vier Tochtergesellschaften so finanziell auszustatten, dass sie jederzeit in der Lage sind, ihre bis zum Abschlussstichtag für das Geschäftsjahr 2022 eingegangenen Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern zu erfüllen. Diese Patronatserklärungen besitzen eine Gültigkeit bis zum 31. Dezember 2024 für die ESM und bis zum 31. Dezember 2023 für die HLSM, PSM und VSM.

Die vorstehend gemachten Ausführungen beinhalten alle wesentlichen Informationen und Ergebnisse zur Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten für Solvabilitätszwecke der Viridium Gruppe.

E Kapitalmanagement

E.1 Eigenmittel

E.1.1 Ziele, Politiken und Verfahren beim Management der Eigenmittel

Die Gesellschaft hat eine Richtlinie für das Kapitalmanagement erstellt. Dort ist eine Zielbedeckungsquote festgelegt.

Die Gesellschaft berücksichtigt derzeit nur Eigenmittel der höchsten Werthaltigkeitsklasse („Tier 1“). Alle für die Solvabilitätskapitalanforderung hinterlegten Eigenmittel sind ausschließlich Basiseigenmittel, ermittelt aus dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten (ohne die Berücksichtigung von Übergangsmaßnahmen und Volatilitätsanpassung).

Bezüglich des Geschäftsplanungshorizonts projiziert die Gesellschaft für die Zwecke des Own Risk and Solvency Assessments (ORSA) die Eigenmittel über einen Zeithorizont von fünf Jahren. Die Gesellschaft ist auch für diesen Zeithorizont angemessen kapitalisiert. Die Projektionen deuten in keinem Fall auf Kapitalengpässe hin. Daher sieht die Gesellschaft keine Notwendigkeit, sich mithilfe von Eigenmittelaufnahmen oder nachrangigen Verbindlichkeiten zusätzliches Kapital zu beschaffen. Nichtsdestotrotz beinhaltet die Kapitalmanagementrichtlinie mögliche Vorgehensweisen im Falle eines Sinkens der Solvenzquote auf einen Wert unterhalb der Zielquote.

E.1.2 Quantitative und qualitative Erläuterung der Eigenmittel in der Solvabilitätsübersicht nach Solvency II zum 31.12.2022

Die verfügbaren Eigenmittel unter Solvency II, die für die Anrechenbarkeit / Bedeckung der Kapitalanforderung verwendet werden, umfassen Basiseigenmittel und ergänzende Eigenmittel.

Bei den Basiseigenmitteln handelt es sich um die Summe des Überschusses der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten gemäß der Solvabilitätsübersicht und der nachrangigen Verbindlichkeiten. Von den Basiseigenmitteln sind vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte spätestens dann abzuziehen, wenn diese von effektiv leitenden Personen des Unternehmens festgestellt beziehungsweise genehmigt wurden. Eine Genehmigung seitens der Hauptversammlung ist nicht erforderlich. Der Zeitraum hinsichtlich der Beurteilung „vorhersehbar“ endet zum Zeitpunkt des Ablaufs der Vorlagefrist für die jährliche Berichterstattung.

Die ergänzenden Eigenmittel stellen außerbilanzielle Posten dar, die zum Ausgleich von Verlusten eingefordert werden können.

Diese können unter anderem sein:

- ▼ nicht eingezahltes und nicht eingefordertes Grundkapital, das auf Verlangen eingefordert werden kann,
- ▼ nicht eingezahlte und nicht eingeforderte Vorzugsaktien, die auf Verlangen eingefordert werden können,
- ▼ Akkreditive und Garantien oder
- ▼ rechtsverbindliche Verpflichtungen, auf Verlangen nachrangige Verbindlichkeiten zu zeichnen und zu begleichen.

Alle ergänzenden Eigenmittel bedürfen einer vorherigen aufsichtsrechtlichen Genehmigung.

Zum 31.12.2022 betragen die verfügbaren Eigenmittel der Viridium Gruppe (Kerngruppe und SPM) und unter Berücksichtigung der Übergangsmaßnahme „Versicherungstechnische Rückstellungen“ bei der PLE 4.844.164 TEUR. Sie setzen sich wie folgt zusammen:

	Tier	2022 TEUR	2021 TEUR	Veränderung TEUR
Vermögenswerte		61.036.515	75.616.988	-14.580.473
./. Verbindlichkeiten		54.911.130	69.247.768	-14.336.638
Basiseigenmittel SII		6.125.385	6.369.220	-243.835
abzüglich geplante Entnahme Bilanzgewinn VHAG		24.656		
Zusammensetzung:				
Kapitalanteile der Kommanditistin	I	1.210.847	1.210.847	0
Überschussfonds	I	1.948.788	1.838.574	110.214
abzüglich auf Gruppenebene nicht verfügbarer Überschussfonds ¹²		1.256.565	1.008.160	248.405
Ausgleichsrücklage	I	2.940.068	3.318.773	-378.705
Eigenmittel SPM	I	1.026	1.026	0
Verfügbare Eigenmittel Solvency II		4.844.164	5.361.059	-516.895

Der Rückgang der Basiseigenmittel beruht einerseits auf den Rückgang der Ausgleichsrücklage, da im Bereich der konventionellen Kapitalanlagen die Bewertungsunterschiede der ökonomischen Umbewertung zum 31.12.2022 in entsprechenden Größenordnungen gesunken sind. Parallel dazu sind im Bereich der versicherungstechnischen Rückstellungen die Bewertungsunterschiede der ökonomischen Umbewertung zum 31.12.2022 ebenfalls gefallen, aber in geringerem Umfang.

Gleichzeitig ist nach den regulatorischen Vorgaben der zu kappende Überschussfonds angestiegen mit entsprechend Effekt auf die verfügbaren Eigenmittel.

Der Überschussfonds der PLE ist auf Gruppenebene zu kappen, da dieser die Höhe Solo-SCR übersteigt. Der Überschussfonds der ELE wird auf Gruppensicht nicht bei den Eigenmitteln berücksichtigt, da kein Zugriff auf die freie RfB möglich ist. Eine Kappung der Überschussfonds der HLE und SLE war nicht erforderlich.

Als Kapitalmaßnahme hat der Vorstand am 25.04.2023 den Beschluss gefasst, bei der VHAG 24.656 TEUR aus den Kapitalrücklagen zu entnehmen und dem Bilanzgewinn zuzuweisen. Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung vor, den Bilanzgewinn von 24.656 TEUR auszuschütten. Weiterhin plant die Kommanditistin, diesen Betrag anschließend vom Festkapitalkonto des Kommanditkapitals zu entnehmen. Daher ist dieser Betrag ist unter Solvency II nach den geltenden Vorschriften als vorhersehbare Ausschüttung bereits zu berücksichtigen.

¹² Der Überschussfonds der PLE wird auf Gruppenebene nur bis Höhe des SCR berücksichtigt. Es erfolgt eine Kappung um 1.165.088 TEUR. Der Überschuss der ELE über 98.522 TEUR wird auf Gruppenebene nicht berücksichtigt, da kein Zugriff auf die freie RfB möglich ist.

	Tier	S.02.01	Solvency II TEUR	HGB TEUR
Vermögenswerte		R0500	61.036.515	71.147.697
./. Verbindlichkeiten		R0900	54.911.130	70.286.420
Basiseigenmittel Solvency II		R1000	6.125.385	
abzüglich geplante Entnahme Bilanzgewinn VHAG			24.656	
Eigenkapital HGB		R1000		861.277
Zusammensetzung:				
Kapitalanteile der Kommanditistin	I		1.210.847	1.210.847
Andere Gewinnrücklagen				-349.570
Überschussfonds	I		1.948.788	
abzüglich auf Gruppenebene nicht verfügbarer Überschussfonds	I		1.256.565	
Ausgleichsrücklage	I		2.940.068	
Eigenmittel OFS	I		1.026	
Verfügbare Eigenmittel Solvency II			4.844.164	

Das HGB-Eigenkapital ist im Nachfolgenden auf die verfügbaren Eigenmittel übergeleitet:

TEUR	
HGB-Eigenkapital gemäß Konzernabschluss zum 31.12.2022	861.277
Umbewertung Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Kerngruppe (inklusive latenter Steuern und exklusive vorhersehbarer Dividende, gegebener Garantien, vorgenommener Kappung Surplus) (+)	3.982.886
Eliminierung Vermögenswerte der SPM (-)	15.476
Eliminierung Verbindlichkeiten der SPM (+)	14.450
Eigenmittel SPM (+)	1.026
Verfügbare Eigenmittel Solvency II	4.844.164

Im Solvency-II-Regelwerk gibt es bezüglich des passiven Unterschiedsbetrags – im Gegensatz zum Geschäfts- oder Firmenwert – keine spezielle Vorschrift. Aus diesem Grund sind die Ansatzvorschriften des IAS/IFRS anzuwenden. Nach IFRS 3.36 ist ein sich ergebender negativer Unterschiedsbetrag aus einem Unternehmenszusammenschluss nach Überprüfung als Gewinn und somit nicht als Passivposition in der Bilanz zu erfassen. Dies erscheint in Bezug auf das Ansatzverbot für einen Geschäfts- oder Firmenwert gemäß Artikel 12 DVO konsistent. Somit ist für Solvency-II-Zwecke der passive Unterschiedsbetrag aus dem HGB-Konzernabschluss in Höhe von 138.243 TEUR in der Solvabilitätsübersicht nicht anzusetzen. Dies wirkt eigenmittelerhöhend und ist in dem obigen Betrag bezüglich Umbewertung Vermögenswerte und Schulden der Kerngruppe entsprechend berücksichtigt.

Die gemäß HGB vollkonsolidierte SPM ist aus der Solvabilitätsübersicht zu eliminieren, da sie nicht der Solvency-II-Kerngruppe angehört. Jedoch sind die Eigenmittel der SPM, die sich nach den ge-

setzunglich vorgeschriebenen sektoralen Vorgaben ergeben, als Beteiligung in der Solvabilitätsübersicht auszuweisen. Die entsprechenden Wertansätze zum 31.12.2022 sind ebenfalls in der Tabelle enthalten.

Schließlich wurden die in den HGB-Konzernabschluss einbezogenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Kerngruppe gemäß den Solvency-II-Vorschriften umbewertet und die sich aus der Umbewertung ergebenden latenten Steuern angesetzt. Wir verweisen hierzu auf die Ausführungen in Kapitel D.

Die Ausgleichsrücklage ist wie folgt definiert:

	Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten Solvency II
./.	Betrag der eigenen Anteile (Aktien)
./.	Vorhersehbare Dividenden und Ausschüttungen
./.	Eingezahltes Grundkapital und das dazugehörige Agio
./.	Eingezahlter Gründungsstock beziehungsweise die entsprechenden Basiseigenmittelbestandteile für Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit
./.	Eingezahlte nachrangige Basiseigenmittelbestandteile für Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit
./.	Überschussfonds, die nicht als Verbindlichkeiten betrachtet werden
./.	Eingezahlte Vorzugsaktien und das dazugehörige Agio
./.	Grundkapital und das dazugehörige Agio
./.	Gründungsstock beziehungsweise die entsprechenden Basiseigenmittelbestandteile für Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit
./.	Nachrangige Basiseigenmittelbestandteile für Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit
./.	Vorzugsaktien und das dazugehörige Agio
./.	Äquivalenter Betrag in der Höhe eines vorhandenen Aktivüberhang der latenten Steuern
./.	Durch die BaFin genehmigte Eigenmittelbestandteile
./.	Beschränkte Eigenmittel
./.	Beteiligungsbuchwerte der Finanz- und Kreditinstitute, die in Abzug gebracht werden, soweit nicht bereits durch die obigen Punkte berücksichtigt
=	Ausgleichsrücklage

Demnach umfasst die Ausgleichsrücklage auch die nach HGB ausgewiesenen Gewinn- und Kapitalrücklagen, soweit es sich bei den Kapitalrücklagen nicht um das dazugehörige Agio des Grundkapitals oder der Vorzugsaktien handelt.

Zum Stichtag beträgt die Ausgleichsrücklage 2.940.068 TEUR. Dieser Betrag setzt sich aus dem Bewertungsunterschied der Solvency-II- und HGB-Beträge in Höhe von 5.264.107 TEUR zuzüglich der negativen HGB-Gewinnrücklagen von -349.570 TEUR und abzüglich des Überschussfonds ohne Kappungen in Höhe von 1.948.788 TEUR und der Eigenmittel SPM über 1.026 TEUR sowie abzüglich der geplanten Entnahme von 24.656 TEUR zusammen. Der nach HGB anzusetzende passive Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung ist im Bewertungsunterschiedsbetrag enthalten.

Der Bewertungsunterschied von 5.264.107 TEUR ist in der nachfolgenden Übersicht zusammengefasst.¹³ Die Erläuterungen zu den Differenzen sind den entsprechenden Kapiteln zu entnehmen. Dabei sei angemerkt, dass der nach HGB auszuweisende Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung zum Zwecke der Darstellung und der Überleitungsrechnung von HGB zu Solvency II den Verbindlichkeiten zugeordnet wurde, obwohl dieser keine Verbindlichkeit im Sinne des HGB darstellt.

¹³ Aus rechnerischen Gründen können Rundungsdifferenzen in Höhe von \pm einer Einheit auftreten.

Nr.		S.02.01	Solvency II TEUR	HGB TEUR	Differenz TEUR
	Aktiva				
(1)	Immaterielle Vermögenswerte	R0030	0	636.314	-636.314
(2)	Immobilien, Sachanlagen		5.330	993	4.337
(3)	Anlagen (außer Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge)	R0070	36.113.489	45.108.581	-8.995.092
(4)	Darlehen und Hypotheken	R0260	868.063	946.407	-78.344
(5)	Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen	R0270	3.343.863	3.970.914	-627.051
(6)	Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0360	173.951	348.996	-175.045
(7)	Forderungen gegen Rückversicherer		0	11.827	-11.827
(8)	Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	R0380	1.100.979	581.646	519.333
(9)	Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	R0420	14.373	263.795	-249.422
	Passiva				
(10)	Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung		0	-138.243	138.243
(11)	Versicherungstechnische Rückstellungen - Lebensversicherung (außer index- und fondsgebundene Versicherungen)	R0600	-29.030.305	-46.012.791	16.982.486
(12)	Versicherungstechnische Rückstellungen - Lebensversicherung (index- und fondsgebundene Versicherungen)	R0690	-19.543.727	-19.259.241	-284.486
(13)	Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	R0750	-141.668	-142.064	396
(14)	Rentenzahlungsverpflichtungen	R0760	-539.071	-26.207	-512.864
(15)	Latente Steuerschulden	R0780	-1.034.022	-199.424	-834.598
(16)	Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0810	-13.029	-168	-12.861
(17)	Verbindlichkeiten gg. Rückversicherer	R0830	0	-28.522	28.522
(18)	Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	R0840	-506.100	-513.872	7.772
(19)	Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	R0880	-17	-939	922
	Summe Umbewertung (Aktiva + Passiva)				5.264.107

Die Anwendung der Standardformel ergibt das folgende Bild für die VKG.

Solvabilitätsübersicht	Mit VA ohne RT TEUR	Ohne VA ohne RT TEUR	Mit VA mit RT TEUR	Ohne VA mit RT TEUR
Fondsgebundene Kapitalanlagen	19.084.220	19.084.220	19.084.220	19.084.220
Traditionelle Kapitalanlagen	37.319.129	37.319.129	37.319.129	37.319.129
Rückversicherung	3.343.863	3.336.586	3.343.863	3.336.586
Latente Steuerforderungen	0	0	0	0
Sonstige Aktiva	1.289.303	1.289.303	1.289.303	1.289.303
Vermögenswerte	61.036.515	61.029.238	61.036.515	61.029.238
Bester Schätzwert vt. Verpflichtungen	48.987.341	49.019.100	47.657.868	47.689.627
Risikomarge	916.163	916.163	916.163	916.163
RV Depotverbindlichkeiten	3.936.562	3.936.562	3.936.562	3.936.562
Latente Steuerverbindlichkeiten	707.304	699.045	1.034.022	1.025.763
Sonstige Verbindlichkeiten	1.366.515	1.366.515	1.366.515	1.366.515
Verbindlichkeiten	55.938.541	55.962.041	54.935.786	54.959.286
Anrechenbare Nachrangdarlehen	0	0	0	0
Anrechenbare Eigenmittel	3.906.951	4.062.028	4.844.164	4.988.465
SCR	1.580.485	1.709.475	1.580.485	1.709.475
Solvency II Quote	247,2%	237,6%	306,5%	291,8%

Um die Qualität der Eigenmittel und deren Anrechenbarkeit hinsichtlich der zu bedeckenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderung (SCR und MCR) zu bestimmen, wird eine Einstufung der Eigenmittel entsprechend ihrer Werthaltigkeit in drei Qualitätsklassen (Tiers) vorgenommen.

Die Einstufung beziehungsweise das „Tiering“ der Eigenmittelbestandteile richtet sich danach, ob es sich um Basiseigenmittelbestandteile oder ergänzende Eigenmittelbestandteile handelt und inwieweit sie folgende Merkmale aufweisen:

- a) Der Bestandteil unterliegt der ständigen Verfügbarkeit, um Verluste unter Zugrundelegung der Unternehmensfortführungsprämisse sowie im Falle der Liquidation vollständig aufzufangen.
- b) Im Falle der Liquidation ist der Gesamtbetrag des Bestandteils verfügbar, um Verluste aufzufangen, und die Rückzahlung der Bestandteile an ihre Inhaber unterliegt der absoluten Nachrangigkeit.

Es ist zu beurteilen, inwieweit die Eigenmittelbestandteile gegenwärtig und in Zukunft die genannten Merkmale aufweisen. Die Laufzeit des Bestandteils, insbesondere, ob eine Befristung vorliegt, ist

gebührend zu berücksichtigen. Ist ein Eigenmittelbestandteil befristet, wird seine relative Laufzeit im Vergleich zur Laufzeit der Versicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen des Unternehmens berücksichtigt (ausreichende Laufzeit).

Weiterhin sind folgende Eigenschaften zu berücksichtigen:

- c) Der Bestandteil ist frei von Anforderungen oder Anreizen zur Rückzahlung des Nominalbetrags (keine Rückzahlungsanreize).
- d) Der Bestandteil ist frei von obligatorischen festen Kosten.
- e) Der Bestandteil ist frei von sonstigen Belastungen.

Die Basiseigenmittelbestandteile werden in „Tier 1“ eingestuft, wenn sie die in a) und b) aufgeführten Merkmale weitgehend aufweisen und die in c) bis e) genannten Eigenschaften berücksichtigt sind.

Die Basiseigenmittelbestandteile werden in „Tier 2“ eingestuft, wenn sie die in b) aufgeführten Merkmale weitgehend aufweisen und die in c) bis e) genannten Eigenschaften berücksichtigt sind.

Die ergänzenden Eigenmittelbestandteile werden in „Tier 2“ eingestuft, wenn sie die in a) und b) aufgeführten Merkmale weitgehend aufweisen und die in c) bis e) genannten Eigenschaften berücksichtigt sind.

Alle sonstigen Basiseigenmittelbestandteile und ergänzenden Eigenmittelbestandteile, die die aufgeführten Merkmale nicht aufweisen, werden in „Tier 3“ eingestuft.

Die Anrechenbarkeit der Eigenmittel hinsichtlich der Kapitalanforderung ergibt sich gemäß Artikel 82 DVO wie folgt:

Bedeckung des SCR:

- ▼ Tier 1: \geq 50 % des SCR
- ▼ Tier 3: $<$ 15 % des SCR
- ▼ Tier 2 +3 \leq 50 % des SCR

Bedeckung des MCR:

- ▼ Tier 1: \geq 80 % des MCR
- ▼ Tier 2: \leq 20 % des MCR

Innerhalb des „Tier 1“ ist zusätzlich zwischen unbeschränktem und beschränktem Kapital zu unterscheiden. Die beschränkten Eigenmittel dürfen insgesamt nicht mehr als 20 % der gesamten Tier-1-Eigenmittelbestandteile ausmachen.

Folgende Positionen zählen zum unbeschränkten Tier-1-Kapital:

- ▼ das eingeforderte und einbezahlte Grundkapital;
- ▼ das Agio (der Aufschlag auf den Nennwert der Aktien bei einer Emission);
- ▼ die Gewinnrücklagen und andere Reserven;
- ▼ der Überschussfonds;

▼ die Ausgleichsrücklage.

Nachfolgend ist die Einteilung der zum Stichtag verfügbaren Eigenmittel unter Berücksichtigung der Übergangsmaßnahme „Versicherungstechnische Rückstellungen“ bei der PLE in die entsprechenden Qualitätsklassen aufgelistet, um deren Anrechenbarkeit für die Kapitalanforderung zu bestimmen:

	S.23.01	Tier 1 Gesamt TEUR	Tier 1 Unbeschränkt TEUR	Tier 1 Beschränkt TEUR
Kapitalanteile der Kommanditistin	R0010	1.210.847	1.210.847	0
Überschussfonds	R0070	1.948.788	1.948.788	0
abzgl. Überschussfonds auf Gruppenebene nicht verfügbar	R0080	1.256.565	1.256.565	0
Ausgleichsrücklage	R0130	2.940.068	2.940.068	0
Gesamt Eigenmittel Kerngruppe	R0290	4.843.138	4.843.138	0
Gesamt Eigenmittel OFS		1.026	1.026	0
Gesamt Gruppen-Eigenmittel	R0660	4.844.164	4.844.164	0

Der Überschussfonds wie auch die Ausgleichsrücklage wurden entsprechend den Solvency-II-Vorschriften (§ 93 Abs. 1 VAG und Artikel 70 (3) DVO) als Tier 1 eingestuft. Bei dem Überschussfonds handelt es sich um die ökonomisch bewerteten akkumulierten Gewinne, die noch nicht zur Ausschüttung an die Versicherungsnehmer und Anspruchsberechtigten deklariert wurden.

Die Kapitalanteile der Kommanditistin werden ebenfalls als Tier 1 klassifiziert. Gemäß § 171 HGB haftet der Kommanditist den Gläubigern der Gesellschaft bis zur Höhe seiner Einlage unmittelbar. Demnach steht diese Einlage unbefristet als Verlustdeckungspotenzial zur Verfügung, da künftige Verluste mit dieser Einlage zu verrechnen sind und im Fall der Insolvenz eine Insolvenzforderung nicht geltend gemacht werden kann beziehungsweise bei einer Liquidation Ansprüche erst nach Befriedigung aller Gesellschaftsgläubiger mit dem sonstigen Eigenkapital auszugleichen sind. Somit ist dieser Eigenmittelbestandteil nachrangig gegenüber allen Verbindlichkeiten und zusätzlich frei von obligatorischen festen Kosten und sonstigen Belastungen.

Gemäß Artikel 335 DVO ergibt sich die Tier-Einteilung der Eigenmittel SPM nach den jeweils geltenden sektoralen Vorschriften. Die Eigenmittel SPM wurden aufgrund der für diese Gesellschaft geltenden Aufsichtsanforderungen der höchsten Kapitalklasse zugeordnet, sodass für Solvency-II-Zwecke eine Klassifizierung als Tier 1 erfolgt.

Somit liegen nur Eigenmittel der Qualitätsklasse 1 vor, die nicht auf der Übergangsbestimmung des § 345 VAG beruhen.

Des Weiteren sind alle aufgeführten Basiseigenmittel der Viridium Gruppe als unbeschränktes Tier 1 zu klassifizieren und können demnach aufgrund der Vorgaben bezüglich der Anrechenbarkeit der Eigenmittel vollständig für die Bedeckung der Kapitalanforderung des SCR und MCR herangezogen werden.

Die Anrechenbarkeit von ausschließlich Tier-1-Eigenmitteln entspricht der Kapitalmanagementrichtlinie.

E.1.3 Zusatzinformationen zu den Eigenmitteln auf Gruppenebene

Die Ermittlung der Eigenmittel der Kerngruppe erfolgte nach der Standardmethode und somit auf der Grundlage des konsolidierten Abschlusses. Dabei wurden alle Gesellschaften der Kerngruppe aus wirtschaftlicher Sicht als ein Unternehmen angesehen und die gruppeninternen Transaktionen zwischen den Kerngruppengesellschaften in der Gruppensolvabilitätsübersicht vollständig eliminiert.

Hinsichtlich der gruppeninternen Transaktionen der Kerngruppe mit der SPM erfolgte keine Eliminierung in der Gruppensolvabilitätsübersicht, da es sich hierbei um Transaktionen ohne Generierung von Eigenmitteln handelte. In der Gruppensolvabilitätsübersicht wurden die Eigenmittel der SPM als Beteiligung angesetzt.

Die Eigenmittel der SPM wurden anhand deren geltenden sektoralen Vorschriften bestimmt.

Dabei ergeben sich die für die Gruppe zu berücksichtigenden Eigenmittel der SPM als Multiplikation der berechneten Eigenmittel gemäß den spezifischen Vorgaben für die SPM mit dem Stimmrechtsanteil an ihr. Die sich auf Ebene der SPM ergebenden Eigenmittel sind vollständig als Beteiligung in der Gruppensolvabilitätsübersicht auszuweisen, da eine 100%ige Beteiligung an dieser Gesellschaft vorliegt.

Die Fungibilität und Übertragbarkeit des Überschussfonds als Eigenmittelbestandteil innerhalb der Gruppe ist als beschränkt anzusehen. Dies ist damit zu begründen, dass der Überschussfonds nicht jeden Verlust innerhalb der Gruppe ausgleichen kann, wo dieser anfällt (Fungibilität). Des Weiteren ist dieser Eigenmittelbestandteil auch nicht auf andere Unternehmen der Gruppe übertragbar (Übertragbarkeit), da dieser an die jeweilige Versicherung gebunden ist.

Gemäß den Solvency-II-Vorschriften sind die beschränkt verfügbaren Eigenmittel von den Gruppeneigenmitteln in der Höhe abzuziehen, die das jeweilige Solo-SCR des Unternehmens übersteigt, das heißt, für jedes Unternehmen sind die beschränkt verfügbaren Eigenmittel separat zu bestimmen und dem jeweiligen SCR des Unternehmens gegenüberzustellen.

Der Überschussfonds ist nach Art. 330 Abs. 1 der DVO als beschränkt transferierbar anzusehen und kann entsprechend Art. 330 Abs. 5 der DVO nur in Höhe des Beitrags des verbundenen Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens zur Solvenzkapitalanforderung der Gruppe berücksichtigt werden. Auf den Überschussfonds der ELE wird gemäß Absprache mit der BaFin (Verweis auf Schreiben VA 21_I 5061-8892-2016/0001 vom 14.02.2018) und im Kontext mit § 140 Abs. 1 VAG nicht zugegriffen und er ist somit nicht in den anrechenbaren Eigenmitteln der Gruppe enthalten. Damit ergibt sich für die Versicherungsgesellschaften der Viridium Gruppe folgendes Bild (unter Berücksichtigung der Übergangsmaßnahme „Versicherungstechnische Rückstellungen“ bei der PLE):

Gesellschaft	Überschussfonds TEUR	SCR TEUR	Kappung TEUR	Verfügbare Überschussfonds TEUR
HLE	107.059	315.089	0	107.059
SLE	51.534	66.529	0	51.534
ELE	98.524	31.699	98.524	0
PLE	1.691.672	533.630	1.158.042	533.630
Gesamt	1.948.789	946.947	1.256.565	692.223

Der anrechenbare Überschussfonds auf Gruppenebene beträgt somit 692.223 TEUR.

Es bestehen keine weiteren Eigenmittelbestandteile, die hinsichtlich Fungibilität und Übertragbarkeit beschränkt sind.

E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

E.2.1 SCR zum 31.12.2022

Die Berechnung der Solvenzkapitalanforderungen erfolgt gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35. Es werden keine Vereinfachungen zur Berechnung der Anforderung genutzt, und es werden keine unternehmensspezifischen Parameter gemäß Artikel 104 Absatz 7 der Richtlinie 2009/138/EG verwendet. Die Aufsichtsbehörde hat keine Kapitalaufschläge zur Erhöhung der Solvenzkapitalanforderung angeordnet. Der endgültige Betrag der Solvenzkapitalanforderung unterliegt noch der aufsichtlichen Überprüfung.

E.2.1.1 Solvenzkapitalanforderung

Die Solvenzkapitalanforderung unter Solvency II setzt sich für die Gesellschaft zusammen aus dem sogenannten Basis-SCR, dem operationalen Risiko und der Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern. Zum 31.12.2022 umfasst die Solvenzkapitalanforderung Folgendes:

	TEUR
Basis-SCR	1.914.054
Operationelles Risiko	156.343
Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern	-490.235
Solvenzkapitalanforderung (exkl. OFS)	1.580.161

E.2.1.2 Zusammensetzung des Basis-SCR

Das Basis-SCR der Gesellschaft gliedert sich in folgende weitere Risikomodule:

	TEUR
Marktrisiko	586.527
Ausfallrisiko	21.166
vt. Risiko Leben	1.264.404
vt. Risiko Gesundheit	776.596
Diversifikation	-734.638
Basis-SCR	1.914.054

Das Lebensversicherungsrisiko (vor Diversifikation) hat mit 48 % des Basis-SCR vor Diversifikation den größten Anteil an der gesamten Kapitalanforderung; dahinter folgt das Risiko im Gesundheitsmodul mit 29 %.

E.2.1.3 Gesamt-SCR

Der Gruppe gehört mit der Skandia Portfolio Management GmbH eine weitere Gesellschaft aus dem Bereich „Other Financial Sectors (OFS)“-Unternehmen an. Unter Solvency II werden auch an andere regulierte und nicht-regulierte Finanzunternehmen Kapitalanforderungen gestellt. Diese erhöhen das SCR der Gruppe leicht:

	TEUR
SCR exkl. OFS	1.580.161
Kapitalanforderung OFS	323
Gruppen-SCR inkl. OFS	1.580.485

E.2.2 SCR Floor zum 31.12.2022

Das SCR-Floor ergibt sich aus der Summe der MCRs von PLE, HLE, SLE, ELE und VRE und beläuft sich zum 31.12.2022 auf 501.842 TEUR.

	2022 TEUR	2021 TEUR
SCR-Floor Gruppe	501.842	610.460

E.2.3 Zusatzinformationen zum SCR auf Gruppenebene

Die Gruppe nutzt die Methode 1 (Berechnung auf Basis des konsolidierten Abschlusses analog Artikel 230 der Richtlinie 2009/138/EG) zur Berechnung der Solvabilität. Die Solvenzkapitalanforderung setzt sich hierbei wie folgt zusammen:

	TEUR
SCR Proxalto Leben	787.440
SCR Heidelberger Leben	315.089
SCR Skandia Leben	66.529
SCR Entis Leben (inkl. Garantie)	45.631
SCR Servicegesellschaft	933.898
SCR Viridium Rückversicherung	72.998
SCR Skandia Portfolio Management	323
Diversifikation	-672.800
Solvenzkapitalanforderung Gruppe	1.580.485

Diversifikationseffekte ergeben sich insbesondere aus der Diversifikation zwischen den Solo-Lebensversicherern und der Servicegesellschaft. Diese werden mithilfe der Korrelationsmatrizen der Standardformel ermittelt.

E.2.4 Änderungen der Solvenzkapitalanforderung und der Mindestkapitalanforderung

Eine wesentliche SCR-Änderung gegenüber der vorherigen Berichtsperiode im Sinne einer Veränderung von mindestens 15 % wurde festgestellt.

Es ergibt sich eine Veränderung von 24% aufgeteilt nach:

	2022 TEUR	2021 TEUR
Marktrisiko	586.527	905.357
Ausfallrisiko	21.166	19.189
vt. Risiko Leben	1.264.404	1.251.457
vt. Risiko Gesundheit	776.596	1.057.918
Diversifikation	-734.639	-944.031
Basis SCR	1.914.054	2.289.889
Operationelles Risiko	156.343	203.206
Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern	-490.235	-526.671
Solvenzkapitalanforderung	1.580.161	1.966.424

Die größten Veränderungen ergeben sich aus dem Marktrisiko und dem vt. Risiko Gesundheit.

Im Marktrisiko ist die Reduktion zum einen auf die geringeren fondsgebundenen Kapitalanlagen bei HLE und SLE im Vergleich zum Vorjahr zurückzuführen, und zum anderen ergibt sich die Veränderung bei der PLE und ELE hauptsächlich durch das angestiegene Zinsniveau im Jahr 2022, wodurch sich die Marktrisiken insgesamt reduzieren.

Das vt. Risiko Gesundheit ist auf Gruppenebene maßgeblich getrieben durch die PLE. Auch hier wirkt das angestiegene Zinsniveau im Jahr 2022 SCR reduzierend.

Eine wesentliche SCR Floor-Änderung gegenüber der vorherigen Berichtsperiode im Sinne einer Veränderung von mindestens 7,5 % wurde festgestellt.

Da sich der SCR Floor der Gruppe aus den MCRs der Solo Gesellschaften zusammensetzt und bei den Solo Gesellschaften entweder die untere (25%) oder obere Schranke (45%) des jeweiligen SCR in der Berechnung des jeweiligen MCRs Anwendung findet. Ergibt sich die Veränderung auf Basis der Veränderung des SCR.

E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Deutschland hat keinen Gebrauch von der Option gemacht, die Verwendung eines durationsbasierten Submoduls Aktienrisiko zuzulassen.

E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen

Die VKG verwendet kein internes Modell, sondern die Standardformel zur Berechnung der Solvenzkapitalanforderung.

E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung

Die VKG hält sowohl die Mindestkapitalanforderung als auch die Solvenzkapitalanforderung ein.

E.6 Sonstige Angaben

Die vorstehend in Kapitel E.1 bis E.5 gemachten Ausführungen beinhalten alle wesentlichen Informationen über das Kapitalmanagement der VKG.

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Definition
Abs.	Absatz
AFG	Anlagegremium Fondsgebundenes Geschäft
AG	Aktiengesellschaft
AKB	Anlagegremium Konventioneller Bestand
ALM	Asset Liability Management
ARCC	Audit, Risk & Compliance Committee
Art.	Artikel
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BCM	Business Continuity Management
BEL	Best Estimate Liability
BU	Berufsunfähigkeitsversicherung
BUZ	Berufsunfähigkeitszusatzversicherung
bzw.	beziehungsweise
bzgl.	bezüglich
CEO	Chief Executive Officer
CF	Compliance Funktion
CFO	Chief Financial Officer
CIA	Certified Internal Auditor
CISA	Certified Information Systems Auditor
COSO	Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission
CPI	Continuous Platform Improvement
CRO	Chief Risk Officer
DAV	Deutsche Aktuarvereinigung e.V.
DCF	Discounted Cash Flow
d. h.	das heißt
DVO	Delegierte Verordnung (EU) 2015/35
ECAI	External Credit Assessment Institutions
ELE	Entis Lebensversicherung AG
ESG	Environmental, Social and Governance
ESM	Entis Service Management GmbH
EU	Europäische Union
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum

Abkürzung	Definition
FLV	Fondsgebundene Lebensversicherung
GEL	Generali Lebensversicherung Aktiengesellschaft
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GIAM	Generali Insurance Asset Management
GSB	Gesamtsolvabilitätsbedarf
HGB	Handelsgesetzbuch
HLE	Heidelberger Lebensversicherung AG
HLSM	Heidelberger Leben Service Management GmbH
IAS	International Accounting Standards
i. H. v.	in Höhe von
IC	Investment Committee
IFRS	International Financial Reporting Standards
IKS	Internes Kontrollsystem
IR	Interne Revision
IT	Informationstechnologie
KG	Kommanditgesellschaft
KRI	Key Risk Indicator
LV	Lebensversicherung
Mio.	Millionen
m€	Millionen Euro
MCR	Minimum Capital Requirement
M&A	Mergers and Acquisitions
MindZV	Mindestzuführungsverordnung
OFS	Other Financial Sectors
ORSA	Own Risk and Solvency Assessment
PLE	Proxalto Lebensversicherung AG
PSM	Proxalto Service Management GmbH
PVFP	Present Value of Future Profits
QRT	Quantitative Reporting Templates
RAFM	Risk Agility Financial Modeling der Willis Towers Watson GmbH
RCK	Risiko- und Compliance-Komitee
RfB	Rückstellung für Beitragsrückerstattung
RSR	Regular Supervisory Report

Abkürzung	Definition
RV	Rückversicherung
SAA	Strategische Asset Allokation
SII	Solvency II
SCR	Solvency Capital Requirement
SFCR	Solvency and Financial Condition Report / Bericht über Solvabilität und Finanzlage
SFS	Single-Faktor-Szenario
SLE	Skandia Lebensversicherung AG
SPM	Skandia Portfolio Management GmbH
SVMS	Skandia Versicherung Management und Service GmbH
TEUR	Tausend Euro
TPA	Third Party Agreement
u.a.	unter anderem
URCF	Unabhängige Risikocontrollingfunktion
usw.	und so weiter
VA	Volatilitätsanpassung
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VaR	Value at Risk
VG	Viridium Gruppe
vgl.	vergleiche
VGM	Viridium Group Management GmbH
VHAG	Viridium Holding AG
VKG	Viridium Group GmbH & Co. KG
VMF	Versicherungsmathematische Funktion
VRE	Viridium Rückversicherung AG
VSM	Viridium Service Management GmbH
VU	Versicherungsunternehmen
z.B.	zum Beispiel
ZÜB	Zukünftige Überschussbeteiligung

Anhang

Quantitative Berichtsformulare des SFCR

Anhang I

S.02.01.02

Bilanz

Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte

Latente Steueransprüche

Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen

Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf

Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)

Immobilien (außer zur Eigennutzung)

Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen

Aktien

Aktien – notiert

Aktien – nicht notiert

Anleihen

Staatsanleihen

Unternehmensanleihen

Strukturierte Schuldtitel

Besicherte Wertpapiere

Organismen für gemeinsame Anlagen

Derivate

Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten

Sonstige Anlagen

Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge

Darlehen und Hypotheken

Policendarlehen

Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen

Sonstige Darlehen und Hypotheken

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:

Nichtlebensversicherungen und nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen

Nichtlebensversicherungen außer Krankenversicherungen

nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen

Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen

nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen

Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen

Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden

Depotforderungen

Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Forderungen gegenüber Rückversicherern

Forderungen (Handel, nicht Versicherung)

Eigene Anteile (direkt gehalten)

In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beträge oder ursprünglich eingeforderte, aber noch nicht eingezahlte Mittel

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte

Vermögenswerte insgesamt

	Solvabilität-II-Wert
	C0010
R0030	
R0040	
R0050	
R0060	5.330
R0070	36.113.489
R0080	
R0090	4.495
R0100	161.619
R0110	85.485
R0120	76.134
R0130	12.494.034
R0140	8.891.122
R0150	3.559.525
R0160	43.388
R0170	
R0180	23.444.377
R0190	8.964
R0200	
R0210	
R0220	19.084.220
R0230	868.063
R0240	25.623
R0250	628.360
R0260	214.080
R0270	3.343.863
R0280	
R0290	
R0300	
R0310	1.096.406
R0320	-91.778
R0330	1.188.184
R0340	2.247.457
R0350	
R0360	173.951
R0370	0
R0380	1.100.979
R0390	
R0400	
R0410	332.247
R0420	14.373
R0500	61.036.515

	Solvabilität-II-Wert
	C0010
Verbindlichkeiten	
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung	R0510
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	R0520
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0530
Bester Schätzwert	R0540
Risikomarge	R0550
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Nichtlebensversicherung)	R0560
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0570
Bester Schätzwert	R0580
Risikomarge	R0590
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0600 29.030.305
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung)	R0610 798.353
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0620
Bester Schätzwert	R0630 462.607
Risikomarge	R0640 335.746
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0650 28.231.952
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0660
Bester Schätzwert	R0670 27.941.931
Risikomarge	R0680 290.021
Versicherungstechnische Rückstellungen – fonds- und indexgebundene Versicherungen	R0690 19.543.727
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0700
Bester Schätzwert	R0710 19.253.331
Risikomarge	R0720 290.396
Eventualverbindlichkeiten	R0740
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	R0750 141.668
Rentenzahlungsverpflichtungen	R0760 539.071
Depotverbindlichkeiten	R0770 3.936.562
Latente Steuerschulden	R0780 1.034.022
Derivate	R0790
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0800 7.414
Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0810 13.029
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0820 159.215
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	R0830 0
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	R0840 506.100
Nachrangige Verbindlichkeiten	R0850
Nicht in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0860
In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0870
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	R0880 17
Verbindlichkeiten insgesamt	R0900 54.911.130
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	R1000 6.125.385

Anhang I

S.05.01.02

Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen

		Geschäftsbereich für: Lebensversicherungsverpflichtungen					Lebensrückversicherungsverpflichtungen		Gesamt	
		Krankenversicherung	Versicherung mit Überschussbeteiligung	Index- und fondsgebundene Versicherung	Sonstige Lebensversicherung	Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen	Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsverpflichtungen (mit Ausnahme von Krankenversicherungsverpflichtungen)	Krankenrückversicherung		Lebensrückversicherung
		C0210	C0220	C0230	C0240	C0250	C0260	C0270		C0280
Gebuchte Prämien										
Brutto	R1410	716.698	1.261.910	1.139.359			10.488	2.119	3.130.576	
Anteil der Rückversicherer	R1420	156.960	48.942	138.099			1.161	166	345.327	
Netto	R1500	559.738	1.212.969	1.001.261			9.327	1.953	2.785.248	
Verdiente Prämien										
Brutto	R1510	718.418	1.265.161	1.139.392			10.488	2.119	3.135.579	
Anteil der Rückversicherer	R1520	156.954	48.995	138.099			1.161	166	345.374	
Netto	R1600	561.465	1.216.166	1.001.293			9.327	1.953	2.790.205	
Aufwendungen für Versicherungsfälle										
Brutto	R1610	307.043	2.309.637	916.406			35.161	4.605	3.572.852	
Anteil der Rückversicherer	R1620	104.635	94.884	86.194			6.830	815	293.358	
Netto	R1700	202.408	2.214.752	830.212			28.331	3.790	3.279.494	
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen										
Brutto - Direktes Geschäft und übernommene Rückversicherung	R1710	-167.621	321.928	578.472			-5.219	9.618	737.179	
Anteil der Rückversicherer	R1720	995	6.656				20	-28	7.643	
Netto	R1800	-168.615	315.272	578.472			-5.239	9.646	729.536	
Angefallene Aufwendungen	R1900	175.660	149.740	177.372			2.222	765	505.759	
Sonstige Aufwendungen	R2500								208.525	
Gesamtaufwendungen	R2600								714.283	

Anhang I
S.05.02.01
Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Ländern

		Herkunftsland	Fünf wichtigste Länder (nach gebuchten Bruttoprämien) – Lebensversicherungsverpflichtungen					Gesamt – fünf wichtigste Länder und Herkunftsland
		C0150	C0160	C0170	C0180	C0190	C0200	C0210
		C0220	C0230	C0240	C0250	C0260	C0270	C0280
	R1400							
Gebuchte Prämien								
Brutto	R1410	3.130.576						3.130.576
Anteil der Rückversicherer	R1420	345.327						345.327
Netto	R1500	2.785.248						2.785.248
Verdiente Prämien								
Brutto	R1510	3.135.579						3.135.579
Anteil der Rückversicherer	R1520	345.374						345.374
Netto	R1600	2.790.205						2.790.205
Aufwendungen für Versicherungsfälle								
Brutto	R1610	3.572.852						3.572.852
Anteil der Rückversicherer	R1620	293.358						293.358
Netto	R1700	3.279.494						3.279.494
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen								
Brutto	R1710	737.179						737.179
Anteil der Rückversicherer	R1720	7.643						7.643
Netto	R1800	729.536						729.536
Angefallene Aufwendungen	R1900	505.759						505.759
Sonstige Aufwendungen	R2500							208.525
Gesamtaufwendungen	R2600							714.283

Anhang I
S.22.01.22

Auswirkung von langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen

		Betrag mit langfristigen Garantien und Über- gangsmaßnahmen	Auswirkung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen	Auswirkung der Übergangsmaßnahme bei Zinssätzen	Auswirkung einer Verringerung der Volatilitätsanpassung auf null	Auswirkung einer Verringerung der Matching-Anpassung auf null
		C0010	C0030	C0050	C0070	C0090
Versicherungstechnische Rückstellungen	R0010	48.574.032	1.329.472	0	31.759	0
Basiseigenmittel	R0020	6.100.729	-1.002.755	0	-30.777	0
Für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähige Eigenmittel	R0050	4.844.164	-937.212	0	155.076	0
SCR	R0090	1.580.485	0	0	128.990	0

Anhang I
S.23.01.22
Eigenmittel

Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen in anderen Finanzbranchen

- Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)
- Nicht verfügbares eingefordertes, aber noch nicht eingezahltes Grundkapital auf Gruppenebene
- Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio
- Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen
- Nachrangige Mitgliederkonten von Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit
- Nicht verfügbare nachrangige Mitgliederkonten auf Gruppenebene
- Überschussfonds
- Nicht verfügbare Überschussfonds auf Gruppenebene
- Vorzugsaktien
- Nicht verfügbare Vorzugsaktien auf Gruppenebene
- Auf Vorzugsaktien entfallendes Emissionsagio
- Auf Vorzugsaktien entfallendes nicht verfügbares Emissionsagio auf Gruppenebene
- Ausgleichsrücklage
- Nachrangige Verbindlichkeiten
- Nicht verfügbare nachrangige Verbindlichkeiten auf Gruppenebene
- Betrag in Höhe des Nettowerts der latenten Steueransprüche
- Betrag in Höhe des Nettowerts der latenten Steueransprüche, nicht auf Gruppenebene verfügbar
- Sonstige, oben nicht aufgeführte Kapitalbestandteile, die von der Aufsichtsbehörde als Basiseigenmittel genehmigt wurden
- Nicht verfügbare Eigenmittel in Verbindung mit anderen von der Aufsichtsbehörde genehmigten Eigenmittelbestandteilen
- Minderheitsanteile (sofern sie nicht als Teil eines bestimmten Eigenmittelbestandteils gemeldet werden)
- Nicht verfügbare Minderheitsanteile auf Gruppenebene
- Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen**
- Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen

	Gesamt	Tier 1 – nicht gebunden	Tier 1 – gebunden	Tier 2	Tier 3
	C0010	C0020	C0030	C0040	C0050
R0010	1.210.847	1.210.847			
R0020					
R0030					
R0040					
R0050					
R0060					
R0070	1.948.788	1.948.788			
R0080	1.256.565	1.256.565			
R0090					
R0100					
R0110					
R0120					
R0130	2.940.068	2.940.068			
R0140					
R0150					
R0160					
R0170					
R0180					
R0190					
R0200					
R0210					
R0220					

Anhang I
S.23.01.22
Eigenmittel

Abzüge

Abzüge für Beteiligungen an anderen Finanzunternehmen, einschließlich nicht der Aufsicht unterliegenden Unternehmen, die Finanzgeschäfte tätigen
 diesbezügliche Abzüge gemäß Artikel 228 der Richtlinie 2009/138/EG
 Abzüge für Beteiligungen, für die keine Informationen zur Verfügung stehen (Artikel 229)
 Abzug für Beteiligungen, die bei einer Kombination der Methoden durch die Abzugs- und Aggregationsmethode einbezogen werden
 Gesamtbetrag der nicht zur Verfügung stehenden Eigenmittelbestandteile

Gesamtabzüge

Gesamtbetrag der Basiseigenmittel nach Abzügen

Ergänzende Eigenmittel

Nicht eingezahltes und nicht eingefordertes Grundkapital, das auf Verlangen eingefordert werden kann
 Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen, die nicht eingezahlt und nicht eingefordert wurden, aber auf Verlangen eingefordert werden können
 Nicht eingezahlte und nicht eingeforderte Vorzugsaktien, die auf Verlangen eingefordert werden können
 Eine rechtsverbindliche Verpflichtung, auf Verlangen nachrangige Verbindlichkeiten zu zeichnen und zu begleichen
 Kreditbriefe und Garantien gemäß Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG
 Andere Kreditbriefe und Garantien als solche nach Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG
 Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG
 Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung – andere als solche gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG
 Nicht verfügbare ergänzende Eigenmittel auf Gruppenebene
 Sonstige ergänzende Eigenmittel

Ergänzende Eigenmittel gesamt

R0230					
R0240					
R0250					
R0260					
R0270	1.256.565	1.256.565			
R0280	1.256.565	1.256.565			
R0290	4.843.138	4.843.138			
R0300					
R0310					
R0320					
R0330					
R0340					
R0350					
R0360					
R0370					
R0380					
R0390					
R0400					

Anhang I
S.23.01.22
Eigenmittel

Eigenmittel anderer Finanzbranchen

Kreditinstitute, Wertpapierfirmen, Finanzinstitute, Verwalter alternativer Investmentfonds, OGAW Verwaltungsgesellschaften - insgesamt

Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung

Nicht der Aufsicht unterliegende Unternehmen, die Finanzgeschäfte tätigen

Gesamtbetrag der Eigenmittel anderer Finanzbranchen

Eigenmittel bei Verwendung der Abzugs- und Aggregationsmethode, ausschließlich oder in Kombination mit Methode 1

Gesamtbetrag der Eigenmittel bei Verwendung der Abzugs- und Aggregationsmethode oder einer Kombination der Methoden

Gesamtbetrag der Eigenmittel bei Verwendung der Abzugs- und Aggregationsmethode oder einer Kombination der Methoden unter Abzug der gruppeninternen Transaktionen

Gesamtbetrag der für die Erfüllung der konsolidierten SCR für die Gruppe zur Verfügung stehenden Eigenmittel (außer Eigenmitteln aus anderen Finanzbranchen und aus den durch die Abzugs- und Aggregationsmethode einbezogenen Unternehmen)

Gesamtbetrag der für die Erfüllung des Mindestbetrags der konsolidierten SCR für die Gruppe zur Verfügung stehenden Eigenmittel

Gesamtbetrag der für die Erfüllung der konsolidierten SCR für die Gruppe anrechnungsfähigen Eigenmittel (außer Eigenmitteln aus anderen Finanzbranchen und aus den durch die Abzugs- und Aggregationsmethode einbezogenen Unternehmen)

Gesamtbetrag der für die Erfüllung des Mindestbetrags der konsolidierten SCR für die Gruppe anrechnungsfähigen Eigenmittel

Mindestbetrag der konsolidierten SCR für die Gruppe (Artikel 230)

Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zum Mindestbetrag der konsolidierten SCR für die Gruppe

Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR für die Gruppe anrechnungsfähigen Eigenmittel (einschließlich Eigenmitteln aus anderen Finanzbranchen und aus den durch die Abzugs- und Aggregationsmethode einbezogenen Unternehmen)

SCR für die Gruppe

Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur SCR für die Gruppe, einschließlich Eigenmitteln aus anderen Finanzbranchen und aus den durch die Abzugs- und Aggregationsmethode einbezogenen Unternehmen

R0410	1.026	1.026			
R0420					
R0430					
R0440	1.026	1.026			
R0450					
R0460					
R0520	4.843.138	4.843.138			
R0530	4.843.138	4.843.138			
R0560	4.843.138	4.843.138	0	0	0
R0570	4.843.138	4.843.138	0	0	
R0610	414.761				
R0650	1.167,7%				
R0660	4.844.164	4.844.164	0	0	0
R0680	1.580.485				
R0690	306,5%				

Anhang I
S.23.01.22
Eigenmittel

Ausgleichsrücklage

- Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten
- Eigene Anteile (direkt und indirekt gehalten)
- Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte
- Sonstige Basiseigenmittelbestandteile
- Anpassung für gebundene Eigenmittelbestandteile in Matching-Adjustment-Portfolios und Sonderverbänden
- Sonstige nicht verfügbare Eigenmittel

Ausgleichsrücklage vor Abzug von Beteiligungen in anderen Finanzbranchen

Erwartete Gewinne

- Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Lebensversicherung
- Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Nichtlebensversicherung

EPIFP gesamt

	C0060				
R0700	6.125.385				
R0710					
R0720	24.656				
R0730	3.159.636				
R0740					
R0750	1.026				
R0760	2.940.068				
R0770	801.631				
R0780					
R0790	801.631				

Anhang I**S.25.01.22****Solvenzkapitalanforderung – für Gruppen, die die Standardformel verwenden**

	Brutto-Solvenzkapitalanforderung	USP	Verein-fachun-gen
	C0110	C0090	C0120
Marktrisiko	R0010 3.704.650		
Gegenparteiausfallrisiko	R0020 194.235		
Lebensversicherungstechnisches Risiko	R0030 2.945.621		
Krankenversicherungstechnisches Risiko	R0040 2.649.470		
Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko	R0050		
Diversifikation	R0060 -2.813.572		
Risiko immaterieller Vermögenswerte	R0070		
Basissolvenzkapitalanforderung	R0100 6.680.404		

Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Operationelles Risiko

Verlustrückstellungsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen

Verlustrückstellungsfähigkeit der latenten Steuern

Kapitalanforderung für Geschäfte nach Artikel 4 der Richtlinie 2003/41/EG

Solvenzkapitalanforderung ohne Kapitalaufschlag

Kapitalaufschlag bereits festgesetzt

Solvenzkapitalanforderung**Weitere Angaben zur SCR**

Kapitalanforderung für das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko

Gesamtbeitrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für den übrigen Teil

Gesamtbeitrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Sonderverbände

Gesamtbeitrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Matching-Adjustment-Portfolios

Diversifikationseffekte aufgrund der Aggregation der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für Sonderverbände nach Artikel 304

Mindestbetrag der konsolidierten Solvenzkapitalanforderung für die Gruppe

Angaben über andere Unternehmen

Kapitalanforderung für andere Finanzbranchen (versicherungsfremde Kapitalanforderungen)

Kapitalanforderung für andere Finanzbranchen (versicherungsfremde Kapitalanforderungen) – Kreditinstitute, Wertpapierfirmen, Finanzinstitute, Verwalter alternativer Investmentfonds und OGAW-Verwaltungsgesellschaften

Kapitalanforderung für andere Finanzbranchen (versicherungsfremde Kapitalanforderungen) – Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung

Kapitalanforderung für andere Finanzbranchen (versicherungsfremde Kapitalanforderungen) – Kapitalanforderung für nicht der Aufsicht unterliegende Unternehmen, die Finanzgeschäfte tätigen

Kapitalanforderung bei Beteiligung an Unternehmen, auf die maßgeblicher Einfluss ausgeübt wird

Kapitalanforderung für verbleibende Unternehmen

Gesamt-SCR

SCR für Unternehmen, die durch die Abzugs- und Aggregationsmethode einbezogen werden

Solvenzkapitalanforderung

	C0100
R0130	156.343
R0140	-4.766.350
R0150	-490.235
R0160	
R0200	1.580.161
R0210	
R0220	1.580.485
R0400	
R0410	
R0420	
R0430	
R0440	
R0470	414.761
R0500	323
R0510	323
R0520	
R0530	
R0540	
R0550	
R0560	
R0570	1.580.485

Anhang I

S.32.01.22

Unternehmen der Gruppe

Land	Identifikationscode des Unternehmens	Art des ID-Codes des Unternehmens	Eingetragener Name des Unternehmens	Art des Unternehmens	Rechtsform	Kategorie (auf Gegenseitigkeit beruhend/nicht auf Gegenseitigkeit beruhend)	Aufsichtsbehörde	
C0010	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080	(Forts.)
DE	549300804RXDP3X2FM92	LEI	Proxalto Lebensversicherung AG	Life undertakings	AG	Undertaking is non-mutual	BaFin	
DE	529900KMWFZZDDJ1HT92	LEI	Skandia Lebensversicherung AG	Life undertakings	AG	Undertaking is non-mutual	BaFin	
DE	529900X7W93DV2OJMG60	LEI	Heidelberger Lebensversicherung AG	Life undertakings	AG	Undertaking is non-mutual	BaFin	
DE	529900Y9C00CCXDYR277	LEI	Entis Lebensversicherung AG	Life undertakings	AG	Undertaking is non-mutual	BaFin	
DE	529900V19C3JRMQG2152	LEI	Viridium Rückversicherung AG	Reinsurance undertakings	AG	Undertaking is non-mutual	BaFin	
DE	529900J46GRBKDZV7C02	LEI	Viridium Holding AG	Insurance holding company as defined in Art. 212§ [f] of Directive 2009/138/EC	AG	Undertaking is non-mutual		
DE	529900AOARRH8OI3G832	LEI	Viridium Group GmbH & Co. KG	Insurance holding company as defined in Art. 212§ [f] of Directive 2009/138/EC	GmbH & Co. KG	Undertaking is non-mutual	BaFin	
DE	5299004S2KNLCN8FUN12	LEI	Entis Service Management GmbH	Ancillary services undertaking as defined in Article 1 (53) of Delegated Regulation (EU) 2015/35	GmbH	Undertaking is non-mutual		
DE	549300804RXDP3X2FM92GLL	SC	GLL GmbH & Co. Messeturm Holding KG i.L.	Alternative investment funds managers as defined in Article 1 (55) of Delegated Regulation (EU) 2015/35	KG	Undertaking is non-mutual		
DE	529900P3JW9UIXF00004	LEI	Heidelberger Leben Service Management GmbH	Ancillary services undertaking as defined in Article 1 (53) of Delegated Regulation (EU) 2015/35	GmbH	Undertaking is non-mutual		

DE	529900P3JW9UIXF00O04LVB	SC	LV Bestandsservice GmbH	Ancillary services undertaking as defined in Article 1 (53) of Delegated Regulation (EU) 2015/35	GmbH	Undertaking is non-mutual		
DE	549300804RXDP3X2FM92DE11392	SC	MPC Real Value Fund GmbH & Co. KG	Alternative investment funds managers as defined in Article 1 (55) of Delegated Regulation (EU) 2015/35	GmbH & Co. KG	Undertaking is non-mutual		
DE	549300804RXDP3X2FM92PPC	LEI	PLE Pension GmbH	Ancillary services undertaking as defined in Article 1 (53) of Delegated Regulation (EU) 2015/35	GmbH	Undertaking is non-mutual		
DE	529900H0KSPDPSCTDN37	LEI	Proxalto Service Management GmbH	Ancillary services undertaking as defined in Article 1 (53) of Delegated Regulation (EU) 2015/35	GmbH	Undertaking is non-mutual		
DE	549300804RXDP3X2FM92RREEF	SC	RREEF European Feeder GmbH & Co Value Added Fund I KG	Alternative investment funds managers as defined in Article 1 (55) of Delegated Regulation (EU) 2015/35	GmbH & Co. KG	Undertaking is non-mutual		
DE	52990004B9GGXQVKC965	LEI	Skandia Portfolio Management GmbH	Credit institutions, investment firms and financial institutions	GmbH	Undertaking is non-mutual	Deutsche Bundesbank, BaFin	
DE	5299003LUGQYLT8YO993	LEI	V1 Entis GmbH & Co. offene	Other	GmbH & Co. KG	Undertaking is non-mutual		
DE	529900VUY181JGDTSB82	LEI	V2 Proxalto GmbH & Co. KG	Other	GmbH & Co. KG	Undertaking is non-mutual		
DE	529900VUY181JGDTSB82	LEI	V3 Proxalto GmbH & Co. KG	Other	GmbH & Co. KG	Undertaking is non-mutual		
DE	529900AOARRH8OI3G832DE88930	SC	Viridium Group Management GmbH	Other	GmbH	Undertaking is non-mutual		
DE	529900ENOHQ226WDO233	LEI	Viridium Service Management GmbH	Ancillary services undertaking as defined in Article 1 (53) of Delegated Regulation (EU) 2015/35	GmbH	Undertaking is non-mutual		

Einflusskriterien						Einbeziehung in den Umfang der Gruppenaufsicht	Berechnung der Gruppensolvabilität	
% Kapitalanteil	% für die Erstellung des konsolidierten Abschlusses	% Stimmrechte	Weitere Kriterien	Grad des Einflusses	Verhältnismäßiger Anteil zur Berechnung der Gruppensolvabilität	JA/NEIN	Datum der Entscheidung, falls Artikel 214 angewendet wird	Verwendete Methode und bei Methode 1 Behandlung des Unternehmens
C0180	C0190	C0200	C0210	C0220	C0230	C0240	C0250	C0260
100,0%	100,0%	100,0%	100%tige Tochter Viridium Holding AG	Dominant influence	100,0%	Included into scope of group supervision		Method 1: Full consolidation
100,0%	100,0%	100,0%	100%tige Tochter Viridium Holding AG	Dominant influence	100,0%	Included into scope of group supervision		Method 1: Full consolidation
100,0%	100,0%	100,0%	100%tige Tochter Viridium Holding AG	Dominant influence	100,0%	Included into scope of group supervision		Method 1: Full consolidation
100,0%	100,0%	100,0%	100%tige Tochter Viridium Holding AG	Dominant influence	100,0%	Included into scope of group supervision		Method 1: Full consolidation
100,0%	100,0%	100,0%	100%tige Tochter Viridium Holding AG	Dominant influence	100,0%	Included into scope of group supervision		Method 1: Full consolidation
100,0%	100,0%	100,0%	100%tige Tochter VKG	Dominant influence	100,0%	Included into scope of group supervision		Method 1: Full consolidation
			zuständiges Unternehmen	Dominant influence		Included into scope of group supervision		Method 1: Full consolidation
100,0%	100,0%	100,0%	100%tige Tochter Viridium Holding AG	Dominant influence	100,0%	Included into scope of group supervision		Method 1: Full consolidation
31,1%	31,1%	31,1%	Tochter Proxalto Lebensversicherung AG	Significant influence	31,1%	Included into scope of group supervision		Other Method
100,0%	100,0%	100,0%	100%tige Tochter Viridium Holding AG	Dominant influence	100,0%	Included into scope of group supervision		Method 1: Full consolidation
100,0%	100,0%	100,0%	100%tige Tochter Heidelberger Leben Service Management GmbH	Dominant influence	100,0%	Included into scope of group supervision		Method 1: Full consolidation

100,0%	100,0%	100,0%	100%tige Tochter Proxalto Lebensversicherung AG	Dominant influence	100,0%	Included into scope of group supervision		Other Method
100,0%	100,0%	100,0%	100%tige Tochter Proxalto Lebensversicherung AG	Dominant influence	100,0%	Included into scope of group supervision		Method 1: Full consolidation
100,0%	100,0%	100,0%	100%tige Tochter Viridium Holding AG	Dominant influence	100,0%	Included into scope of group supervision		Method 1: Full consolidation
24,2%	24,2%	24,2%	Tochter Proxalto Lebensversicherung AG	Significant influence	24,2%	Included into scope of group supervision		Other Method
100,0%	100,0%	100,0%	100%tige Tochter Viridium Holding AG	Dominant influence	100,0%	Included into scope of group supervision		Method 1: Sectoral rules
100,0%	100,0%	100,0%	99,99%tige Tochter Entis Lebensversicherung AG / 0,01% Anteil Viridium Holding AG	Dominant influence	100,0%	Included into scope of group supervision		Method 1: Full consolidation
100,0%	100,0%	100,0%	99,99%tige Tochter Proxalto Lebensversicherung AG / 0,01% Anteil Viridium Holding AG	Dominant influence	100,0%	Included into scope of group supervision		Method 1: Full consolidation
100,0%	100,0%	100,0%	99,99%tige Tochter Proxalto Lebensversicherung AG / 0,01% Anteil Viridium Holding AG	Dominant influence	100,0%	Included into scope of group supervision		Method 1: Full consolidation
			Komplementär der Viridium GmbH & Co. KG als zuständiges Unternehmen	Dominant influence		Included into scope of group supervision		Other Method
100,0%	100,0%	100,0%	100%tige Tochter Viridium Holding AG	Dominant influence	100,0%	Included into scope of group supervision		Method 1: Full consolidation